

Beilage zu N. 22 der Braunschweigischen Anzeigen.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig

im Jahre 1887.

---

Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.



# Register.

## A. Nach der Zeitfolge.

Januar 20.

Seite

Öeffentlich:

1. Wahl der Vorsitzenden, der Protocollführer und der Commissionen . . . . . 1.

Vertraulich:

2. Mittheilungen des Magistrats über Finanzangelegenheiten . . . . . 3.  
3. Commissionswahlen . . . . . 3.

Januar 27.

Öeffentlich:

4. Annahme eines Brandmeisters . . . . . 6.  
5. Erwerb von Terrain zur Straße am Bohlwege . . . . . 7.  
6. Feststellung einer Baulinie am Eghdienmarke . . . . . 8.  
7. Nachverwilligung von Kosten zur Verbreiterung der Hufarenstraße . . . . . 9.  
8. Verwilligung einer Remuneration für den Obergeringenieur Mitgau . . . . . 10.  
9. Einrichtung von 9 neuen Bürgerschulclassen, Anstellung der Lehrer u. . . . . 11.  
10. Ortsbauplan für den Ruhfäutchenplatz und die angrenzenden Straßen . . . . . 12.  
11. Abtretung von Straßenterrain am Hagenmarke . . . . . 14.  
12. Entlassung eines Theilgrundstücks aus dem Hypothekverbande . . . . . 14.  
13. Anstellung zweier Bureauarbeiter . . . . . 15.  
14. Vermietung des Huch'schen Hauses an den Thomaehof . . . . . 15.  
15. Canalisirung einiger Straßen der Innenstadt . . . . . 16.  
16. Ankauf eventuell Expropriation zweier Häuser an der Helmstedterstraße . . . . . 18.  
17. Convertirung von Prioritäten der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn . . . . . 18.  
18. Selbstständiger Antrag des Herrn Wilke, die Vervielfältigung der bei den Berathungen der Versammlung erforderlichen Zeichnungen betr. . . . . 18.  
19. Anfrage des Herrn Kiefe, die Auswahl von Beisitzern für die bevorstehende Reichstagswahl betr. . . . . 19.  
20. Anfrage des Herrn Günther, betr. die Zurückweisung von Personen, welche am Tage der Auslegung der Listen zur Reichstagswahl das 25. Lebensjahr noch nicht erreicht haben . . . . . 19.

## Vertraulich:

21. Pensionirung der Lehrerin Peters . . . . .	20.
22. Desgl. des Lehrers Engelle . . . . .	20.

## Februar 24.

## Öffentlich:

23. Selbstständiger Antrag des Herrn Wille auf Bervielfältigung neuer Ortsbaupläne . . . . .	22.
24. Zuschuß zur Gewerbeschule für das I. Quartal 1886 . . . . .	22.
25. Der neue Schornstein auf dem städtischen Gaswerke . . . . .	23.
26. Einige Erweiterungen des städtischen Gas- und Wasserrohrnetzes . . . . .	23.
27. Nachverwilligung von Kosten für die Bergstraße . . . . .	23.
28. Einwendungen gegen eine neue Baulinie an der Abelntarre . . . . .	24.
29. Anstellung eines Schreibers . . . . .	24.
30. Veränderte Stellung der Zeichenlehrer an den Bürgerschulen . . . . .	25.
31. Vertrag mit der Landeseisenbahn wegen Anlegung eines Geleises zum Schlachtehaufe . . . . .	25.
32. Festsetzung einer Baulinie am alten Petritzhore . . . . .	26.
33. Einwendungen gegen die Baulinie für die Ostseite des Egydienmarkts . . . . .	27.
34. Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius, die Sicherstellung der Klages'schen meteorologischen Beobachtungsstation betreffend . . . . .	29.
35. Petition der Schlachterinnung, die Heranziehung der hiesigen Schlachtermeister zur Gemeindesteuer betreffend . . . . .	30.

## Vertraulich:

36. Einschätzung einzelner Steuerpflichtiger (§ 8 des Statuts von 1870.) . . . . .	32.
37. Steuerreclamationen (Verzeichniß IV von 1886) . . . . .	32.
38. Wahl von stellvertretenden Taxatoren der Mobilmachungs Pferde . . . . .	32.
39. Mittheilung des Stadtmagistrats über eine Steuerangelegenheit . . . . .	32.

## März 10.

## Öffentlich:

40. Neuordnung des Straßenreinigungswesens . . . . .	34.
41. Project zur Herstellung der Ringstraße zwischen Celler- und Hamburgerstraße . . . . .	38.
42. Straßendurchbruch vom Burgplatze zum Steinweg . . . . .	39.
43. Feststellung eines Ortsbauplans für eine Verbindungsstraße zwischen Hoftheater und Stadtpark . . . . .	40.
44. Zuschuß für den Verein gegen Bettelei zur Naturalverpflegung armer Reisender . . . . .	42.
45. Annahme eines Gerichtsassessors als Hilfsarbeiter im Stadtmagistrate . . . . .	43.
46. Ankauf des Hauses der Speiseanstalt für Bedürftige . . . . .	45.
47. Verlängerung des Gasrohrs und des Wasserleitungsrohrs in der Kastanienallee . . . . .	45.



	Seite.
48. Abschluß eines Darlehnsvertrages mit dem Kirchen-Cassen-Collegium, die Kosten des CentraLfriedhofes betr. . . . .	46.
49. Reparaturen der Stadtkirchenuhren . . . . .	46.
50. Abänderung des Ortsbauplans, die Verbindungsstraße zwischen Wolfenbüttler- und Salzdahlumerstraße betr. . . . .	47.
51. Neue Baulinie am Bohlwege zwischen Mummie und von Beltheim . . . . .	48.
52. Regulirung des Bohlwegs am Mummie'schen Grundstücke . . . . .	48.
53. Selbstständiger Antrag der Herren Nieß und Genossen, die Ueberbrückung des Umfluthgrabens zwischen der Sophien- und Ferdinandstraße betreffend . . . . .	50.

Vertraulich:

### Gemeinschaftliche Sitzung.

54. Heranziehung Fremder zur Communalsteuer . . . . .	51.
55. Wahl eines Ersatzmannes für die Militäraushebung . . . . .	51.

April 14.

Öffentlich:

56. Gewährung eines Hypothekendarlehns an den Tischlermeister Willens . . . . .	54.
57. Verbreiterung der Zimmerstraße . . . . .	54.
58. Anleihe von 5 000 000 Mark und Ueberbrückung der Oker an der Ferdinandstraße . . . . .	55.
59. Anschaffungskosten für das Mobiliar einer Schulklasse an der Leopoldstraße . . . . .	74.
60. Verwilligung von Einquartierungskosten . . . . .	74.
61. Austausch einer Grundfläche vom Turnhallengrundstücke . . . . .	74.
62. Verbreiterung des Eingangs der Schuhstraße . . . . .	74.
63. Nachverwilligung von Kosten zur Instandsetzung der Fasanenstraße . . . . .	75.
64. Neubau eines Wasserlastens in der Neustadtmühle . . . . .	76.
65. Verwilligung von Kosten zur Reinigung der städtischen Muschelsammlung . . . . .	76.
66. Zwangsenteignung des Schützenplatzes 2c. . . . .	76.
67. Anschaffung eines Geldschrankes für die Armenkasse . . . . .	78.
68. Erhöhung des Beitrages für die Gemeindefrankencasse . . . . .	79.
69. Einwendung gegen die für den nördlichen Theil des Sandwegs festgestellte Baulinie . . . . .	80.
70. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther, die Anstellung eines besoldeten Magistratsmitgliedes betreffend . . . . .	81.
71. desgl. desgl., die Aenderung des Regulativs der städtischen Badeanstalt betreffend . . . . .	81.
72. Anfrage des Herrn Heymann, die Heranziehung der Officiere zur Communalsteuer betreffend . . . . .	81.

**April 28.****Öffentlich:**

73. Selbstständiger Antrag der Herren Kieß und Genossen auf Herstellung einer Brücke an der Ferdinandstraße . . . . .	84.
74. Vertheilungsplan der Kosten für Herstellung der Spielmannstraße . . . . .	87.
75. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Anstellung eines vierten besoldeten Magistratsmitgliedes . . . . .	88.
76. desgl. desgl., auf Erlaß eines neuen Regulativs für die Freibadeanstalt . . . . .	89.
77. Heizungsanlage in dem an der Heinenstraße zu erbauenden Mädchen-schulgebäude . . . . .	90.
78. Erweiterung des städtischen Gaswerks . . . . .	91.
79. Anstellung eines Processen wegen der Straßenbeleuchtungskosten . . . . .	95.
80. desgl., wegen Rückerstattung von Verpflegungskosten . . . . .	96.
81. Zwangsenteignung von zur Anlage der Ringstraße zwischen Helmstedterstraße und Kastanienallee nöthiger Grundfläche . . . . .	97.
82. Einwendung gegen die für die Westseite der Schuhstraße am Eingange vom Kohlmarke festgestellte Baulinie . . . . .	97.
83. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche, die Regelung der Anlage von Fabriken durch ein Statut betreffend . . . . .	97.

**Vertraulich:****Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.**

84. Erledigung von Steuerreclamationen in der Recursinstanz . . . . .	98.
---	-----

**Juni 2.****Öffentlich:**

85. Vertrag mit dem Fabrikanten von Voigtländer . . . . .	101.
86. Begräbnung der Grenze des katholischen Friedhofs . . . . .	101.
87. Baulinie im Hutfiltern . . . . .	102.
88. Verträge mit dem Bauunternehmer Jung wegen der Dferstraße . . . . .	103.
89. Erweiterung der Befugniß der Canalbaudeputation . . . . .	103.
90. Abtretung einer Straßengrundfläche. (Brennede). . . . .	104.
91. Nachverwilligung von Kosten für die Wiesenstraße . . . . .	104.
92. Verwilligung eines Hypothekendarlehns an Zimmermann Koch . . . . .	104.
93. Nachverwilligung von Kosten für das Standesamtsgebäude . . . . .	104.
94. Abtretung einer Grundfläche am Damme zur Straße . . . . .	105.
95. Kleinere Anschaffungen für die Realschule . . . . .	105.
96. Parcellirung des Henneberg'schen Grundstücks . . . . .	105.
97. Erwerb des früher Graupner'schen Grundstücks in der Maschstraße . . . . .	107.
98. Zwangsenteignung von Grundstücken zwischen der Celler- und Hamburgerstraße . . . . .	107.

	Seite
99. Uebernahme eines Theils der Adolfsstraße seitens der Stadt . . .	107.
100. Erweiterung des Rohrnetzes für Gas und Wasser . . . . .	108.
101. Ausführung der projectirten Kreisanleihe . . . . .	108.
102. Erwerb eines Terrainstreifens zum Schulgrundstücke an der Maschstraße	109.
103. Anlage der Hedwigstraße und der von derselben nach der Cammann- straße abzweigenden Straße durch Kaufmann Klie und Gärtner Ebeling	110.
104. Erwerb von Terrain zur Verbreiterung des Mittelweges, der Bieweg- straße und der Kreuzstraße . . . . .	111.
105. Interpellation des Herrn Bültmann, Verbreiterung der Campe- straße am Bieweg'schen Garten betreffend	111.
106. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß, die Expropriation des Klus- mann'schen Grundstücks an der Helmstedterstraße betreffend . . . . .	112.
107. Desgl. desselben, die Einrichtung einer Revisionsinstanz beim städtischen Bauwesen und die Vergebung von Arbeiten im Gebiete der Stadt- verwaltung betreffend . . . . .	112.
108. Desgl. des Herrn Reiche, die Verbreiterung der Maschstraße am Wellmann'schen Grundstücke betreffend . . . . .	113.
109. Mittheilung des Herrn Wilke, die etwaige polizeiseitige Veranstandung der Kleianflußröhren der städtischen Wasserleitung betreffend . . . . .	113.

#### Vertraulich:

110. Wahl eines Armenpflegers . . . . .	113.
111. Steuerreclamationen . . . . .	113.

### Juni 30.

#### Öffentlich:

112. Selbstständiger Antrag der Herren Reiche und Genossen wegen Regelung der Anlage von Fabriken . . . . .	116.
113. Desgl. des Herrn Nieß auf Errichtung einer Revisionsinstanz für städtische Bau Sachen und auf Veröffentlichung von Normalbestimmungen bei Vergebung städtischer Arbeiten . . . . .	118.
114. Desgl. desselben auf Zwangsenteignung des Klusmann'schen Grund- stücks an der Helmstedterstraße . . . . .	119.
115. Desgl. des Herrn Reiche auf Erwerb einer Grundfläche in der Maschstraße . . . . .	120.
116. Städtische Haushaltsrechnungen von 1884 . . . . .	120.
117. Verpachtung der Schlagwiese und Bleicherwiese an den Eisbahnverein	120.
118. Zwangsenteignung von Grundstücken zur Ringstraße zwischen Helm- stedterstraße und Kastanienallee . . . . .	121.
119. Verkauf früheren Okerflußbetts zwischen Stecherstraße und Hagenbrücke	121.
120. Straßenbau- und Canalisationkosten der Ringstraße zwischen Helm- stedterstraße und Kastanienallee . . . . .	122.
121. Aufhebung der Straße Kleiner Damm . . . . .	123.

	Seite
122. Ueberweisung von Terrain zur projectirten Straße zwischen Hedwig- und Cammannstraße . . . . .	123.
123. Dringliche Reparaturarbeiten an Centralheizungen in Bürgerichulen . . . . .	124.
124. Terrainerverb für eine südlich von der Kasanienallee abzweigende Straße . . . . .	125.
125. Desgl. für die projectirte Verbindungsstraße zwischen der Wolfenbüttler- und Salzdahlumerstraße . . . . .	125.
126. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Herstellung eines gepflasterten Ueberganges zwischen Park- und Husarenstraße . . . . .	126.
<b>Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.</b>	
127. Wahl der Mitglieder des Ausschusses zur Auswahl der als Schöffen und Geschworene geeigneten Personen . . . . .	126.
Vertraulich:	
<b>Sitzung der Stadtverordneten.</b>	
128. Wahl eines Armenpflegers . . . . .	126.
129. Steuerreclamationen (Verzeichniß I von 1887) . . . . .	126.
 <b>September 8.</b>	
Öeffentlich:	
130. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther, Herstellung eines gepflasterten Ueberganges von der Parkstraße zur Husarenstraße betreffend . . . . .	128.
131. Canalisirung des Eiermarkts . . . . .	129.
132. Instandsetzung des Platzes an der Andreaskirche . . . . .	129.
133. Veränderung des Ortsbauplans zwischen Frankfurterstraße und Broißemer Weg . . . . .	130.
134. Verwilligung von Kosten zur Einfriedigungsmauer auf dem früheren Turnhallengrundstücke . . . . .	130.
135. Herstellung von Holzpflaster neben dem Neustadtrathhause . . . . .	130.
136. Anstellung eines Processus gegen den Gärtner Buchheister . . . . .	131.
137. Desgl. gegen den Schachtmeister Klippers . . . . .	131.
138. Canalisirung der Klausenstraße . . . . .	131.
139. Erwerb eines kleinen Grundstücks zur Helmstedterstraße . . . . .	132.
140. Vertrag mit dem Architekten Zinkeisen, neue Straßenanlage betreffend . . . . .	132.
141. Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Neue Promenade und Nebenstraße . . . . .	132.
142. Belegung verschiedener Straßen mit Gas- und Wasserröhren . . . . .	133.
143. Vertrag mit der Garnisonverwaltung wegen Erwerb der Husarencaserne und Husarenställe an der Wallpromenade Seitens der Stadt . . . . .	133.
144. Instandsetzung der Spinnerstraße . . . . .	140.
145. Aufhebung eines Weges in der Altpetrithorfeldmark . . . . .	140.
146. Ortsbauplan am Büldenwege . . . . .	141.
147. Reinigung des Otergrabens vom Bahnhofe zur Neustadtmühle . . . . .	141.
148. Grenzregulirungen am Schulgrundstücke an der Maschstraße . . . . .	141.

149.	Interpellationen der Herren Kieke und Schwarzenberg, die Verschärfung der Controle-Maßregeln im Schlachtehause, anlässlich der kürzlich hier aufgetretenen Trichinen-Epidemie betr.	142.
150.	Selbstständiger Antrag des Herrn Lösekrug, die Erweiterung des Pferdeisenbahnnetzes betr.	143.

## Vertraulich:

151.	Unterstützungsgeſuch eines ſtädtiſchen Beamten	144.
152.	Gehaltszulage für einen ſtädtiſchen Beamten	144.
153.	Erlaßgeſuch, Teſtamentsabgabe betreffend	144.
154.	Wahl eines Armenpflegers	144.
155.	Steuerreklamationen	144.

## September 22.

## Deffentlich:

156.	Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten Lösekrug, Erweiterung des Pferdebahngleises betreffend	146.
157.	Abkommen mit dem Bauunternehmer Fr. Wilkens wegen Straßenterrain an der Friedrich-Wilhelmstraße	152.
158.	Einrichtung einer neuen Parallelklasse IXb für die höhere Mädchenschule	152.
159.	Plan und Kostenanschlag für die neue Bürgerschule an der Maschstraße	153.
160.	Bauzeichnungen und Kostenanschläge für die städtische Mädchenschule	154.
161.	Anschaffung neuer Soppen für die Turnerfeuerwehr	156.
162.	Verwilligung von Kosten für das 25jährige Stiftungsfeſt der Turnerfeuerwehr	156.
163.	Abgabe von 2 Millionen Stadtoobligationen zum Course von 97 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	156.
164.	Mittheilung des Etats für den Centralfriedhof	158.
165.	Ankauf von Straßenterrain an der Zimmerstraße	159.

## Vertraulich:

## Gemeinschaftliche Sitzung.

Erledigung von Steuerreklamationen	160.
------------------------------------	------

## October 27.

## Deffentlich:

166.	Vertrag mit der Wittwe Gellertshof wegen der Civil-Badcanſtalt	165.
167.	Geſuch des Rentiers Klemme, Bau eines Hauſes an der Wabeſtraße betreffend	165.
168.	Eventuelle Ueberlaſſung von Straßenterrain an einen Anlieger der Brabantſtraße zum Neubau	167.
169.	Vergleich mit dem Gärtner Buchheiſter	168.
170.	Verwendung von Ueberſchüſſen der Kreis-Communalcaſſe	168.

	Seite
171. Vertrag mit dem Zimmermann Hardenberg wegen Ueberlassung von Straßenterrain an der Kreuzstraße . . . . .	169.
172. Gesuch von Anwohnern des Klints wegen Aenderung des Namens ihrer Straße . . . . .	169.
173. Bau der Brücke an der Ferdinandstraße . . . . .	174.
174. Verkauf von Raffinerie-Actien . . . . .	176.
175. Verkauf von Terrain der Limbeckerstraße . . . . .	176.
176. Erwerb von Terrain zur Biewegstraße . . . . .	177.
177. Benutzung von städtischer Länderei am Giersberge zu militärischen Zwecken . . . . .	177.
178. Aenderung des Ortsbaustatuts . . . . .	178.
179. Anstellung des Malers Herse . . . . .	178.
180. Anstellung eines vierten Magistratsdieners . . . . .	178.
181. Interpellation der Herren Nieß und Natalis, die Erwerbung des Klusmann'schen Grundstücks an der Helmsiedterstraße betreffend . . . . .	179.
182. Desgl. desgl., die Einrichtung einer städtischen Sparcasse betreffend . . . . .	179.
183. Desgl. des Herrn Halle, die Uebernahme der Straßenreinigung seitens der Stadt betreffend . . . . .	180.
184. Desgl. desgl. den Abbruch des Wollermann'schen Hauses am Bohlwege betreffend . . . . .	181.
185. Selbstständiger Antrag der Herren Wilke und Nieß, die Revision des Ortsbaustatuts betreffend . . . . .	181.
186. Desgl. des Herrn Nieß, die Expropriation des Klusmann'schen Grundstücks an der Helmsiedterstraße betreffend . . . . .	182.
 Vertraulich:	
187. Anstellung des Heizcontroleurs Stechhan . . . . .	182.
188. Steuereinschätzung . . . . .	182.
189. Gehaltsaufbesserung für einen städtischen Beamten . . . . .	182.
190. Wahl eines Magistratsdieners . . . . .	182.
191. Steuerreclamationen (Verzeichniß III von 1887) . . . . .	182.

## November 24.

### Öffentlich:

192. Selbstständiger Antrag der Herren Nieß und Wilke wegen Abänderung des Ortsbaustatuts . . . . .	184.
193. Desgl. des Herrn Nieß wegen Zwangsenteignung des Klusmann'schen Grundstücks . . . . .	185.
194. Verwilligung eines Darlehens an Tischlermeister Aug. Wilkens . . . . .	185.
195. Abänderung des mit dem Architekten Zinkeisen geschlossenen Contracts . . . . .	186.
196. Miethvertrag über Räume im alten Museum . . . . .	186.
197. Anstellung eines städtischen Executors . . . . .	186.
198. Canalisirung einiger Straßen der Innenstadt . . . . .	187.
199. Erweiterung des Wasser- und Gasleitungsrohrnetzes . . . . .	187.

	Seite.
200. Vertrag mit der General-Hof-Intendantur wegen des Küchengartens 2c.	187.
201. Abänderung des Entwässerungsstatuts . . . . .	189.
202. Neuverpachtung der Restauration im Stadtparke . . . . .	194.
203. Hinausschiebung der Revision des Wasserregulativs . . . . .	195.
204. Verpachtung eines kleinen Grundstücks an der Carlstraße . . . . .	195.
205. Uebernahme eines Canals in der Nebenstraße Seitens der Stadt . . . . .	195.
206. Vermehrung der Straßenlaternen . . . . .	196.
207. Gesuch von Sitzberechtigten im alten Schützenhause . . . . .	198.
208. Selbstständiger Antrag des Herrn Rieß, die Prüfung von Bauanträgen durch die Baucommission betreffend . . . . .	199.
209. Desgl. desselben die Erbitung eines Fonds von der Landes-Versammlung zur Erbauung kleinerer Wohnungen betreffend . . . . .	199.
210. Interpellation des Herrn Heymann, die Veranlagung der Braunschweigischen Eisenbahngesellschaft zur Gemeindesteuer i. J. 1887 betr.	200.
211. Desgleichen des Herrn Blasius, die Einführung der electrischen Beleuchtung in Braunschweig betreffend . . . . .	200.
212. Desgleichen des Herrn Lange, die Reinigung der Abwässer der Bierbrauereien von Wolters und Feldschlösschen betreffend . . . . .	201.

Vertraulich:

213. Anstellung des Magistratschreibers Gustav Hausmann . . . . .	201.
214. Anstellung des Magistratschreibers Hermann Bock . . . . .	201.
215. Wahl eines Armenpflegers . . . . .	201.

December 30.

Öeffentlich:

216. Stadthaushaltsplan für 1888 . . . . .	204.
217. Zwangsenteignung des Wollermann'schen Hauses auf dem Bohlwege . . . . .	219.
218. Gesuch wegen Ankaufs einer kleinen Fläche an der Ringstraße seitens der Stadt . . . . .	220.
219. Einleitung der Abwässer von Thiederhall in die städtischen Kanäle . . . . .	220.
220. Feststellung einer Baulinie an der Schuhstraße . . . . .	223.
221. Zwangsenteignung einer Fläche am Hutfiltern . . . . .	224.

Vertraulich:

221. Anstellung des Technikers Vertram . . . . .	226.
223. Wahl eines Executors . . . . .	226.
224. Desgl. eines Mitgliedes der Armendirection . . . . .	226.
225. Desgl. von Bezirksvorstehern und Armenpflegern . . . . .	226.
226. Desgl. von Schiedsmännern bei Viehseuchen . . . . .	226.

## B. Nach den Gegenständen.

Adresse an S. Königliche Hoheit den Prinzen  
Albrecht zur 50. Geburtstagsfeier betref-  
fend 100.

Anfragen an den Stadtmagistrat der Herren  
Blasius wegen Einführung der electri-  
schen Beleuchtung in Braunschweig  
200;

Bütkemann wegen Verbreiterung der  
Campestraße am Bieweg'schen Garten  
111;

Günther, die Zurückweisung von Per-  
sonen, welche am Tage der Auslegung  
der Listen zur Reichstagswahl das  
25. Lebensjahr noch nicht erreicht  
haben, betreffend 19;

Halle wegen Uebernahme der Straßen-  
reinigung seitens der Stadt 180;

den Abbruch des Wollermann'schen  
Hauses am Bohlwege betreffend 181;

Heymann, die Heranziehung der  
Officiere zur Communalsteuer betref-  
fend 81, 100, 116;

die Veranlagung der Braunschwei-  
gischen Eisenbahn-Gesellschaft zur Ge-  
meindesteuer pro 1887 betreffend 200;

Lange wegen Reinigung der Abwässer  
der Bierbrauereien von Wolters und  
Felschlößchen 201;

Natalis und Rieß, die Erwerbung  
des Glusmann'schen Grundstücks an  
der Helmstedterstraße betreffend 179;

Rieß wegen Einrichtung einer städtischen  
Sparcasse 179;

Rieke wegen Auswahl von Beisitzern  
für die Reichstagswahl 19;

Rieke und Schwarzenberg, die  
Verschärfung der Controlemäßregeln

im Schachthause anlässlich der aufge-  
tretenen Trichinose betreffend 142,  
162.

Ankauf

zweier Häuser an der Helmstedterstraße  
zur Herstellung der Ringstraße 18,  
des Hauses der Speiseanstalt für Be-  
dürftige am Kuhfäutchenplatze 45.

Anleihe, städtische

Aufnahme derselben 55,

Ausführung 108,

Abgabe von 2 Millionen Stadtbliga-  
tionen 156.

Anträge, selbstständige, der Herren

Blasius, die Sicherstellung der Klus-  
mann'schen meteorologischen Beobachtungs-  
station betreffend 30;

Günther, die Anstellung eines besol-  
deten Magistratsmitgliedes betreffend  
81, 88;

Änderung des Regulativs der  
städtischen Badeanstalt betreffend 81,  
89;

Herstellung eines gepflasterten Ueber-  
ganges zwischen Park- und Hufaren-  
straße 126, 128;

Pöckrug auf Erweiterung des Pferde-  
bahnhofs 143, 146;

Rieß und Genossen auf Herstellung  
einer Brücke zwischen Ferdinand- und  
Sophienstraße 50, 84;

Rieß, die Expropriation des Klus-  
mann'schen Grundstücks an der Helm-  
stedterstraße betreffend 112, 119, 182,  
185;

die Einführung einer Revisions-  
instanz beim städtischen Bauwesen und



Vergebung von Arbeiten im Gebiete der Stadtverwaltung betreffend 112, 118;

wegen Prüfung der die Erbauung von Wohnhäusern an noch nicht befestigten Straßen betreffenden Bauanträge seitens der Baucommission vor deren Abgabe an das Stadtbauamt 199;

die Nachsuchung eines Fonds beim Landtage zur Erleichterung der Erbauung kleinerer Wohnungen betreffend 199;

Reiche, die Regelung der Anlage von Fabriken durch ein Statut betreffend 97, 116;

die Verbreiterung der Maschstraße am Wellmann'schen Grundstücke betreffend 113, 120;

W ilke auf Vervielfältigung der bei den Verathungen der Stadtverordneten erforderlichen Zeichnungen 18, 22;

W ilke und Rie ß, die Revision des Ortsbaustatuts betreffend 181, 184.

#### Armenverwaltung.

Anschaffung eines Geldschrankes für die Armencaße 78,

Wahl eines Armendirectors 226.

Wahl von Armenpflegern s. Wahlen.

#### Badeanstalten, städtische.

Änderung des Regulativs der Freibadeanstalt 81, 89,

Vertrag mit der Wittve Gellertshof wegen der Civilbadeanstalt 165,

Errichtung einer Volksbadeanstalt 203.

Baulinien der Straßen, Feststellung derselben an der Abelnsarre 24,

am Bohlwege zwischen dem Mummie'schen und von Beltheim'schen Grundstücke 48,

am Egidienmarke 8, 27,

am alten Petriithore 26,

für den Entfiltern 102,

für den nördlichen Theil des Sandweges 80,

für die Westseite der Schuhstraße am Eingange vom Kohlmarke 97,

für die Schuhstraße bei den Lohmann'schen Grundstücken 223.

Baucommission, Prüfung von auf Erbauung von Wohnhäusern an noch nicht befestigten Straßen bezüglichen Bauanträgen durch dieselbe betreffend 199.

Bauverwaltung, städtische.

Einrichtung einer Revisionsinstanz beim städtischen Bauwesen und Vergebung von Arbeiten im Gebiete der Stadtverwaltung 112, 118,

Anstellung des Technikers Bertram 226.

Beleuchtung der Straßen.

Vermehrung der Straßenlaternen 196, Einführung der electrischen Beleuchtung 200.

Brücken.

Ueberbrückung des Unsluthgrabens zwischen Ferdinand- und Sophienstraße 50, 69, 84, 174.

#### Canalisation der Stadt

Bewilligung einer Remuneration für den Oberingenieur Mitgan für Projectirung der städtischen Entwässerung u. 10,

Reinigung der Abwässer der Branereien von Wolters und Feldschlößchen auf der Reinigungsstation 201,

Canalisirung der Straßen: am Magnithore, Herrendorfschwete, nördlicher Theil der Ritterstraße, Delschlagern, Ackerhof, Weberstraße, nördlicher Theil der Scharnstraße 16,

Canalisirung des Eiermarkts 129,

desgl. der Klausenstraße 131,

desgl. der neuen Knochenhauerstraße, der Beckenwerperstraße, des Südklinks, der Gildenstraße und Malerwete und des nördlichen Theils der Schützenstraße 187,

Entwässerungsstatut 189.

Canalbaudeputation, Erweiterung der Befugnisse derselben 103.

Canal in der Nebenstraße, Uebernahme desselben seitens der Stadt 195.  
Central-Friedhof s. Friedhöfe.

#### Eingaben:

der Schlachterinnung wegen Heranziehung der Schlachtermeister zur Gemeindesteuer 30,  
des Zimmermeisters Eggeling, den Ausbau des Broitzemer Mühlenweges betreffend 116, 128,  
von Anwohnern der Bieweg- und Klausenstraße wegen Canalisirung der letztgedachten Straße 128.  
der Direction der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft wegen Ausbaues des Broitzemer Mühlenweges 128,  
der Schlachterinnung wegen der im Sommer 1887 aufgetretenen Trichinose 162,  
des Rentiers Klemme wegen Baues eines Hauses an der Wabestraße 165,  
von Anwohnern des Klints wegen Aenderung des Namens ihrer Straße 169,  
der Wittve Clahes & Sohn wegen Ankaufs einer Dreiecksfläche am Eingange der Grünstraße 220.

**Einquartierung.**  
Verwilligung von Einquartierungskosten 74.

**Eisenbahnverein.**  
Erpachtung von städtischen Wiesen vor dem Augustthore 120.

**Etats.**  
Stadthaushaltsplan für 1888 204.

**Fabrikanlagen, Regelung derselben durch ein Statut 97, 116.**

**Feuerwehren.**  
Annahme des Brandmeisters Wieders 6.  
Anschaffung neuer Soppen für die Turnerfeuerwehr 156.

#### Friedhöfe.

Darlehnungsvertrag mit dem Kirchen-Cassen-Collegium wegen der Kosten des Centralfriedhofs 46,  
Etat des Centralfriedhofs 158,  
Einweihung desselben 146,  
Katholischer Friedhof, Begräbnig der Grenzen desselben 101.

#### Gaswerke, städtisches.

Anstellung der Bureauarbeiter Burdorf und Müller 15,  
Neuer Schornstein 23,  
Erweiterungen des Gasrohrnetzes 23, 108, 133, 187,  
Verlängerung des Gasrohrs in der Kastanienallee 45,  
Erweiterungsbauten 91,  
Gehaltszulage für einen Beamten der Gasanstalt 182.  
Giersberge, am  
Abgabe von städtischer Länderei zu militärischen Zwecken 177.

#### Haushaltsrechnungen der Stadt von 1884, Abnahme derselben 120.

Henneberg'sches Grundstück, Parcellirung desselben 105.  
Huch'sches vormals, jetzt städtisches Haus am Hagenmarkte, Vermietung desselben an die Stiftung des St. Thomashofes 15,  
Hufarenkasernen, Erwerb derselben seitens der Stadt 133,

#### Hypothesen, städtische,

Entlassung eines Theils des Grundstücks der Wittve Destreicher an der Körnerstraße aus dem Hypothekenverbande 14,  
Gewährung eines Hypothekendarlehens an den Tischlermeister Wilkens bei Erbauung von Wohnhäusern an der Bergstraße 54,  
desgl. an den Zimmermann Koch 104,  
desgl. an den Tischlermeister Wilkens 185.

**Kirchen.**

Reparaturen an den Stadtkirchenuhren 46.  
 Klint, Namensänderung 169.  
 Klusmann'sches Grundstück an der Helmstedterstraße, Expropriation desselben 112, 119, 179, 182, 185.

**Kreiscommunalcasse.**

Verwendung von Ueberschüssen derselben 168.

**Krankencasse.**

Erhöhung des Beitrages für die Gemeindefrankencasse 79.

**Magistrat.**

Anstellung von Magistratschreibern 24, 88, 201,

Annahme des Gerichtsassessors Glinde-  
mann als Hilfsarbeiter beim Stadt-  
magistrate 43.

Anstellung eines besoldeten Magistrats-  
mitgliedes 81.

Unterstützung eines städtischen Cassen-  
beamten 144.

Anstellung eines vierten Magistrats-  
dieners 178, 182,

Anstellung des Heizcontroleurs Steckhan  
182,

Anstellung eines städtischen Executors  
186, 226,

Meteorologische Beobachtungsstation des Lehrers  
Klages 29,

Muschelsammlung, städtische, Reinigung der-  
selben 76.

Museumsgebäude, altes.

Unterbringung von Spritzen und Feuer-  
wehrgeräthschaften in demselben 186.

**Neustadtmühle.**

Neubau eines Wasserkastens 76,

**Neustadtrathhaus,**

Herstellung von Holzpflaster vor dem-  
selben in der Küchenstraße zur Ab-  
dämpfung des Straßengeräusches 130.

**Ofer.**

Verkauf früheren Oferflußbettes zwischen  
Helmstedterstraße und Kastanienallee  
121.

**Ortsbauplan**

für den Ruhfäutchenplatz und die an-  
grenzenden Straßen 12,

für eine Verbindungsstraße zwischen Hof-  
theater und Stadtpark 40,

für die Verbindungsstraße zwischen Wol-  
fenbüttler- und Salzdhumerstraße  
125,

für den vom Bilitenweg nach dem Doven-  
see führenden Feldweg 141,

Veränderung des Ortsbauplans zwischen  
Frankfurterstraße und Broißemernweg  
130.

**Ortsbaustatut.**

Änderung desselben 178,

Revision desselben 181, 184.

**Pferdeeisenbahn,**

Erweiterung des Pferdebahnhofs 143,  
146.

**Proceß**

gegen die Landesregierung wegen der  
Straßenbeleuchtung 95,

wegen Rückerstattung von Verpflegungs-  
kosten 96,

gegen den Gärtner Buchheister im Interesse  
der Armenverwaltung 131,

gegen den Schachtmeister Kipper wegen  
Rückerstattung von Krankengeldern  
131.

**Regulative.**

Änderung des Regulativs der städtischen  
Badeanstalt 81,

Reichstagswahl, Auswahl von Beisitzern 19,  
Zurückweisung von Personen unter 25  
Jahren 19.

**Schlachthaus, städtisches.**

Anlegung eines Gleises der Landeseisen-  
bahn zum Schlachthause 25.

B Verschärfung der Controle-Maßregeln im  
Schlachthause anläßlich der im Sommer  
1887 aufgetretenen Trichinose 142,  
162.

**Schule, städtische,**

Pensionirung der Lehrerin Peters 20,

Pensionirung des Lehrers Engelke 20,  
 Veränderung der Stellung der Zeichen-  
 lehrer an den Bürgerschulen 25,  
 Anstellung des Malers Herse als Zeichen-  
 lehrer 178.  
 Realschule, städtische,  
 Kleinere Anschaffungen 105.  
 Höhere Mädchenschule,  
 Einrichtung einer Parallellasse im  
 alten Museumsgebäude 152.  
 Städtische Mädchenschule,  
 Heizungsanlage im neuen Mädchen-  
 schulgebäude an der Heinenstraße  
 90,  
 Neubau 154.  
 Bürgerschulen  
 Einrichtung neuer Bürgergeschulclassen 11.  
 Anschaffung von Mobiliar für eine  
 Klasse der Schule an der Leopold-  
 straße 74.  
 Schule in der Maschstraße.  
 Erwerb eines Terrainsstreifens 109.  
 Grenzregulirungen 141.  
 Neubau 153.  
 Reparaturen an den Centralheizungen  
 der Bürgerschulen in der Sidonien-  
 und Ottmerstraße 124.  
 Gewerbeschule.  
 Zuschuß 22.  
 Schützen-Etablissement.  
 Zwangse enteignung des Schützenplatzes  
 76.  
 Entschädigung der Sitzberechtigten 198.  
 Sparkasse, städtische, Einrichtung derselben  
 179.  
 Städtetag in Holzminde, 4. Braun-  
 schweigischer 101.  
 Stadtpark, Neuverpachtung der Restau-  
 ration 194.  
 Stadtverordneten = Versammlung.  
 Mandatsniederlegung seitens des Stadt-  
 verordneten Burchard 116.  
 Antritt des Stadtverordneten Lange  
 146.  
 Standesamtsgebäude in der Petersilien-  
 straße, Umbau desselben 104.

# Statuten.

Ortsbaustatut 178, 181, 184.  
 Entwässerungstatut 189.  
 Straßen.  
 Feststellung von Baulinien s. Baulinien.  
 Straßenbeleuchtung s. Beleuchtung.  
 Straßenreinigung 34, 180.  
 Adolfsstraße, Uebernahme eines Theils  
 derselben seitens der Stadt 107.  
 Bergstraße, Instandsetzung derselben 23.  
 Bohlweg, Erwerb von Terrain zur  
 Straße 7;  
 Regulirung am Mumme'schen Grund-  
 stücke 48,  
 Erwerb von Terrain (Wollermann's-  
 ches Haus) 219.  
 Brabantstraße, Ueberlassung von Straßen-  
 terrain an einen Anlieger 167.  
 Campestraße, Erwerb von Terrain 101,  
 Verbreiterung am Bieweg'schen Garten  
 111.  
 Damm, Abtretung einer Grundfläche  
 zur Straße 105.  
 Kleiner Damm, Aufhebung als Straße  
 123.  
 Kajanenstraße, Instandsetzung 75.  
 Giesmaroderstraße, Abgabe von Straßen-  
 terrain zum Brennecke'schen Neubau  
 104.  
 Hagenmarkt, Abtretung von Terrain 14.  
 Hedwigstraße, Anlage derselben 110.  
 Helmstedterstraße, Erwerb von Terrain  
 132.  
 Husarenstraße, Verbreiterung 9.  
 Hutfiltern, Ankauf von Straßenterrain  
 224.  
 Kreuzstraße, Ueberlassung von Straßen-  
 terrain an den Zimmermann-Harden-  
 berg 169.  
 Limbeckersstraße, Ankauf von Terrain 176.  
 Maschstraße.  
 Verbreiterung durch Ankauf des  
 Graupner'schen Grundstücks 107,  
 desgl. am Wellmann'schen Grundstücke  
 113, 120.

Okerstraße, Erbauung von Wohnhäusern seitens des Tischlermeisters Jung 103.  
 Ringstraße  
 zwischen Celler- und Hamburgerstraße 38, 107,  
 zwischen Helmstedterstraße und Kastanienallee 97, 121, 122.  
 Schuhstraße.  
 Verbreiterung des Eingangs am Kohlmarke 74.  
 Spielmannstraße, Herstellung derselben 87.  
 Spinnerstraße, Instandsetzung derselben 140.  
 Biewegstraße, Erwerb von Terrain 177.  
 Wabestraße, Wohnhausbau des Rentiers Klemme 165.  
 Wiesenstraße, Instandsetzung 104.  
 Zimmerstraße,  
 Verbreiterung derselben 54,  
 Ankauf von Straßenterrain 159.  
 Straßendurchbruch vom Burgplatze zum Steinwege 39,  
 Erwerb von Terrain zur Verbreiterung des Mittelweges, der Biewegstraße und der Kreuzstraße 111,  
 desgl. zur Anlage der Straße zwischen Hedwig- und Cammannstraße 124, 125,  
 desgl. für die von der Kastanienallee in südlicher Richtung abzweigende Straße 125.  
 desgl. für die projectirte Verbindungsstraße zwischen der Wolfenbüttler- und Salzthalerstraße 125,  
 Herstellung eines gepflasterten Ueberganges zwischen Park- und Hufarenstraße 126, 128,  
 Instandsetzung des Platzes an der Andreaskirche 129.  
 Herstellung von Straßen zwischen der Campestraße, Bertramstraße und Kleinen Bertramstraße durch Architect Zinkeisen 132, 186.  
 Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Neue Promenade und Nebenstraße 132,

Unterhaltung des Straßenterrains vor dem Wilken'schen Hause in der Friedrich-Wilhelmstraße 152.

Ausbau der Straßen im Küchengarten 187.

#### Steuern.

Heraufziehung der Schlachtenmeister zur Gemeindesteuer 30,  
 Einschätzungen 32, 182,  
 Steuerreclamationen 32, 98, 113, 126, 128, 144, 160, 182,  
 Heraufziehung Fremder zur Gemeindesteuer 51,  
 desgl. der Officiere 81, 100, 116,  
 Veranlagung der Braunschweigischen Eisenbahngesellschaft zur Gemeindesteuer für 1887 200.

Testamentsabgaben, Erlaß derselben 144.

Thiederhall, Gewerkschaft, Ableitung der Fabrikwässer in die städtischen Kanäle 220.

Turnhalle, städtische.

Austausch von Terrain 74,

Einfriedigungsmauer 134.

#### Verein gegen Bettel.

Zuschuß zur Naturalversorgung armer Reisender 42.

Vergleich mit dem Gärtner Buchheister 168.

Verkauf von Raffinerie-Actien 176.

Verpachtung der Schlagwiese und Bleicherwiese an den Eisbahnverein 120.

Verpachtung einer kleinen zur Carlstraße gehörigen Fläche 195.

#### Vertrag

mit dem Zimmermann Hardenberg wegen Ueberlassung von Straßenterrain an der Kreuzstraße 169,

mit dem Fabrikanten von Voigtländer wegen Erwerbs von Terrain zur Campestraße 101,

mit dem Bauunternehmer Jung wegen Erbauung von Wohnhäusern an der Okerstraße 103,

mit dem Architect Zinkeisen wegen Anlage von Straßen zwischen Campe-

straße, Bertramstraße und kleine Bertramstraße 132, 186,  
mit der Wittve Gellertshof wegen der Civilbadeanstalt 165,  
mit der Hofintendantur wegen Anlegung von Straßen im Küchengarten 187.  
Vervielfältigung der bei den Verhandlungen der Stadtverordneten erforderlichen Zeichnungen 18, 22.

### Wahl

der Vorsitzenden der Stadtverordneten 1,  
des Protocollführers der Stadtverordneten und dessen Stellvertreters 2,  
der Commissionen für deren regelmäßige Geschäfte 3,  
von stellvertretenden Taxatoren der Mobilmachungspferde 32,  
eines Ersatzmannes für die Militäraushebung 51,  
von Armenpflegern 113, 126, 144, 201, 226,  
der Mitglieder des Ausschusses zur Auswahl der als Schöffen und Geschworenen geeigneten Personen 126,

eines Magistratsdieners 182,  
von Schiedsmännern in Gemäßheit des Viehheugengesetzes 226,  
eines Executors 226,  
eines Armendirectors 226.

### Wasserwerk, städtisches.

Erweiterungen des Wasserrohrnetzes 23, 108, 133, 187,  
Verlängerung des Wasserleitungsrohrs in der Kastanienallee 45,  
Zuleitungsrohren der städtischen Wasserleitung betreffend 113,  
Beschaffung eines zweiten Filters 116,  
Revision des Wasserregulativs 195,

### Wege.

Aufhebung eines Weges in der Altpetritshorfeldmark 140.

### Werthpapiere der Stadt.

Convertirung von Prioritäten der Ferdinand-Nordbahn 18.

### Wohnungen, kleinere.

Inanspruchnahme von Staatsmitteln zur Erleichterung der Erbanung derselben 199.

Wollermann'sches Haus am Vohlweg, Abbruch desselben betreffend 181.

1887.

(Fortsetzung der Beilage zu No. 16 de 1887  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

No 1.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 20. Januar 1887.

Essentlich:

Wahl der Vorsitzenden, der Protokollführer und der Commissionen.

Vertraulich:

Mittheilungen des Magistrats über Finanzangelegenheiten.  
Commissionswahlen.

Entschuldigt die Herren Günther, Hollmann, Jasper und Reuter.  
Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Stadtrath Ketz-  
meyer.

Nachdem der Alterspräsident, Herr Ding, die Sitzung eröffnet und dem bis-  
herigen Vorsitzenden, Herrn Semler, für dessen umsichtige und unparteiische  
Leitung der Verhandlungen auch im verflossenen Jahre namens der Versammlung  
Dank gesagt hat,

werden die durch die heutige Tagesordnung vorgeschriebenen Wahlen vorge-  
nommen, zu welchen die Senioren-Commission, bestehend aus den Herren Reuter,  
Jasper, Schwarzenberg, Ding, Heymann und Nieß, in üblicher Weise  
Vorschläge gemacht hat.

Zunächst wird zur Wahl des Vorsitzenden geschritten, wobei 18 Zettel auf  
Herrn Semler lautend und 2 unbeschriebene Zettel abgegeben werden.

Herr Semler ist somit wiedergewählt; er übernimmt den Vorsitz, dankt für  
das ihm abermals geschenkte Vertrauen und leitet, nachdem er die neuhinzugekom-  
menen Mitglieder, die Herren Deconom Theodor Bültemann und Kaufmann

Friedrich Seele im Namen der Versammlung willkommen heißen, sie auch gebeten hat, sich den Obliegenheiten eines Stadtverordneten mit gleichem Interesse hinzugeben, wie es von ihren Vorgängern an den Tag gelegt worden, die ferneren Wahlverhandlungen.

Bei der Wahl des zweiten Vorsitzenden vereinigen sich 19 Stimmen auf den bisherigen zweiten Vorsitzenden Herrn Lüderßen, 1 Stimme erhält Herr Heymann, 1 Zettel ist unbeschrieben.

Herr Lüderßen nimmt die Wahl gleichfalls dankend wieder an.

Die Wahl des Protokollführers geschieht durch Acclamation und wird der bisherige Protokollführer, Finanzrevisor Fischer, wiedergewählt; derselbe giebt seinem Danke Ausdruck und versichert, daß er bestrebt sein werde, das ihm heute zum zehnten Male geschenkte Vertrauen zu rechtfertigen.

Zum Stellvertreter des Protokollführers wird wiederum Herr Heymann gewählt.

Sodann werden gewählt:

in das Kirchen- und Stiftungscassen-Collegium Herr Meyer;

in den Schulvorstand Herr Ramdohr;

in den Schulvorstand für die beiden Mädchenschulen die Herren Vollmann und Ramdohr;

in die Deputation für die städtische Realschule die Herren Ramdohr und Schwarzenberg;

in die Schulcommission die Herren Blasius, Vollmann, Lösekrug, Reiche und Schwarzenberg;

in die Statutencommission die Herren Halle, Heymann, Krahe, Lüderßen, Reuter, Schwarzenberg und Semler;

in die Finanzcommission die Herren Heymann, Hollmann, Jasper, Natalis, Seele, Sievers und Wolff;

in das Stadtbauamt die Herren Blasius, Vollmann, Ramdohr und Reuter;

in die Baucommission die Herren Bültemann, Krahe, Nieß, Reuter und Niese;

in den Gesundheitsrath die Herren Blasius, Reuter und Wille;

in die Deputation für die Gas- und Wasserwerke die Herren Jasper, Lösekrug, Sievers und Wolff;

in die Deputation für die Erweiterungsbauten des Wasserwerks die Herren Hollmann und Krahe;

in die Canalbaudeputation die Herren Hollmann und Krahe;

in die Deputation für die Gewerbeschule die Herren Krahe und Lösekrug;



- in die Quartierbehörde die Herren Ding und Rieß, als deren Stellvertreter die Herren Günther und Wille;
- in die Commission für die Einschätzung der Gewerbesteuer die Herren Jasper, Hollmann, Buchler und Wolff;
- in die Deputation für das Schlachthaus die Herren Meyer und Wolff;
- in die Commission für die Einschätzung der Gebäude behuf Einquartierung die Herren Meyer, Lösekrug, Ramdohr, Bollmann, Ding und Wolff.

Die drei Einkommensteuer-Einschätzungs-Commissionen werden folgendermaßen vertheilt:

- für den August- und Steinhordistrict die Herren Bültemann, Günther, Halle, Heymann, Lösekrug, Lüderßen, Natalis, Ramdohr und Sievers;
- für den Wenden- und Pettrithordistrict die Herren Blasius, Bollmann, Ding, Jasper, Reiche, Reuter, Rieck, Seele und Schwarzenberg;
- für den Hohen- und Wilhelmithordistrict die Herren Buchler, Burchard, Hollmann, Krahé, Meyer, Rieß, Semler, Wille und Wolff.

Nachdem noch die Protokolle A. 11 vom 2. December und A. 12 vom 9. December v. J. genehmigt sind,  
erfolgt Schluß der öffentlichen Sitzung.

In vertraulicher Sitzung werden die Beisitzer zu den verschiedenen Einschätzungs-Commissionen gewählt,

auch nimmt die Versammlung noch einige Mittheilungen des Herrn Bürgermeisters Pockels über Finanzangelegenheiten entgegen.



**Verhandlungen**  
der  
**Stadtverordneten zu Braunschweig.**  
**Sitzung am 27. Januar 1887.**

---

**Öffentlich:**

- I. Annahme eines Brandmeisters.
- II. Erwerb von Terrain zur Straße am Bohlwege.
- III. Feststellung einer Baulinie am Egydienmarkte.
- IV. Nachverwilligung von Kosten zur Verbreiterung der Husarenstraße.
- V. Verwilligung einer Remuneration für den Oberingenieur Mitgau.
- VI. Einrichtung von 9 neuen Bürgerschulclassen, Anstellung der Lehrer etc.
- VII. Ortsbauplan für den Ruhfäutchenplatz und die angrenzenden Straßen.
- VIII. Abtretung von Straßenterrain am Hagenmarkte.
- IX. Entlassung eines Theilgrundstücks aus dem Hypothekverbande.
- X. Anstellung zweier Bureauarbeiter.
- XI. Vermietung des Huch'schen Hauses an den Thomaehof.
- XII. Canalisirung einiger Straßen der Innenstadt.
- XIII. Ankauf eventuell Expropriation zweier Häuser an der Helmstedterstraße.
- XIV. Convertirung von Prioritäten der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn.
- XV. Selbstständiger Antrag des Herrn Wilke, die Vielfältigung der bei den Verathungen der Versammlung erforderlichen Zeichnungen betr.
- XVI. Anfrage des Herrn Rieke, die Auswahl von Beisitzern für die bevorstehende Reichstagswahl betr.
- XVII. Anfrage des Herrn Günther, betr. die Zurückweisung von Personen, welche am Tage der Auslegung der Listen zur Reichstagswahl das 25. Lebensjahr noch nicht erreicht haben.

**Vertraulich:**

- Pensionirung der Lehrerin Peters.
  - Desgl. des Lehrers Engelle.
-

Entschuldigt die Herren Buchler und Jasper. Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadtrath Ketemeyer und Stadtrath Grote.

Der Versammlung bezw. dem Herrn Vorsitzenden sind zugegangen:

- 1) Einladung des Männerturnvereins zur Beivohnung des von demselben am Sonntag, den 30. d. Mts., zu veranstaltenden Schauturnens,
- 2) Schreiben des Herrn von Glasenapp, Schriftführer eines Comitées in Potsdam, die Feier des 90. Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers betreffend.

Beide Schriftstücke läßt der Herr Vorsitzende circuliren.

Das Protokoll Nr. 13 vom 30. December v. J. wird genehmigt.

Herr Günther fragt bei der Gelegenheit an, ob es sich nicht empfehle, die Protokolle statt vor Beginn der Verhandlungen nach Beendigung derselben zur Genehmigung zu verstellen, damit auch Jemand, der nicht gleich von vornherein anwesend sei, event. Ausstellungen machen könne; er hätte neulich etwas gegen ein Protokoll zu erinnern gehabt, es sei ihm dies aber nicht möglich gewesen, weil dasselbe, als er gekommen, bereits genehmigt gewesen sei.

Der Herr Vorsitzende giebt Herrn Günther anheim, in's Künftige zur rechten Zeit zu kommen und ertheilt sodann

I. Herrn Krahe das Wort zur Berichterstattung über die Magistratsvorlage vom 30. v. Mts., die Annahme eines Brandmeisters betreffend.

Als Nachfolger des zum 1. d. Mts. pensionirten Brandmeisters Körmernann hat der Magistrat im Einverständnisse der Herzoglichen Polizei-Direction den auf der hiesigen Maschinen-Bauanstalt fungirenden, 49 Jahr alten, Verwalter August Wieders ausersuchen. Derselbe soll nach gut zurückgelegtem Probejahre gegen Remuneration, also unter Ausschluß einer festen und pensionsberechtigten Anstellung, angenommen werden, und 2000 M jährlich (neben freier Wohnung und Heizung, freiem Licht und Wasser) mit der Zusicherung erhalten, daß diese Remuneration bei zufriedenstellender Dienstführung nach 3 Jahren auf 2150 M, nach 6 Jahren auf 2300 M und nach 9 Jahren auf 2400 M erhöht werden wird. Ferner soll der demnächstige Brandmeister gegen eine Entschädigung von 150 M verpflichtet werden, einen einige Wochen umfassenden Unterrichtscursus bei einer mustergiltig organisirten auswärtigen Feuerwehr zu absolviren. Der Magistrat giebt der Versammlung anheim, ihn zum Abschlusse eines bezüglichlichen Dienstvertrages mit Wieders zu ermächtigen, auch die dazu für 1887 annoch erforderliche Summe von 500 M (1500 M sind bereits im Etat für den Brandmeister ausgesetzt) zu verwilligen.

Die Statutencommission tritt dem Ersuchen des Magistrats bei.

Herr Günther kann sich mit der Annahme Wieders nicht einverstanden erklären, weil derselbe bereits zu alt sei für einen derartigen Posten, der einer jün-

geren Kraft übertragen werden müsse. Wenn derselbe auch für jetzt auf Pensionsberechtigung verzichte, so schließe das nicht aus, daß man später doch vielleicht für dessen Pensionirung werden sorgen müssen.

Auch Herr Niese kann aus gleichem Grunde dem Magistratsantrage nicht beistimmen. Er sehe nicht ein, weshalb man diese Stelle nicht einem der Leute geben wolle, die schon länger bei der Feuerwehr thätig sind und im Alter von 30 bis 40 Jahren stehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Annahme eines Brandmeisters an sich gehöre, wenn derselbe eben nicht zu den pensionsberechtigten Beamten gezählt werden solle, ausschließlich der Zuständigkeit des Magistrats an, und würde dieser überhaupt nicht nöthig gehabt haben, sich an die Versammlung zu wenden, wenn im diesjährigen Etat für die Dotation dieser Stelle statt der Summe von 1500 M eine solche von 2000 M vorgesehen wäre. Wie die finanzielle Seite nun aber einmal liege, werde sich auch die Versammlung über die vom Magistrate in Aussicht genommene Persönlichkeit ein Urtheil zu bilden haben, und wolle er in dieser Beziehung bemerken, daß Widers von sämtlichen vorgeschlagenen Candidaten dem Magistrate als der geeignetste erschienen sei; derselbe sei nicht allein seit einer langen Reihe von Jahren als Feuerwehrmann in Reih und Glied zufriedenstellend thätig gewesen, sondern habe sich auch als tüchtiger Führer bewährt, und da derselbe auch aus der ihm gemachten Eröffnung, daß die Stelle nur gegen Remuneration besetzt werden solle, keinen Anlaß zur Zurücknahme seiner Bewerbung hergeleitet habe, so sei der Magistrat über die Wahl der Persönlichkeit durchaus nicht im Zweifel gewesen. Außerdem habe sich Herzogliche Polizei-Direction, welche vertragsmäßig ihre Zustimmung zu geben habe, dem Magistrate vollständig angeschlossen.

Der Magistratsantrag wird darauf genehmigt.

## Ueber den

II. Punkt der Tagesordnung, den Erwerb von Straßenterrain am Bohlwege betreffend, berichtet Herr Niese namens der Baucommission unter Verweisung auf den im Sitzungssaale angehefteten Situationsplan.

Die Häuser Nos. 2042, 2043, 2044 und 2045 am Bohlwege sollen abgebrochen und durch Neubauten ersetzt werden. Zur Innehaltung der im Jahre 1877 beschlossenen Baulinie müssen die auf dem Situationsplane mit a b d e a umschriebenen, zu den gedachten Häusern gehörigen Grundstücksantheile von insgesammt ca. 209 qm stadtsseitig erworben werden. Die Eigenthümer dieses Terrains, Maurermeister Röper und Architect Till, fordern 175 M pro qm. Die städtische Bauverwaltung hält aber einen Preis von 150 M für angemessen, weshalb der Magistrat die Versammlung ersucht, ihn zum Ankauf des Terrains zum letztgedachten Preise zu ermächtigen, event. sich damit einverstanden zu erklären, daß dasselbe im Wege

der Expropriation erworben werde; derselbe bemerkt dabei, daß er beabsichtige, demnächst auf Grund der im Jahre 1878 stattgehabten Verhandlungen an Herzogliches Staatsministerium ein Gesuch um Verwilligung einer angemessenen Beihilfe zu den Kosten des Terrainerwerbs zu richten.

Die Baucommission befürwortet den Magistratsantrag, stellt aber zugleich den Unterantrag, den Stadtmagistrat zu ersuchen, gelegentlich der Expropriation der vorgedachten Grundstücksantheile den Buchhändler Wollermann zum gleichzeitigen Neubau seines Hauses zu bewegen und zu diesem Zwecke geeignete Unterhandlungen anzubahnen.

Herr Günther fragt an, wie hoch sich die zu zahlende Entschädigung im Ganzen belaufe, wenn der geforderte Preis von 175 M pro qm zu Grunde gelegt würde und erklärt sich mit dem Zusatzantrage der Commission in der Voraussetzung einverstanden, daß der Stadt weiter keine Verpflichtungen daraus erwachsen.

Herr Natalis giebt die Gesamtentschädigung bei dem geforderten Preise zu 36575 M, die Differenz zwischen Forderung und Angebot zu 5225 M an.

Referent fügt noch hinzu, diese Differenz sei bei Ablehnung der Forderung nicht allein maßgebend gewesen, der Hauptgrund habe vielmehr darin gelegen, daß man in der Abschneidung der fraglichen Terrainstücke keine Schädigung der Grundstücke bezüglich ihrer Neubebauung erblickt habe, und der Weg der Expropriation auch aus dem Grunde geboten erscheine, weil man bei der von Jahr zu Jahr zunehmenden Steigung der Grundstückspreise nicht mehr genau wisse, wie hoch man dieselben bestimmen solle.

Hiernach gelangen Magistrats- und Commissionsantrag zur Annahme.

III. folgt der von Herrn Heymann erstattete Bericht der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 27. v. Mts., die Feststellung einer Baulinie am Egidienmarkte betreffend.

Die Eigenthümer des an der Ecke der Auguststraße und des Egidienmarktes belegenen Hauses M. ass. 2418, Schuhmachermeister Heinrich und Th. Brandes, beabsichtigen auf ihrem Grundstücke einen Neubau zu errichten und hat aus diesem Anlaß das Stadtbauamt für die Ostseite des Egidienmarktes eine Baulinie in Vorschlag gebracht, welche auf dem vorliegenden Situationsplan mit e h d bezeichnet ist. Der Magistrat beantragt diese Baulinie zu genehmigen, bemerkt aber dabei, daß der Brandes'sche Neubau um 1,5 m vor dem Hause des Tapezierers Türries vorspringen würde, und daß letzterer dieserhalb einen Entschädigungsanspruch zu haben vermeine. Der Magistrat hält nun zwar, da er in der Ausführung der vorgeschlagenen Baulinie eine Schädigung des Türries nicht erblicken kann, einen solchen Entschädigungsanspruch für unbegründet, ersucht aber die Versammlung, sich über diesen Punkt gutachtlich zu äußern. Für den Fall der Ge-

nehmung der Baulinie hat der Magistrat mit den Schuhmachermeistern H. und Th. Brandes einen Vertrag abgeschlossen, wonach die vom Brandes'schen Grundstück zur Straße abzutretende, ca. 4 qm haltende Fläche g d f d gegen eine fast gleich große Straßenfläche f i h f ohne weitere Entschädigung ausgetauscht werden soll, und bittet diesen Vertrag event. zu genehmigen.

Die Commission hat keine Bedenken gehabt, die Annahme des Magistratsantrags zu empfehlen, auch schlägt sie vor, das geforderte Gutachten dahin abzugeben, daß ein Entschädigungsanspruch seitens des Tapezierers Jürries nicht vorhanden sei. In der Commission sei magistratsseitig hervorgehoben worden, daß es wünschenswerth sei, auch diese wichtige Frage, die sich noch öfters wiederholen könne, gerichtlich zum Austrage bringen zu lassen, wozu der vorliegende Fall um so geeigneter erscheine, als das Object des event. Processes nur ein verhältnißmäßig unbedeutendes sein würde.

Herr Schwarzenberg hält es für sehr bedenklich, eine Baulinie zu wählen, durch deren Ausführung Jemand geschädigt werde; man sollte in solchen Fällen lieber die alte Baulinie bestehen lassen, zumal wenn, wie hier, das Verkehrsinteresse nicht in Frage komme. Es sei immerhin möglich, daß eine Privatklage des Jürries auf Entschädigung Erfolg habe. Wenn z. B. einem Photographen dadurch, daß das Nachbarhaus vorgerückt werde, derartig das Licht genommen werde, daß er in seinem Geschäftsbetriebe gestört werde, dann habe derselbe entschieden Anspruch auf Entschädigung.

Referent: Wenn wirklich an Jürries eine Entschädigung gezahlt werden müßte, die doch immerhin nur eine geringfügige sein könne, so sei das kein Grund, von einer Baulinie Abstand zu nehmen, die dem Egidienmarke nicht unwesentlich zur Verschönerung gereiche.

Herr Rieke kann die Ansicht, daß durch die neue Baulinie eine besondere Verschönerung geschaffen werde, nicht theilen; er glaubt aber, daß, wenn man an der Auguststraße noch Terrain abschneide und so eine coupirte Ecke bildete, dem Schönheitsstrome mehr Rechnung getragen werden würde, als jetzt. Außerdem wisse er bestimmt, daß bei der vorgeschlagenen Baulinie seitens der Nachbarn Entschädigung verlangt werde.

Es wird darauf die Feststellung der vorgeschlagenen Baulinie mit 12 von 23 Stimmen beschlossen und der Vertrag genehmigt.

Auf Abgabe des im Schreiben geforderten Gutachtens verzichtet der Magistrat.

Wie sodann

IV. Herr Sievers namens der Finanzcommission vorträgt, ist die zur Verbreiterung eines Theils der Husarenstraße verwilligte Summe von 4000 M um 1111,57 M überschritten worden, und giebt der Magistrat auf Grund eines die

Ueberschreitung rechtfertigenden Berichts der städtischen Bauverwaltung der Versammlung anheim, gedachte Mehrausgabe nachträglich zu verwilligen.

Die Finanzcommission bedauert allerdings, daß eine so unverhältnißmäßig hohe Ueberschreitung hat vorkommen können, sie kann aber unter den obwaltenden Umständen nur empfehlen, die Mehrkosten, die ja auch sehr gut angewandt seien, indem die betreffende Straße eine bedeutende Verschönerung erfahren habe, zu bewilligen.

Herr Krahe spricht den Wunsch aus, daß die Kostenaufschläge mit größerer Genauigkeit aufgestellt werden möchten, damit derartige Ueberschreitungen von über 25 % in's Künftige vermieden würden. Im Staatsdienste dürften Aufschlagsüberschreitungen von solcher Höhe nicht vorkommen.

Wie Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, komme es auch im Staatsdienste vor, daß die Aufschläge mit großen Summen überschritten würden, wovon er sich als Landtagsabgeordneter zu verschiedenen Malen überzeugt habe.

Herr Stadtrath Ketemeyer: Nach einer Erklärung des Stadtbauraths Winter sei die Ueberschreitung dadurch entstanden, daß die Bearbeitung der Wege und Canäle zwei verschiedenen Behörden obliege, von denen die eine nicht gewußt habe, was von der anderen vorgesehen sei.

Nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Rieke, welcher empfiehlt, zu den Bordquadern besseres Material zu verwenden, als es in den losen Sollinger Steinen geboten sei,

wird die Nachverwilligung der Mehrausgabe beschlossen.

V. berichtet Herr Wolff für die Finanzcommission, daß der Magistrat im Einverständnisse der Canalbaudeputation die Versammlung unterm 7. d. Mts. ersucht habe, dem Oberingenieur Mitgau für diejenigen Dienste, welche derselbe außerhalb seines amtlichen Wirkungskreises im Auftrage der Stadtverwaltung durch Projectirung der städtischen Entwässerung, sowie durch Leitung der Ausführung der während der Jahre 1876—1886 hergestellten Entwässerungscanäle geleistet hat, eine Gesamtentschädigung von 3000 M aus dem Canalbaufonds zu verwilligen.

Die Commission schließt sich dem Antrage an.

Herr Rieke hat nichts dagegen, daß Herrn Mitgau eine Entschädigung gezahlt werde, und sollten es selbst 20000 M sein, wenn nur endlich einmal mit der Canalisation angefangen würde. Verschiedene Straßen hätten dieselbe besonders groß nöthig. Er erinnere nur an die gesundheitsgefährlichen Zustände auf dem noch nicht canalisirten Theile der Schöppenstedterstraße und wünsche dringend, daß dieselben bald beseitigt würden.

Hiernach wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.



VI. Nach einer Anzeige des Schuldirectors Schaar Schmidt ist für 1887 die Einrichtung von 9 neuen Bürgerischulklassen erforderlich und ersucht der Magistrat die Versammlung mittelst Schreibens vom 7. d. Mts., sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Schulvorstande

- 1) zur Besoldung und bezw. Remunerirung von 7 Lehrern und 2 Lehrerinnen ein Credit von bis zu 7650 M aus dem Dispositionsfonds Cap. I sub e des Schulcassenetats gewährt,
- 2) zur Beschaffung von Lehrmitteln, zur Aufstellung von Subsellien und zur Entschädigung des zur Beaufsichtigung der neuen Klassen auszuhielfsweise heranzuziehenden Lehrers der Betrag von insgesamt 250 M extraordinair aus der Schulkasse zur Verfügung gestellt werde.

Die Schulcommission, für welche Herr Reiche referirt, empfiehlt diese Anträge,

worauf dieselben seitens der Versammlung genehmigt werden.

Danach

VII. nimmt Herr Krahe das Wort, um im Auftrage der Baucommission über die Magistratsvorlage vom 3. d. Mts., den Ortsbauplan für den Ruhfäutchenplatz und die angrenzenden Straßen betreffend, zu berichten.

Nachdem die Wiederherstellung der Burg Dankwarderode gesichert erscheint, hat der Magistrat die Städtische Bauverwaltung mit der Ausarbeitung eines Ortsbauplans für den Ruhfäutchenplatz und die angrenzenden Straßen beauftragt. Die Städtische Bauverwaltung hat dementsprechend einen Bericht unter Anschluß eines Situationsplans erstattet, welches beides der Versammlung vorliegt. Der Magistrat bemerkt dazu Folgendes: Für die Nordseite des Platzes sei eine neue Baulinie festgestellt und habe sich das Straßenbau-Consortium Kimpau-Schmidt und Consorten verpflichtet, auf dieser Baulinie binnen 3 Jahren Neubauten zu errichten. Nach Osten zu werde der Platz zur Zeit von dem alten Herzoglichen Museum und der Pauliner-Kirche begrenzt. Wie sich diese Begrenzung in Zukunft gestalten werde, lasse sich zur Zeit noch nicht übersehen. Es sei in Frage gekommen, ob die Area des alten Museums zur Errichtung eines neuen Stadthauses geeignet erscheine, jedoch habe der Umstand, daß auf die dazu erforderliche Niederlegung der Pauliner-Kirche und der zu derselben gehörigen Kreuzgänge kaum zu rechnen sein dürfte, Anlaß zu Bedenken gegeben. Jedenfalls dürften die an dieser Stelle vorgeschlagenen Baulinien zweckmäßig gewählt sein. An der Südseite des Platzes sei eine Straße in gerader Verlängerung des Steinwegs gedacht. Diese Verlängerung erscheine für den Verkehr zwischen dem östlichen und westlichen Theile der Stadt äußerst wünschenswerth und empfehle sich auch aus Schönheitsrückichten, da dieselbe schon vom Steinwege aus einen freien Blick auf die in neuer und

unzweifelhaft schöner Gestalt erstehende Heinrichsburg gestatten werde. Die Ausführung dieses Straßenprojectes setze freilich die Niederlegung des von Veltheim'schen Hauses am Wohlwege, sowie der neben und hinter demselben belegenen herrschaftlichen Gebäude (Cavalierhaus, Schlachthaus, Landgestüt etc.) voraus, es dürften diesem Projecte aber weder principielle noch auch erhebliche finanzielle Bedenken entgegenstehen. Im Westen werde der Platz theils von der Burg Dankwarderode, theils von der Löbbbeck'schen Dienstboten-Bildungs-Anstalt und einem Privathause begrenzt. Die Burg werde nach dem vom Stadtbaurath Winter entworfenen, von Seiner Königlichen Hoheit, dem Prinzen Albrecht, genehmigten Bauplane in würdigster Weise restaurirt werden und der hiesigen Stadt, insonderheit aber dem Burg- und Ruhfäutchenplage, zur größten Zierde gereichen. Die Beseitigung der Löbbbeck'schen Dienstboten-Bildungsanstalt sei schon wegen der wünschenswerthen Verbreitung der Straße an der Nordseite der Burg geboten, auch finanziell nicht schwierig, da das Grundstück zu einem mäßigen Preise zu erwerben sein und die Area des abzubrechenden Hauses, selbst nach Abtrennung des zur Straßenverbreiterung erforderlichen Theiles, noch vortheilhaft zu verwerthen sein dürfte. Bezüglich der Restauration der Burg Dankwarderode sei eine Verbindung zwischen der Burg und dem Dome in der Höhe des Saalbaues der Burg geplant. Diese zur Zeit Heinrichs des Löwen vorhanden gewesene Verbindung erscheine aus architectonischen und ästhetischen Rücksichten dringend wünschenswerth. Sie bilde augenscheinlich einen nicht unwesentlichen Theil des Restaurationsbaues und bringe den ursprünglichen Zustand der Burg zur vollen Geltung. Um dieselbe herzustellen, werde allerdings die Errichtung zweier je 0,90 m im Quadrat großen Pfeiler nothwendig, da die Ueberführung mittelst eines Bogens aus bautechnischen Rücksichten unausführbar sei. Diese Pfeiler dürften aber zu Bedenken keinen Anlaß geben, da dieselben noch zwei Durchfahrten in der Breite von je 3,5 m und zwei Fußwege in der Breite von je 2 m gestatten und somit dem Verkehre kein nennenswerthes Hinderniß entgegenstellen, wobei noch in Berücksichtigung komme, daß in dem Ortsbauplane an der Nordseite der Burg eine Verbreiterung der Straße auf 10 m und außerdem eine Verbreiterung des kleinen Marstalls auf 13,5 m vorgesehen sei.

Dem Vorstehenden nach richtet der Magistrat das Ersuchen an die Versammlung, den vorgelegten, auf die Regulirung des Ruhfäutchenplatzes und der angrenzenden Straßen bezüglichen Ortsbauplan — mit Ausschluß jedoch des Steinwegs und der Ostseite des Wohlwegs — einschließlich aber der geplanten Verbindung der Burg mit dem Dome, zu genehmigen.

Referent schließt sich namens der Baucommission dem Vorschlage des Magistrats an, empfiehlt aber bei der demnächstigen anderweiten Bebauung der Area der jetzigen Löbbbeck'schen Dienstbotenanstalt die beschränkende Bedingung zu stellen, daß an

dieser Stelle nur solche Gebäude errichtet werden, welche in ihrer Höhe und Bauart der Burg harmonisch angepasst seien; sehr hohe und nicht passend erbaute Häuser würden den Anblick der Burg beeinträchtigen. Wegen der Kosten würden später noch besondere Anträge an die Versammlung gelangen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die eigentliche Veranlassung zur Vorlage des zur Berathung stehenden Ortsbauplans sei gewesen, daß man erst nach dessen Feststellung zur Regulirung der Niveauverhältnisse des Ruhfäutchenplatzes schreiten könne, daß es aber nicht in der Absicht liege, auf Kosten der Stadt den ganzen Ortsbauplan auszuführen. Wenn die dadurch berührten Gebäude etwa neu gebaut werden müßten, dann hätten sie sich dieser Baulinie zu fügen und die Bauenden müßten sich den vorgeschriebenen Bedingungen unterwerfen. Es liege in der Absicht des Magistrats, das Grundstück der Dienstbotenanstalt zu erwerben und den vorliegenden Ortsbauplan, soweit derselbe den Durchbruch der Straße nach dem Steinwege bezwecke, sobald als möglich zur Ausführung zu bringen. Die Angelegenheit werde augenblicklich durch die städtische Bauverwaltung finanziert und habe die Versammlung hoffentlich in nicht ferner Zeit eine Vorlage darüber zu erwarten.

Herr Wolff steht der Vorlage sympathisch gegenüber, sie verliert aber dadurch für ihn an Werth, daß, wie er verstanden habe, die Durchfahrt zwischen dem Dome und der Burg einer gewissen Beschränkung unterworfen werden solle, indem sie nicht die ursprünglich projectirte Breite von 14 m erhalten und mit einem Fahrthore versehen werde. Grade darauf, daß an dieser Stelle eine genügend breite Straße geschaffen werde, sei immer das Hauptgewicht gelegt worden.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß von einer Verkehrsbeschränkung überhaupt keine Rede sein könne; etwaigen Störungen des Gottesdienstes, die auch in anderen Theilen der Stadt möglich seien, würde man dadurch entgegentreten können, daß man das Pflaster zweckentsprechend einrichte. Es sei in der Commission nur die Ansicht ausgesprochen, daß der Verkehr zwischen Burg und Dom insofern werde entlastet werden, als der schwere Fuhrwerksverkehr von Westen her, weil er, ehe er an diese Stelle gelange, erst eine starke Steigung zu überwinden habe, nicht unmittelbar am Dome durchziehen, sondern sich naturgemäß über den Markstall und über die Straße an der Nordseite der Burg bewegen werde, namentlich wenn diese beiden Straßen erst verbreitert seien. Die südlich der Burg ursprünglich projectirte Straßenbreite könne aber deshalb nicht innegehalten werden, weil es sich als unmöglich herausgestellt habe, die Burg in würdiger Weise zu restauriren, wenn zwischen ihr und dem Dome ein Raum von 14 m frei gelassen würde; eine reifliche Prüfung der Verkehrsverhältnisse habe aber auch ergeben, daß die jetzt geplante Breite zur Bewältigung des Verkehrs vollständig genüge. Also auch im Interesse der Restaurirung der Burg gebe er anheim, aus dieser überwundenen Frage keinen Anlaß zu Schwierigkeiten herzuleiten.

Herr Günther schließt sich den Bedenken des Herrn Wolff darüber, daß nicht nur die ursprüngliche Breite nicht beibehalten, sondern der Verkehr auch noch durch Pfeiler beschränkt werde, an; man nehme in der That zu wenig Rücksicht auf die Verkehrsverhältnisse Braunschweigs. Die Verbindung des westlichen Stadttheils mit dem Steinwege verliere wirklich an Werth, wenn der Verkehr erst den Umweg über den Ruhfäutchenplatz machen müsse.

Herr Reuter: Wie Herr Oberbürgermeister Pockels schon hervorgehoben habe, werde durch die Verbreiterung des Marstalls ein Theil des von Westen kommenden Verkehrs vom Burgplatz abgelenkt werden. Der von Osten her nach der Neuenstraße und Schuhstraße zu sich bewegendende Verkehr werde aber theilweise an der Nordseite der Burg durchfahren, um so nach der Straße vor der Burg zu gelangen. Indes stehe auch der Benutzung des Weges an der Südseite der Burg nichts entgegen, denn die vorgesehenen Bogen seien so breit, daß dieselben jedes Fuhrwerk passiren könne. Was den Kostenpunkt anlange, so seien darüber nähere Details noch nicht anzugeben, es sei nur im Allgemeinen in der Commission versichert worden, daß dieselben sich nicht allzu hoch belaufen würden, was ja auch in Anbetracht des Werthes der zu gewinnenden Baustellen wohl anzunehmen sei.

Herr Rieke: Die Genehmigung des vorliegenden Ortsbauplans habe weiter keine Wichtigkeit, als daß für die neuzubauenden Häuser die Fluchtlinie bestimmt werde. Es liege aber auch die Nothwendigkeit vor, dem Platz ein anderes Aussehen zu verschaffen, was der Stadt um so leichter werden werde, als sie ja bekanntlich nur  $\frac{1}{6}$  der Pflasterungskosten zu tragen habe. Daß alles zur Ausführung komme, werde wohl keiner der Anwesenden erleben. Das Bild, welches der heute vorliegende Plan zeige, sei nur eine Consequenz davon, daß die alte Heinrichsburg wieder hergestellt werde. Wenn die Burg aber auf jener Zeichnung nicht stände, dann würde sich seines Erachtens das Bild noch weit schöner ausnehmen.

Der Magistratsantrag gelangt darauf zur Annahme.

VIII. In Folge der für die Südseite des Hagenmarktes festgestellten Baulinie ist an den Photographen Beddies, Eigenthümer des sub A2 ass. 2102 daselbst belegenen Hauses, ein 1,5 qm haltendes Terrain abzutreten und hat sich derselbe bereit erklärt, 50 M dafür zu zahlen. Der bedungene Preis erscheint dem Magistrate angemessen, weshalb er an die Versammlung mittelst Schreibens vom 10. d. Mts. das Ersuchen richtet, den Verkauf zu genehmigen.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, namens welcher Herr Sievers berichtet, wird diesem Ersuchen ohne Debatte entsprochen.

Weiter

IX. referirt Herr Sievers über eine Magistratsvorlage vom 11. d. Mts., die Entlassung eines Theilgrundstücks aus dem Hypothekenverbande betreffend.

Von dem der Wittve Destreicher zugehörigen, mit einer städtischen Hypothek behafteten, Grundstücke an der Körnerstraße ist zum Zwecke der Begräbning der verlängerten Marthastrafe eine auf dem vorliegenden Situationsplane mit a b c bezeichnete 2 qm große Parcellen abgetreten, und soll demselben dafür als Erjag eine mit c d e umschriebene 4 qm haltende Fläche zugetheilt werden. Frau Destreicher hat nun darauf angetragen, die Parcellen a b c aus dem Hypothekenverbande zu entlassen, und ersucht der Magistrat die Versammlung, sich mit diesem Antrage einverstanden zu erklären unter der Bedingung jedoch, daß die Parcellen c d e dem fraglichen Grundstücke zugelegt und mit verpfändet werde.

Auch dieser Antrag wird auf Empfehlung der Commission ohne Weiteres genehmigt.

X. beschließt die Versammlung auf Grund eines Referats des Herrn Halle über ein Magistratschreiben vom 18. d. Mts., die beim städtischen Gaswerke remuneratorisch beschäftigten Bureauarbeiter Burgdorf und Müller mit dem 1. d. Mts., unter Zubilligung eines im diesjährigen Etat des Gaswerks bereits vorgesehenen Gehaltsjahres von 1200 M., im Sinne des Statuts vom 19. April 1880, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung betreffend, definitiv anzustellen.

XI. Nachdem das Stiftsgebäude des Thomaehofes in der Heinenstraße zur Erbauung einer mittleren Mädchenschule angekauft worden, ist für die einstweilige Unterbringung von 28 Conventualinnen der gedachten Stiftung Sorge zu tragen. Der Magistrat hat hierbei das vormalige Huch'sche Haus am Hagenmarke, welches den Schlüssel zu der neuanzulegenden, auf den Nickelnkuff ausmündenden Straße bilden soll, ins Auge gefaßt. Zur Ausführung des gedachten Straßenprojects kann in nächster Zeit noch nicht geschritten werden, weil einmal die Städtische Bauverwaltung außerordentlich viel zu thun hat, und fürs zweite auch die Verhandlungen mit den Anliegern wegen Abtretung des Okergrabenterrains sehr zeitraubend sind. Der Magistrat beabsichtigt deshalb, das Huch'sche Haus mit dem 1. April d. J. zum Preise von 3000 M. an die genannte Stiftung zu vermieten und bittet, die Genehmigung hierzu zu ertheilen. Die Verfügung über diejenigen Theile des Hauses, welche zur Unterbringung der Conventualinnen nicht benutzt werden, will sich der Magistrat vorbehalten.

Die Finanz-Commission, für welche Herr Wolff berichtet, schließt sich dem Magistratsantrage an.

Herr Rieke: Den Grund, daß die Verhandlungen mit den Anliegern zu viel Zeit in Anspruch nehmen, wolle er gelten lassen, nicht aber den, daß die Städtische Bauverwaltung zu viel zu thun habe. Wenn zur Beschaffung der nöthigen Arbeiten nicht Leute genug vorhanden seien, dann möge man welche anstellen. Auf der hinter

dem Huch'schen Hause zu schaffenden Straße sollten doch Häuser mit kleineren Wohnungen errichtet werden, es müsse also großer Werth darauf gelegt werden, daß diese Straße baldigt hergestellt werde, denn an derartigen Wohnungen mangle es in Braunschweig ganz ungemein. Es würden eine Masse Häuser mit kleineren Wohnungen abgerissen, aber Ersatz würde nicht dafür geschaffen. Wo sollten schließlich die Arbeiterfamilien untergebracht werden? Auch schon aus gesundheitlichen Rücksichten sei es im hohen Grade erwünscht, daß der übelriechende Okergraben hinter dem Huch'schen Hause so bald als möglich canalisirt und die Straße zu dem Ende schon im nächsten Frühjahr in Angriff genommen werde. Wenn nun der Stadtbaurath Winter mit den Ausarbeitungen zur Restauration der Burg Dankwarderode zu viel zu thun habe, dann hätte man ihn sollen solange vom Amte suspendiren und seine Functionen einem anderen übertragen; dann könnten derartige Projecte ausgeführt werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Vorarbeiten zu der gedachten Straßenanlage seien bei der Städtischen Bauverwaltung nicht in Rückstand gekommen, und könnten jetzt, nachdem der Chef der Städtischen Bauverwaltung ermächtigt sei, noch einen Hülfsgemeister und einen Zeichner zu engagiren, an welchen es allerdings bislang gefehlt habe, noch rascher gefördert werden. Die Vermiethung des Huch'schen Hauses sei aber für die Ausführung des Projectes der Straßenanlage durchaus kein Hinderniß. Es müsse nur erst zur Canalisirung geschritten werden. Die nöthigen Canalisationsprojecte seien bereits festgestellt und sobald dieselben von verschiedenen Seiten geprüft seien, werde die Landes-Polizeibehörde ersucht werden, die Canalisirung zu gestatten. Zum eigentlichen Straßenbau werde es aber erst im nächsten Jahre kommen, selbst wenn die Canalisirung noch in diesem Jahre ausgeführt würde, denn es müsse auch das über den Canal einzuschüttende Terrain sich erst gehörig fassen. Die Canalisirung könne aber vorgenommen werden, ohne daß das Huch'sche Haus beseitigt würde, weil der Magistrat sich die Verfügung über die zu einer Durchfahrt nöthigen Theile des Hauses vorbehalten habe, so daß bei den Arbeiten ungehindert durchgefahren werden könne.

Herr Blasius erklärt sich mit der Vermiethung, wie vorgeschlagen einverstanden, bittet aber die Versammlung, dem Magistrate event. noch fernere Kräfte zur Anfertigung von Zeichnungen u. s. w. zur Verfügung zu stellen, damit die baldige Ausführung des Projectes wenigstens nach dieser Richtung hin gesichert sei.

Die Genehmigung des Magistratsantrags wird darauf ausgesprochen.

XII. Ueber das Magistrats Schreiben vom 17. d. Mts., die Canalisirung einiger Straßen der Innenstadt betreffend, hat Herr Wolff namens der Finanzcommission zu berichten.

Der Magistrat hält es im Interesse der Gesundheits- und Reinlichkeits-Polizei für angezeigt, schon jetzt mit der Canalisirung einzelner innenstädtischer Straßen auf Kosten des Canalbaufonds insoweit vorzugehen, als solche Zweigcanäle in der Anordnung nicht von der vorgängigen Feststellung des Gesamt-Entwässerungsplanes abhängig sind, vielmehr an den letzteren ohne Weiteres angeschlossen werden können. Der Magistrat beabsichtigt nun, nachverzeichnete zu den nebenvermerkten Kosten veranschlagte Straßencanäle ausführen zu lassen:

1) Canalisirung der Straßen: Am Magnithore, Herrendorfstweie, nördlicher Theil der Ritterstraße, Delichlägern und Ackerhof . . .	15 500 M,
2) Canalisirung der Weberstraße . . . . .	4 000 „
3) Canalisirung des nördlichen Theils der Scharrstraße . .	1 000 „
	<hr/>
zusammen	20 500 M.

Um den ohnehin schon stark in Anspruch genommenen Obergeringenieur Mitgan nicht allzusehr mit Arbeit zu belasten, und da die gedachten Straßen zum Straßenpflasterungsfonds gehören, beabsichtigt der Magistrat, den Kreisbaumeister Ließ zu ersuchen, die betheiligten Theilstrecken unter seiner Aufsicht durch den Baucommissair Zahn ausführen zu lassen, welchem für solche Mühwaltung eine Vergütung von 1 % der anschlagsmäßigen Bausumme zuzubilligen sein dürfte. Der Magistrat giebt der Versammlung anheim, sich mit diesen Vorschlägen einverstanden zu erklären, und ihm den zu ihrer Ausführung erforderlichen Credit in Höhe von 20 500 M + 200 M = 20 700 M zu Lasten des Canalbaufonds zu gewähren.

Die Finanzcommission hat diesen Antrag — welcher, wie Referent bemerkt, gewiß von allen Seiten mit Freuden begrüßt werde — geprüft und empfiehlt ihn zur Annahme.

Herr Kieke erklärt, daß er selbstverständlich nicht gegen die Vorlage stimmen werde, daß ihm dieselbe aber nicht hinreichend sei, weil sie die Canalisirung verschiedener Straßen, die es groß nöthig haben, wie der Mauernstraße, der alten Knochenhauerstraße und eines Theils der Schöppenstedterstraße, von denen es immer geheißen habe, daß sie in erster Linie berücksichtigt werden sollten, nicht vorgesehen habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt hierzu, daß, wenn erst das Canalbaustatut regierungsseitig genehmigt sei und die Landes-Polizei-Behörde die Canalisirung auf Grund der Reinigungsversuche in der Schneckenstertwiese gestattet habe, mit den Canalisirungen weiter vorgegangen werden könne; man brauche sich später auch finanziell nicht groß mehr zu kümmern, weil den Anliegern ein Theil der erwachsenden Kosten als Rente werde auferlegt werden.

Herr Reiche fragt an, ob die Canalisirung der vom Referenten bezeichneten Straßen gleichzeitig oder nacheinander vorgenommen werde; im letzteren Falle wolle er den Wunsch aussprechen, daß doch die Weberstraße, deren Zustand aller Beschreibung spottet, zuerst berücksichtigt werden möchte.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwiedert, daß die Canalisirung der sämtlichen gedachten Straßen schnell von statten gehen werde.

Die Genehmigung des Magistratsantrags wird alsdann beschlossen.

Es folgt,

XIII. von Herrn Hollmann erstattet, der Bericht der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 17. d. Mts., Ankauf event. Expropriation zweier Häuser an der Helmstedterstraße betreffend.

Infolge des mit den Erben des Commerzienraths v. Voigtländer und dem Particulier Berenhart abgeschlossenen Vertrages ist die projectirte Ringstraße östlich von der Helmstedterstraße herzustellen und sind zu dem Ende die an letztgedachter Straße sub Nris. ass. 3698 und 4105 belegenen Häuser anzukaufen und niederzulegen. Die betreffenden Eigenthümer haben einen Kaufpreis von 36000 M. bzw. 18000 M. gefordert. Nach einem Gutachten der städtischen Bauverwaltung sind die Häuser jedoch nur 27000 M. bez. 16000 M. werth; mit Rücksicht aber darauf, daß dieselben bereits am 1. April geräumt werden müssen, wodurch den Eigenthümern Nachtheile entstehen, hält es der Magistrat für angemessen, für das Haus M. ass. 3698 den Preis von 28000 M., für das andere einen solchen von 17000 M. unter der Bedingung zu zahlen, daß die Häuser am 1. April d. J. dem Magistrat zu Eigenthum und Besitz übertragen werden. Der Magistrat ersucht die Versammlung, ihn zum Ankauf der fraglichen Häuser zu den letztgedachten Preisen event. zu dem Antrage auf Expropriation zu ermächtigen.

Auf Empfehlung der Commission wird dem Ersuchen entsprochen.

XIV. wird nach einem Vortrage des Herrn Wolff dem Magistratsantrage vom 11. d. Mts. entsprechend beschlossen, den Magistrat zur Umwandlung der zum Vermögen des Kreiscommunalverbandes Braunschweig gehörigen, 5procentigen Prioritäten der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn zu 286 700  $\text{fl}$  in 4procentige garantierte Silber-Prioritäten zu ermächtigen.

Darauf

XV. motivirt Herr Wilke den von ihm zu Beginn der Sitzung eingebrachten Antrag:

die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, bei Feststellung von Baulinien und dergl. außer der Aushängung der



betreffenden Pläne im Sitzungssaale, jedem Stadtverordneten eine autographirte, den zu berathenden Gegenstand erläuternde, Zeichnung mindestens 8 Tage vor der Sitzung zugehen zu lassen.

Antragsteller hält es für wichtig, daß die Mitglieder der Versammlung sich vorher an Ort und Stelle über festzustellende Baulinien und sonstige Straßenveränderungen orientiren, wozu erforderlich sei, daß ihnen jedesmal die darauf bezüglichen Zeichnungen spätestens 8 Tage vor der Sitzung zugesandt würden. Schon vor Jahren habe er einen gleichen Antrag eingebracht, es sei aber nichts in dieser Beziehung geschehen. Was er beantrage, sei sogar statutenmäßig vorgeschrieben und Kosten und Mühe seien unbedeutend.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

#### XVI. Auf eine Anfrage des Herrn Kiefe:

Hat der Magistrat schon in Erwägung gezogen, daß bei der Auswahl zu Beisitzern für die Wahlurnen zur nächsten Reichstagswahl alle Parteien, also auch die Arbeiterpartei, berücksichtigt werden? entgegnet Herr Stadtrath Ketemeyer, daß die Auswahl der Beisitzer nicht Sache des Magistrats, sondern der einzelnen Wahlvorsteher sei.

#### Schließlich

#### XVII. stellt Herr Günther noch folgende Anfrage:

Ist dem Magistrate bekannt, daß Personen, die das 25. Lebensjahr erst in der Zeit zwischen dem 20. Januar und dem 21. Februar d. Js. erreichen, an zuständiger Stelle auf dem Stadthause als nicht wahlberechtigt zurückgewiesen worden sind? Ist eventuell der Magistrat der Ansicht, daß das gesetzliche Alter schon vor dem Auslegen der Wahllisten erreicht werden muß?

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert hierauf, daß eine Zurückweisung in diesem Falle bis jetzt noch nicht erfolgt sei. Bei der letztstattgefundenen Reichstagswahl habe der Magistrat allerdings beschlossen, derartige Personen, also solche, die wohl am Tage der Wahl, aber noch nicht am Tage der Auslegung der Listen das 25. Lebensjahr erreicht hatten, zur Wahl nicht zuzulassen. Das Gesetz lasse nämlich in diesem Punkte Zweifel, und da ein Commentar nicht dazu vorhanden sei, so habe der Magistrat bei anderen Städten angefragt, wie dort in dieser Beziehung verfahren werde. Rückschriften seien noch nicht eingegangen. Sollte es sich aber herausstellen, daß die gedachten Personen an anderen Orten zur Wahl

zugelassen würden, so werde sicher auch der hiesige Magistrat bereit sein, in derselben Weise zu verfahren.

Schluß der öffentlichen Verhandlungen.

In der nachfolgenden vertraulichen Sitzung wird beschlossen:

- 1) der mit dem 1. April d. J. in den Ruhestand tretenden, bei den unteren Bürgerschulen als Industrielehrerin thätigen, Lehrerin Peters die gesetzliche Pension zu bewilligen;
  - 2) dem Lehrer Engelke an der Katholischen Schule, welcher seinem Amte bei treuer Pflichterfüllung nahezu 50 Jahre lang vorgestanden hat, eine angemessene Pension (in der vom Magistrate vorgeschlagenen Höhe) aus städtischen Mitteln zu gewähren.
-

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 24. Februar 1887.

### Öffentlich:

- I. Selbstständiger Antrag des Herrn Witke auf Vervielfältigung neuer Ortsbaupläne.
- II. Zuschuß zur Gewerbeschule für das I. Quartal 1886.
- III. Der neue Schornstein auf dem städtischen Gaswerke.
- IV. Einige Erweiterungen des städtischen Gas- und Wasserrohrnetzes.
- V. Nachverwilligung von Kosten für die Bergstraße.
- VI. Einwendungen gegen eine neue Baulinie an der Abelnfarrre.
- VII. Anstellung eines Schreibers.
- VIII. Veränderte Stellung der Zeichenlehrer an den Bürgereschulen.
- IX. Vertrag mit der Landeseisenbahn wegen Anlegung eines Gleises zum Schlachthause.
- X. Festsetzung einer Baulinie am alten Petrihore.
- XI. Einwendungen gegen die Baulinie für die Ostseite des Egidienmarkts.
- XII. Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius, die Sicherstellung der Klages'schen meteorologischen Beobachtungsstation betreffend.
- XIII. Petition der Schlachterinnung, die Heranziehung der hiesigen Schlachtermeister zur Gemeindesteuer betreffend.

### Vertraulich:

Einschätzung einzelner Steuerpflichtiger (§. 8 des Statuts von 1870).  
 Steuerreclamationen (Verzeichniß IV von 1886).  
 Wahl von stellvertretenden Taxatoren der Mobilmachungssperde.  
 Mittheilung des Stadtmagistrats über eine Steuerangelegenheit.

Entschuldigt Herr Jasper. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Götke, Haake, Schöttler und Ketemeyer.

Nach Genehmigung der Protokolle *N.* 1 vom 20. Januar und *N.* 2 vom 27. Januar c. berichtet

der Tagesordnung gemäß

I. Herr Reuter über den selbstständigen Antrag des Herrn Wille vom 27. v. Mts.

den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Feststellung von Baulinien und dergl. außer der Aushängung der betreffenden Pläne im Sitzungsjaale, jedem Stadtverordneten eine autographirte, den zu berathenden Gegenstand erläuternde, Zeichnung mindestens 8 Tage vor der Sitzung zugehen zu lassen,

namens der Statutencommission Folgendes:

Die Angelegenheit sei schon einmal, zuletzt in der Sitzung vom 20. Februar 1879, zur Sprache gekommen, und sei damals hervorgehoben worden, daß durch das sog. Lichtdruckverfahren auf einfache Weise Vervielfältigungen von Zeichnungen vorgenommen werden könnten. Die Frage bezüglich der Ausführung würde indeß dem Magistrate zu überlassen sein. Die Sache selbst anlangend, so habe sich die Versammlung in jener Sitzung damit einverstanden erklärt, daß Pläne von besonderer Wichtigkeit nicht bloß im Sitzungsjaale ausgehängt, sondern auch den einzelnen Mitgliedern 3 Tage vor der betreffenden Sitzung zugänglich gemacht werden sollten, was auch in einem Nachtrage zur Geschäftsordnung der Stadtverordneten vom 2. Januar 1874 Ausdruck gefunden habe, indem dort eine Bestimmung aufgenommen sei, wonach Vorlagen von wichtigerem Inhalte den Mitgliedern der Versammlung spätestens 3 Tage vor der Sitzung gedruckt oder autographirt mitgetheilt werden sollen. Die Commission sei nun der Ansicht, daß diese Bestimmung auch Anwendung auf solche Situationspläne finde, welche von größerer Wichtigkeit sind, und sie gebe anheim, den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich dieser Auffassung anzuschließen und ihr entsprechend zu verfahren.

Der Commissionsantrag, mit welchem sich der Herr Antragsteller einverstanden erklärt hat, wird angenommen, und sodann zur Berathung der Magistratevorlagen geschritten.

II. Ueber den Zuschuß zur Gewerbeschule für das 1. Quartal 1886 berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission.

Die Eröffnung der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule, welche zum 1. April v. J. in Aussicht genommen war, verzögerte sich wider Erwarten bis zum 1. Mai v. J., weshalb die Gewerbeschule bis zu diesem Termine beibehalten werden mußte. Hierdurch ist für letztgedachte Schule außer der für dieselbe pro 1. Quartal v. J. bewilligten Beihilfe von 300 M. noch eine Aufwendung von 197,29 M.

nöthig geworden, welchen Betrag der Magistrat mittelst Schreibens vom 1. d. Mts. aus Cap. 7 des Etats der polizeilichen Abgabe für Hunde pro 1886 nachträglich zu verwilligen beantragt.

Die Commission empfiehlt die Genehmigung dieses Antrags, welche ohne Weiteres ausgesprochen wird.

Der folgende Gegenstand, den Vertheilungsplan der durch den Ausbau der Spielmannsstraße erwachsenen Kosten betreffend, wird, weil nicht genügend vorberathen, von der Tagesordnung abgesetzt.

III. berichtet Herr Sievers für die Finanzcommission über das Magistrats-schreiben vom 7. d. Mts., die Erneuerung des Schornsteins auf dem städtischen Gaswerke betreffend.

Die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke ist seiner Zeit ermächtigt worden, den alten Schornstein auf dem Gaswerke abzubringen und vorbehaltlich der Prüfung und Feststellung eines annoch anzufertigenden Projects und Anschlags durch einen neuen zu ersetzen. Sie hat hierin eine Ermächtigung zur sofortigen Ausführung der gedachten Bauarbeit erblickt und erst nach deren Vollendung eine Kostenberechnung eingereicht. Da die Ausführung der Bauarbeit äußerst dringlich war, so glaubt der Magistrat über das Versehen der Direction hinweggehen und der Versammlung die Bewilligung der vorausgabten Summe von 13300 M. aus dem Erneuerungsfonds des Gaswerks anheimgeben zu sollen.

Der Finanzcommission bleibt nichts weiter übrig, als die nachträgliche Genehmigung zu empfehlen, sie spricht aber zugleich den Wunsch aus, daß derartige Formfehler für die Folge vermieden werden.

Ohne Anstand werden darauf die angeforderten Mittel bewilligt.

IV. wird auf Grund eines von Herrn Wolff im Auftrage der Finanzcommission erstatteten Berichts dem Antrage des Magistrats vom 7. d. Mts. gemäß beschlossen:

- 1) zur Belegung des nordöstlichen Theils der Kleinen Vertramstraße mit Wasserrohr 1250 M,
- 2) zur Verlängerung des Wasserrohrs um den Gausberg bis zum Wendewehe 1049,80 M,
- 3) zur Erweiterung des Gasrohrnetzes über die Ackerstraße bis zur Südelischen Fabrik 4259,30 M,

aus dem Reservefonds des Wasserwerks bezw. des Gaswerks zu bewilligen.

V. Ueber die Magistratsvorlage vom 6. d. Mts., Nachverwilligung von Kosten für die Bergstraße betreffend, hat Herr Sievers zu berichten.

Die Canalisirung der Bergstraße sowie die Legung der Gas- und Wasser- röhren daselbst hat dem Voranschlage gegenüber eine Mehrausgabe von 2185 M erfordert, welche dadurch entstanden ist, daß erst die Fasanenstraße mit Gas- und Wasserröhren belegt werden mußte, was im Voranschlage nicht berücksichtigt war, und daß bei den betreffenden Canalisationsarbeiten und bei Legung der Gas- und Wasserröhren sich eine größere Straßenlänge ergeben hat, als angenommen war. Die Ungenauigkeit des Voranschlags ist durch die große Eile veranlaßt, mit welcher der Bau der Straße mit Rücksicht auf die baldige Herrichtung von Arbeiter- wohnungen in Angriff genommen ist. Unter diesen Umständen ersucht der Magistrat, die vorerwähnte Mehrausgabe zu verwilligen.

Die Finanzcommission tritt dem Ersuchen bei, worauf die Verwilligung der Summe von 2185 M ausgesprochen wird.

Wie

VI. Herr Heymann namens der Statutencommission vorträgt, haben einem Magistratschreiben vom 8. d. Mts. zufolge der Kaufmann Klepp und der Cigarren- macher Künstling gegen die von den städtischen Behörden für die Nordseite der Abelnkarre beschlossene Baulinie Einsprache erhoben, indem dieselben darauf hinweisen, daß bei Ausführung der Baulinie die Area ihrer Gebäude so sehr verkleinert werden würde, daß die Errichtung von Neubauten auf derselben unausführbar sein würde. Die städtische Bauverwaltung ist dieser Behauptung beigetreten, sie hebt aber gleichzeitig hervor, daß Neubauten auf den Grundstücken überhaupt nicht errichtet werden könnten, auch wenn dieselben nicht durch die neue Baulinie verkleinert würden, und daß demnach auch die Feststellung der fraglichen Baulinie für die Reklamanten gleichgültig sein könne. Wie nun die Verbreiterung der fraglichen Straße im Verkehrsinteresse dringend wünschenswerth erscheint, für einen den betreffenden Eigenthümern erwachenden Nachtheil aber Ersatz gewährt werden muß, so ersucht der Magistrat die Versammlung, die erhobenen Einwendungen als unbe- gründet zurückzuweisen.

Die Commission schließt sich dem Magistratsantrage an, worauf derselbe ge- nehmigt wird.

VII. beschließt die Versammlung nach einem Berichte des Herrn Lüderßen dem Antrage des Magistrats vom 15. d. Mts. entsprechend, den Hülfschreiber Wilhelm Brandes auf Grund der Bestimmungen des Statuts, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung betreffend, zum 1. März c. mit dem Minimal- gehalte von 1200 M jährlich und unter Belassung der bislang bezogenen Functions- zulage, definitiv anzustellen.

Darauf

VIII. nimmt Herr Bollmann das Wort, um im Auftrage der Schulcommission über das Magistratsschreiben vom 12. d. Mts., veränderte Stellung der Zeichenlehrer an den Bürgerschulen betreffend, zu berichten.

Den bestehenden Vorschriften gemäß sind die geprüften Zeichenlehrer bei den mittleren Bürgerschulen nach Ablauf dreier Probejahre fest und mit Pension derart angestellt, daß sie ein Dienstgehalt in einem der Zahl der Unterrichtsstunden entsprechenden Betrage beziehen. Diese Art der Befoldung bietet in der Regel während der ersten Dienstjahre ein zu reichliches, für spätere Jahre dagegen ein zu geringes Einkommen, und nimmt dem Zeichenlehrer nicht allein jede Anwartschaft auf Alterszulagen, sondern bedroht ihn sogar mit Herabsetzung seines Einkommens für solche Zeiten, wo entweder seine Arbeitskraft nachgelassen oder aber die Schule seiner vollen Arbeitskraft nicht bedürfen möchte. Der Schulvorstand, welcher schon längerzeitig als wünschenswerth anerkannt hat, daß den geprüften Zeichenlehrern dasselbe Gehalt wie den ordentlichen Lehrern gewährt werde, hat neuerdings und nach Errichtung der städtischen Gewerbeschule geltend gemacht, daß zur Förderung des Zeichenunterrichts eine organische Verbindung desselben an den Bürgerschulen einerseits und der Fortbildungs- und Gewerbeschule andererseits wesentlich beitragen werde, und daß eine solche Verbindung die von beiden Schulkategorien für Befoldung der Zeichenlehrer aufzuwendenden Kosten nicht allein nicht steigern, sondern sogar nicht unerheblich herabmindern werde, sobald die Befoldung der Zeichenlehrer nach Stundenzahl aufhöre und im Rahmen des Gehaltstarifs der ordentlichen Lehrer erfolge. Nachdem zwischen den Schulvorständen der Bürgerschulen und der Fortbildungs- und Gewerbeschule eine Verständigung über die zur Herbeiführung der gedachten organischen Verbindung erforderlichen Bestimmungen und Einrichtungen stattgefunden hat, giebt der Magistrat anheim, ihn zu ermächtigen, auf die bei den Bürgerschulen künftig anzustellenden und gleichzeitig zur Unterrichtsertheilung an der Fortbildungs- und Gewerbeschule sich verpflichtenden Zeichenlehrer durch Dienstvertrag das Gehaltsreglement für die ordentlichen Bürgerschullehrer zur Anwendung zu bringen.

Die Schulcommission, welche sich mit diesem Antrage eingehend beschäftigt hat, giebt die Genehmigung anheim,

die auch ohne Debatte erfolgt.

IX. Zum Zwecke der Anfuhr von Kohlen, Viehfutter und des Schlachtviehes nach dem städtischen Schlachthause hat die Anlegung eines Verbindungsgleises zwischen dem Nordbahnhofe der Braunschweigischen Landeseisenbahn und dem Schlachthause sich als dringend wünschenswerth herausgestellt. Auf Antrag der

Schlachthausdeputation hat demnach der Stadtmagistrat mit der Direction der Braunschweigischen Landeseisenbahn-Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, auf Grund dessen die gedachte Direction sich verpflichtet, das Verbindungsgleis auf ihre Kosten herzustellen und zu erhalten, die Stadt aber die Zahlung eines einmaligen Zuschusses im Betrage von 3100 M. zusagt und die Errichtung zweier Laderampen auf städtische Kosten übernimmt. Die Direction hat sich ferner verpflichtet, die für das Schlachthaus bestimmten Güter im Anschlusse an die fahrplanmäßigen Züge und für die dem Vertrage beigelegten Frachtsätze und Nebengebühren prompt nach dem Schlachthause zu befördern, und ist sogleich festgesetzt worden, daß die Expeditionsgebühren bei Einführung directer Tariffsätze entsprechend ermäßigt werden. Der Magistrat richtet unterm 7. d. Mts. das Ersuchen an die Versammlung, den Vertrag zu genehmigen und den zu leistenden Zuschuß von 3100 M., sowie die Kosten der beiden Ausladerampen im Betrage von 4200 M. aus der Casse des städtischen Schlachthauses zu verwilligen.

Herr Heymann, welcher über die Sache berichtet, fügt hinzu: Der Schlachthausdirector Rudolph sei der Ansicht, daß eine allgemeine Benützung des neuen Gleises für den Viehtransport wohl nicht stattfinden werde, weil die Expeditionsgebühren zu hoch bemessen seien. Die Finanzcommission halte aber diese Befürchtung für übertrieben, und sei außerdem der Meinung, daß die Anlage des Bahngleises dringend wünschenswerth sei. In der Finanz-Commission sei ferner darauf hingewiesen worden, daß die Landeseisenbahn eine Einrichtung zu treffen beabsichtige, wonach das bisher in's Petriethor eingeführte Schlachtvieh gleich auf der Gellerstraße aufgenommen, und so direct per Bahn nach dem Schlachthause befördert werden könne, so daß die Einführung des Viehes in das Petriethor später ganz unterbleiben würde. Die Commission habe unter diesen Umständen gegen die Magistratsanträge nichts zu erinnern und gebe anheim, dieselben zu genehmigen.

Es wird darauf den Magistratsanträgen gemäß beschlossen, wobei Herr Wolff, als bei der Angelegenheit persönlich interessirt, sich der Abstimmung enthält.

### Sodann

X. referirt Herr Reuter im Auftrage der Baucommission über die Magistratsvorlage vom 17. d. Mts., die anderweite Feststellung einer Baulinie am alten Petriethore betreffend.

Der Tischlermeister Noack hat einen Theil des den Erben des Oberamtmanns Kunken zugehörigen, am alten Petriethore belegenen, Grundstücks gekauft und beabsichtigt auf demselben ein Wohn- und Wirthschaftsgebäude zu erbauen. Um die Ostseite desselben rechtwinklig zur Straße bebauen zu können, ist eine geringe Verschiebung der im Jahre 1877 festgestellten Baulinie a c des vorliegenden Situations-



plans in die Baulinie b c, sowie der Erwerb einer Dreiecksfläche erforderlich. Der größte Theil dieser Fläche gehört zum Grundstücke des Gärtners Schaper und ist an Noack verkauft, während 0,1 Meter von dem vor dem Grundstücke belegenen Straßenterrain abzutreten sind. Einem Antrage Noack's entsprechend giebt der Magistrat der Versammlung anheim, sich mit der gedachten Verlegung der Baulinie sowie mit der Ueberlassung der Parcellen von 0,1 m, für welche bei der Geringfügigkeit des Objects ein Preis nicht zu beanspruchen sein dürfte, einverstanden zu erklären. Der Stadt steht allerdings das Vorkaufsrecht bezüglich des derzeit an den Pastor Langheld abgetretenen Terrains, zu welchem das gedachte Dreieck gehört, zu, der Magistrat hält es aber für unbedenklich, auf das Vorkaufsrecht zu verzichten, und ersucht die Stadtverordneten, sich mit dem Verzicht einverstanden zu erklären.

Auf Befürwortung der Commission wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

Hiernächst constatirt der Herr Vorsitzende, daß Herr Burckhard, obwohl ordnungsmäßig vorgeladen, unentschuldigt fehle.

Sodann

XI. wird von Herrn Heymann namens der Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 17. d. Mts., die für die Ostseite des Egidienmarkts festgestellte Baulinie betreffend, berichtet.

Der Tapezierer August Fűrries und Tischler Wilhelm Brandes haben gegen die gedachte Baulinie Einsprache erhoben und zur Motivirung angeführt, daß bei Errichtung von Neubauten auf der fraglichen Baulinie durch den Schuhmachermeister Brandes beziehentlich den Tapezierer Fűrries deren Häuser um  $1\frac{1}{2}$  resp.  $1\frac{1}{3}$  m vor das Fűrries'sche resp. Wilhelm Brandes'sche Haus vorspringen und dasselbe dadurch erheblich entwerthet würde. Die Thatfache des Vorspringens der bezeichneten Häuser vor den Nachbarhäusern ist als richtig anzuerkennen, der Magistrat ist aber der Ansicht, daß dieser Umstand weder die Feststellung einer an sich zweckmäßigen und im öffentlichen Interesse wünschenswerth erachteten Baulinie hindern, noch auch event. Entschädigungsansprüche der Reklamanten begründen könne. Die Reklamanten könnten Entschädigungsansprüche umfoweniger geltend machen, als weder die Zugänglichkeit zu ihren Häusern noch auch der Zutritt von Luft und Licht zu denselben durch die in Aussicht stehenden benachbarten Bauten beeinträchtigt werden, und als ihnen das Recht zusteht, mit ihren Gebäuden ebenfalls in die neue Baulinie zu rücken. Der Magistrat ersucht deshalb, die Einwendungen als unbegründet zurückzuweisen.

Der Commission erscheint es zweckmäßig, daß dieser Fall, bei dem es sich um eine wichtige Principienfrage handelt, gerichtlich zum Austrage gebracht werde, und

daß derselbe sich besonders dazu eigne, weil die event. zu zahlende Entschädigungssumme nur eine geringe sein würde; sie empfiehlt deshalb, dem Magistratsantrage stattzugeben.

Herr Schwarzenberg giebt anheim, dem Magistrate nochmals zur Erwägung zu verstellen, ob es nicht besser wäre, die alte Baulinie in diesem Falle beizubehalten. Namentlich wäre es wünschenswerth, wenn sich das Stadtbauamt besonders darüber ausspräche, denn unangenehm müsse es für einen Hausbesitzer sein, wenn das Nachbarhaus  $1\frac{1}{2}$  m vorgerückt werde. Eine Aenderung der alten Baulinie sei umsoweniger erforderlich, als kein öffentliches Interesse dabei in Frage komme.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt, daß das Stadtbauamt eine noch weiter vortretende Baulinie vorgeschlagen habe, daß aber schließlich, nur um die Interessen der Nachbarn nicht zu sehr zu schädigen, vom Magistrate in Uebereinkunft mit dem Stadtbauamte die Feststellung der jetzt beschlossenen Baulinie bei der Versammlung beantragt worden sei.

Herr Niefß tritt dem Magistratsantrage bei. Es sei ja zu bedauern, daß die gedachten Hauseigenthümer durch das Vorbauen der Nachbarhäuser etwas benachtheiligt würden; ähnliches sei indeß auch schon an anderen Stellen der Stadt vorgekommen, Entschädigungsansprüche habe aber dieserhalb bisher noch niemand erhoben.

Herr Natalis glaubt, daß Privatinteressen in Frage kommen, die man nicht so einfach zurückweisen könne. Ob die Sache demnächst gerichtlich zu Gunsten der Stadt entschieden werden würde, sei sehr fraglich, da die Baulinie doch nur aus Schönheitsgründen, nicht aber aus Gründen des allgemeinen Verkehrsinteresses verändert werde. Er möchte nicht, daß die Stadt irgend einem ihrer Bürger Schaden zufüge, ohne dafür aufzukommen, und er halte es für das Richtigeste, wenn mit den beiden Hauseigenthümern, die sich durch die neue Baulinie geschädigt glauben, nochmals unterhandelt und sie veranlaßt würden, sich gegen eine mäßige Entschädigung mit der neuen Baulinie einverstanden zu erklären. Er beantrage deshalb, daß der Widerspruch zugelassen werde, wenn eine Einigung in dieser Beziehung nicht herbeigeführt werden sollte.

Herr Bürgermeister Rittmeyer kann der Ansicht, daß öffentliche Interessen ausgeschlossen seien, nicht beitreten, denn dieselben involvirten außer den Verkehrsinteressen auch Schönheitsinteressen, letztere müßten also mit in's Auge gefaßt werden. Uebrigens habe man alles versucht, sich mit den gedachten Hauseigenthümern gütlich auseinanderzusetzen, es sei denselben eine nicht unerhebliche Summe geboten, eine Verständigung aber leider nicht erzielt worden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Herrn Natalis abgelehnt und der erhobene Widerspruch dem Magistratsantrage gemäß verworfen.

Hiernach

XII. motivirt Herr Blasius seinen zu Beginn der Sitzung eingebrachten Antrag:

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu bitten, geeignete Schritte zur Sicherstellung und Erhaltung der hiesigen meteorologischen Beobachtungsstation des Lehrers Klages zu thun.

Die Beobachtungen über Temperatur, Regenfall, Barometerstand und Feuchtigkeitsgehalt der Luft, wie sie im Braunschweiger Tageblatte regelmäßig veröffentlicht werden, stammten bekanntlich aus der meteorologischen Anstalt des Lehrers Klages. Derselbe habe seine Anstalt so ausgebildet, daß sie sich den besten meteorologischen Beobachtungsstationen Deutschlands zur Seite stellen könne, und sich dadurch entschieden Verdienst erworben; derselbe besitze sehr gute Instrumente und werde dergleichen wahrscheinlich auch noch von der Herzoglichen Landesregierung bekommen. Um nun für seine Beobachtungsstation eine möglichst freie, für Sonne, Wind und Regen stets zugängliche Stelle zu besitzen, was mit zur Grundbedingung einer solchen Station gehöre, habe sich Herr Klages das an der Helmstedterstraße Nr. 20 belegene Eckhaus erbaut; er habe dort einen Raum, in dessen unmittelbarer Nähe weder Gebäude noch Bäume sich befinden, und wo er exacte Messungen vornehmen könne. Oberhalb des Klages'schen Grundstücks münde in die Helmstedterstraße eine Verbindungsstraße ein, hinter welcher das Kröhl'sche Grundstück mit einem einstöckigen Gebäude liege, welches aber den meteorologischen Beobachtungen nicht hinderlich sei. Die projectirte Ringstraße werde demnächst die Helmstedterstraße ziemlich rechtwinklich durchschneiden und bleibe zwischen ihr und dem Klages'schen Grundstück ein dreieckiger Zwickel liegen. Wenn nun erst die Ringstraße angelegt sei und Bauunternehmer benuzten diese Dreiecksfläche zur Aufführung größerer Gebäude, dann könne die meteorologische Anstalt an ihrer jetzigen Stelle nicht mehr bestehen. Herr Klages würde sich, wenn er die Anstalt ferner beibehalten wollte, an einer anderen Stelle ein Haus kaufen müssen und ein solches Opfer könne man einem Privatmanne, der die meteorologischen Beobachtungen nur der Wissenschaft halber und zu seinem Vergnügen betreibe, nicht zumuthen.

Zur Einbringung seines Antrags sei er dadurch veranlaßt, daß eine meteorologische Versuchsstation entschieden ein öffentliches Interesse habe und daß die Klages'sche Station die einzige gründlich ausgestattete derartige Anstalt sei, die man hier habe. In fast allen größeren Städten seien derartige Stationen eingerichtet, entweder seitens der Stadt, oder seitens Privatunternehmer oder auch seitens des Staats, und die Wichtigkeit einer solchen Station brauche nicht näher dargelegt zu werden; es sei von bedeutender Wichtigkeit, eine bestimmte Grundlage für die mittlere Jahrestemperatur, Barometerstand, Grundwassermessungen u. s. w. zu haben.

Alle diese Beobachtungen habe Herr Klages bisher gemacht und sie dadurch, daß er sie den Tagesblättern zur Disposition gestellt und sich mit den Reichswetterwarten in Berlin, Hamburg &c. in Verbindung gesetzt habe, im öffentlichen Interesse verwerthet.

Redner bemerkt ferner, daß er seinen Antrag vorerst allgemein gehalten habe; bei weiterer Besprechung desselben mit einem Magistratsmitgliede in der Commissions-Sitzung werde sich zeigen, welche Wege einzuschlagen seien, um zu verhindern, daß bei Fertigstellung der Ringstraße ein großes Haus in unmittelbarer Nähe entstehe. Es lasse sich dies auf verschiedene Weise erreichen, vielleicht durch den Ankauf der gedachten Dreiecksfläche oder eines Theils derselben seitens der Stadt. Redner bittet, seinen Antrag anzunehmen, damit derselbe in der Commission durchberathen und auf Grund einer genauen Zeichnung und Abschätzung des Grund und Bodens der Kostenpunkt ermittelt werden könne. Er glaube, die Stadt habe, da sie kein öffentliches meteorologisches Institut besitze, eine gewisse Verpflichtung ein derartiges Unternehmen, und wenn es auch ein Privatunternehmen sei, zu unterstützen, und Herrn Klages in den Stand zu setzen, seine Beobachtungen im Interesse der Stadt weiter zu führen.

Der Antrag findet die nöthige Unterstützung und wird der Statutencommission überwiesen.

### Schließlich

XIII. nimmt Herr Reuter das Wort, um über eine Petition der hiesigen Schlachterinnung vom 1. December v. J. zu berichten.

Die Einschätzung der Schlachtermeister zur Communalsteuer geschieht auf Grund der im Schlachthause vorgenommenen Ermittlungen darüber, wie viel Vieh jeder einzelne im Jahre geschlachtet hat, und wird danach bei Annahme eines Durchschnittsverdienstes von Netto 30 M pro Stück Rindvieh, 18 M pro Schwein, 6 M pro Kalb, 3 M pro Hammel und 30 M pro Pferd, das Jahreseinkommen festgestellt. Nach Ansicht der Petenten sind diese Sätze zu hoch gegriffen. Seit Errichtung des Schlachthauses habe der Verdienst beim Schlachtergewerbe abgenommen, auch werde durch die Concurrenz, namentlich die der Landschlachter, der Gewinn geshmälert. Die Felle hätten nur drei Fünftel des früheren Werths, Talg sei zur Zeit fast werthlos. Speck und Schmalz seien gegen früher um ein Drittel entwerthet und ein weiteres Sinken der Preise stehe bevor. Nehme man noch hinzu, daß heutzutage das Vieh nicht mehr aus der Hand, sondern nur nach Gewicht, also naturgemäß mit weniger Verdienst zu erwerben sei, und berücksichtige man, daß auch im Schlachtergewerbe, wie in allen Gewerben, gute und schlechte Zeiten, günstige und ungünstige Conjunctionen abwechseln, so erscheine es angemessen,

die obigen Einheitsätze um ein Drittel zu ermäßigen, also bezw. 20 M, 14 M, 4 M und 2 M anzunehmen.

Referent führt folgendes dazu aus: Die Meinung sei in der Einschätzungscommission von vornherein dahin gegangen, sich der Petition nicht befürwortend zuzuwenden, da die heute maßgebenden Sätze in sehr sorgfältiger Weise ermittelt seien und wesentliche Aenderungen in Bezug auf den Ankauf des Viehes und den Verkauf der Waaren nicht eingetreten seien. Es sei aber dennoch nach Berlin, Hannover, Köln, Magdeburg, Düsseldorf, Bremen, Leipzig, Hamburg und Dresden, geschrieben worden, von welchen Städten man vorausgesetzt habe, daß dort ähnliche Einrichtungen wie hier beständen, und das habe zu folgenden Resultaten geführt:

In Berlin und Hannover seien Grundlagen wie bei uns bislang nicht vorhanden gewesen. Das Einkommen der Schlachter werde dort geschätzt wie bei allen übrigen Steuerpflichtigen. Auch in Düsseldorf, Bremen und Hamburg sei eine solche Grundlage nicht vorhanden. In Dresden werde staatsseitig eingeschätzt und zwar 8 bis 10 % vom Bruttoumsätze, wie sich dort überhaupt die Kommunaleinkommensteuer auf die Staatseinkommensteuer stütze.

In den übrigen Städten werde ein Nettogewinn angenommen pro Stück

	Rindvieh,	Schwein,	Kalb,	Lamm,	Pferd,
	M	M	M	M	M
Köln . . . . .	24	10	3	3	24
bei klassificirter Einkommensteuer . .	30	12	3	3	30
Magdeburg . . . . .	35	15	4	3	—
Leipzig . . . . .	30	15	2	2	—

(staatsseitige Einschätzung)

Die Commission sei hiernach zu der Ueberzeugung gekommen, daß die in Braunschweig angenommenen Sätze vollständig richtig und auch conform mit denen aller anderen Städte seien, wo ein gleiches Verfahren obwalte, wenn man in Bezug auf Schweine und Kälber berücksichtige, daß dort viel leichtere Thiere als hier geschlachtet würden. Da nun auch bei uns noch die Beschränkung in Bezug auf die Abschätzung der Höhe des Einkommens derart bestehe, daß darauf Rücksicht genommen werde, ob der Einzuschätzende ein junger Anfänger sei oder ob er ein Haus inne habe, in welchem das Geschäft schon lange bestehe, oder ob er das Geschäft theuer erstanden habe u. s. w., so glaube die Commission die Ablehnung des Gesuchs anheimgeben zu sollen, und seien auch schon bei den neuesten Einschätzungen seitens der verschiedenen Einschätzungscommissionen die bisherigen Sätze wieder zur Anwendung gebracht worden.

Die Versammlung beschließt darauf, das Gesuch dem Commissionsantrage gemäß abzulehnen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

In vertraulicher Sitzung wird über Gemeindesteuer-Beräufungen pro 1887 Beschluß gefaßt.

Ferner wird das Steuerreclamationsverzeichnis *N. VI* von 1886 erledigt.

Zu stellvertretenden Taxatoren der Mobilmachungsperde werden die Herren Deconom Bültmann und Gutspächter Wolff gewählt.

Schließlich nimmt die Versammlung eine Mittheilung des Magistrats über eine Steuerangelegenheit entgegen.

*Archiv*

1887.

(Fortsetzung der Beilage zu No. 62 de 1887  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

No 4.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 10. März 1887.

Öffentlich:

- I. Neuordnung des Straßenreinigungswesens.
- II. Project zur Herstellung der Ringstraße zwischen Celler- und Hamburgerstraße.
- III. Straßendurchbruch vom Burgplatze zum Steinweg.
- IV. Feststellung eines Ortsbauplans für eine Verbindungsstraße zwischen Hoftheater und Stadtpark.
- V. Zuschuß für den Verein gegen Bettelci zur Naturalverpflegung armer Reisender.
- VI. Annahme eines Gerichtsassessors als Hilfsarbeiter im Stadtmagistrate.
- VII. Ankauf des Hauses der Speiseanstalt für Bedürftige.
- VIII. Verlängerung des Gasrohrs und des Wasserleitungsröhrs in der Kastanienallee.
- IX. Abschluß eines Darlehnsvertrages mit dem Kirchen-Cassen-Collegium, die Kosten des Centralfriedhofes betr.
- X. Reparaturen der Stadtkirchenuhren.
- XI. Abänderung des Ortsbauplans, die Verbindungsstraße zwischen Wolfenbüttler- und Salzbadlumerstraße betr.
- XII. Neue Baulinie am Bohlwege zwischen Numme und von Beltheim.
- XIII. Regulirung des Bohlwegs am Numme'schen Grundstücke.
- XIV. Selbstständiger Antrag der Herren Nieß und Genossen, die Ueberbrückung des Umfuthgrabens zwischen der Sophien- und Ferdinandstraße betreffend.

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung.

Heraufziehung Fremder zur Communalsteuer.

Wahl eines Ersatzmannes für die Militäraushebung

Entschuldigt die Herren Heymann, Hollmann und Natalis. Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Grote.

Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung, die Vertheilung der durch Ausbau der Spielmannstivete erwachsenen Kosten betreffend, wegen Fehlens des Commissionsreferenten abgesetzt ist,

I. erstattet Herr Reuter namens der Statutencommission Bericht über die Neuordnung des Straßenreinigungswesens.

Der Versammlung war unterm 8. Juli v. J. eine Magistratsvorlage über die Neuordnung des Straßenreinigungs- und Nachtwachwesens zugegangen, welche in der Sitzung am 30. September v. J. zur Verathung stand. Unter einstweiliger Aussetzung der definitiven Beschlußfassung über dieselbe wurde damals im Einverständnisse des Stadtmagistrats beschloffen, eine aus dem Bürgermeister Rittmeyer, dem Stadtverordneten Reuter und dem Polizeioberinspector Evers bestehende Deputation nach anderen Städten zur Befichtigung der dortigen einschlägigen Einrichtungen zu entsenden. Jene Deputation hat inzwischen Magdeburg, Leipzig, Dresden und Berlin besucht und die dort gesammelten Erfahrungen in einem Reiseberichte niedergelegt. In diesem Berichte wird eine Vereinigung der Straßenreinigung und des Nachtwachwesens mit der Berufsfeuerwehr empfohlen und zur Begründung dieses Vorschlags auf diejenigen Ausführungen und finanziellen Berechnungen Bezug genommen, welche das Deputationsmitglied Reuter, zugleich in seiner Eigenschaft als Kreisbranddirector, zum Gegenstande eines Sonderberichts gemacht hat.

Die Prüfung des in beiden Berichten niedergelegten Materials hat den Magistrat bestimmt, die Angelegenheit auf einem die obengedachte Vorlage bei Seite schiebenden Wege weiter zu verfolgen und unterm 15. vor. Mts. eine neue Vorlage einzubringen. (Letztere sowie die beiden Reiseberichte liegen der Versammlung im autographischen Druck vor.) Verschiedene in der heutigen Vorlage näher ausgeführte Gründe veranlassen den Magistrat, sich die Einbringung von Vorschlägen zur Neuordnung des Nachtwachwesens noch vorzubehalten und sich für jetzt auf Herbeiführung einer zeitgemäßen Umgestaltung des Straßenreinigungswesens zu beschränken, wozu er folgende Satzungen in Vorschlag bringt:

- 1) Die Stadt übernimmt die Reinigung der Fahrbahnen, Fußwege und Gassen, mit Einfluß der Gassencanäle, Reinigungsschachte und Canaleinflüsse auf den öffentlichen Straßen, Plätzen und Brücken im inneren Stadtgebiete bis an die äußeren Okerbrücken jedoch mit Ausschluß der Wallpromenaden, unter dem Vorbehalte, daß der Staat sich bereit er-



klärt, die Stadt für Beseitigung der ihm als anliegenden Grundbesitzer bzw. nach Inhalt des Vertrages vom 1./10. August 1858 ausschließlich bzw. zu fünf Sechstheilen obliegenden Reinigungspflicht durch Zahlung einer festen Rente zu entschädigen.

Den Gebäudebesitzern (auch dem Staate) verbleibt die bedarfsmäßige Reinigung der Hausgassen und privaten Gassenbrücken (nicht auch der privaten Canalschachte), ferner die Reinigung der Trottoirs und Gassen von Schnee und Eis (§. 12 unter 4 der Straßen-Polizei-Ordnung), sowie die Abstumpfung der Trottoirs bei Glätteis (§. 3 unter 10 a. a. D.) und die Vornahme solcher außerordentlichen Reinigungen der Bahnhöfe, Gassen und Trottoirs, welche im Laufe des Tages durch besondere Verunreinigung (§. 12 unter 2, verglichen mit §. 13 unter 2, 4, 9 und 10 a. a. D.) oder endlich zur Beseitigung des auf ihrem seitherigen Reinigungsgebiete wachsenden Grases oder sonstigen Unkrauts erforderlich werden (§. 12 unter 3 a. a. D.)

- 2) Bezüglich der Reinigung der Wallpromenaden und der vor den Thoren der Stadt belegenen Straßen bewendet es bei den seitherigen Einrichtungen, wonach die Reinigung der Wallpromenaden und der Staatsstraßen der Staat, diejenige der städtischen Außenstraßen die Städtische Bauverwaltung besorgt (vergl. §. 15 des Ortsbaustatuts.)
- 3) Die Straßenfäuberung (§. 1) geschieht in städtischer Verwaltung, unter Mitwirkung von Rehrmaschinen, zweimal wöchentlich und zwar mit Einschluß der Abfuhr des Straßenkehrichts, zur Nachtzeit. An den zwischen den Hauptreinigungen liegenden Tagen erfolgt die Reinigung der Trottoirs und Gassen in frühen Morgenstunden.
- 4) Die Abfuhr des Hauskehrichts, und zwar nicht allein aus den Häusern der Innenstadt, sondern auch aus den Häusern der in der Reihenfolge bebauten äußeren Stadttheile erfolgt ebenfalls in städtischer Verwaltung, und zwar — soweit thunlich, mindestens aber innerhalb der Stadthore in frühen Morgenstunden.

Die Kehrichtsbehälter werden dazu vorn aus den Grundstücken geholt und nach Entleerung wieder dorthin gestellt.

- 5) Die Handhabung der Straßenreinigung, in Verbindung mit der Verwaltung des gesammten städtischen Marstalls, wird unter Leitung einer Deputation einem eigens hiezu angestellten Beamten übertragen.

Am Schlusse des Magistratschreibens ist noch bemerkt, daß die Reinigungspflicht des Staats in Folgendem bestehe:

- 1) Der Staat hat (als Grundbesitzer bzw. Anlieger) ausschließlich zu besorgen die Straßenreinigung in Beziehung auf die in seinem Besitze

oder Eigenthume befindlichen oder von ihm vertretenen Gebäude oder sonstigen Grundstücke im inneren Stadtgebiete; ferner liegt demselben die Reinigung der Osterbrücken, der Thoravenuen und der Wallpromenaden, insgleicher der unter *N* 3 der Anlage des Vertrags vom 1./10. August 1858 bezeichneten Verhältnisse ob;

der Staat hat ferner zu den dem allgemeinen Pflasterungsfonds obliegenden Kosten der Reinigung der öffentlichen Plätze, Gossencanäle und Canalschächte fünf Sechstheile beizutragen;

- 3) zu den sonstigen Kosten der nicht zu den polizeilichen Obliegenheiten der Anlieger gehörenden, also schon jetzt als öffentliche Last geltenden Straßenreinigung hat der Staat in dem Verhältnisse von 305 zu 1000 beizutragen.

Der Magistrat ersucht, die vorstehenden Grundzüge vorbehältlich der definitiven Entschließung über die Ausführung zu genehmigen.

Zu der Bestimmung unter 1 bemerkt Referent, daß es zu Schwierigkeiten führen würde, wenn die öffentliche Straßenreinigung sich auch mit auf die Reinigung der Gossencanäle, Reinigungsschächte und Canaleinflüsse erstreckte, weil diese Objecte größtentheils innerhalb der betreffenden Grundstücke liegen, ein Betreten der letzteren also in den meisten Fällen erforderlich wäre. Auch würde der Uebelstand entstehen, daß etwaige Folgen von Vernachlässigungen, die sich zu beliebigen Tageszeiten geltend machen können, nicht schnell genug beseitigt werden könnten, wenn solches seitens der öffentlichen Straßenreinigung zu geschehen habe; es müsse erst eine Anzeige erfolgen und dann ein Arbeitsmann hingeschickt werden, so daß erst lange Zeit verfließen würde, bis Abhülfe geschaffen sei. Es empfehle sich also, diesen Theil der Reinigung den Hausbesitzern nicht abzunehmen. Die Commission gebe deshalb anheim, die Worte im ersten Absätze „mit Einschluß der Gossencanäle, Reinigungsschächte und Canaleinflüsse“ zu streichen und an Stelle der Worte im zweiten Absätze „und privativen Gossenbrücken (nicht auch der privativen Canalschächte)“ die Worte „Gossencanäle, Canaleinflüsse und privativen Reinigungsschächte und“ zu setzen.

Mit diesen Aenderungen wird Punkt 1 genehmigt.

Punkt 2 wird ohne Weiteres angenommen.

Die Bestimmung unter 3 beantragt die Commission folgendermaßen zu fassen: „Die Straßensäuberung (*N* 1) mit Einschluß der Abfuhr des Straßentebrichts geschieht unter Benutzung von Kehrmaschinen in städtischer Verwaltung zur Nachtzeit, und zwar im Einverständnisse mit Herzoglicher Polizei-Direction, so oft das Bedürfniß es erfordert“.

Die Versammlung erklärt sich mit dieser Aenderung, für welche der Herr Referent als Grund angiebt, daß es besser sei, das Nähere darüber, wie oft die Säuberung erfolgen solle, der speciellen Ausarbeitung des Statuts vorzubehalten, einverstanden.

Bei Punkt 4 fragt Herr Günther an, wie es zu verstehen sei, daß die Kehrichtbehälter in den frühen Morgenstunden aus den Grundstücken heraus geholt werden sollen; es sei dies in vielen Fällen nicht möglich, weil die Hausthüren dann theilweise noch verschlossen seien; innerhalb der Stadt wäre es das beste, wenn, wie das bisher geschehen, die Kehrichtbehälter seitens der Hausbewohner auf die Straße gestellt würden, das gehe aber nicht an, wenn die Straßenreinigung durch Maschinen erfolge.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Es habe durch diese Bestimmung nur principiell ausgedrückt werden sollen, daß die Abfuhr des Hauskehrichts so zeitig wie möglich, noch ehe der Verkehr sich lebhaft entwickelt habe, also je nach der Jahreszeit früher oder später, geschehen solle. Um aber die anzunehmenden Arbeiter möglichst ausgiebig zu beschäftigen, empfehle es sich, die Straßenreinigung im Anschlusse an die Hauptreinigung, vielleicht im Winter um 8, im Sommer um 7 Uhr vorzunehmen, und so das ganze Abfuhrgeschäft binnen etwa zwei Stunden zu vollenden. Uebrigens werde noch eine specielle Vorlage bezüglich dieses Punktes demnächst erfolgen.

Bestimmung 4 wird darauf genehmigt.

Zu Punkt 5 schlägt die Commission vor, im Abjag I statt „eigens hierzu angestellten“ zu sagen „dazu geeigneten“, damit nicht ausgeschlossen sei, daß die Handhabung der Straßenreinigung unter Umständen auch dem Branddirector mit übertragen werden könne.

Auch mit dieser Aenderung erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Herr Günther fragt hierauf an, ob der Uebelstand, welcher darin liege, daß die Reinigung der Straßenstrecken vor den öffentlichen Gebäuden von Schnee und Eis nicht seitens der Stadt, sondern seitens des Staats besorgt werde, noch immer nicht beseitigt sei.

Referent: Vor den öffentlichen Gebäuden werde die Reinigung auch bei außergewöhnlichen Vorkommnissen jetzt durch die von Herzoglicher Polizeidirection dazu angenommenen Arbeiter ausgeführt, es habe sich aber herausgestellt, daß eine weit größere Anzahl von Personen nöthig wäre, als zu dem Zwecke gehalten werden könne, wenn Schnee und Eis immer sofort beseitigt werden sollen. Wie hierfür und für die noch eiligere Bestreuung der Trottoirs bei Glatteis jeder Hausbesitzer vor seinem Hause zu sorgen habe, so werde jetzt auch dem Staate durch die neue Bestimmung wieder die Verpflichtung auferlegt, vor den Staatsgebäuden in dieser Beziehung selbst zu sorgen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Man habe sich die neue Ordnung dahin gedacht, daß jeder Privatgebäudebesitzer, die Stadt resp. der Staat für jedes Gebäude eine besondere Persönlichkeit zur Reinhaltung des Trottoirs bestellen solle, so daß für die Reinigung vor den öffentlichen Gebäuden in der Folge gesorgt werden werde, wie für die vor den Privatgebäuden.

Hierauf werden die vorgeschlagenen Satzungen im Ganzen, unter Berücksichtigung der von der Commission beantragten Modificationen, genehmigt.

## Ueber

II. die Magistratsvorlage vom 16. v. Mts., die Herstellung der Ringstraße zwischen der Celler- und Hamburgerstraße und Erbauung einer Brücke über die Langetiefe betreffend, hat Herr Krahe im Auftrage der vereinigten Finanz- und Baucommission zu berichten. Die dazu gehörigen Zeichnungen, wie Situationsplan und Quer- und Längenprofile, sind im Sitzungsaaale angeheftet.

Die projectirte Straße beginnt bei der Abzweigung der Hildesheimerstraße von der Cellerstraße, geht über die Wiesenländerei nach der Masch zu, über die Oker in den Hasenwinkel und mündet bei dem Andreaskirchhofe in die Hamburgerstraße. Die Kosten des Project's sind von der städtischen Bauverwaltung zu insgesammt 420 000 M veranschlagt, wovon 100 000 M auf Grunderwerbungen, 70 000 M auf Erdarbeiten, 150 000 M auf den Brückenbau und 100 000 M auf Wegebefestigungsbauten entfallen. Die städtische Bauverwaltung hat vorgeschlagen, den Straßenkörper zwar sogleich in seiner ganzen projectirten Breite von 30 m herzustellen, die Befestigung der Straße aber nur zum Theil auszuführen, der Magistrat ist jedoch für die sofortige gänzliche Befestigung der Straße, wodurch allerdings die Kosten um 40 000 M erhöht werden würden. Ferner würden noch 30 000 M für die bei der Brückenanlage nothwendig werdende Oker correction den Kosten hinzuzusetzen sein. Dagegen glaubt der Magistrat von der sofortigen Herstellung des im Ortsbauplane vorgesehenen Platzes zwischen Ring- und Amalienstraße, welche einen Kostenaufwand von 42 000 M verursachen würde, einstweilen Abstand nehmen zu sollen, da die, sehr erhebliche Erdmassen erfordernde, Anschüttung des Platzes sich successive durch abzufahrenden Bauhutt bei weitem billiger erzielen lassen würde. Die Kosten für den Ankauf des Platzes werden allerdings sofort aufzuwenden sein. Durch die bezeichneten Abweichungen von den Vorschlägen der städtischen Bauverwaltung würden sich die Gesamtkosten auf 504 017,50 M erhöhen. Der Magistrat ersucht die Versammlung, das vorgelegte Straßen- und Brückenproject zu genehmigen und die letztgedachte Summe, zu deren Bestreitung eine Anleihe seitens der Stadt aufzunehmen sein wird, zu verwilligen.

Die Commission ist der Ansicht, daß es genüge, wenn für den in Rede stehenden Theil der Ringstraße die geringste für diese Straße zulässige Breite genommen werde, wodurch die Kosten um 66 000 M herabgemindert würden; sie giebt deshalb anheim, das Project mit der Beschränkung, daß an Stelle der projectirten Breite von 30 m eine solche von 22 m trete, zu genehmigen und die alsdann zur Ausführung erforderliche Summe von 438 017,50 M zu verwilligen.

Herr Reiche bittet, doch thunlichst gleich mit auf die Herrichtung des projectirten Platzes Bedacht zu nehmen. Vermuthlich werde diese Gegend stark bebaut werden und es sei dann gleich für die vielen Kinder der dortigen Anwohner ein Spielplatz vorhanden. Bekanntlich fehle es leider in Braunschweig sehr an Spielplätzen für Kinder.

Referent bemerkt hierauf, daß das Terrain ja so wie so vorhanden sei und niemand etwas dagegen haben könne, wenn die Kinder sich darauf herumtummelten.

Herr Rieke empfiehlt bei Herstellung der Straße gleich auf Canalisirung und Legung von Gas- und Wasserrohren Bedacht zu nehmen.

Herr Wolff bemerkt, daß auch in der Commission hiervon die Rede gewesen und namentlich bezüglich der Wasserabführung darauf hingewiesen sei, daß es unzweckmäßig sein würde, an beiden Seiten der Straße einen Graben zu haben, weil dadurch die Bebauung des anliegenden Terrains sehr erschwert werden würde. Die Commission gebe deshalb der Versammlung anheim, an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten gleich von vornherein auf Einrichtung der Canalisation sowie auf Bezug von Gas- und Wasserrohren bedacht zu nehmen. Der in der Commissionsitzung anwesend gewesene Magistratsdecernent habe denn auch in dieser Beziehung bereits eine entgegenkommende Erklärung abgegeben, wodurch die Commissionsmitglieder befriedigt worden seien.

Es wird darauf beschlossen, das vorgelegte Project zu genehmigen, die erforderlichen Mittel von 438 017,50 M zu bewilligen und das soeben von Herrn Wolff erwähnte Ersuchen an den Magistrat zu richten.

III. folgt von Herrn Reuter erstattet, der Bericht der Baucommission über das Magistrats Schreiben vom 2. d. Mts., den Straßendurchbruch vom Burgplatze zum Steinwege betreffend. Der bezügliche Situationsplan hängt zur Ansicht aus.

Nachdem eine den steigenden Anforderungen des Verkehrs entsprechende Aufschließung der Innenstadt durch den Ausbau breiter Hauptstraßen in der Richtung zwischen Süden und Norden zum großen Theile bereits ausgeführt worden ist, glaubt der Magistrat nunmehr der geplanten Herrichtung einer angemessenen Verbindung auch der östlichen und der westlichen Stadttheile, und zwar durch Ausföhrung der im Ortsbauplane vorgesehenen, zwischen Dom und Burg Dankwarden-

rode hindurch in gerader Linie auf den Steinweg führenden Straße umsomehr näher treten zu sollen, als von der Ausführung dieser Anlage auch die langersehnte Herstellung des Ruhfäutchenplatzes und die Schaffung einer landschaftlichen Umgebung für den in der Restauration begriffenen Saalbau Heinrich des Löwen abhängig ist. Der Durchbruch nach dem Steinwege setzt die Beseitigung des von Beltheim'schen Hauses, des Cavalierhauses und des sog. Schlachthauses voraus, welche, wie die Verhältnisse liegen, nur durch Expropriation wird ermöglicht werden können. Nach einer Ermittlung der Städtischen Bauverwaltung wird an Entschädigung zu zahlen sein für das erstgedachte Haus 100 000 M, für das zweite 70 000 M und für das dritte 30 000 M und beantragt der Magistrat:

- 1) die aus dem öffentlichen Verkehrsinteresse sich ergebende Nothwendigkeit einer schleunigen Ausführung des qu. Straßendurchbruchs nach Maßgabe des Ortsbauplans anzuerkennen und die Erwirkung des Rechts zum städtseitigen Erwerbe der ihm entgegenstehenden vorbezeichneten Gebäude auf dem Wege der Expropriation zu beschließen,
- 2) ihn zu ermächtigen, nach Erlangung des Expropriationsrechts mit den betheiligten Grundbesitzern eine gütliche Vereinbarung über den Betrag ihrer Entschädigung auf Grundlage der obigen Werthsermittlungen zu versuchen.

Ueber die Höhe der auf den Straßendurchbruch zu verwendenden Kosten hat die Städtische Bauverwaltung eine Berechnung aufgestellt, aus welcher hervorgeht, daß die Stadt keine erheblichen Opfer zu bringen nöthig hat, indem sie durch den Verkauf der Baustellen an den neuen Straßen für ihre Aufwendungen entschädigt werden wird.

Die Commission empfiehlt die Annahme des Magistratsantrags, welche ohne Debatte erfolgt.

#### Weiter

IV. berichtet Herr Reuter über die Magistratsvorlage vom 3. d. Mts., die Feststellung eines Ortsbauplans für eine Verbindungsstraße zwischen Hoftheater und Stadtpark betreffend. Auch über diesen Gegenstand hängt im Sitzungssaale ein großer Plan aus, auf welchen Referent während seines Vortrags verweist.

Die von den städtischen Behörden im Jahre 1882 in Feststellung des Ortsbauplans für das äußere Stadtgebiet beschlossene Verbindungsstraße zwischen dem Herzoglichen Hoftheater und der Casernenstraße mußte auf Forderung des Herzoglichen Staats-Ministeriums, welches diese Straße als im öffentlichen Interesse unbehrlich und mit den Interessen der Herzoglichen Hofhaltung nicht vereinbar erachtete, wieder in Wegfall gebracht werden. Inzwischen ist mit der starken Zunahme der in dem außerstädtischen Gebiete zwischen Faller'sleber- und Steinthore

wohnenden Bevölkerung das Bedürfniß in weiten Kreisen immer fühlbarer geworden, den gegenwärtig nur auf weiten Umwegen zu ermöglichenden Verkehr zwischen diesen Stadttheilen und der inneren Stadt zu erleichtern, so, daß jetzt die Eröffnung einer vom Steinwege aus mit Ueberbrückung der Oker hinter dem Hoftheater den Küchengarten durchschneidenden und auf die demnächstige Ringstraße auslaufenden Verkehrslinie als im öffentlichen Interesse liegend, auch Regierungsseitig anerkannt werden dürfte. Auch das früher gegen Anlegung einer solchen Verbindungsstraße aus der Rücksicht auf das Interesse der Hofhaltung hergeleitete Bedenken ist hinfällig geworden, indem die Hofhaltung gegenwärtig den für die Entwicklung und Wohlfahrt der Stadt hochbedeutenden Plan verfolgt, im Osten des Stadtbezirks ausgedehnte Parkanlagen zu schaffen und den Zugang zu solchen Anlagen vom Innern der Stadt aus mit Ueberbrückung der Oker hinter dem Hoftheater durch eine auf den Stadtpark zu laufende und durch denselben hindurch führende Straße zu vermitteln. Es besteht ferner bei der Herzoglichen Hofhaltung hochehrwürdiger Weise die Absicht, den vom Steinwege ab zwischen dem südlichen Theil des Herzoglichen Parks und den Husaren-Pferdeställen durchziehenden, in seinem gegenwärtigen Zustande sehr unschönen Tractus der Wallpromenaden durch Anschneidung von Parkterrain soweit nach Osten zu verlegen, daß die jetzige dortige Fahrbahn nahezu vollständig entbehrlich werden und darnach mit Hinzunahme des Areals der angrenzenden Stallungen werthvolles Bauland aufschließen wird. Der Magistrat beantragt:

die in den vorgelegten Ortsbauplan aufgenommenen neuen Baulinien bzw. die darin vorgenommenen Abänderungen des im Jahre 1882 festgestellten Ortsbauplanes des äußeren Stadtgebiets zu genehmigen.

Ueber die Ausführung der vom Hoftheater ab mittelst Ueberbrückung der Oker bis an die Stadtgrenze jenseits des Stadtparks projectirten Straße werden specielle Verhandlungen annoch zuzulegen sein; der Magistrat erbittet aber schon jetzt die Zustimmung dazu, daß die Stadt an der Ausführung dieser Brücken- und Straßenanlage (abgesehen von der ihr ausschließlich zur Last fallenden Erwerbung und Einrichtung des freien Platzes) mit einem Beitrage von 100 000 M sich betheilige und das in die Straße fallende Terrain des Stadtparks, wie wohl selbstverständlich, ohne Entgelt zur Verfügung stelle.

Die vereinigten Commissionen haben, wie Referent weiter ausführt, die Vorlage mit Freude begrüßt; dieselben haben sich lebhaft daran erinnert, mit wie großem Bedauern es die Versammlung seiner Zeit aufgenommen habe, daß der Ueberbrückung der Oker hinter dem Theater, die schon im Jahre 1882 als nothwendig anerkannt worden sei, unüberwindliche Hindernisse entgegenstanden. Um so erfreulicher sei es, daß nicht allein diese Hindernisse weggefallen seien, sondern

daß der Stadt sich auch noch Gelegenheit biete, mit geringen Ausgaben eine wirklich schöne Ergänzung ihres ganzen Areals herbeizuführen. Die Commissionen haben sich mit Freuden der Arbeit unterzogen, den Plan genau zu prüfen, sie billigen denselben in jeder Beziehung und zweifeln nicht im Mindesten, daß die Anträge einstimmige Annahme finden werden.

Herr Günther bemerkt, daß in letzterer Zeit viel zur Verbindung der Innen- mit der Außenstadt geschehen sei; jetzt liege nur noch als Nothwendigkeit die Ueberbrückung der Oker hinter der Ferdinandstraße vor, und wenn die Anwohner dieser Straße ihre Einwilligung nicht dazu geben wollten, dann müsse einfach im Wege der Expropriation vorgegangen werden.

Der Herr Vorsitzende bemerkt hier, daß bereits ein Antrag in dieser Beziehung vorliege, auf welchen er nach Erledigung der Tagesordnung zurückkommen werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Es sei nicht seine Absicht, zur Begründung des Magistratsantrags auch nur ein Wort hinzuzufügen; ein Blick auf den Plan mache dieses unnöthig. Nur Eines wolle er im Gefühle der Dankbarkeit öffentlich hervorheben, und er halte sich dabei der Uebereinstimmung der Versammlung versichert: daß die langjährigen Wünsche der Stadt nach Ueberbrückung der Oker bei dem Hoftheater und nach Beschaffung von schattigen und angenehmen Spaziergängen und Erholungsorten, Wünsche, die man seither selbst in bescheidenen Grenzen ohnmächtig angestrebt habe, jetzt durch die Hochherzigkeit unseres Regenten ihrer Verwirklichung in einer Art und einem Umfange entgegengeführt würden, wie es sich bis vor Kurzem kaum Jemand hätte träumen lassen.

(Lebhaftes Bravo!)

Die Magistratsvorlage wird darauf einstimmig genehmigt.

V. Einem von Herrn Seele im Auftrage der Finanzcommission erstatteten Referate zufolge sind im Jahre 1886 vom Vereine gegen Bettelerei für 1400 Portionen Mittagessen zu 15  $\text{S}$  und 7715 Nachtmarken zu 35  $\text{S}$ , im Ganzen 2910  $\text{M}$  25  $\text{S}$  verausgabt worden. Nach Abzug des durch die Arbeitsleistung der Unterstützten erzielten Gewinnes von 440  $\text{M}$  beträgt die wirkliche Ausgabe 2470  $\text{M}$  25  $\text{S}$ . Dem bestehenden Uebereinkommen entsprechend hat hiervon die Stadt zwei Drittel mit 1646  $\text{M}$  80  $\text{S}$  zu tragen, welche der Magistrat unterm 25. v. Mts. aus der städtischen Armenkasse zu verwilligen beantragt, mit dem Bemerken, daß die Casse der polizeichen Abgabe für Hunde pro 1886 keine Mittel mehr darbiete.

Die Finanzcommission schließt sich dem Magistratsantrage an.



Herr Kiefe glaubt eine gewisse Ironie darin zu erblicken, wenn die Casse der Abgabe für Hunde in unmittelbarem Zusammenhang mit Personen gebracht werde, die oftmals ganz ohne ihre Schuld zu Bettlern herabgesunken seien, und giebt zu erwägen, ob diesem Uebelstande nicht in irgend einer Weise abzuhelpen sei.

Nachdem Herr Krahe bemerkt hat, daß auch der Kunstgewerbeverein eine Beihülfe aus der genannten Casse erhalte, und nachdem Herr Sievers seine Verwunderung darüber ausgedrückt hat, daß grade Herr Kiefe, der doch sonst nicht so wählerisch in seinen Ausdrücken sei, etwas Anstößiges in jener Zusammenstellung finden könne,

wird die angeforderte Summe bewilligt.

VI. Eine Vermehrung der Zahl der besoldeten Magistratsmitglieder ist bislang unterblieben, weil dieselbe behufs Beibehaltung eines richtigen numerischen Verhältnisses zwischen Magistrat und Stadtverordnetencollegium auch eine Verstärkung des letzteren erforderlich gemacht haben würde, was nur durch Beschaffung eines größeren Sitzungslocales, also durch Ausführung eines Neubaus, zu ermöglichen gewesen wäre. Dahingegen hat der Magistrat schon früher ausgeführt, daß die Heranziehung einer rechtskundigen Arbeitskraft in den Magistrat nothwendig werden würde, und es wurde auch seiner Zeit in das Statut, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung betreffend, folgende Bestimmung aufgenommen: „zur Mitwirkung bei Bearbeitung von zum unmittelbaren Geschäftskreise des Stadtmagistrats oder einzelnen Mitgliedern desselben gehörenden Angelegenheiten kann, mit Genehmigung der Stadtverordneten ein rechtskundiger Hilfsarbeiter gegen Remuneration angenommen werden. Der Hilfsarbeiter erhält Sitz, aber keine Stimme im Magistrat.“ Diese Bestimmung wurde jedoch hinterdrein auf Anregung des Herzoglichen Staatsministeriums in der Erwägung wieder gestrichen, daß die remuneratorische Annahme einer Hilfskraft den städtischen Behörden auch ohne eine diesbezügliche statutarische Vorschrift zustehe. Der Geschäftsumfang des Magistrats hat nun in den betreffenden Jahren so bedeutend zugenommen, daß im Interesse der städtischen Verwaltung mit der Heranziehung einer Hilfskraft nicht länger mehr gezögert werden darf, um so weniger, als der Stadtrath Ketemeher zum Reichstagsabgeordneten gewählt ist und auch in seiner Eigenschaft als Reserveleutnant Ordre erhalten hat, sich zu einer demnächstigen achtwöchigen Dienstleistung beim activen Heere bereit zu halten. Der Magistrat hat sich deshalb nach einer passenden Geschäftshülfe umgesehen und bringt als solche den Gerichtsassessor Glindemann in Vorschlag, welcher, im vorausgesetzten Einverständniß des Herzoglichen Staatsministeriums, bereit sein wird, gegen Gewährung einer Remuneration von 2400 M., die Stelle eines Hilfsarbeiters auf Widerruf anzunehmen. Der Magistrat giebt hiernach mittelst Schreibens vom 25. v. Mts. anheim, sich mit der

Annahme Glindemann's gegen eine Remuneration in bezeichneter Höhe einverstanden zu erklären.

Die Statutencommission, für welche Herr Lüderßen berichtet, unterstützt einstimmig diesen Antrag. Es unterliege keinem Zweifel, daß die bisherigen Geschäfte des Magistrats sich durch die Entwicklung der Stadt nach den verschiedensten Richtungen hin bedeutend vergrößert und vermehrt hätten; namentlich hätten auch die dem Magistrate von Reichswegen auferlegten Geschäfte zugenommen. Es würde also auch mit der Zeit nicht zu vermeiden sein, daß die Zahl der besoldeten wie unbesoldeten Magistratsmitglieder vermehrt werde und würde dies schon geschehen sein, wenn auch die Zahl der Stadtverordneten entsprechend vermehrt werden könnte. Letzteres könne, abgesehen von den räumlichen Verhältnissen, nur durch Gesetz festgestellt werden, und es sei angezeigt zu warten, bis eine Reform der Städteordnung zu Stande gekommen sei; möglicherweise werde schon im nächsten Landtage in dieser Beziehung vorgegangen werden. Die Commission halte das vom Magistrat gewählte Auskunftsmittel, gegen welches auch aus der Städteordnung keine Bedenken herzuweisen seien, für zweckmäßig und die vorgeschlagene Remuneration für angemessen, und gebe danach die Genehmigung der Vorlage anheim.

Herr Günther hält es für bedenklich, dem Magistrat einen Hilfsbeamten, der Sitz aber keine Stimme habe, beizugeben. Der Betreffende würde eine eigenthümliche, untergeordnete Stellung einnehmen und zu leicht ein Werkzeug des Magistrats werden. Seines Erachtens könnte immerhin noch ein Magistratsmitglied angestellt werden.

Referent bemerkt noch zur Stellung des Hilfsbeamten, daß derselbe die ihm aufgetragenen Sachen zwar selbstständig, jedoch unter Verantwortung eines Magistratsmitgliedes zu bearbeiten habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels giebt Herrn Günther darin Recht, daß den Calamitäten im Magistrat am gründlichsten durch Vermehrung der Magistratsmitglieder abgeholfen werden würde, und wenn derselbe einen selbstständigen bezüglich den Antrag stelle, der die Zustimmung der Versammlung finde, so werde der Magistrat solchem Antrage gern Folge geben, umsomehr als — was der Magistrat erst nachträglich erfahren habe — nach den bei der Landesjustiz-Verwaltung maßgebenden Principien eine derartige Stellung von einem Gerichtsassessor nicht auf ungemessene Zeit bekleidet werden könne, der Magistrat also in 4 bis 6 Monaten wiederum einen Wechsel würde eintreten lassen müssen, um Glindemann die Möglichkeit eines Rücktritts in seine frühere Stellung zu wahren. Er wolle also Herrn Günther überlassen, einen Antrag auf Vermehrung der besoldeten Magistratsmitglieder einzubringen. Mit den jetzigen Kräften die Geschäftslast des Magistrats zu bewältigen, sei absolut unmöglich.

Herr Günther will einen bezüglichlichen selbstständigen Antrag stellen, erklärt aber später, daß er sich Redaction und Motivirung desselben für die nächste Sitzung vorbehalten wolle.

Der Magistratsantrag gelangt darauf zur Annahme.

Wie

VII. Herr Sievers namens der Finanz-Commission vorträgt, hat der Magistrat vorbehältlich der Genehmigung der Stadtverordneten das der Speiseanstalt für Bedürftige zugehörige, 561 qm große, am Ruhfäutchenplaz belegene, Grundstück, von welchem eine Fläche von 65 qm zur Verbreiterung der an der Nordseite der Burg Dankwarderode durchziehenden Straße und ein anderer Theil zur Regulirung des Ruhfäutchenplazes in Anspruch genommen werden muß, für 24 000 M. angekauft. Es empfiehlt sich dieser Ankauf umsomehr, als ein Capitalverlust dabei nicht zu befürchten ist und die Stadt in die Lage kommen wird, hinsichtlich der Bebauung des Grundstücks Bedingungen vorzuschreiben, welche geeignet sind, demnächst das Ansehen der Burg nicht zu beeinträchtigen. Auf Wunsch des Verkäufers hat der Magistrat dem Vorstande der in gedachtem Gebäude untergebrachten Dienstbotenanstalt die Zusicherung ertheilt, daß letzterem das Haus für 900 M. jährlich vermietet werde und daß dieses Miethverhältniß vierteljährlich, jedoch nicht früher als zum 1. April 1888 kündbar sein solle. Der Magistrat ersucht unterm 24. v. Mts., zum Ankauf des Hauses und zur Vermietung desselben die Zustimmung zu ertheilen,

welchem Ersuchen die Versammlung auf Befürwortung der Commission ohne Weiteres entspricht.

Darauf

VIII. referirt Herr Seele für die Finanz-Commission, daß nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 28. v. Mts. 12 Anlieger des östlichen Theils der Kastanienallee um Verlängerung des dort belegenen Wasserrohrs bis zum großen Exercierplaz gebeten und zu Bezug von Leitungswasser sich verpflichtet haben, und daß ein Anlieger, Kaufmann Munte, um Verlängerung des Gasrohrs bis zu seiner im Bau begriffenen Conservenfabrik behufs Einrichtung einer Gasbeleuchtung gebeten hat. Die Direction der Gas- und Wasserwerke habe die Verlängerung des Wasserrohrs auf 2264,70 M., diejenige des Gasrohrs auf 936,75 M. veranschlagt und beantrage der Magistrat auf Empfehlung der Deputation für Gas- und Wasserwerke, die Bewilligung der bezifferten Credite aus dem Reservefonds des Wasser- bzw. Gaswerks zu bewilligen.

Von der Commission befürwortet, gelangt der Magistratsantrag debattelos zur Annahme.

IX. Dem Kirchencassen-Collegium sind in der Sitzung am 13. November 1884 zur Bestreitung der Kosten der Bebauung und ersten Einrichtung des Central-Friedhofs aus der Stadtcasse 160 000 M als definitiver Zuschuß und 240 000 M als Darlehn, letzteres unter dem einstweiligen Vorbehalte näherer Vereinbarung über die Darlehnsbedingungen, zur Verfügung gestellt. Die erstgedachte Summe ist absorbiert, während von dem Darlehen 122 082,39 M verausgabt sind, mithin eine Darlehnsquote von 117 917,61 M bislang unerhoben geblieben ist, welche voraussichtlich in der zweiten Hälfte dieses Jahrs zur Ausgabe gelangen wird. Der Magistrat wünscht jedoch schon jetzt die Ertheilung der Ermächtigung zum formellen Abschlusse des Darlehnsvertrags mit dem Kirchen-Cassen-Collegium auf folgender Grundlage:

Die Stadt-Gemeinde gewährt dem Kirchen-Cassen-Collegium zur Bestreitung der Kosten der Bebauung und ersten Einrichtung des Centralfriedhofs auf den Credit der Gemeinde-Kirchen-Casse ein Darlehn von 240 000 M gegen urkundliche Verpflichtung, dieses Darlehn aus der Gemeinde-Kirchen-Casse

- a. mit jährlich vier Procent, und zwar vom 1. Juli 1887 angerechnet, in halbjährlichen Fälligkeitsterminen zu verzinsen,
- b. mit jährlich  $\frac{1}{2}$  % und den ersparten Zinsen, vom 1. Juli 1890 angerechnet, zu tilgen; übrigens mit dem Beding, daß
- c. die bei Beurkundung des Vertrages noch nicht erhobene Darlehnsquote nicht in ungetrennter Summa, vielmehr je nach Bedarf zur Zahlung gelange.

Bis zu ihrer endgültigen Verwendung sollen die Gelder einstweilen unverzinslich in der Verwaltung der Stadtcasse bleiben und von dieser als Betriebsmittel benutzt werden dürfen.

Die Finanzcommission, namens welcher Herr Wolff referirt, hält die Bedingungen für zweckmäßig und der ursprünglichen Vereinbarung entsprechend und giebt anheim, die Genehmigung der Magistratsanträge auszusprechen.

Es geschieht dies ohne Debatte.

Weiter

X. berichtet Herr Wolff über die Magistratsvorlage vom 26. v. Mts, Reparaturen der Stadtkirchenuhren betreffend.

Bei Berathung des diesjährigen Stadthaushaltsplans wurde die Anlage elektrischer Thurmuhren empfohlen und vom Magistrate das Einverständniß dazu

gegeben, daß die in Cap. IV der außerordentlichen Ausgaben sub 4 und 5 behuf Beschaffung neuer Thurmuhren zc. an der Michaelis- und Andreaskirche ausgeworfenen Beträge von 2500 M und bez. 1500 M als zur Disposition der städtischen Behörden stehend angesehen werden sollten. Eine Anfrage bei verschiedenen Sachverständigen hat ergeben, daß es sich nicht empfiehlt, Thurmuhren lediglich durch Electricität treiben zu lassen; wohl aber empfiehlt sich nach Ansicht des Magistrats eine Einrichtung, welche es ermöglicht, auf electrischem Wege eine entweder täglich wiederkehrende oder ununterbrochen vor sich gehende Regulirung sämmtlicher Thurmuhren mit der Wirkung zu erzielen, daß alle nicht nur unter sich, sondern auch mit dem für den Verkehr hauptsächlich in Betracht kommenden Uhren der Post- und Eisenbahnverwaltungen übereinstimmen. Eine derartige Verbindung der einzelnen Uhren wird sich nach Ansicht des Magistrats unschwer erzielen lassen, und es braucht insbesondere auf ihre künftige Herstellung bei Anschaffung neuer Thurmuhren nicht Rücksicht genommen zu werden. Es bedarf jedoch dazu noch weiterer Ermittlungen und Verhandlungen und es wird bis zu deren Abschlusse die beabsichtigte Erneuerung der gedachten beiden Thurmuhren nicht wohl aufgeschoben werden können. Indem der Magistrat sich vorbehält, wegen Regulirung der Thurmuhren eventuell demnächst eine besondere Vorlage zu machen, giebt er anheim, die obengedachten Ausgaben von 2500 M und 1500 M definitiv zu verwilligen.

Nach Prüfung der Acten, insbesondere der vorgelegten Sachverständigen-Gutachten, empfiehlt die Finanzcommission, die Vorlage zu genehmigen, jedoch mit dem ausdrücklichen Ersuchen, daß nicht nur eventuell, sondern wirklich der Stadtverordnetenversammlung vom Magistrate eine Vorlage gemacht werde, welche eine genaue Regulirung des Ganges sämmtlicher Thurmuhren anstrebt.

Mit diesem Ersuchen wird dem Magistratsantrage die Zustimmung ertheilt.

#### Ueber

XI. die Magistratsvorlage vom 2. diej. Mts., die Abänderung des Ortsbauplans bezüglich der Verbindungsstraße zwischen Wolfenbüttler- und Salzdhallumerstraße betreffend, hat Herr Nieß im Auftrage der Baucommission zu berichten.

Der Hoffchauspieler Fischer hat gebeten, die gedachte, auf dem der Versammlung vorliegenden Situationsplane mit h i k g h bezeichnete Verbindungsstraße aufzuheben und an deren Stelle die mit a A C D B b a umschriebene Straße in den Ortsbauplan aufzunehmen. Letztere Straße würde auf dem Grundstücke des Antragstellers zu errichten sein und hat dieser sich bereit erklärt, für den Fall, daß die Straße seitens der Stadt ausgebaut werden würde, das ihm zugehörige, auf dem Terrain der fraglichen Straße belegene Scheunengebäude unentgeltlich abreißen zu lassen. Da die städtische Bauverwaltung sowohl als auch das Stadt-

bauamt gegen den Fischer'schen Antrag nichts zu erinnern finden, so ersucht der Magistrat die Versammlung, die Aufnahme der gedachten Straßenverlegung in den Ortsbauplan unter der Bedingung gutzuheißen, daß Fischer für sein Anerbieten bezüglich des zu beseitigenden Scheunengebäudes Sicherheit bestellst.

Auf Empfehlung der Commission wird dem Magistratsantrage gemäß beschloffen.

Die beiden folgenden Gegenstände:

XII. Neue Baulinie am Bohlweg zwischen Mumme und von Veltheim, und

XIII. Regulirung des Bohlwegs am Mummesehen Grundstücke, über welche Herr Schwarzenberg im Auftrage der Statutencommission zu berichten hat, werden zusammen zur Berathung verstellt.

Bei Gelegenheit der Feststellung von Baulinien für den Ruhfäutchenplatz wurde auch für die Westseite des Bohlwegs vom Hause des Kaufmanns Mumme bis zum v. Veltheim'schen Hause die auf dem vorliegenden Ortsbauplane mit c<sup>1</sup> f bezeichnete Baulinie beschloffen. Bevor diese Baulinie jedoch vom Herzoglichen Staatsministerium genehmigt worden, haben mit den Erben des Kaufmanns Mumme Verhandlungen stattgefunden, welche sich auf den Neubau des Mumme'schen Hauses und die zum Zwecke der Verbreiterung des Bohlwegs erforderliche Zurücksetzung desselben bezogen. Die Mumme'schen Erben haben nun gebeten, von der obgedachten Baulinie Abstand zu nehmen, weil sie sonst mit ihrem beabsichtigten Neubau theilweise um einen Meter zurückrücken müßten, wodurch sie unzureichende Räume und überall keinen Hof erhalten würden, welche Unzuträglichkeiten auch den Nachbarn N. 2074 bis 2079 erwachsen würden. Der Magistrat hat deshalb im Einverständnisse mit dem Stadtbauamte die Baulinie c<sup>1</sup> x f beschloffen, welche mit der mit den Mumme'schen Erben vereinbarten Baulinie zusammenfällt und durch welche einerseits eine hinlängliche Verbreiterung des Bohlwegs um 1 bis 2,5 Meter, andererseits aber die Möglichkeit einer angemessenen Bebauung der in Frage kommenden Grundstücke verbleibt. Die Grundstücke N. ass. 2074 bis 2079 würden auch für das zur Straße abzutretende Terrain dadurch schadlos gehalten werden können, daß ihnen hinterwärts Terrain vom Grundstücke des Herzoglichen Landgestüts zugelegt würde, was bei dem Mumme'schen Grundstücke in gleicher Weise nicht der Fall ist. In Anbetracht dieser Erwägungen richtet der Magistrat an die Versammlung unterm 4. d. Mts. das Ersuchen, unter Wiederaufhebung der früheren Beschlüsse, die Baulinie c<sup>1</sup> x f gutzuheißen.

Wie der Magistrat ferner unterm 4. d. Mts. mittheilt, beabsichtigen die Mumme'schen Erben nunmehr zur Neubebauung ihres Grundstücks auf der im

vorliegenden Situationspläne mit a c h bezeichneten (sich mit der vorhin gedachten Baulinie c<sup>1</sup> x f deckenden) Baulinie zu schreiten. Die Mumme'schen Erben würden danach die mit den Buchstaben c b f g h e umschriebene, 25,6 qm haltende Fläche zur Straße abzutreten haben. Der Werth derselben ist von der städtischen Bauverwaltung auf 250 M pro qm geschätzt, so daß den Mumme'schen Erben eine Entschädigung von überhaupt 6400 M zu zahlen sein würde. Dieselben sind damit einverstanden, sie verlangen aber außerdem, daß ihnen die Bebauung der zwischen ihrem und dem Böse'schen Hause belegenen Violentwete gestattet und zu dem Zwecke der mit den Buchstaben a c d e a umschriebene 35,6 qm haltende Theil der fraglichen Wete zu Eigenthum überwiesen werde. An der Beibehaltung dieser Gasse hat die Stadtgemeinde kein Interesse und eine Ueberbauung der fraglichen Gebäudeschlucht würde einen wenig schönen Anblick beseitigen. Der mit a b c umschriebene Theil der Gasse soll zur Straße gezogen und der auch in Zukunft beizubehaltende Durchgang durch eine Thür verschlossen werden. Laut des vorliegenden notariellen Vertrages vom 14. Februar 1887 ist zwischen den Betheiligten gegenseitig resp. diesen und dem Magistrate eine entsprechende Vereinbarung verlautbart, deren Wirksamkeit indessen davon abhängig gemacht ist, daß der von den Mumme'schen Erben zu überbauende Theil der Violentwete jenen zu Eigenthum übertragen und aufgelassen wird. Die dazu zunächst erforderliche Eintragung der fraglichen Fläche auf den Namen der Stadtgemeinde glaubt der Magistrat unschwer zu erzielen. Der Magistrat beantragt hienach

- 1) die Baulinie a c h zu genehmigen,
- 2) die Kosten zur Verbreiterung der Straße in Höhe von 6400 M zu bewilligen,
- 3) den notariellen Vertrag vom 14. Februar c., soweit dabei Rechte und Pflichten der Stadtgemeinde in Frage kommen, zu genehmigen.

Die Commission giebt anheim, die Baulinie a c h (c<sup>1</sup> x f) zu genehmigen, mit der Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 6400 M kann sie sich aber nicht einverstanden erklären. Wenn auch besondere Verhältnisse zu berücksichtigen seien, und namentlich das nach Süden zu belegene Schaufenster von bedeutendem Werthe für ein Geschäft sei, so müsse man den geforderten Kaufpreis dennoch als einen übermäßig hohen bezeichnen, und die Commission sei deshalb der Ansicht, daß man auch für die Abtretung von Terrain der Violentwete eine Entschädigung beanspruchen solle. Ferner mache die Commission darauf aufmerksam, daß bei der Abschließung des gedachten Vertrages das Landgestüt nicht zugezogen worden sei. Aus den Acten gehe allerdings hervor, daß ein Vertreter des Landgestüts erschienen sei und erklärt habe, dasselbe hätte kein Interesse an der Violentwete, dieser Verzicht

müsse aber auf geziemäßigem Wege geleistet werden. Die Commission beantrage aus diesen Gründen:

der Vorlage des Stadtmagistrats die Zustimmung unter der Bedingung zu ertheilen, daß die Mumme'schen Erben für Ueberweisung von 35,6 qm Terrain der Violentwete, deren Einziehung mit Beziehung auf §. 4 der neuen Wegeordnung vom 5. Juni 1871 beschlossen wird, eine Entschädigung von 1000 M übernehmen, welche von dem vereinbarten Kaufpreise von 6400 M abzurechnen ist.

Herr Halle kann sich mit der geforderten Entschädigung gleichfalls nicht einverstanden erklären; 250 M pro qm sei ein exorbitanter Preis. Am anderen Ende des Bohlwegs seien vor Kurzem 175 M gefordert, und schon diesen Preis habe man für zu hoch befunden, so daß beschlossen sei, das Expropriationsverfahren zu beantragen.

Herr Nieß wendet dagegen ein, daß die Sache insofern anders liege, als die Grundstücke, welche der Herr Vorredner im Sinne habe, auch bei Abtretung des zur Straßenverbreiterung nöthigen Terrains noch immer Tiefe genug zur angemessenen Wiederbebauung behielten, während das Mumme'sche Grundstück von so geringer Tiefe sei, daß es eigentlich nichts davon entbehren könne.

Herr Niese stimmt dieser Ansicht bei und bemerkt, daß Frau Mumme außerdem durch die Ueberbauung der Twete viel Unzuträglichkeiten haben werde. Es seien auch schon noch höhere Preise gezahlt worden, so in der Schuhstraße 500 bis 600 M pro qm, und man könne sich nicht darüber wundern, wenn jeder seine Geschäftsinteressen so zur Geltung zu bringen suche, wie sie liegen. Er gebe anheim, die geforderte Summe zu bewilligen.

Nachdem Herr Bürgermeister Rittmeyer nochmals die Gründe hervorgehoben hat, welche den Magistrat veranlaßt haben, eine Entschädigung in Höhe von 6400 M zu beantragen,

wird zur Abstimmung geschritten, wobei die Magistratsanträge in ihrem ganzen Umfange zur Annahme gelangen. Der Commissionsantrag ist damit gefallen.

XIV. Zu dem vorhin erwähnten, von den Herren Nieß, Halle, Buchler, Wilke und Meyer unterschriebenen, selbstständigen Antrage:

„den Magistrat um beschleunigte Einbringung einer Vorlage, die Ueberbrückung des Umfluthgrabens zwischen der Sophien- und Ferdinandstraße betreffend, zu ersuchen“

bemerkt Herr Bürgermeister Rittmeyer, daß der Magistrat von der städtischen Bauverwaltung täglich die letzte Auskunft in dieser Angelegenheit erwarte, und daß,



sobald dieselbe eingegangen, der Versammlung eine bezügliche Vorlage unterbreitet werden solle,

womit der Antrag einstweilen als erledigt betrachtet wird.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Es folgt noch eine

**vertrauliche gemeinschaftliche Sitzung**

unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Pockels.

In derselben wird über die Heranziehung Fremder zur Communalsteuer berathen und die Wahl eines Ersatzmanns für die Militäraushebung vorgenommen.

---



# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 14. April 1887.

Öffentlich:

- I. Gewährung eines Hypothekendarlehens an den Tischlermeister Wilkens.
- II. Verbreiterung der Zimmerstraße.
- III. Anleihe von 5000000 Mark und  
Ueberbrückung der Oker an der Ferdinandstraße.
- IV. Anschaffungskosten für das Mobiliar einer Schulklasse an der Leopoldstraße.
- V. Verwilligung von Einquartierungskosten.
- VI. Austausch einer Grundfläche vom Turnhallengrundstücke.
- VII. Verbreiterung des Eingangs der Schuhstraße.
- VIII. Nachverwilligung von Kosten zur Instandsetzung der Fasanenstraße.
- IX. Neubau eines Wasserkastens in der Neustadtmühle.
- X. Verwilligung von Kosten zur Reinigung der städtischen Muschelsammlung.
- XI. Zwangsenteignung des Schützenplatzes u.
- XII. Anschaffung eines Gelbschranke für die Armenkasse.
- XIII. Erhöhung des Beitrages für die Gemeindefrankencasse.
- XIV. Einwendung gegen die für den nördlichen Theil des Sandwegs festgestellte Baulinie.
- XV. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther, die Anstellung eines besoldeten Magistratsmitgliedes betreffend.
- XVI. desgl. desgl., die Aenderung des Regulativs der städtischen Badeanstalt betreffend.
- XVII. Anfrage des Herrn Heymann, die Heranziehung der Officiere zur Communalsteuer betreffend.

Entschuldigt die Herren Lüderßen, Natalis und Schwarzenberg. Am  
Magistratsrathliche Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Ritt-

meher, die Herren Stadträthe Götte, Haake, Schöttler, Metemeyer und Grote und Herr Gerichtsassessor Glindemann.

Nach Genehmigung der Protokolle *Nr.* 3 vom 24. Februar und *Nr.* 4 vom 10. März c.

und nach Vertheilung der der Versammlung zugegangenen Exemplare einer Druckschrift „Ziele zur Förderung des Fremdenverkehrs der Stadt Braunschweig“ berichtet

der Tagesordnung gemäß

I. Herr Sievers namens der Finanzcommission über ein Magistrats Schreiben vom 11. v. Mts., die Gewährung eines Hypothekdarlehns an den Tischlermeister Wilkens betreffend.

In der Sitzung am 15. April v. J. hat die Versammlung im Einverständnisse des Stadtmagistrats beschlossen, daß denjenigen, die an der Bergstraße bauen wollen, unter gewissen Bedingungen Hypothekcapitale dargeliehen werden sollen. Herr Wilkens hat nun gebeten, ihm auf seine an der gedachten Straße neu erbauten Wohnhäuser *Nr.* ass. 5250 und *Nr.* ass. 5277 aus städtischen Mitteln ein Darlehn von je 12500 M zu gewähren. Da die beiden Häuser zu je 19100 M gegen Feuergefährdung versichert sind und der Pfandwerth derselben von der Städtischen Bauverwaltung zu insgesammt 29800 M geschätzt ist, so ersucht der Magistrat die Versammlung

- 1) die Ausleihung von je 12500 M, zusammen 25000 M, an Wilkens, gegen 4 % jährlicher Zinsen, als erste Hypothek und unter den in §. 8 des mit dem Particulier Halle im vorigen Jahre abgeschlossenen Vertrags enthaltenen Bedingungen zu genehmigen,
- 2) sich damit einverstanden zu erklären, daß die Mittel zur Gewährung des fraglichen Darlehns durch den Verkauf von im Besitze der Stadt befindlichen Werthpapieren herbeigeschafft werden.

Die Finanzcommission schließt sich diesen Anträgen an.

Nachdem Herr Günther erklärt hat, daß er sich mit der Verwilligung des Darlehns nicht einverstanden erklären könne, da man die Privat speculation nicht unterstützen, sondern lieber die Erbauung kleinerer Wohnungen seitens der Stadt selbst in die Hand nehmen solle,

werden die Magistratsanträge genehmigt.

II. Ueber die Magistratsvorlage vom 16. v. Mts., die Verbreiterung und Instandsetzung der Zimmerstraße betreffend, hat Herr Nieß im Auftrage der Baucommission zu berichten.

Die mit den betreffenden Anwohnern wegen Abtretung des zur gedachten Straßenverbreiterung erforderlichen Terrains im vorigen Jahre gepflogenen Verhandlungen haben im Großen und Ganzen zu befriedigenden Resultaten geführt; die Forderungen der Particuliers Müller und Wilhelms (15 M pro qm) bezüglich der von diesen abzutretenden Parcellen haben jedoch die städtischen Behörden veranlaßt, das Expropriationsverfahren zu beantragen.

Hinterher hat der Pianoforte-Fabrikant Grotrian die Herrichtung einer Befriedigung, seines Grundstücks beansprucht, welche, bei einer Länge von 110 m, 913 M kosten würde. Da bei einer Zwangsenteignung der von Herrn Grotrian zur Straße abzutretenden Parcellen die demselben zu zahlende Entschädigung muthmaßlich noch etwa 200 M mehr betragen würde, so giebt der Magistrat anheim, die Herstellung jener Befriedigung in der vereinbarten Höhe von 1,75 m guttheißen.

Der Particulier Müller hat seinen Entschädigungsanspruch von 15 M auf 12 M pro qm ermäßigt, und ersucht der Magistrat im Einverständnisse mit der Städtischen Bauverwaltung diese angemessen erscheinende Forderung zu bewilligen.

Der Particulier Wilhelms hat die Errichtung eines eisernen Stacks auf steinernem Sockel und die Verziehung von Gesträuchen auf Kosten der Stadt verlangt. Die Forderung des Herrn Wilhelms würde einen Kostenaufwand von 480 M verursachen, wogegen bei einer Zwangsenteignung des von Wilhelms abzutretenden Terrains einschließlich der Kosten eines 20 m langen Stacks die zu zahlende Entschädigung höchstens 360 M betragen würde. Es würde also in diesem Falle das vom Herzoglichen Staatsministerium bereits genehmigte Expropriationsverfahren einzuleiten sein.

Der Bauunternehmer Bachhaus hat auf Einfriedigung seines Grundstücks nach Abtrennung des zur Straße nöthigen Terrains auf städtische Kosten verzichtet.

Die Baucommission giebt die Genehmigung der Magistratsanträge anheim, welche sodann ohne Weiteres erfolgt.

### Hierauf

III. nimmt Herr Wolff das Wort, um namens der Finanzcommission über die der Versammlung in authographischen Abzügen vorliegende Magistratsvorlage, die Aufnahme einer Anleihe von 5 Millionen Mark betreffend, zu berichten.

Der außerordentliche Etat der Stadtcasse für das Jahr 1887 weist, mit Einschluß der aus der Execution der beiden Etats für 1885 und 1886 sich ergebenden, einstweilen durch Vorschüsse gedeckten Fehlsommen von bezw. 132 137,69 M und 375 000 M ein Deficit von 1 636 300 M auf, dessen Deckung in diesem Jahre zu erfolgen hat. Der Magistrat geht davon aus, daß die Anleihe behuf Sicherung einer festen und nicht allzu drückenden Amortisation durch Ausgabe von in länger-

zeitiger Frist auszuloosenden Schuldverschreibungen zu contrahiren sei und daß das zwischen der Stadt und dem Kreiscommunalverbande Braunschweig gesetzlich bestehende Rechtsverhältniß und der Umstand, daß die auf den Inhaber lautenden und unter Hinzutritt der Garantie der hiesigen Stadt ausgestellten Schuldverschreibungen des Kreiscommunalverbandes durch Landesgesetz den Staatspapieren in Bezug auf formelle Sicherheit gleichgestellt worden sind, es angezeigt erscheinen lassen, die Anleihe beim Kreiscommunalverbande aufzunehmen und dem letzteren die Beschaffung der dazu erforderlichen Mittel durch Ermächtigung zur Ausgabe von Obligationen zuzuführen, deren Tilgung durch Ausloosung von jährlich  $1\frac{1}{2}\%$  und den Zinsersparnissen, wie für die früheren Anleihen bestimmt worden, zu erfolgen haben würde. Nachdem jedoch der Kreiscommunalverband zur Beschaffung des außerordentlichen Geldbedarfs der Stadt bereits zweimal Schuldverschreibungen — im Jahre 1880 anderhalb Millionen Mark und im Jahre 1884 zwei Millionen Mark — ausgegeben hat, und da die Ausgabe von Schuldverschreibungen zu kleineren, nur den jeweilig unmittelbaren Bedarf deckenden und in kurzen Zwischenräumen sich erneuernden Anleihen keineswegs einen besonders günstigen Verkaufscours erhoffen läßt, dagegen aber die Anordnung, Uebersicht und Controle der Schuldenverwaltung unnötig erschweren würde, so hat der Magistrat behuf Bemessung der Höhe der jetzt zu contrahirenden Anleihe die in den nächsten Jahren zu machenden außergewöhnlichen Aufwendungen (ebensowohl der unabweisbar nothwendigen, wie der zur Förderung der Entwicklung der Stadt und ihrer Wohlfahrt dringend wünschenswerthen Aufwendungen) in einer Uebersicht zusammengestellt, nach welcher in den Jahren 1887 bis 1890 folgende Summen erforderlich sind:

	1887.	1888.	1889.	1890.
	M	M	M	M
Für Ausführung des außerordentlichen				
Stadtcassen-Etats pro 1887 . . .	1 636 300	—	—	—
Für Hochbauten				
a. Vollendung des Neubaus der städtischen Mädchenschule . . .	—	100 000	65 000	—
b. Vollendung des Neubaus der unteren Bürgerschule . . . . .	—	150 000	50 000	—
c. Krankenhaus . . . . .	—	150 000	100 000	50 000
d. Straßenreinigungsdepot mit Bauhof . . . . .	100 000	70 000	—	—
e. Stadthaus . . . . .	—	300 000	400 000	200 000
Latus	1 736 300	770 000	615 000	250 000

	1887. M	1888. M	1889. M	1890. M
Transport	1 736 300	770 000	615 000	250 000
f. Fortbildungs- und Gewerbeschul- Gebäude . . . . .	—	100 000	60 000	—
Für Brücken- und Straßenbauten				
a. Brücke am Petriwehr . . . . .	—	27 000	—	—
b. " " Hoftheater . . . . .	—	100 000	—	—
c. Straßendurchbruch vom Dome zum Steinwege. . . . .	—	150 000	—	—
d. Straßendurchbruch vom Hagen- markte zum Geiershagen . . . .	—	—	—	—
e. Vollendung der Ringstraße zwischen Hamburger- und Geller- straße . . . . .	—	100 000	63 000	—
f. Ringstraße zwischen Leonhard- und Helmstedterstraße . . . . .	—	35 000	—	—
g. Sonstige Straßenbauten (zunächst Körnerstraße, Berg- feldstraße, Mittelweg . . . .	—	61 000	50 000	50 000
Für Canalisation				
a. östliche Außenstadt, incl. Ersatz der seitherigen Aufwendungen für Canalbauten zu rund 267 300 M	320 000	467 700	—	—
b. westliche Außenstadt . . . . .	—	120 000	300 000	300 000
c. innere Stadt . . . . .	20 000	65 000	200 000	240 000
	2 076 300	1 995 700	1 288 000	840 000

•//. 6 200 000.

Nachdem der Magistrat die vorstehenden Anforderungen generell begründet hat, spricht er die Ueberzeugung aus, daß der auf insgesammt 6 200 000 M ermittelte Geldbedarf in Höhe von etwa 1 200 000 M durch eigene Einnahme des Extraordinarii der Stadthauptcasse bezw. der Wegebaucasse werde beschafft werden können, so daß rund fünf Millionen Mark (nominell) durch eine innerhalb vierjähriger Frist successive nach Bedarf zu realisirende Anleihe zu decken bleiben würden. Als solche in den vier Jahren 1887/90 zu erwartende eigene und für die in Rede stehenden Aufgaben verfügbare Einnahmen hat der Magistrat in Betracht gezogen

- 1) diejenigen Summen, welche in der Vergangenheit aus laufenden Mitteln der Stadtcasse bezw. des Kreisfonds auf Herrichtung von unterirdischen

Entwässerungscanälen verausgabt worden sind und welche bestimmungsmäßig der Stadtcasse bei Einführung der Canalabgabe aus dem Canalbaufonds mit rund 267 300 M ersetzt werden sollen;

- 2) Erstattungen auf für Anlegung neuer Straßen vor den Thoren der Stadt verwandte Kosten Seitens der bauenden Anlieger; daneben Ersatz des Kaufpreises des für Straßenzwecke erworbenen Huch'schen Hauses;
- 3) Gewinne aus dem Betriebe der Gasanstalt und des Wasserwerks;
- 4) Erlös aus dem Wiederverkauf solcher entbehrlicher Grundstücke, deren Kaufpreis nicht aus dem Grundcapitalvermögen bezahlt, vielmehr durch Aufnahme von Vorschußdarlehen auf Conto der geplanten Anleihe bestritten worden ist bezw. noch bestritten werden wird (vormal. Collegium Carolinum, die Häuser Nr. 12 und 13 in der kleinen Burg, Gebäude der Armenspeiseanstalt); event. auch
- 5) Erlös aus dem Verkaufe des f. Z. mit angeliehenem Gelde hergerichteten Militair-Établissements an der Husarenstraße.

Der Magistrat ist nun zwar nicht etwa der Meinung, daß die Stadt durch die gedachten Aufwendungen sich für absehbare Zeit von der Erfüllung weiterer außerordentlicher Aufgaben befreien werde, er hält sich aber zu der Hoffnung berechtigt, daß die Stadt demnächst ihre außerordentlichen Bedürfnisse durch zurückfließende Wegebaukosten, durch Ueberschüsse der Gasanstalt und des Wasserwerks und durch sonstige besonderen Einnahmen insoweit zu befriedigen im Stande sein werde, daß neue, die Steuerkraft belastende Schulden nur in dem Umfange gemacht zu werden brauchen, in welchem die Abtragung der vorhandenen alten und der jetzt zu contrahirenden Schulden sich vollziehen wird, so daß mit Aufnahme der jetzt vorgeschlagenen Anleihe allerdings für eine absehbare Zukunft der Höhepunkt der durch die Communalsteuer zu tragenden Schuldenlast erreicht sein mögte.

Nicht nur, um den Herren Stadtverordneten einen Ueberblick über die Ergebnisse der Verwaltung des Stadtvermögens und des Kreisfonds während der letztverflossenen Jahre zu gewähren, sondern daneben auch zu dem Zwecke, um den Käufern der neuen Anleihe die Creditfähigkeit des Kreiscommunalverbandes und der mit Haftverbindlichkeit hinter demselben stehenden Stadtgemeinde nachzuweisen und dadurch auf einen nach jeweiliger Lage des Geldmarkts günstigen Ausgabe-Cours der Anleihe hinzuwirken, hat der Magistrat eine vergleichende Uebersicht über das Vermögen beider Corporationen nach den Beständen der Jahre 1880 und 1886 zusammengestellt.

Das Gesamtvermögen der Stadt betrug danach am 1. October 1880 = 12 735 972,47 M., Ende 1886 = 16 060 553,31 M. Zu denselben Zeitpunkten betrugen die auf diesem Vermögen ruhenden Schulden 5 310 716,61 M. bez. 7 157 463,55 M., so daß das Activvermögen die Schulden um 7 425 255,86 M. bez.



8 903 089,76 M überstieg. Von den Activis konnten 8 204 000 M bez. 10 280 000 M als Ertrag abwerfendes Vermögen angenommen werden; der Rest mit rund 4 532 000 M bez. 5 780 000 M bestand in wissenschaftlichen und Kunstsammlungen, in öffentlichen Anlagen und vornehmlich in zu Gemeinde- und Schulzwecken dienendem, nicht rentirendem Vermögen.

Wie der Magistrat ferner in seinem Schreiben ausführt, darf man sich nach den in den letzten 7 Jahren gemachten Erfahrungen nicht verhehlen, daß in demselben Verhältnisse, in welchem die Steuerkraft zunimmt, auch die regelmäßigen Ausgaben der Stadt wachsen werden, daß mithin die Hoffnung ausgeschlossen ist, die jetzt aufzunehmende Anleihe (von welcher lediglich der Aufwand für die Stadtentwässerung und auch dieser bestimmungsgemäß nur zu  $\frac{2}{3}$  mit rund 1 355 000 M durch eine besondere Canalabgabe der Interessenten gedeckt werden soll), in ihrem Restbetrage von 3 645 000 M auch nur zu einem aliquoten Theile aus dem Aufkommen der seit 10 Jahren unverändert erhobenen zehn Steuereinheiten verzinsen und tilgen zu können. Es ist im Gegentheil mit Sicherheit voranzusehen, daß — um die Anleiheverbindlichkeiten erfüllen und den stadtseitigen Zuschuß zu der Canalcasse leisten, auch sonstige neue laufende Ausgaben (z. B. für stadtseitige Straßenreinigung) tragen zu können — die Communalsteuer schon im nächsten Jahre mit 11 Einheiten und in den folgenden Jahren mit deren 12 wird erhoben werden müssen. Um, im Besondern, einer trügerischen Hoffnung entgegenzutreten, welche etwa aus dem Umstande geschöpft werden möchte, daß die Verzinsung und Tilgung der in den Jahren 1880 und 1884 aufgenommenen Anleihen zu insgesammt  $3\frac{1}{2}$  Millionen Mark eine Erhöhung der Communalsteuer nicht nöthig gemacht habe, so erinnert der Magistrat daran, daß von jenen Anleihen nur insgesammt  $1\frac{1}{2}$  Millionen Mark (worunter  $\frac{1}{2}$  Million Mark zur Abstoßung alter Stadtschulden aufgenommen) zu Lasten der Communalsteuer verzinst und getilgt wird, während die übrigen 2 Millionen Mark zu Zwecken des Schlachthauses und des Wasserwerks aufgeliehen sind und aus den Erträgen dieser Anstalten verzinst und getilgt werden. Der Magistrat ist übrigens der Ansicht, daß auch in der Erhöhung der jetzigen Communalsteuer um zwei Einheiten, gegenüber der nur durch zeitgemäße Neuerungen und verbesserte Einrichtungen zu sichernden Wohlfahrt der Stadt eine übermäßige Anspannung der Steuerkraft nicht gefunden werden könne.

Um eine Unterlage für die Verhandlungen wegen Realisirung der Anleihe zu gewinnen — für welche bis zu einem Betrage von 3 Millionen Mark dem Consortium der Bankhäuser, welche die Obligationen-Anleihen de 1880 und 1884 gekauft hatten, im Voraus ein Wahlrecht mit der Wirkung eines Vorkaufsrechts eingeräumt worden ist —, wird Seitens des Kreiscommunalverbandes bezw. der Stadtgemeinde die geplante Finanzoperation zunächst im Principe und vorbehaltlich

der zu ihrer Ausführung im Einzelnen noch erforderlichen Vereinbarungen zu beschließen und höheren Orts zu genehmigen sein.

Der Magistrat beantragt hiernach,  
im Principe zu beschließen,

- 1) daß der Kreiscommunalverband unter Hinzutritt der Garantie der Stadt den auf nominell fünf Millionen Mark bezifferten Geldbedarf der letzteren durch eine binnen vierjähriger Frist successive nach Bedarf erfolgende Ausgabe von verzinslichen Inhaberpapieren mit Verpflichtung zur Amortisation durch im Jahre 1891 beginnende Ausloosung von jährlich  $\frac{1}{2}$  % und den ersparten Zinsen anleihe und der Stadt gegen urkundliche Garantie wegen Erstattung der ihm aus der Amortisation und Verzinsung dieser Anleihe erwachsenden Kosten als Darlehn überweise,
- 2) daß die Stadt dieses vorgedachte Darlehn unter den angeführten Bedingungen aufnehme.

Nach specieller Beleuchtung der Vorlage bemerkt Referent zunächst principiell, daß, wenn die Versammlung sich auch im Allgemeinen mit dem Zwecke der Anleihe einverstanden erkläre, damit die in der Zusammenstellung aufgeführten Gegenstände doch noch nicht sämmtlich als vollständig genehmigt anzusehen seien; die ganze Darlegung solle vielmehr nur eine orientirende sein und die Bedürfnis- und Zweckmäßigkeitsfrage bezüglich derjenigen Gegenstände, über welche noch nicht endgültig beschlossen sei, in jedem einzelnen Falle erst durch die Versammlung noch entschieden werden. So liege auch für das neue Stadthaus und den Bauhof ein principieller Beschluß vor, auf Grund dessen der Magistrat die betreffenden Summen eingestellt habe; derselbe sei jedoch für die Versammlung noch nicht bindend, sondern es werde in jedem einzelnen Falle deren Genehmigung noch durch eine besondere Vorlage einzuholen sein.

Bezüglich des Ansages für Erbauung eines Krankenhauses bemerkt Referent, daß die von Herrn Oberbürgermeister Pockels bei der letzten Statsberatung in Aussicht gestellten Untersuchungen darüber, ob die Regierung nicht auf Grund älterer Verträge zu den Unterhaltungskosten beizutragen verpflichtet sei, leider zu einem für die Stadt negativen Ergebnisse geführt hätten, so daß in dieser Beziehung nichts weiter von der Regierung zu erwarten sei. Auch über die für das Krankenhaus ausgeworfene Summe werde später von der Versammlung noch zu entscheiden sein, ob die Ansicht des Magistrats unbedingt richtig sei und ob es sich empfehle, die demnächstige bezüglich Vorlage anzunehmen. In der Finanzcommission sei die Frage aufgeworfen, ob es zweckmäßig sein werde, das neue Krankenhaus auf das jetzige Pflegehausgrundstück zu stellen, oder ob sich nicht ein anderer Platz dazu

empfehle, worauf Herr Oberbürgermeister Bodels erklärt habe, daß der Magistrat aller Wahrscheinlichkeit nach einen anderen Platz in Vorschlag bringen werde.

Anlangend den Straßendurchbruch vom Dome zum Steinwege, so sei nach einer Erklärung des Magistrats die Summe hierfür nur aus Gründen der Vorsicht so hoch gegriffen; in der That werde sich die Ausgabe weit niedriger gestalten. Schon heute könne er mittheilen, daß erfreulicherweise Verhandlungen im Gange seien, wonach die Stadt von der Landesregierung auch das Landgestüt erwerben wolle; diese Erwerbung werde aber die Wiederverwerthung der aus dem Durchbruche sich ergebenden Baustellen ganz wesentlich erleichtern und begünstigen, so daß dadurch für die Stadt ein außerordentlicher Vortheil geschaffen werden werde.

Wenn nun der Magistrat in seinem Schreiben sage, daß die Communalsteuer im nächsten Jahre mit 11 und in den folgenden Jahren mit 12 Einheiten erhoben werden müsse, so sei letzteres, die Erhebung von 12 Einheiten, doch nur *cum grano salis* zu verstehen. Schon bei der Berathung des Etats pro 1882 sei die Frage an die Versammlung herangetreten, die Communalsteuer um ein Simplum zu erhöhen, es sei aber beschlossen worden, statt dessen die Ueberschüsse des Gaswerks mehr zu den laufenden Ausgaben heranzuziehen. In ähnlicher Weise werde man sich auch bei der nächsten Etatsberathung zu helfen wissen. In Berlin werde die ganze Reineinnahme des Gaswerks in den ordentlichen Etat eingestellt, während hier vom Gas- und Wasserwerke nur 10 % der Ueberschüsse genommen würden. Es werde also demnächst Sache der endgültigen Beschlußfassung sein, ob die Communalsteuer wirklich auf 12 Simpla erhöht werden müsse. Mit dem Gedanken einer Erhöhung auf 11 Simpla werde man sich allerdings wohl vertraut machen müssen, man könne sich aber auch sagen, daß man wirklich etwas dafür habe.

Die Commission habe sodann im Einverständnisse des Stadtmagistrats der Versammlung anheim zu geben beschlossen, für die Anleihe einen Zinsfuß von  $3\frac{1}{2}$  % festzusetzen. Es seien dabei die Erwägungen maßgebend gewesen, daß es gegenüber der Lage des Geldmarktes und der im Allgemeinen gesunkenen Zinsrate für Anleihen von Ländern und Städten nicht mehr angemessen erscheine, eine 4procentige Verzinsung zu bewilligen. Eine Reihe größerer deutscher Städte, wie Berlin, Leipzig, Magdeburg, Rostock, Halle, habe eine  $3\frac{1}{2}$ procentige Anleihe aufgenommen, Karlsruhe sogar eine 3procentige. Die Course dieser Anleihen gestalteten sich derartig, daß eine  $3\frac{1}{2}$ procentige einer 4procentigen gegenüber eine Ersparniß von 35 bis 40  $\mathcal{M}$  pro 100  $\mathcal{M}$  ergebe. Durch den großartigen Aufschwung, den Deutschland seit der Errichtung des deutschen Reiches in wirthschaftlicher und finanzieller Beziehung erfahren habe, nähere man sich hier immer mehr und mehr den Zuständen wie in England und Frankreich. Deutschland sei gewissermaßen der Weltmarkt für die großen Anleihen geworden, es concurrirte in dieser Beziehung wesent-

lich mit London und Paris. Von allen Ländern komme man, um auf unserem Geldmarkte Anleihen zu machen. Deutschland sei eben jetzt finanziell in einer weit günstigeren Lage als vor 10 oder 15 Jahren und diese Thatsache lasse auch den Schluß zu, daß der Zinsfuß für sichere deutsche Staatsanleihen in den nächsten 10 Jahren  $3\frac{1}{2}$  % nicht übersteigen werde.

Aus diesen Erwägungen gebe die Finanzcommission anheim, den Magistratsantrag mit dem Zusätze zu genehmigen, daß der Zinsfuß der Anleihe auf  $3\frac{1}{2}$  % festgestellt werde.

Vorsitzender: Die früheren principiellen Beschlüsse seien allerdings keineswegs für die heutige Vorlage bindend, und nöthigten die Versammlung nicht zur Genehmigung der Vorlage; dieselben könnten unter ganz anderen Voraussetzungen gefaßt sein, und es liege heute nicht die Verpflichtung vor zu beschließen, daß die in der Zusammenstellung gedachten Institute binnen 4 Jahren geschaffen werden. Dennoch sei die Annahme nicht ganz richtig, daß durch die heutige Vorlage den demnächstigen Beschlüssen nicht vorgegriffen würde, denn wenn man eine binnen 4 Jahren zur Emission gelangende Anleihe heute zu bestimmten Zwecken contrahire, so werde man doch das Geld nicht liegen lassen können. Dies zur Aufklärung über die Tragweite der heutigen und der früheren sogenannten principiellen Beschlüsse.

Referent: Wenn die Versammlung auch im Wesentlichen die vorliegende Zusammenstellung als Grundlage für die Anleihe ansehe, so binde sie sich dennoch nicht bezüglich der darin aufgeführten neuen Sachen; so seien damit die für ein neues Stadthaus eingestellten 900 000 M immer noch nicht definitiv bewilligt. Was das Thatsächliche betreffe, so werde die Anleihe nur nach und nach dem Bedarf entsprechend aufgenommen; es werden einheitliche Obligationen über 5 Millionen Mark gekauft, aber ausgegeben werde davon nur nach Bedarf. Wenn von den angeführten Zwecken wirklich einige nicht zur Ausführung kommen sollten, so behalte man die dafür bestimmten Obligationen einfach zurück und gebe sie später zu anderen Zwecken aus.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Bauten und sonstigen Einrichtungen, zu deren Bestreitung die Anleihe dienen solle, seien größtentheils von den städtischen Behörden entweder definitiv oder doch im Principe bereits beschlossen worden. Insoweit die in der Vorlage verzeichneten Gegenstände bereits definitiv und auch ziffernmäßig beschlossen, sei die Bewilligung nur ein formeller Act, in Bezug auf die übrigen Gegenstände, die seitens der Versammlung entweder erst im Principe oder überhaupt noch nicht beschlossen worden seien, habe die Annahme der heutigen Vorlage allerdings eine etwas weitergehende Bedeutung, als der Herr Commissionsreferent angegeben habe. Wenn nämlich die Versammlung die heutige Vorlage annehme, so werde sie damit principiell die Nothwendigkeit der Errichtung eines Krankenhauses und des Baues einer Gewerbeschule anerkennen und eine diesbezügliche

Vorlage erwarten, es bleibe dann nur noch die Frage offen, in welchem Umfange, in welcher Art und binnen welcher Zeit das Bedürfniß befriedigt werden solle.

Referent: Bezüglich der Gewerbeschule und des Krankenhauses könne die Versammlung die Bedürfnis- und Principienfrage noch nicht bejahen. Die Commission habe sich in dieser Beziehung nicht für ermächtigt und auch nicht für befähigt erachtet zu beurtheilen, ob bei einer speciellen Vorlage und Prüfung diese wichtigen Punkte zu bejahen oder zu verneinen sein würden; sie habe die Gründe des Magistrats im Wesentlichen für richtig und plausibel gehalten, ohne damit direct sagen zu können, wir halten alles für zutreffend und nothwendig. Dies sei der Standpunkt der Finanzcommission und er gebe anheim, die Vorlage in dem Sinne aufzufassen, daß bei den ganz neu hinzugekommenen Sachen die Prüfung der Bedürfnis- und Principienfrage überhaupt vorbehalten bleibe.

Herr Heymann hat die Vorlage ganz so aufgefaßt, wie der Herr Referent, sonst würde er Bedenken getragen haben, in diesen höchst wichtigen Dingen, wo das Bedürfnis noch nicht nachgewiesen sei, so obiter zu beschließen. Er gehe sogar noch weiter. Wenn man auch beispielsweise die Erbauung eines Stadthauses im Principe beschlossen habe, so hindere das doch nicht, obwohl man die Vorlage heute gutheißt, später zu sagen: es sind viel wichtigere Ausgaben nothwendig geworden und muß mit der Ausführung des theuern Projects vorläufig noch gewartet werden.

Der Herr Vorsitzende glaubt, daß ein wesentlicher Unterschied liege zwischen dem früher gefaßten rein principiellen Beschlusse in Bezug auf das Stadthaus und dem gegenwärtigen Beschlusse der Geldanschaffung. Wenn man heute 900 000 M für das Stadthaus in die Anleihe einstelle, so gehe man weit über das Principielle hinaus; man bejahe die Bedürfnisfrage im Allgemeinen und für jetzt, bewillige auch die Geldmittel in der Höhe, in welcher die Posten vorgesehen sind.

Herr Nieß: Wenn heute die Anleihe und damit 900 000 M für Erbauung eines Stadthauses bewilligt worden, so heiße das mit anderen Worten: der Magistrat läßt für 5 Millionen Mark Obligationen drucken, die im Laufe der nächsten 4 Jahre ausgegeben werden; sollte er aber demnächst eine Vorlage über Erbauung eines neuen Stadthauses einbringen, welche die Zustimmung der Versammlung nicht findet, so bleiben diese 900 000 M einfach unbegeben.

Herr Krahe stimmt den sämmtlichen in der Zusammenstellung aufgeführten Sachen zu und würde bereit sein, auf Grund derselben die Anleihe zu genehmigen, nur möchte er nicht auf einen Griff hin 900 000 M für ein Stadthaus bewilligen. Der städtischen Bauverwaltung ständen ohnehin schon so bedeutende Ausgaben bevor, daß es rein unmöglich sei, noch die Mittel für ein so großes und umfangreiches Gebäude aufzuwenden. Daß ein neues Stadthaus nöthig sei, werde allseitig

anerkannt, die städtischen Behörden könnten aber noch zurückstehen und man möge deshalb die 900 000 M streichen. Da auch durch die Reducirung der Breite der Ringstraße zwischen der Celler- und Hamburgerstraße von 30 m auf 22 m 66 000 M gespart würden, so könne man ruhig eine Million von der Anleihe absetzen. Er beantrage, die Anleihe auf 4 Millionen festzusetzen.

Herr Oberbürgermeister Pockels rath dringend von diesem Antrage ab. Schon vor neun Jahren sei darauf hingewiesen worden, daß man mit einem Erweiterungsbau des Stadthauses in bescheidenen Grenzen, wie er ja auch ausgeführt sei, das Bedürfnis nach Räumen nur auf kurze Zeit, auf 10 bis 15 Jahr, befriedigen würde. Die Versammlung habe ja auch selbst darauf hingewiesen, daß es jetzt wohl Zeit sei, an einen Neubau des Stadthauses zu denken, damit der Magistrat sich nicht schließlich obdachlos fühle. Der Magistrat würde auch schon Detailpläne vorgelegt haben, wenn die Feststellung des Bauprogramms nicht zu schwierig wäre und nicht von zu vielen Umständen abhinge, deren Klärung nicht in der Macht des Magistrats liege. Namentlich hänge die Feststellung des Projects und Anschlags davon ab, ob man in das neue Stadthaus Archiv und Bibliothek mit hineinbauen wolle oder nicht, eine Frage, die der Magistrat nicht allein entscheiden könne. Vielleicht lasse sich der Einbau dieser beiden Verwaltungszweige umgehen, aber daß der Magistrat nur noch auf eine kurze Spanne Zeit in der bisherigen Weise weiter wirthschaften könne, sei der Versammlung ja bekannt, und weshalb man der Kosten wegen neben den übrigen Anforderungen nicht auch gleichzeitig innerhalb der nächsten Jahre diesen Neubau zur Ausführung bringen könne, sei ihm unerfindlich. Die Stadtcasse werde dadurch allerdings in einer Höhe von etwa 30—35 000 M belastet werden, es sei aber dem Magistrat bis jetzt kein anderer Ausweg gezeigt worden, wie er sich behelfen solle. Schon früher habe er auseinandergesetzt, daß der Magistrat in seiner jetzigen Zusammensetzung die täglich zunehmende Arbeitslast auf die Dauer nicht bewältigen könne und die vermehrten Geschäfte steigerten mit der Zeit auch die Ansprüche an die Räumlichkeiten. Aber auch der Versammlung gegenüber sei man es schuldig, auf bessere Räume bedacht zu nehmen, als derselben augenblicklich zu ihren Sitzungen zur Verfügung ständen. Wenn dem Magistrate Mittel und Wege vorgeschlagen würden, wie er das Bedürfnis nach Räumlichkeiten auf andere Weise zweckmäßig und zugleich billiger befriedigen könne, dann werde derselbe gern die Hand dazu bieten.

Herr Meuter hält es für sehr zweckmäßig, daß die Anleihe in einer größeren Summe gemacht werde, dagegen nicht für zweckmäßig, wenn die Verwendung schon auf 4 Jahre voraus in bestimmter Weise ins Auge gefaßt werde. Er fasse die Sache so auf: die Versammlung anerkenne in Folge der gemachten Mittheilungen, daß eine Anleihe von 5 Millionen nöthig sei, sie wolle aber an ihren heutigen Be-

schluß insofern noch nicht gebunden sein, als sie wünsche, daß die Zeit der Ausführungen und die Höhe der zu den einzelnen Ausführungen erforderlichen Mittel noch der Vereinbarung unter den städtischen Behörden vorbehalten bleibe. Es könne immerhin sein, daß die eine oder andere Position sich verschiebe, daß Ereignisse eintreten, die es wünschenswerth erscheinen lassen, die eine oder andere Position noch zurückzustellen und etwas anderes an deren Stelle zu bringen. Man dürfe sich nicht in so bestimmter Weise die Hände binden, das sei nicht praktisch. Wenn z. B. für das Krankenhaus und die Fortbildungsschule etwas Wichtigeres an die Stelle treten solle, so müsse das immer noch vom Willen der städtischen Behörden abhängen, auch müsse in dieser Beziehung noch über das Jahr 1890 hinaus beschlossen werden können.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann dieser Auffassung nicht ganz zustimmen. Die Vertheilung der Anleihe auf eine bestimmte Reihe von Jahren habe ihren Grund darin, daß man von vornherein der Regierung gegenüber den Zeitpunkt fixiren müsse, an welchem mit der Tilgung der Anleihe begonnen werden solle. Wenn die Regierung, was ja möglich sei, dem Magistrate die Ermächtigung erteilen sollte, die jetzt zu contrahirende und nach Bedarf zu verkaufende Anleihe erst vom 6. oder 8. Jahre an zu amortisiren, dann würde Herr Reuter Recht haben. Redner würde auch mit der Hinausschiebung der Amortisation auf einen späteren Termin sehr wohl zufrieden sein. Den Gesamtbedarf aber auf 5 Millionen zu beziffern, sei mit Rücksicht auf die einzelnen Gegenstände insofern nothwendig geworden, als man, wenn man von der Landesregierung die Ermächtigung zur Contrahirung der Anleihe haben wolle, sich über den Zweck derselben ausweisen müsse. Wenn später der eine oder andere Gegenstand bei der definitiven Beschlußfassung sich als unausführbar herausstellen sollte, dann würde man den dafür angesetzten Betrag entweder für andere Zwecke verfügbar halten oder die Schuldverschreibungen nicht ausgeben. Der Magistrat müsse sich aber dem Ministerium gegenüber jetzt schon bestimmt darüber ausweisen, was mit dem Gelde gemacht werden solle; er habe sich deshalb die Anleihe in der Weise gedacht, daß dieselbe je nach Bedarf in größeren Raten verkauft und zu dem Verkaufe der einzelnen Raten unter Angabe des Zweckes noch die besondere Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums eingeholt werde.

Herr Heymann giebt zu erwägen, ob man die Worte in der Vorlage, welche eine bestimmte Frist vorschreiben, nicht weglassen könne, um nicht an den Zeitpunkt, wo das Geld ausgeliehen werden oder die Ausloosung beginnen solle, gebunden zu sein.

Herr Oberbürgermeister Pockels glaubt nicht, daß ein derartiger Beschluß die Genehmigung des Ministeriums finden würde. Auch habe das seine Bedenken in Bezug auf den Verkaufscours der Anleihe, denn jeder Käufer der Anleihe werde nach den Tilgungsbedingungen fragen.

Referent: Wenn es sich später als wünschenswerth herausstellen sollte, für die eine oder andere Position etwas anderes an die Stelle zu setzen, so werde auch Herzogliches Staatsministerium keine Bedenken tragen, sich damit einverstanden zu erklären. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheine es ganz unbedenklich, die Anleihe in der beantragten Höhe zu bewilligen; ausgegeben werde sie doch nicht eher, als bis sie zu einer bestimmten Verwendung effectiv nöthig sei. Er bitte also die Anleihe so aufzufassen, daß die Versammlung sich bezüglich derjenigen Fälle, über welche noch nicht endgültig beschlossen sei, die definitive Beschlußfassung noch vorbehalten.

Herr Riefe würde unbedingt die Anleihe bewilligen, wenn durch dieselbe auf der breitesten Grundlage für alle Theile der Bevölkerung gleichmäßig gesorgt würde. Dies sei jedoch nicht der Fall. So sei bei Verwendung der großen Summe nicht auf eine einzige Arbeiterwohnung Bedacht genommen; es würden doch wieder nur Wohnungen geschaffen werden, die der Arbeiter bei einer Einnahme von 700 bis 750 M nicht bezahlen könne. Wenn die Steuerkraft mehr angespannt werden müsse wie bisher, dann müsse es nur in anderer Weise geschehen wie vorgeschlagen. Die Herren der Versammlung, welche auch der Landesversammlung angehören, hätten längst Gelegenheit nehmen müssen, einen Antrag auf Aenderung der Progression der Communalsteuern dahingehend zu stellen, daß die wirklich reichen Leute auch wirklich reichlich bezahlen müßten. Die ländlichen Abgeordneten würden einem solchen Antrage sicher beigestimmt haben. Wenn es sich irgend einrichten lasse, dann solle man von der Erhebung eines fernern Einplums absehen; man müsse die Bürger nicht zu sehr belasten. Ferner ist Redner der Ansicht, daß man das  $\frac{1}{4}\%$ , welches man den Agenten und Bankhäusern bei Aufnahme der Anleihe zahlen müsse, sehr wohl sparen könne, wenn der Magistrat die Sache selbst in die Hand nehme. Er stimme aus diesen Gründen gegen die Anleihe.

Herr Blasius bittet, die Vorlage pure anzunehmen, die 5 Millionen seien unbedingt nöthig. Die drei Bauten, über welche die Bedürfnisfrage noch nicht entschieden sei, das Stadthaus, die Gewerbeschule und das Krankenhaus, müßten innerhalb der nächsten vier Jahre unbedingt in Angriff genommen werden, darüber könne man sich heute schon vollständig schlüssig sein. Den Zinsfuß der Anleihe aber auf  $3\frac{1}{2}\%$  festzustellen, hält Redner nicht für rathsam, die  $3\frac{1}{2}\%$ procentigen Papiere gingen sehr schlecht im Publikum.

Herr Rieß tritt für die Magistratsvorlage ein, denn daß auch die eben genannten drei Baulichkeiten ausgeführt werden müßten, darüber werde niemand im Zweifel sein. Er bitte, sich nicht daran zu stoßen, daß in der Zusammenstellung einige Aufgaben mit aufgeführt seien, über welche erst noch definitiver Beschluß gefaßt werden müsse. Da jetzt genugsam klar gelegt sei, daß diejenigen Punkte,



die noch der definitiven Beschlußfassung harrten, der Versammlung noch zur speciellen Genehmigung unterbreitet werden sollen, so bitte er, die allgemeine Discussion zu schließen und sich dem Speciellen zuzuwenden. Bezüglich des Zinsfußes stimmt Redner Herrn Blasius bei.

Der Herr Referent sucht nochmals die Versammlung von den Vorteilen einer  $3\frac{1}{2}$ procentigen Anleihe einer 4procentigen gegenüber zu überzeugen und bringt Belege für seine Ansicht aus der Börsenzeitung bei. Das Publikum und der Bankier ständen sich allerdings bei einer 4procentigen Anleihe besser, es handle sich aber um das Interesse der Stadt. Daß man eine  $3\frac{1}{2}$ procentige Anleihe bei dem heutigen Stande des Geldmarktes mit Leichtigkeit los werde, unterliege keinem Zweifel. Redner wendet sich sodann gegen die Bemerkung des Herrn Kiefe. Derselbe sei völlig im Irrthum, wenn er glaube, daß von der Anleihe der arbeitenden Bevölkerung nichts zu Gute komme. Liege denn die Ausführung großartiger Bauten etwa nicht im Interesse der Arbeiter? Durch diese Bauten werde doch eine Menge Arbeit geschaffen. Wem komme das städtische Krankenhaus zu Gute? Doch am meisten dem Arbeiterstande. Wem komme ferner die Straßenreinigung, die Canalisirung zu Gute? Doch auch wohl in erster Linie den Leuten auf den kleinen und engen Straßen. Die Ausgabe charakterisire sich ja im Allgemeinen zum Wohle der ganzen Stadt, wenn man aber genau die Waage ziehe, so neige sich dieselbe doch mehr zu Gunsten der arbeitenden Bevölkerung. Und doch würden die Kosten zum größten Theile von den Wohlhabenderen aufgebracht. Die beiden untersten Steuerklassen seien ja überhaupt fortgefallen und das aufzulegende Simplum treffe weit mehr die höheren als die unteren Steuerklassen. Es sei also Unrecht von Herrn Kiefe, daß er in dieser Weise hier auftrete; derselbe sollte seine Worte besser abwägen.

Herr Buchler würde es für höchst un Zweckmäßig halten, eine andere Anleihe als eine  $3\frac{1}{2}$ procentige zu nehmen; durch eine 4procentige würde man sich sehr im Nachtheil sein.

Herr Sievers führt der Bemerkung des Herrn Kiefe gegenüber, daß die unteren Stände mehr durch die Communalsteuer belastet seien, als die höheren, etwa Folgendes aus: Im Jahre 1886 hätten ungefähr 30000 Steuerzahler insgesamt rund 80000 M an Gemeindesteuer aufgebracht; hiervon sei den zu 400 bis 599 M Einkommen veranlagten Classen — im Ganzen 3534 Personen — die Steuer ganz erlassen. Man könne nun annehmen, daß ein Einkommen bis zu 1000 M zum nothwendigsten Lebensunterhalt ausreiche und er habe die Classen von 600 bis 1000 M zu 16861 ermittelt. Diese etwa 20000 Steuerpflichtigen brächten zusammen 111544 M auf, während die übrigen besser bemittelten 10000 die Summe von 691199 M zu zahlen hätten. Noch mehr in die

Augen fallend erscheine es, wenn man die erste Steuerklasse heraushebe, welche nur die Zahl von 276 aufweise und 219789 M aufbringe; es trügen also diese 276 von 30000 Steuerzahlern mehr als den vierten Theil der gesammten Gemeindesteuer. Sehe man nun die Verwendung der Steuern an, so komme man auf das umgekehrte Verhältniß; es erfordere: die städtische Realschule einen Kostenzuschuß von 42 %, die städtische höhere Mädchenschule einen solchen von 29 %, die städtische Mädchenschule 35 %, die Gemeindeschulen 70 %; bei den unteren Bürgerschulen allein steige dieser Procentfuß noch erheblich. Letztern habe Redner nicht genau feststellen können, der Zuschuß beziffere sich aber auf rund 200000 M. Rechne man zu dieser Summe den Zuschuß, welchen die Armenverwaltung von der Steuer in Anspruch nehme, mit 161100 M, so erhalte man das Resultat, daß nahezu die Hälfte der erhobenen Gemeindesteuer direct den bedürftigen Classen zu Gute komme, abgesehen davon, daß dieselben auch an allen übrigen städtischen Einrichtungen gemeinsamen Antheil haben, auch bleibe zu berücksichtigen, daß denselben aus den zahlreichen Wohlthätigkeitsanstalten noch bedeutende Unterstüzungen zufließen. — Selbst Herr Günther habe dem Herrn Redner gegenüber gelegentlich einer Unterredung über diesen Gegenstand einräumen müssen, daß die sich von  $\frac{9}{10}$ — $3\frac{3}{5}$  % steigende Veranlagung zur Gemeindesteuer eine sehr humane sei und der Vorwurf des Herrn Rieke der unverhältnißmäßigen Belastung der ärmeren Classen durch die Gemeindesteuer habe gewiß keine Berechtigung.

Herr Reuter: Wenn Herr Rieke meine, daß die ländlichen Landtagsabgeordneten geneigt seien, auf eine andere Steuervertheilung einzugehen, so sei derselbe im Irrthume; wer den Landtagsverhandlungen die nöthige Aufmerksamkeit geschenkt habe, werde dieses auch wissen. Seitens der Vertreter der Stadt Braunschweig seien Versuche genug gemacht, eine Aenderung herbeizuführen, aber immer erfolglos. Alles, was man erreicht habe, sei, daß die Stadt eine Vergütung von 18 % (etwa 90000 M) für die Erhebung der Staatssteuer bekomme, was die Veranlassung gewesen sei, daß die beiden untersten Gemeindesteuerclassen frei gegeben seien. Die Landtagsabgeordneten der Stadt Braunschweig hätten in dieser Beziehung gethan, was in ihren Kräften stand.

Herr Rieke weist den Vorwurf des Herrn Wolff, daß er (Redner) nicht gehörig überlege, was er sage, zurück; er sei durchaus kein Mörgeler und habe nur das allgemeine Wohl im Auge. So sei der Antrag, die Ringsstraße zwischen der Celler- und Hamburger Straße statt 30 m breit nur 22 m breit herzustellen, wodurch 66000 M gespart würden, unsprünglich von ihm ausgegangen. Für so gemeinnützige Sachen, wie z. B. Herstellung einer Brücke bei der Ferdinandstraße, trete er dagegen stets ein. Wenn nun im Weiteren der Herr Referent beweisen wolle, daß durch große Bauten allein für die Arbeiter gesorgt werde, so werde demselben das schwerlich gelingen, es trete dabei nur immer noch mehr die Ungleichheit der

sozialen Verhältnisse hervor. Herr Wolff sei vor nicht langer Zeit zu 45000 M und jetzt zu 120000 M eingeschätzt, daran sehe man doch, daß nur derjenige reich werde, der Viele für sich arbeiten lasse und mit großem Capitale ausgerüstet sei. Durch die von Herrn Sievers gegebene Zusammenstellung, welche nicht mehr ganz neu sei, würden grade die socialen Unterschiede noch mehr bewiesen; es würde zu weit führen, dies näher auseinanderzusetzen. Man wisse wohl, wer das meiste Interesse bei Erbauung eines Stadthauses habe und am meisten dabei verdiene.

Herr Oberbürgermeister Pockels betont in Bezug auf die Tragweite der Vorlage, daß die Versammlung, wenn sie der Vorlage in der Auffassung des Herrn Referenten zustimme, an die einzelnen Objecte, soweit diese nicht schon definitiv oder in gewissem Umfange principiell genehmigt seien, nur insofern gebunden sein solle, als der Magistrat erwarte, daß die Versammlung die auf Grund der heutigen Vorlage demnächst eingehenden speciellen Vorlagen mit Wohlwollen aufnehme und nicht von vornherein sage, daß sie nichts damit zu thun haben wolle. Die Versammlung möge dem Magistrate nur mit Vertrauen entgegenkommen.

Herr Rieß: Es sei unmöglich, auf jede einzelne Frage des Herrn Rieke einzugehen; er wolle nur bemerken, daß wenn die Versammlung sich auch nicht immer darauf einlasse, Herrn Rieke zu widerlegen und demselben von der Richtigkeit ihrer Ansichten zu überzeugen, derselbe doch auf der anderen Seite auch nicht glauben solle, daß die sämtlichen Anwesenden, wenn sie auch stillschwiegen, die Ansichten des Herrn Rieke theilten. Redner stellt sodann den Antrag, den letzten Punkt der Tagesordnung, die Erbauung einer Brücke zwischen der Ferdinand- und Sophienstraße gleich mit zur Berathung zu ziehen, damit die an der aufzunehmenden Anleihe durch schmälere Herstellung der Ringstraße zwischen der Celler- und Hamburgerstraße ersparten 66000 M event. zur Erbauung jener Brücke verwilligt werden könnten.

Nachdem die Versammlung sich mit diesem Antrage einverstanden erklärt hat,

verliest Herr Reuter als Referent der Baucommission das in gedachter Angelegenheit eingegangene Magistrats Schreiben vom 7. dief. Mts.

Die städtische Bauverwaltung hat ein Project nebst Zeichnung und Kostenanschlag ausgearbeitet, in welchem die Herstellung einer festen Brücke für Fuhrwerk und Fußgänger und sodann die Errichtung einer hölzernen Fußgängerbrücke vorgesehen ist. Erstere würde 61 200 M, letztere nur 3 200 M kosten. In beiden Fällen würden aber noch Kosten für Terrainerwerb aufzuwenden sein, so daß die Ausgabe für eine feste Brücke für Fuhrwerk und Fußgänger auf 73 270 M, für eine Fußgängerbrücke auf 15 270 M zu berechnen sein würde. Für die Herstellung einer Fußgängerbrücke würde man sich um so mehr entschließen

können, als eine solche den Wünschen der Bewohner jenseits der Oker bis auf weiteres genügen würde und von den interessirten Anwohnern eine Beihilfe von 6 313 M 50 S in Aussicht gestellt sei. Zu sehr erheblichen Bedenken giebt dagegen der Umstand Anlaß, daß die Ferdinandstraße eine Privatstraße ist, daß die Eigenthümer derselben und der dort belegenen Grundstücke die in das Grundbuch eingetragene Eigenthumsbeschränkung übernommen haben, daß auf ihren Grundstücken weder eine Fabrik, noch eine Gast- oder Schänkwirthschaft betrieben und daß keinerlei Verbindung mit dem jenseitigen Ufer durch Brücke, Fähre oder auf sonstige Weise hergestellt werden darf, und daß die betreffenden Grundeigenthümer sich mit einer einzigen Ausnahme gegen die Herstellung einer Brücke auf das Entschiedenste ausgesprochen haben. Bei der Anlage der Ferdinandstraße hat die Absicht vorgelegen, ein dem lebhaften Verkehr des Publicums entzogenes Billenquartier in's Leben zu rufen. Diese Absicht würde durch eine Ueberbrückung der Oker vereitelt werden; die betreffenden Grundeigenthümer würden darin eine Entwerthung ihrer Grundstücke erblicken und bei einer Expropriation eine Entschädigung von insgesammt 152 000 M beanspruchen. Ob und inwieweit solche Ansprüche Berücksichtigung finden werden, ist im Voraus nicht zu ermesfen. Sollte es sich herausstellen, daß es sich nur um ein pretium affectionis handele, so würde solches nicht zu entschädigen sein; müßte dagegen die Schädigung eines pecuniären Interesses angenommen werden, so wäre im Voraus gar nicht zu übersehen, wie hoch sich die zu leistenden Entschädigungen belaufen würden. Die städtische Bauverwaltung hat den Nutzwert der in Frage kommenden Grundstücke auf 613 000 M geschätzt. Würde auch nur ein Achtel dieser Summe als Entwerthung angenommen, so würden immerhin noch 76 625 M zu zahlen sein. Bei dieser Sachlage, bei der völligen Ungewißheit über die Größe der zu leistenden Entschädigungen und in Anbetracht, daß die Herstellung einer Brücke an der bezeichneten Stelle zwar zur Erleichterung des Verkehrs beitragen, als ein unabweisbares Bedürfniß aber nicht anerkannt werden kann, befindet sich der Magistrat nicht in der Lage, die Erbauung einer Brücke an der Ferdinandstraße zu empfehlen.

Herr Reuter bemerkt hierzu, daß, da von den Anwohnern jenseits der Oker bei der Versammlung ein erneuertes, auch jedem der Herrn Stadtverordneten autographirt zugegangenes Gesuch um Herstellung der Brücke eingereicht sei und Herr Rieß in der Commission erklärt habe, daß er einen bezüglichlichen Antrag stellen werde, ein Beschluß in dieser Angelegenheit seitens der Commission nicht gefaßt worden sei.

Der Herr Vorsitzende verliest hierauf folgenden von den Herren Rieß und Genossen eingebrachten Antrag:

Die Versammlung nimmt Kenntniß von den Schwierigkeiten, welche sich der Erbauung einer Brücke zwischen der Ferdinand- und Sophienstraße entgegenstellen und im Wesentlichen durch die Anlieger der Ferdinandstraße und ihre schwer zu befriedigenden Forderungen entstanden sind; sie ersucht gleichwohl den Magistrat, unter Berücksichtigung der Wohlfahrt des westlich der Ferdinandstraße belegenen Stadttheils, der Frage über Anlegung einer Brücke ernstlich näher zu treten und der Stadtverordnetenversammlung eine dahin gehende Vorlage zukommen zu lassen.

Herr Niese erklärt sich mit der Herstellung der Brücke völlig einverstanden.

Herr Günther schließt sich den Ausführungen des Herrn Niese in dessen erster Rede im Großen und Ganzen an. Was dagegen die Bemerkung des Herrn Sievers anlange, daß er (Redner) die jetzige Steuerveranlagung als eine humane erachtet und anerkannt hätte, daß seitens der besitzenden Classen viel für die ärmeren Classen gethan würde, so treffe diese Bemerkung nur theilweise zu; nur bedingungsweise habe er zugestimmt. Allerdings sei viel für das Armenwesen, für die Schulen geschehen, aber er halte es mit der Devise des Fürsten Bismarck: es sei noch lange nicht genug gethan; und es werde auch im Allgemeinen anerkannt, daß noch mehr gethan werden müsse. Mit demselben Rechte, wie der Herr Referent sage, daß den Arbeitern durch die Canal- und anderen Bauten viel Vortheile geschaffen würden, könne man auch behaupten, daß grade den Capitalisten durch die Anleihe besondere Vortheile gewährt würden. Es solle ihn freuen, wenn immer noch mehr für die ärmere Bevölkerung, wie durch Errichtung von Volksbädern u. s. w. gethan würde.

Herr Niese bemerkt vorweg, daß der Brückenbau an der Ferdinandstraße in die Berathung des Punktes über die Anleihe unter der Voraussetzung mit hineingezogen sei, daß der Magistrat die bei der Ringstraße gesparten 66000 M für diesen Bau afferviren würde. Was die Forderungen der Grundbesitzer an der Ferdinandstraße anlange, so gründeten diese sich darauf, daß der Erbauer dieser Straße, der Bauunternehmer Meyer, aus Anlaß von Differenzen mit dem Dr. Seyferth den Anliegern beim Ankauf ihrer Grundstücke die Bedingung auferlegt habe, niemals die Zustimmung zur Anlage einer Brücke zu geben. Daß nun die Anlieger das Urtheil ihrer Mitbürger nicht fürchteten, wenn sie auf Grund solcher Vorgänge so ungeheure Geldentschädigungen für entgangene Werthe geltend zu machen suchten, sei unbegreiflich und verdiene zur öffentlichen Kenntniß gebracht zu werden. Schon bei einer früheren Gelegenheit sei mit Recht darauf hingewiesen worden, daß es Pflicht der Stadtverordneten und des Magistrats sei, ihre Aufmerksamkeit auch den Stadttheilen jenseits des westlichen Umfluthgrabens einmal zuzuwenden, da der

Zustand auf jenen Straßen zum Theil ein höchst mangelhafter sei. Im östlichen Stadttheile würden Straßen- und Parkanlagen und sonstige schöne Sachen geschaffen, aber für den westlichen Stadttheil schienen weder Geldmittel noch Sympathien vorhanden zu sein. Er bitte dringend, den Brückenbau zu genehmigen. Vor 10 Jahren hätten die Anlieger anders über ihr Besitzthum gedacht als heute, denn damals hätten dieselben ihr Eigenthumsrecht an der Straße der Stadt umsonst angeboten; daß man sich nicht darauf eingelassen habe, könne zur Folge haben, daß man heute um die Anlegung der Brücke möglicherweise im Prozesse werben müsse. Aber über 1000 Familien mit rund 5000 Köpfen verlangten sehnlichst nach dieser Ueberbrückung, weil ihnen dieselbe ermögliche, täglich 25 bis 36 Minuten, also zusammengenommen im Jahre ca. 20 Arbeitstage, an Umwegen zu ersparen.

Herr Oberbürgermeister Pockels tritt der Ansicht des Herrn Vorredners, daß für den Westen der Stadt nichts gethan werde, entgegen. Allerdings seien andere Stadttheile, namentlich der östliche, dem Westen gegenüber bislang im Vorzuge gewesen, das habe aber in den Verhältnissen gelegen, denen der Magistrat habe folgen müssen; erst nachdem die Einwohnerzahl vor dem Stein- und Augustthore so bedeutend herangewachsen sei, habe sich der Magistrat verpflichtet gefühlt, den erhöhten Anforderungen gerecht zu werden; ähnliche Anlässe hätten sich im westlichen Stadttheile noch nicht geboten. Der Magistrat halte auch eine Brücke bei der Ferdinandstraße, wenigstens für Fußgänger, für sehr wünschenswerth, er habe deren Herstellung nur deshalb nicht empfehlen können, weil ihn finanzielle Bedenken, hergeleitet aus Rechtsbedenken, davon zurückgehalten hätten. Sollte es aber der Statutencommission, welcher der Antrag des Herrn Nieß event. zu übergeben sein würde, nach Prüfung der Rechtsfrage in Bezug auf die zu zahlenden Entschädigungen gelingen, die Bedenken des Magistrats zu zerstreuen, dann könne die Brücke als leidlich gesichert angesehen werden.

Herr Wolff kann nicht umhin, die Anlieger der Ferdinandstraße gegen die seines Wissens durchaus unzutreffende Bemerkung des Herrn Nieß, daß die Ursache der Servitut bezüglich des Brückenbaues in Differenzen zwischen den Straßenunternehmern Meyer und Seyferth ihren Grund habe, in Schutz zu nehmen. Die Anlieger hätten die Verpflichtung übernommen, weil sie auf einer ruhigen, vom Lärm des Tages nicht berührten Straße wohnen wollten. Durch Herstellung der Brücke würde aber ihre Absicht vereitelt werden und sie forderten Entschädigung, weil ihre Grundstücke dadurch entwerthet würden. Die kolossale Höhe, in welcher die Ansprüche gestellt seien, könne er selbstverständlich nicht billigen. Im Uebrigen stehe er auf dem Standpunkte des Antrags und der Petition, und er bitte, die Angelegenheit der Statutencommission zu überweisen. Für die Dauer lasse sich ja eine derartige Isolirung der Straße doch nicht halten.

Herr Nieß glaubt, daß weder in dieser noch in irgend einer anderen Versammlung sich Jemand finden werde, der die Höhe der Ansprüche vertheidigen könne.

Herr Reiche ist der Ansicht, daß das Idyllische der Ferdinandstraße nicht darunter leiden werde, wenn sie von Fußgängern passirt werde. Man könne ja auch Niemandem wehren, auf der Straße spazieren zu gehen, so oft er wolle. Wenn man erst den Standpunkt einnehme, daß eine Straße durch den Verkehr entwerthet werde, was würde dann wohl von den Grundstücken in der Mascheggend zu halten sein, wo täglich hunderte von Arbeitern der Jutespinnerei passiren. Ueber die Rechtsfrage wolle er nicht urtheilen, doch sei dieselbe seinem Gefühle nach ungefährlich. Er wolle nur noch bemerken, daß der verstorbene Stadtbaurath Tappe nur solche Straßen als private anerkannte, die verschlossen gehalten wurden.

Herr Günther tritt den Ausführungen des Herrn Nieß bei, auch er kann nicht glauben, daß die Anlieger mit Recht so ungeheure Entschädigungen fordern könnten. Wenn es den Leuten durch die Okerüberbrückung zu unruhig werde, dann könnten sie sich ja ein anderes Heim suchen, die Stadt brauche dann nicht so große Opfer zu bringen.

Herr Niese führt noch an, daß das Bedürfniß nach einer Brücke sich mit der Zeit noch immer mehr geltend machen werde, weil man bald wieder vor der Nothwendigkeit stehe, eine neue Schule zu bauen und es keine bessere Gegend dazu gebe als grade jene.

Auf die Vorlage über die Anleihe zurückkommend, fragt Herr Reiche an, ob denn die Brücke am Petriwehre erst im nächsten Jahre in Angriff genommen werden solle,

worauf Herr Oberbürgermeister Bockels erwiedert, daß, wie schon erwähnt, die Ausführung der einzelnen Gegenstände der Zusammenstellung immer noch innerhalb der angedeuteten Jahre zeitlich verschoben werden könne, daß aber mit dem Bau der Brücke am Petriwehre schwerlich schon in diesem Jahre werde begonnen werden, weil die Verhandlungen, welche dem Bau selbst erst noch voranzugehen hätten, sehr viel Zeit in Anspruch nähmen.

Da sich niemand mehr zum Worte meldet, wird zur Abstimmung geschritten.

Vorweg macht jedoch der Herr Vorsitzende nochmals besonders darauf aufmerksam, daß nach den heute abgegebenen Erklärungen des Stagtmagistrats im Fall der Annahme der Vorlage die jetzt erfolgende Beschlußfassung noch keineswegs für die Versammlung als bindend anzusehen sei, sondern daß bezüglich aller derjenigen Gegenstände, über welche noch kein definitiver Beschluß vorliege, noch freie Entschließung vorbehalten bleibe.

Darauf wird die Vorlage unter der vom Magistrate bereits gebilligten Bedingung, daß der Zinsfuß der Anleihe auf  $3\frac{1}{2}\%$  festgesetzt werde, genehmigt.

Der Antrag des Herrn Krahe ist damit gefallen.

Der selbstständige Antrag der Herren Nieß und Genossen wegen Erbauung der Brücke an der Ferdinandstraße wird der Statutencommission übergeben.

IV. verwilligt die Versammlung auf Grund eines Berichts des Herrn Vollmann 255 M., welche nach einem Handschreiben des Magistrats vom 25. d. Mts. zur Anschaffung von Mobiliar für eine Schulklasse an der Leopoldstraße, außer den im Etat zu diesem Zwecke bereits vorgesehenen 120 M., an noch erforderlich sind. Die Verwilligung erfolgt aus den Mehreinnahmen der Bürgerschulcasse und bei deren etwaiger Unzulänglichkeit aus dem Dispositionsfonds der Stadtcasse.

V. Der Abschluß der Rechnung der Cinquartierungscasse von 1886 hat einen Fehlbetrag von 4047 M 98 S ergeben, der hauptsächlich durch die von der Versammlung schon früher gebilligte anderweite Beschaffung von Quartieren (bei freiwilligen Quartierwirthen) entstanden ist. Der Magistrat beantragt unterm 21. März c. die Verwilligung des Fehlbetrags, welche auf Empfehlung des Referenten der Finanzcommission, Herrn Sievers, ohne Weiteres erfolgt.

Wie sodann

VI. Herr Halle für die Statutencommission vorträgt, hat einem Magistratschreiben vom 16. v. Mts. zufolge der Fabrikdirector Lupprian darauf angetragen, daß das auf dem vorliegenden Situationsplane mit a b c a umschriebene Terrain seines Grundstücks gegen die ziemlich gleich große, mit e f c d e bezeichnete Fläche vom städtischen Turnhallengrundstücke ausgetauscht werde, und befürwortet der Magistrat die Genehmigung des hierüber unterm 23. März abgeschlossenen notariellen Vertrages.

Gleich der Commission erklärt auch die Versammlung sich mit dem gedachten Tauschgeschäfte einverstanden.

Danach

VII. berichtet Herr Krahe für die Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 22. v. Mts., die Verbreiterung des Eingangs der Schuhstraße betreffend.

Der Particulier Cartall beabsichtigt auf seinen sub Nris. ass. 167 und 168 an der Schuhstraße belegenen Grundstücken neu zu bauen und schlägt der Magistrat aus diesem Anlaß die auf dem vorliegenden Situationsplane mit a b bezeichnete Baulinie vor. Ferner hat der Magistrat einen mit Cartall abgeschlossenen



Vertrag vorgelegt, wonach die Stadt sich verpflichtet, das am Kohlmarke sub Nris. ass. 166 belegene Winter'sche Haus anzukaufen und abzubrechen und die area desselben nach Abtrennung einer etwa 9 qm haltenden Fläche zc. zum Preise von 15740 M zu verkaufen, wogegen Cartall sich verpflichtet, sein Haus abzubrechen und 26 qm Fläche von der area unentgeltlich an die Stadt abzutreten. Wegen Ankauf des Winter'schen Hauses ist der Magistrat mit den Eigenthümern desselben, der Ehefrau des Maurermeisters Debo in Hildesheim und dem Goldarbeiter Schütz hieselbst, bereits in Verhandlung getreten, eine Einigung hat indessen nicht erzielt werden können. Die Städtische Bauverwaltung schätzt den Werth des Hauses auf 31400 M, während Schütz 36000 M, Frau Debo sogar 42000 M fordert. Unter diesen Umständen hält es der Magistrat für das Gerathenste, auf Expropriation des Winter'schen Grundstücks anzutragen; es würde dann die Verbreiterung der Straße etwa 16000 bis 20000 M zu stehen kommen. Dem Vorstehenden nach richtet der Magistrat das Ersuchen an die Versammlung:

- 1) den mit Cartall abgeschlossenen Contract zu genehmigen,
- 2) sich damit einverstanden zu erklären, daß zum Zwecke des Erwerbes des Winter'schen Hauses das Expropriationsverfahren beantragt werde.

Zugleich bittet der Magistrat ihn zu ermächtigen, für den Fall, daß eine gütliche Einigung wegen Ankaufs des Winter'schen Hauses erzielt werden könne, einen Kaufpreis bis zu 36000 M zu verwilligen.

Die Commission giebt anheim, zu den Magistratsanträgen die Zustimmung zu ertheilen, an die Genehmigung des Contracts jedoch die Bedingung zu knüpfen, daß derselbe nur dann von Gültigkeit sein solle, wenn event. die Expropriation des ganzen Winter'schen Grundstücks genehmigt und die Stadt auf diese Weise Eigenthümerin desselben wird.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird beschlossen:

- 1) die vorgeschlagene Baulinie a b des Situationsplans zu genehmigen,
- 2) den mit Cartall abgeschlossenen Vertrag unter Berücksichtigung der von der Commission empfohlenen Bedingung gut zu heißen,
- 3) sich mit der Expropriation des Winter'schen Hauses einverstanden zu erklären.

VIII. Zur Instandsetzung der Fasanenstraße sind seiner Zeit 4500 M verwilligt. Wie nun Herr Krahe namens der Baucommission vorträgt, sind zu gedachtem Zwecke 900 M mehr erforderlich, und beantragt der Magistrat unterm 24. v. Mts. bei Darlegung der die Ueberschreitung rechtfertigenden Gründe, die angeforderten Mehrkosten nachzuverwilligen,

was auf Befürwortung der Commission ohne Debatte geschieht.

IX. wird auf Grund eines von Herrn Seele für die Finanzcommission erstatteten Berichts beschlossen, den Betrag von 7000 M., welchen der Magistrat unterm 1. d. Mts. zur Erneuerung des Wasserkastens in der Neustadtmühle angefordert hat, aus dem Reservefonds der Neustadtmühle zu bewilligen.

X. In dem Magistratschreiben vom 31. v. Mts., über welches gleichfalls Herr Seele berichtet, wird für den Oberlehrer Pegold, welcher auf Veranlassung des Magistrats die städtische Muschelsammlung in der Realschule von Pilzen gereinigt hat, ein Honorar von 150 M. beantragt und dabei bemerkt, daß Pegold die fragliche Sammlung für die Folge gegen eine annoch zu vereinbarende Remuneration in Aufsicht nehmen werde.

Die Commission befürwortet den Antrag.

Herr Blasius fragt an, in welcher Weise die Muschelsammlung den Zwecken der Stadt nutzbar gemacht werden solle. In der Muschelsammlung des naturwissenschaftlichen Vereins hätten sich dadurch Krystall- und Pilzbildungen eingestellt, daß sie nicht genügend benutzt worden sei, daß sie nicht arbeite. Die städtische Muschelsammlung müsse dem Publicum mehr zugänglich gemacht werden, oder es empfehle sich, im Fall die nöthigen Räumlichkeiten dazu nicht beschafft werden könnten, dieselbe unter geeigneten Bedingungen an die Staatsverwaltung zur Unterbringung im naturhistorischen Museum abzutreten.

Herr Oberbürgermeister Pockels hofft, daß es dem Magistrate noch einmal gelingen werde, auf möglichst billige Weise Räume zu beschaffen, in welche die Muschelsammlung, in Vereinigung mit sonstigen Sammlungen, selbstverständlich getrennt nach den Kategorien, untergebracht werden könne, so daß der Benützung derselben seitens des Publikums alsdann nichts mehr entgegenstehe.

Es wird darauf dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

XI. Ueber das Magistratschreiben vom 28. v. Mts., die Zwangsenteignung des Schützenplatzes zc. betreffend, berichtet sodann namens der Statutencommission Herr Heymann.

Nachdem die städtischen Behörden beschlossen haben, daß das Schützenetablisement, ausschließlich des großen Schützenzeltes, für 85 000 M. stadtfestig angekauft werde, hat sich herausgestellt, daß auf einem der dazu gehörigen Gebäude drei sog. Sitzgerechte ruhen, für deren Aufhebung eine Entschädigung von zusammen etwa 3000 M. zu zahlen sein wird. Da man sich nicht darüber hat einigen können, wer diese Entschädigungen zu tragen hat, die Stadt oder die Schützengesellschaft, so ist der Abschluß des Kaufgeschäfts noch nicht zu Stande gekommen. Der Magistrat hat die Schafferei unterm 17. Juni 1885 aufgefordert, diejenigen Pflichten und

Lasten zu bezeichnen, welche auf dem Schützengrundstücke ruhen, insbesondere auch Mittheilung zu machen, ob und welche Rechte den Eigenthümern der an die Maschwieze grenzenden Grundstücke an dem nach dem Schützenhause führenden Wege zustehen. Auf diese Aufforderung ist dem Magistrate eine schriftliche Antwort nicht zugegangen. In einer mit der Schafferei gepflogenen mündlichen Verhandlung ist allerdings von dem Vorhandensein dreier Sitzgerechtsame die Rede gewesen, da diese Berechtigungen indeß seitens der Schafferei als nahezu werthlos bezeichnet wurden, so ist davon auch der Versammlung seiner Zeit, als es sich um Feststellung des Kaufpreises handelte, nichts mitgetheilt worden. Die Schafferei hat nun unterm 18. v. Mts. an den Magistrat ein Schreiben gerichtet, in welchem sie dem Magistrat in scharfen Ausdrücken Vorwürfe über sein Verhalten in dieser Angelegenheit macht und demselben Schuld giebt, daß die Sache noch nicht zu Ende geführt sei. Der Magistrat hält die stadtseitige Uebernahme der an die Sitzberechtigten zu zahlenden Entschädigungen nicht für gerechtfertigt und ersucht die Versammlung, sich nunmehr mit der Expropriation des zur Anlage der Ringstraße erforderlichen Terrains event. des gesammten Schützenetablissements einverstanden zu erklären.

Referent verliest das Schreiben der Schafferei und führt dann weiter aus: Zunächst sei sich die Commission klar darüber gewesen, daß das soeben verlesene Schreiben nach jeder Richtung hin vollständig unbegründet sei und durch nichts gerechtfertigte Vorwürfe gegen den Magistrat bezw. den Bürgermeister Rittmeyer als Referenten enthalte, und daß auch der ganze Ton dieses Schreibens als ein durchaus unpassender bezeichnet werden müsse. Trotzdem glaubt die Commission, der Versammlung nicht ohne Weiteres die Annahme des Magistratsantrags empfehlen zu sollen. Nach Ansicht der Commission sei nämlich die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß die Stadt sich bei einer Zwangsenteignung des Schützenetablissements noch schlechter stehe, als wenn sie den bereits festgesetzten Kaufpreis zahle und die Entschädigung der Sitzberechtigten noch außerdem übernehme. Dieser Gesichtspunkt müsse umsomehr ausschlaggebend sein, als es wünschenswerth sei, die Sache möglichst schnell und ohne weitläufiges Expropriationsverfahren aus der Welt zu schaffen. Außerdem sei zu hoffen, daß die Sitzberechtigten nach reiflicher Ueberlegung sich zu einer wesentlichen Reduction ihrer Entschädigungsansprüche verstehen würden, andernfalls würde sich bei einem Prozesse schon herausstellen, daß die vermögensrechtlichen Ansprüche, für welche Entschädigung geleistet werden müsse, von nur untergeordneter Bedeutung seien. Aus diesen Gründen gebe die Commission anheim, den Magistratsantrag abzulehnen, dagegen den Stadtmagistrat zu ersuchen: das Schützenetablissement ausschließlich des Zeltes für 85000 M. anzukaufen und zugleich die Entschädigungen an die drei Sitzberechtigten, soweit solche begründet sein sollten, auf die Stadtcasse zu übernehmen; ferner die beantragte Genehmigung zur Einleitung des Expropriationsverfahrens für den Fall auszusprechen, daß die

Schützengesellschaft sich nicht auf die sofortige Abschließung des Kaufcontractes einlassen sollte.

Herr Kieß erklärt, daß er sich als Mitglied des Vorstandes der Schützengesellschaft jedes Eingreifens in die Debatte enthalten, und nur zur etwaigen Auskunfttheilung das Wort nehmen werde.

Referent beantragt sodann persönlich, die Genehmigung der Expropriation auch für den Fall zu ertheilen, daß der Magistrat aus irgend einem Grunde mit dem Commissionsantrage nicht einverstanden sein sollte, damit eine weitere Vorlage des Magistrats vermieden würde.

Herr Bürgermeister Rittmeyer hält den Weg, zur Expropriation zu schreiten, für den richtigsten, weil dadurch alles klar gestellt werde. Er wisse wirklich nicht, wie sich der Magistrat zu dem Vorschlage der Commission, nochmals den freihändigen Ankauf zu versuchen, stellen solle. Herr Kieß habe ja auch selbst erklärt, daß es schwer sein werde, mit den Sitzberechtigten zu verhandeln und daß die Expropriation das Richtigste sei.

Herr Blasius stimmt für den Commissionsantrag.

Herr Kieß bemerkt, der Ton in der Eingabe der Schafferei erkläre sich wohl dadurch, daß die Angelegenheit jetzt 6 Jahre im Gange sei, während welcher Zeit die Schützengesellschaft verschiedentlich Gelegenheit gehabt habe, ihr Grundstück vortheilhaft zu verkaufen. Die Sitzgerechtmäße seien allerdings werthlos, wenn die Schützengesellschaft durch den Verkauf des Platzes gezwungen werde, ihren Schießplatz zu verlegen. Im Uebrigen wolle er erklären, daß wenn eine Einigung zwischen dem Magistrate und den Sitzberechtigten zu Stande komme, die früheren Kaufbedingungen auch heute noch seitens der Schafferei als bindend angesehen werden würden; auf eine Kürzung des Kaufpreises könne man sich dagegen nicht einlassen, da früher freihändig schon höhere Gebote abgegeben seien.

Nachdem noch die Herren Günther und Kiese sich für eine Expropriation ausgesprochen haben,

und Herr Heymann seinen Antrag nach einigen Bemerkungen des Herrn Vorjehenden zurückgezogen hat,

wird dem Commissionsantrage die Zustimmung ertheilt.

XII. beschließt die Versammlung, dem von Herrn Wolff namens der Finanzcommission empfohlenen Antrage des Magistrats vom 6. d. Mts. gemäß, dem Magistrate zur Anschaffung eines neuen eisernen Geldschrankes für die Armencaße einen Credit von bis zu 730 M. aus dem Dispositionsfonds der Stadtcasse zu bewilligen.

Sodann

XIII. nimmt Herr Reuter das Wort, um im Auftrage der Statutencom-mission über die Magistratsvorlage vom 6. d. Mts., die Erhöhung des Beitrags für die Gemeinde-Krankencasse betreffend zu berichten.

Der Abschluß der Gemeinde-Kranken-Versicherung vom Jahre 1885 hat einen Ueberschuß von 401 M 35 S ergeben. Nach dem Abschlusse von 1886 ist aber dieser Ueberschuß nicht nur wieder verbraucht worden, sondern es hat aus der Gemeindecasse noch ein Vorschuß von 2608 M 50 S geleistet werden müssen. Dieses wenig erfreuliche Resultat dürfte einmal in dem steten Wechsel der Mit-glieder, dann aber auch vornehmlich darin seinen Grund haben, daß die Versicherten wenig Interesse an dem Gedeihen der Casse haben und in Folge hiervon eine gegenseitige Controle, wie sie bei den organisirten Krankencassen von den Mit-gliedern selbst geübt zu werden pflegt, mangelt. Da keine Aussicht vorhanden ist, daß fortan bessere Resultate erzielt werden, selbst dann nicht, wenn wie bisher auch ferner darauf Bedacht genommen wird, die Mitgliederzahl durch Vermehrung der Ortskrankencassen zu vermindern, so giebt der Magistrat anheim, behufs thun-lichster Gleichhaltung von Einnahme und Ausgabe zu beschließen, daß die Beiträge zur Gemeinde-Krankenversicherung vom 1. Mai d. J. an auf 2 % des ortsüblichen Tagelohns erhöht werden. Die Beiträge würden alsdann monatlich betragen: für erwachsene männliche Arbeiter 1 M, für erwachsene weibliche Arbeiter 75 S, und für jugendliche männliche und weibliche Arbeiter 50 S. Eine Herabsetzung der Beiträge würde selbstverständlich wieder eintreten, sobald sich Ueberschüsse heraus-stellen sollten.

Die Statutencommission hat die Vorlage geprüft und giebt anheim, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Herr Rieke kann sich mit dem Antrage nicht einverstanden erklären. Wenn man sich von vornherein auf einen andern Standpunkt gestellt hätte, dann wäre man auch zu anderen Resultaten gekommen und daß die Ortskrankencassen den Versicherten mehr Interesse abgewinnen, sei sehr natürlich, denn sie gewährten ihnen ganz andere Vortheile, in der Dauer und Höhe der Unterstützungen wie auch in der Verabreichung von Sterbegeldern. Daß der Magistrat jetzt auf die Vermehrung der Ortskrankencassen Bedacht nehme, sei ja sehr löblich; das hätte er sollen nur schon eher thun, dann würde man heute nicht in der unangenehmen Lage sein, die Beiträge erhöhen zu müssen.

Herr Stadtrath Kete-meyer: Wenn der Magistrat auch die Errichtung einer bestimmten Anzahl von Ortskrankencassen decretiren könne, so habe er solches bislang doch nicht gethan, weil es ihm bedenklich erschienen sei, gegen den Willen der Betheiligten derartige Cassen ins Leben zu rufen, und habe sich deshalb der

Magistrat darauf beschränkt, nur in den Fällen Ortskrankencassen zu errichten, wo es von den Betheiligten beantragt sei. Bisher hätten sich auch die Ortskrankencassen hier am Plage gut bewährt, und wenn es mit der Gemeinde-Krankenversicherung so fortgehe, dann werde man nicht umhin können, neue Ortskrankencassen auch gegen den Willen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu bilden; hoffentlich erziele man alsdann bessere Resultate.

Herr Rieke: Der Magistrat habe den Mitgliedern der eingeschriebenen Hülscassen kein besonderes Entgegenkommen gezeigt; diese Cassen genöffen aber eines besondern Vertrauens bei den Mitgliedern, weil sie weniger abhängig seien, als die Gemeindecassen.

Herr Stadtrath Ketemeyer bestreitet, daß der Magistrat sich nicht wohlwollend gegen die Mitglieder der Hülscassen gezeigt hätte. Grade hier in Braunschweig sei man der Gründung von Hülscassen mehr entgegengekommen, als anderorten. Redner habe die eingereichten Statuten nicht nur geprüft, sondern sogar in der Mehrzahl vollständig umgearbeitet, weil sie in der vorgelegten Fassung nicht genehmigt werden konnten und schleunigst für andere gesorgt werden mußte.

Die Versammlung beschließt darauf dem Magistratsantrage gemäß.

XIV. Laut Magistratschreibens vom 7. dies. Mts. hat der Rentner Quidde als Eigenthümer des an der Ehrenbrechtstraße Nr. 4 belegenen Hauses gegen eine für den nördlichen Theil des Sandwegs beschlossene Baulinie Einwendung erhoben. Der Magistrat hält die Einwendung für unbegründet und beantragt, unter nochmaliger Vorlegung des Ortsbauplans, sich dieser Ansicht anzuschließen und die Kellamation Quidde's zurückzuweisen.

Ferner hat sich der 1. Bezirksverein mit einer Eingabe an den Magistrat gewandt, in welcher er eine Abänderung des für den Herzoglichen Küchengarten aufgestellten Theils des betreffenden Ortsbauplans empfiehlt. Der Magistrat ersucht die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß die vorgeschlagene Abänderung der Herzoglichen General-Hofintendantur zur Kenntniß und Prüfung, sowie zu etwa geeignet erscheinender Berücksichtigung bei Ausarbeitung des Parcellirungsplans über den Küchengarten mitgetheilt werde.

Der Commissionsreferent, Herr Reuter, empfiehlt die Annahme der Magistratsanträge und erklärt übrigens ausdrücklich, daß sämtliche Commissionsmitglieder in der vom 1. Bezirksvereine vorgeschlagenen Aenderung, welche im Wesentlichen darin bestehe, daß die durch den Küchengarten zu legende, villenartig zu bebauende Straße in ihrer Ausmündung in die Casernenstraße mehr der Parkstraße genähert werden möge, eine Verbesserung des bereits beschlossenen Ortsbauplans nicht zu erblicken vermögen.

Die Versammlung stimmt darauf den Magistratsanträgen zu.

XV. motivirt Herr Günther seinen selbstständigen Antrag:

Die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Frage in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfehle, statt der dauernden Anstellung eines Hilfsarbeiters im Magistrate auf die Anstellung eines vierten ordentlichen Mitgliedes Bedacht zu nehmen und der Versammlung darüber Bericht zu erstatten event. eine Vorlage zu machen.

Antragsteller bemerkt, daß er diese Form des Antrags gewählt habe, weil er es für wünschenswerth halte, daß die ganze Angelegenheit erst noch im Schooße der Commission geprüft werde. Es sei ja möglich, daß es bei der Anstellung eines besoldeten Magistratsmitgliedes allein nicht bleibe, sondern daß die ganze Verwaltung umgestaltet werden müsse. So habe er in letzterer Zeit erfahren, daß in anderen Städten auch städtische Institutionen, wie die Gas- und Wasserwerke, von Magistratsmitgliedern verwaltet würden.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

XVI. Ein anderer selbstständiger Antrag des Herrn Günther:

Die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, daß er zu einer Aenderung des Regulativs der hiesigen städtischen Freibadeanstalt seine Zustimmung gebe und demnächst der Versammlung eine diesbezügliche Vorlage machen möge,

wird etwa folgendermaßen begründet:

Da die Frequenz der städtischen Freibadeanstalt bedeutend zugenommen habe und infolge dessen auch das Publikum ein anderes geworden sei, so halte er es für ein Bedürfnis, daß verschiedene Verbesserungen daselbst vorgenommen, namentlich aber die Badezeiten geändert würden. Die Badeanstalt bereits am 15. September zu schließen, sei unzumuthig, und empfehle es sich, den Termin zur Schließung auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Auch würde zu überlegen sein, ob nicht das Gondelfahren während der Badezeit verboten werden könne.

Auch dieser Antrag, genügend unterstützt, wird der Statutencommission überwiesen.

Endlich

XVII. bemerkt Herr Heymann zu seiner Anfrage an den Stadtmagistrat: in welchem Stadium befindet sich die Angelegenheit betreffend die Heranziehung der Officiere zu der Gemeindeabgaben im Herzogthume?

daß es nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen der Landesgesetzgebung überlassen sei, die Officiere zur Communalsteuer heranzuziehen, daß es aber zweifelhaft

sei, ob im hiesigen Herzogthume die Heranziehung auf Grund der Städteordnung geschehen könne, oder ob es dazu eines neuen Landesgesetzes bedürfe. In anderen deutschen Staaten sei die Angelegenheit bereits geregelt und der Magistrat könne vielleicht Auskunft darüber geben, weshalb hier die Officiere noch nicht zur Steuer herangezogen würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß der Magistrat aus dieser Anfrage Veranlassung nehmen werde, bei Herzoglichem Staatsministerium wegen Regelung der in Anregung gebrachten Angelegenheit vorstellig zu werden.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch bemerkt hat, daß die Besprechung des selbstständigen Antrags des Herrn Reiche:

die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, ein Statut zu entwerfen und ihr vorzulegen, durch welches geregelt werde, wo und unter welchen Umständen künftig die Anlage von Fabriken, speciell solcher mit Dampfbetrieb, zu gestatten ist, im Einverständnisse des Antragstellers bis zur nächsten Sitzung verschoben werden solle,

schließt er die Sitzung gegen 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.



# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 28. April 1887.

Öffentlich:

- I. Selbstständiger Antrag der Herren Nieß und Genossen auf Herstellung einer Brücke an der Ferdinandstraße.
- II. Vertheilungsplan der Kosten für Herstellung der Spielmannstraße.
- III. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Anstellung eines vierten besoldeten Magistratsmitgliedes.
- VI. desgl. desgl., auf Erlaß eines neuen Regulativs für die Freibadeanstalt.
- V. Heizungsanlage in dem an der Heinenstraße zu erbauenden Mädchenschulgebäude.
- VI. Erweiterung des städtischen Gaswerks.
- VII. Anstellung eines Processus wegen der Straßenbeleuchtungskosten.
- VIII. desgl., wegen Rückerstattung von Verpflegungskosten.
- IX. Zwangsenteignung von zur Anlage der Ringstraße zwischen Helmstedterstraße und Kastanienallee nöthiger Grundfläche.
- X. Einwendung gegen die für die Westseite der Schuhstraße am Eingange vom Kohlmarkt festgestellte Baulinie.
- XI. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche, die Regelung der Anlage von Fabriken durch ein Statut betreffend.

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.  
Erledigung von Steuerreclamationen in der Recursinstanz.

Entschuldigt die Herren Buchler, Lösekrug, Reuter und Seele.  
Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Götte, Haake, Schöttler, Kettmeyer und Grote und Herr Gerichtsassessor Glindemann.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Lüderßen,

I. nimmt Herr Heymann das Wort, um namens der Statutencommission über folgenden Antrag der Herren Nieß und Genossen zu berichten:

Die Versammlung nimmt Kenntniß von den im Schreiben des Magistrats vom 7. d. Mts. dargelegten Schwierigkeiten, welche sich der Erbauung einer Brücke zwischen der Ferdinand- und Sophienstraße entgegenstellen und im Wesentlichen durch die Anlieger der Ferdinandstraße und ihre schwer zu befriedigenden Forderungen entstanden sind; sie eruchtet gleichwohl den Stadtmagistrat, unter Berücksichtigung der Wohlfahrt des westlich der Ferdinandstraße belegenen Stadttheils, der Frage wegen Herstellung einer Brücke ernstlich näher zu treten und der Stadtverordnetenversammlung eine dahin gehende Vorlage zukommen zu lassen.

Der Magistrat hat in seinem vorerwähnten Schreiben anerkannt, daß die fragliche Brückenanlage, wenn auch nicht als absolut nothwendig, so doch als dringend wünschenswerth zu bezeichnen sei. Diese Ansicht wird auch vom Schuldirector Schaarschmidt und von Herzoglicher Polizei-Direction vertreten. Der Magistrat ist ferner der Ansicht, daß, abgesehen von den übergroßen Entschädigungsansprüchen der Anlieger, die Ausführung der Brücke als Fußgängerbrücke, einschließlich des Terrainerwerbs, im Kostenpunkte zu Bedenken keine Veranlassung geben würde, zumal seitens der Anwohner eine Beihilfe von 6313 M 50 S, in Aussicht gestellt ist.

Die Anlieger protestiren nun entschieden gegen die Anlegung der Brücke und haben nachgewiesen, daß gemäß einer auf ihre Grundstücke eingetragenen dinglichen Last keinerlei Verbindung mit dem jenseitigen Ufer durch Brücke, Fähre oder auf sonstige Weise hergestellt werden dürfe. Dieselben erklären, daß sie durch die Brückenanlage bedeutend geschädigt und namentlich in der Vermietung ihrer Häuser beeinträchtigt würden, und machen einen Entschädigungsanspruch von zusammen 152 000 M geltend, wobei sie noch außerdem erklären, daß sie an diese Forderung nicht gebunden sein wollen. Nur ein Anlieger hat erklärt, daß er die Brückenanlage mit Freuden begrüße und keinerlei Entschädigung in Anspruch nehme. Die Entschädigungsansprüche sind in einer Registratur des Stadtmagistrats vom 6. November v. J. zum Ausdruck gebracht. Die städtische Bauverwaltung hat sich im Wesentlichen dahin ausgesprochen, daß eine Werthminderung der Grundstücke nach Anlegung der Brücke nicht eintreten werde, namentlich daß wenn einzelne Miether ihre Wohnung verlassen würden, wieder andere Miether sich finden lassen, denen es gerade darauf ankomme, eine Wohnung in lebhafter Gegend zu erhalten.

Referent unterzieht nun die Ansprüche der Anlieger vom juristischen Standpunkte aus einer eingehenden Erörterung und bemerkt zunächst, daß nach Ansicht der Commission sich a priori ein Entschädigungsanspruch gar nicht construiren lasse, wenn dies aber dennoch der Fall sein sollte, derselbe nur ein unerheblicher sein könne. Bei einem Erwerbe des zur Brückenanlage erforderlichen Straßen- und privaten Garten-Terrains im Wege der Expropriation könne es sich doch immer nur um Zahlung des Werths der betreffenden Grundstücke nach den Grundsätzen der Expropriation handeln. Die Entschädigungsansprüche Dritter würden dabei nicht in Betracht kommen. Es könnte sich also in dieser Richtung nur darum drehen, ob die Anlieger durch die Abtretung des Straßenterrains an die Stadt geschädigt würden. Bislang hatten dieselben freie Verfügung darüber, z. B. als Spielplatz für ihre Kinder, was fortfallen würde, wenn die Straße in das Eigenthum der Stadt überginge. Dieses würde aber auf der anderen Seite wieder durch die Befreiung von der Unterhaltungslast aufgewogen, so daß in der Richtung wohl keine Befürchtungen vorliegen könnten. Was indeß die Brückenanlage selbst anlange, so könne es sich dabei nicht um die Anwendung der Grundsätze handeln, die bei der Expropriation maßgebend sind, namentlich auch nicht um die Frage, in wie weit bei einer Expropriation auch sog. indirecte Entschädigungen zu zahlen seien, d. h. Entschädigungen an dritte Personen, abgesehen von dem Eigenthümer des zu expropriirenden Grundstücks, denn in dieser Richtung scheine die Expropriation der erforderlichen Terrainstreifen lediglich als Mittel zum Zwecke. Nach der thatächlichen Lage der Dinge sei eben die Stadt, wenn sie das Buchholz'sche Terrain und den betreffenden Straßentractus nicht erwerbe, factisch nicht im Stande, die Brücke ausführen zu können. Es könne also lediglich die Frage in Betracht kommen, ob die Anlieger berechtigt sind für den ihren Grundstücken durch die Brückenanlage etwa erwachsenden Schaden von der Stadt Ersatz zu verlangen? Wären die Anlieger dazu berechtigt, so würde sich das merkwürdige und offenbar unrichtige Resultat ergeben, daß ihre Rechtslage gegenüber der Stadt in Betreff der Entschädigungsberechtigungen, je nachdem die Stadt das erforderliche Terrain im Wege der Expropriation oder aber im freihändigen Verkaufe erwerbe, sich verschieden gestalten würde. Im letzteren Falle würde ja von der Anwendung der Expropriationsgrundsätze keine Rede sein können; vernünftigerweise müßten doch aber in beiden Rechtslagen die Grundsätze genau dieselben sein. Die Frage also, ob die Leute den Schaden, der ihren Grundstücken durch die Brückenanlage zugefügt werde, ersetzt verlangen können, müsse entschieden verneint werden. Ein in solchem Falle bejahender Rechtsgrundsatz existire auch nirgend. Die Stadt übe nur ihr gutes Recht aus und es würde im höchsten Grade bedenklich sein, wenn man in dieser Beziehung von Entschädigungsansprüchen der Anlieger sprechen wollte. Es würde auch gar nicht recht zu ersehen sein, weshalb derartige Entschä-

digungsansprüche, wenn sie wirklich an sich beständen, sich nur beschränken sollten auf die Anlieger der Ferdinandstraße, die nur insofern eine Sonderstellung einnehmen, als sie die Nächsten an der Brücke sind. Man würde die Entschädigungsansprüche noch weiter ausdehnen müssen und so in's Ungemessene kommen. Wenn einem Einzelnen a priori Rechte zugestanden würden, dann würde es dahin kommen, daß man überhaupt keine einzige Anlage mehr im öffentlichen Interesse machen könnte, ohne ganz colossale Entschädigungen zahlen zu müssen.

Ferner frage es sich, ob der Grundsatz, daß die Anlieger keinen Schadenersatz verlangen können, dadurch alterirt werde, daß das gedachte Recht auf die betreffenden Grundstücke eingetragen sei. Auch diese Frage müsse entschieden verneint werden. Der Magistrat habe sich zu nichts verpflichtet.

Können ferner die Leute sagen, daß ihnen die Stadt durch die Brückenanlage die fernerweite Geltendmachung ihres dinglichen Rechts unmöglich mache? Allerdings würde, wenn die Brücke vorhanden, das fernere Bestehen des Rechts thatsächlich unmöglich sein. Das wäre aber nichts weiter als eine specielle Art und Weise der Begründung des den Grundstücken durch die Brückenanlage zugefügten Schadens, und wenn es also im Allgemeinen als richtig anerkannt werden müsse, daß ein derartiger Entschädigungsanspruch nicht bestehe, dann müsse auch anerkannt werden, daß der Schaden nicht auf diese specielle Weise substantiirt werden könne.

Nun komme noch in Betracht, daß auch auf dem von der Stadt zu erwerbenden Terrain dieses dingliche Recht mit laste; zugleich seien die Grundstücke aber auch wieder die Berechtigten; deshalb werde auch dieser Gesichtspunkt ohne allen Einfluß auf die Frage sein, und der Expropriant erwerbe die Grundstücke ohne Lasten. Durch die Expropriation erlösche auf dem Terrainstreifen das dingliche Recht, ohne daß dafür neben dem Expropriationscapitale noch eine besondere Entschädigung geleistet werden müßte, denn es könne ein Grundstück dadurch, daß eine dingliche Last auf ihm ruhe, unmöglich einen höhern Werth haben, als wenn diese Last nicht darauf ruhte.

Redner weist in seinen ferneren Ausführungen nach, daß es für die Stadt gleichgültig sei, ob und welche Lasten auf dem zu erwerbenden Terrain ruhen. Es handle sich dabei lediglich um die Frage, wer das Expropriationscapital bekomme, und wie dasselbe zwischen dem Eigenthümer und dem dinglich Berechtigten vertheilt werde. Die Stadt habe im einen wie anderen Falle nicht mehr zu zahlen als den Werth des Grundstücks, der durch die dingliche Last nicht erhöht werde. Nun handle es sich ja aber auch hier um ein gegenseitiges Recht; sämmtliche Grundstücke seien mit dinglichen Rechten belastet und es sei sehr zweifelhaft, ob es überhaupt, theoretisch genommen, möglich, daß durch eine derartige gegenseitige Belastung der Werth der Grundstücke zusammengekommen vergrößert werden könne. Der rechtliche Bestand des dinglichen Rechts sei überhaupt schon ein zweifelhafter, und die factische

Ausübung desselben sei nicht vollständig klar; sie scheine auf Verbotungsrechte hinzudeuten, es sei dies aber nicht ganz klar ausgesprochen.

Nach Ansicht der Statutencommission liege aus den hervorgehobenen Gründen keine Befürchtung vor, daß die Stadt sich bei der Ausführung der Brückenanlage überhaupt Entschädigungsansprüchen aussetze. Natürlich könne niemand dafür garantiren, daß die Sache in dieser Weise ablaufen werde, jedenfalls würde aber, wenn wirklich die Entschädigungsansprüche der Anlieger im Principe anerkannt werden sollten, die von der Stadt zu zahlende Summe eine nicht unverhältnißmäßige sein.

Aus diesen Gründen beantragt die Commission den Antrag der Herren Nieß und Genossen anzunehmen.

Es geschieht dies ohne Debatte.

#### Weiter

II. berichtet Herr Heymann im Auftrage der Statutencommission über das Magistratschreiben vom 17. Januar c., die Vertheilung der Kosten für Instandsetzung der Spielmannstraße betreffend.

Die Städtische Bauverwaltung hat die fraglichen Kosten ermittelt und einen Vertheilungsplan aufgestellt, in welchem die auf die einzelnen Grundstücke in Gemäßheit der statutarisch beziehendlich vertragsmäßig festgesetzten Bestimmungen entfallenden Kosten berechnet sind. Die Vorschläge der städtischen Bauverwaltung, wonach die Anlieger je nach den einschlägigen Bestimmungen entweder die gesammten Straßenbaubeiträge, oder nur die Kosten für Herstellung der Fußwege und Bordquader zu tragen haben, oder aber ganz von der Zahlung eines Beitrags befreit sind, werden vom Magistrate gutgeheißen. Die Anlieger Kohlberg, Wellner und Mollenhauer, deren Grundstücke bereits vor Instandsetzung der Straße bebaut waren, haben sich vertragsmäßig bereit erklärt, für den Fall, daß die Straße sofort mit Gas- und Wasserröhren versehen würde, die ganzen Kosten der Instandsetzung der Fahrbahn nach deren Fertigstellung nach Verhältniß ihrer Beitragspflicht in Gemäßheit der statutarischen Bestimmungen zu tragen. Da jener Bedingung entsprochen ist, so giebt der Magistrat der Versammlung anheim, sich dafür auszusprechen, daß die genannten drei Anlieger nicht nur zu den Beiträgen für die Fußwege, sondern zu den gesammten Straßenbaubeiträgen herangezogen werden, auch ersucht derselbe, den Vertheilungsplan, wie vorgelegt, zu genehmigen.

Nachdem der Herr Referent die auf die einzelnen Grundstücke entfallenden Kosten speciell besprochen hat, empfiehlt er Namens der Commission, welche der Ansicht des Magistrats bezüglich der Beitragspflicht der Anlieger Kohlberg, Wellner und Mollenhauer beitrith, die Genehmigung des Vertheilungsplans,

die dann ohne Weiteres ausgesprochen wird.

### III. Der selbstständige Antrag des Herrn Günther:

die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Frage in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfiehlt, statt der dauernden Anstellung eines Hilfsarbeiters im Magistrate auf die Anstellung eines ordentlichen Mitgliedes Bedacht zu nehmen, und der Versammlung darüber Bericht zu erstatten, event. eine Vorlage zu machen, hat der Statutencommission zur Prüfung vorgelegen und berichtet darüber Herr Lüderßen, nachdem derselbe den Vorsitz an den inzwischen erschienenen Herrn Semler abgetreten hat, Folgendes:

Vom formellen Standpunkte aus würde der Annahme des Antrags nichts entgegenstehen, wenn derselbe einer Modification unterzogen würde. Die Städteordnung setze bekanntlich für die Anzahl der Magistratsmitglieder eine Minimalzahl fest und überlasse eine Vermehrung der weiteren statutarischen Bestimmung. Hiervon sei auch bereits Gebrauch gemacht worden, indem die Zahl der Magistratsmitglieder schon früher von 5 auf 7 (3 besoldete und 4 unbesoldete) festgesetzt sei. Die Städteordnung verlange, daß die Zahl der unbesoldeten Mitglieder größer sein solle als die Zahl der besoldeten. Wenn also jetzt ein neues besoldetes Mitglied angestellt würde, dann würde auch noch ein weiteres unbesoldetes Mitglied eingestellt, der Magistrat also um zwei Mitglieder vermehrt werden müssen, wonach der Antrag zu modificiren sein würde.

Von der materiellen Seite aus sei dagegen die Commission nicht in der Lage, den Antrag zu befürworten. Herr Günther habe bei der Motivirung des Antrags die Ansicht geäußert, daß die Anstellung eines Hilfsarbeiters im Magistrate eine eigenthümliche sein und zu mancherlei Bedenken Veranlassung geben würde. Die Commission habe sich von der Richtigkeit dieser Ansicht nicht überzeugen können und glaube die Bedenken des Herrn Antragstellers für unbegründet erklären zu müssen. Wenn nun auch anerkannt werden müsse, daß die Geschäftslast des Magistrats eine bedeutende sei, so trage die Commission dennoch Bedenken, jetzt eine Aenderung der organischen Einrichtung des Magistrats zu befürworten. Es sei von jeher auf die Beibehaltung des vorhandenen Zahlenverhältnisses zwischen Magistrat und Stadtverordneten, das bei allen in gemeinschaftlicher Sitzung zu erledigenden Sachen zum practischen Ausdruck komme, ein großes Gewicht gelegt worden, und habe auch der Magistrat diesen Punkt bei Begründung seines Antrags auf Anstellung eines Hilfsbeamten in den Vordergrund gestellt. Auch die Statutencommission sei nicht im Stande, über die Bedenken einer Verschiebung des Stimmenverhältnisses hinwegzukommen. Die Stadt selber könne einmal die Anzahl der Stadtverordneten nicht vergrößern, weil die jetzt bestehende Anzahl durch die Städteordnung vorgeschrieben und es nicht angezeigt sei, den gesetzgeberischen Organen zu dieser Zeit mit einem Antrage auf Aenderung der Städteordnung zu

kommen. Bekanntlich werde ja eine Revision der Städteordnung beabsichtigt und höchstwahrscheinlich beim nächsten Landtage zur Vorlage kommen. Die Commission sei aber der Meinung, daß man bei Sachen, wo es sich um wichtige organische Veränderungen handle, nicht Einzelnes herausgreifen solle, sondern daß es sich empfehle, solche Veränderungen abzuwarten und der weiteren Entwicklung zu überlassen; sie gebe deshalb anheim, den Antrag des Herrn Günther abzulehnen.

Herr Günther bemerkt, daß es wünschenswerth sei, der zuzuziehenden Kraft der Stadtverordnetenversammlung gegenüber eine verantwortliche Stellung zu geben, die ein Hülfсарbeiter eben nicht habe. Ferner habe er durch seinen Antrag eine Umgestaltung der ganzen Verwaltungsmaschine des Magistrats beabsichtigt, worüber man sich bei Einbringung der bezüglichlichen Vorlage hätte aussprechen können. So sei es zweckmäßig, daß noch andere Verwaltungszweige, wie die städtische Bauverwaltung und die Gas- und Wasserwerke, mit in den Magistrat selbst hineingezogen würden, damit auch die an der Spitze dieser Institutionen stehenden Persönlichkeiten den Stadtverordneten gegenüber verantwortlich seien. Der jetzige Director der Gas- und Wasserwerke komme außerdem durch seine Zwitterstellung als Stadtverordneter und städtischer Beamter in eine mißliche Lage. Bei der letzten Statsberatung sei darauf hingewiesen worden, daß die Verwaltungskosten anderer Städte von der Größe Braunschweigs bedeutend höher seien als bei uns. Das liege daran, weil dort die Verwaltung anders organisirt sei; so gehöre z. B. die Stellung eines Directors der Gas- und Wasserwerke mit zu dem Stadtbauamte, während hier ein besonderer Beamter dafür gehalten werde.

Nachdem der Herr Referent noch bemerkt hat, daß hier nicht das einzelne Magistratsmitglied, sondern der Magistrat in seiner Gesamtheit der Versammlung entgegentrete, womit schon ein Theil der Bedenken des Herrn Antragstellers hinwegfalle,

wird Herrn Günther's Antrag abgelehnt.

Ferner

IV. referirt Herr Lüdertsen über den selbstständigen Antrag des Herrn Günther:

die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er zur Aenderung des Regulativs der hiesigen städtischen Badeanstalt seine Zustimmung geben und demnächst der Versammlung die diesbezügliche Vorlage machen möge.

Der Herr Antragsteller habe das Regulativ über die Freibadeanstalt vom Jahre 1856 im Auge gehabt, welches er verschiedenen Aenderungen unterzogen zu

sehen wünsche. So sollen die Mittagspausen, die jetzt von 12 bis 3 Uhr währen, entweder ganz fortfallen oder doch wenigstens auf die Zeit von 1 bis 3 Uhr beschränkt werden. Auch wünsche Herr Günther, daß am Sonntag Nachmittag geschlossen sei, damit auch das Aufsichtspersonal ein paar Stunden der Erholung habe; ferner daß die Anstalt erst Ende September statt wie bisher schon am 15. September geschlossen werde.

Die Commission halte diese Wünsche mit Ausnahme desjenigen, daß die Anstalt den ganzen Sonntag Nachmittag geschlossen werden solle, für gerechtfertigt. Da aber der Versammlung die genauere Kenntniß der Verhältnisse mangle, so beantrage die Commission, den Stadtmagistrat zu ersuchen, das Regulativ vom Jahre 1856 einer zeitgemäßen Revision zu unterziehen, womit auch der Herr Antragsteller sich einverstanden erklärt habe.

Der Antrag der Commission wird darauf angenommen.

V. Ueber die Magistratsvorlage vom 18. d. Mts., die Heizungsanlage in der neuen Mädchenschule an der Heinenstraße betreffend, hat Herr Blasius für die vereinigte Schul- und Finanzcommission zu berichten.

Im Einverständnisse der Versammlung hat der Magistrat beschlossen, beim nächsten Umbau einer Schule auf eine Drucklüftungsanlage und eine Warmwasser-Niederdruckheizung Bedacht zu nehmen. Die Städtische Bauverwaltung giebt den Kostenaufwand für eine derartige Heiz- und Ventilationsanlage zu 35 000 M., also dem Dreifachen der Kosten für die bisher hier angewandten Centralluftheizungsanlagen, an und stellt die Frage auf, ob das neue System, ohngeachtet dieses Mehraufwandes für die neu zu erbauende Mädchenschule in der Heinenstraße gewählt werden solle. Dabei hat die Städtische Bauverwaltung hervorgehoben, daß eine Luftheizungsanlage schon dadurch eine wesentliche und voraussichtlich hinreichende Verbesserung erfahren werde, daß man statt der Feuerluft-Heizkörper solche aus Heißwasserröhren nehme, und daß die Anlage einer solchen Heißwasser-Luftheizung etwa 17 000 M. kosten werde gegenüber der bisher hier gebräuchlichen Heißluftheizungsanlagen, die für etwa 12 000 M. hergerichtet werden könnten. Der Magistrat ersucht nun die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß für den projectirten Schulbau eine Heißwasserluftheizung gewählt werde.

Die vereinigten Commissionen haben zunächst von einer Empfehlung der Drucklüftungsanlage und Warmwasserheizung für dieses Mal wegen des sehr hohen Kostenpreises Abstand nehmen zu müssen geglaubt und dann die Nachtheile und Vortheile des bisher hier angewandten Luftheizungssystems eingehend erörtert und dabei die Frage besprochen, inwiefern das jetzt von der Städtischen Bauverwaltung vorgeschlagene System der Luftheizung zur Anwendung zu bringen sein würde. Letztere Heizungsart unterscheidet sich von der ersteren dadurch, daß in der Luftkammer, in welche



die kalte Luft von außen einströme, die Luft nicht durch eiserne Röhren direct von der Flamme aus erwärmt werde, sondern daß man in den Röhren heißes Wasser circuliren lasse, wodurch der Uebelstand der Heißluftheizung vermieden werde, daß bei der Undichtigkeit der Röhren die heiße Luft in die Luftkammer und von da in die Schulzimmer komme. Vom theoretischen Standpunkte aus sei es also als ein entschiedener Vortheil zu bezeichnen, daß statt der Feuerluftheizung eine Heißwasserluftheizung eingeführt werde. Das neue System lasse sich noch nicht mit unbedingter Sicherheit beurtheilen, weil noch zu wenig Erfahrungen darüber vorlägen, in den Häusern aber, wo dasselbe angenommen, habe man noch keine Veranlassung zu Klagen gehabt, und habe auch der Stadtbaurath Winter erklärt, daß seiner Ueberzeugung nach die Volksschulen durch das neue Heizsystem eine wesentliche Verbesserung erfahren würden, und persönlich dazu gerathen, das System einzuführen. Nach einer Erklärung des Dr. Morgenstern in Göttingen könnten die Zimmer auch bei der strengsten Kälte durch diese Heizungsart binnen ganz kurzer Zeit erwärmt werden. Auch im Reichstage habe sich dieselbe bewährt. Ferner sei auch vorgeschlagen, die Thermometer in den Schulzimmern mit dem betreffenden Locale des Heizers im Souterrain telegraphisch zu verbinden, so daß letzterer stets in der Lage sei, die Temperatur in den Schulzimmern zu controliren. In der Commission sei man indeß verschiedener Meinung über diesen Vorschlag gewesen; einige hielten eine derartige Einrichtung für bedenklich, andere begrüßten sie mit Freuden. Die Commission halte es deshalb für das Richtigste, dem Magistrate darüber, ob sich die Anlage einer derartigen telegraphischen Leitung, die nach einer Erklärung des Stadtbauraths Winter etwa 1000 M kosten würde, empfehle, die weiteren Nachforschungen zu überlassen. In der Commission sei ferner darauf hingewiesen worden, daß, wenn die Versammlung sich für die Anwendung der Heißwasserluftheizung bei der neuprojectirten Mädchenschule entscheide, dieselbe dann auch zweckmäßig in der vor dem Petritthore zu erbauenden Volksschule einzurichten sein würde. Die Commission gebe anheim, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Es geschieht dies ohne Debatte.

Sodann

VI. erfolgt, von Herrn Wolff erstattet, der Bericht der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 22. d. Mts., die Erweiterung des städtischen Gaswerks betreffend.

Die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke hat in einem umfassenden Berichte auf die Unzulänglichkeit der Einrichtungen der Gasanstalt gegenüber dem stetig anwachsenden Gasverbrauche hingewiesen und daran den Antrag geknüpft, nicht nur verschiedene Erweiterungen des gegenwärtigen Gaswerks mit einem Kostenaufwande von 373 430 M vorzunehmen, sondern auch zum Neubau eines zweiten

Gaswerks 715 000 M zu bewilligen. Die Verwaltungsdeputation anerkennt die Nothwendigkeit der Ergreifung von Maßregeln, welche den Gasbedarf für öffentliche wie für Privat Zwecke zu sichern geeignet sind, hält aber dafür, daß die Art und der Umfang dieser Maßregeln abhängig gemacht werden müsse von principieller Entscheidung der Vorfrage, ob nicht auf stadtseitige Einrichtung von Stationen für Abgabe electrischen Lichts Bedacht zu nehmen sein mögte. Magistrat und Deputation sind darin einverstanden, daß es unbedingt versucht werden müsse, in Bezug auf die Anwendung der Electricität auch für städtische Zwecke zu einer gewissen Klarheit zu kommen. Man hat sich gedacht, daß der Magistrat sich mit verschiedenen electrischen Bauanstalten in Verbindung setzen sollte, um Vorschläge zur Errichtung einer oder mehrerer electrischer Anstalten in hiesiger Stadt zu machen. Ob dabei die der Stadt zur Verfügung stehende Wasserkraft, vielleicht diejenige bei Eisenbüttel, zur Verwendung kommen soll, würde selbstverständlich noch von näheren Erwägungen abhängen. Ferner würde durch öffentliche Aufforderung zu ermitteln sein, ob eine genügende Anzahl von Personen in der Stadt sei, die sich auf eine gewisse Zeit hin zur Abnahme von Electricität verpflichten. Magistrat, Deputation und Finanzcommission haben einmüthig geglaubt, daß man es sich schuldig sei, den Mitbürgern die Möglichkeit zu bieten, die electrische Beleuchtung, die Beleuchtung der Zukunft, zu benutzen, und wird es von den im Laufe des Sommers anzustellenden Ermittlungen abhängen, ob zur Errichtung einer electrischen Anstalt geschritten werden soll. Jedenfalls muß sich die Stadt etwaigen Privatunternehmungen gegenüber die Priorität sichern, denn je mehr derartige Unternehmungen zur Herstellung der Electricität durch Dampfmaschinen oder sonstige Motoren sich bilden, desto weniger gut würden sich die Chancen für die Stadt gestalten, wenn sie später mit der Errichtung einer Anstalt vorgehe. Die Deputation glaubt auch sicher, daß die Versammlung das Princip billigen werde, alles mögliche zu versuchen, um den Mitbürgern zu zeigen, daß man in dieser Beziehung nicht hinter anderen Städten zurückbleiben wolle. In anderen Städten, namentlich in Berlin, ist man bezüglich der electrischen Beleuchtung schon vorgegangen, immerhin beträgt die Zahl der electrischen Flammen gegenüber den Gasflammen heute erst etwa 5 %. Die Electricität ist eben noch zu theuer dem Gase gegenüber; eine electrische Flamme kostet in Berlin zur Zeit 4  $\mathcal{M}$  pro Stunde, eine Gasflamme dagegen nur 1,8  $\mathcal{M}$ . Die electrische Beleuchtung hat aber ganz bedeutende Vorzüge, namentlich hält sie die Luft rein und erwärmt dieselbe nicht. Da sie besonders für elegantere Wohn- und Geschäftsräume den Vorzug vor dem Gase verdient, so kann man annehmen, daß wenn die Produktionskosten in Braunschweig nicht zu hoch zu stehen kommen, sich eine große Anzahl Consumenten finden wird. Man kann aber auch mit Bestimmtheit erwarten, daß die Electricität mit der Zeit weit billiger zu stehen kommen wird als heute. Dies sind die Gesichtspunkte, welche in erster Reihe die Deputation

und nachher auch den Magistrat bewogen haben, vom Neubau einer zweiten Gasanstalt einstweilen abzusehen.

Die Deputation hat nun im Einverständnisse des Stadtmagistrats alle diejenigen Baulichkeiten und Einrichtungen zusammengestellt, welche sofort und unbedingt ausgeführt werden müssen, um das Werk leistungsfähiger zu machen und die gegenwärtigen Betriebseinrichtungen zu verbessern bez. zu sichern. Dieselben sind folgende:

- 1) Vier complete neue Generatoröfen . . . . . 66400 M.

Vermittelt diese Öfen würden täglich 20000 cbm Gas erzeugt werden können, 8000 im alten und 12000 im neuen Gaswerke. Im December v. J. sind bereits 18000 cbm der höchste Tagesverbrauch gewesen, so daß eine Vermehrung der Leistungsfähigkeit von nur 10 % erzielt werden wird.

- 2) Ein Condensatorrohr . . . . . 4500 M.

- 3) Ein neuer Reinigungsapparat in der alten Fabrik . . . . 4700 M.

- 4) Erweiterung der Reinigungsanlage in der neuen Fabrik durch Anlage zweier neuer Reinigungsapparate . . . . . 17100 M.

- 5) Schuppen für gebrauchte Reinigungsmasse . . . . . 800 M.

- 6) Erweiterung des Kohlenschuppens . . . . . 18130 M.

- 7) Portierhaus, Mauer und Thorweg an der Bahnhofstraße  
incl. Möbeln . . . . . 3300 M.

Die jetzige Anstalt ist in Bezug auf Verschließung und Controle höchst ungenügend, welchem Uebelstande durch Errichtung eines Portierhauses abgeholfen wird. Zur Portierstelle sollen halbinvalide Kräfte aus dem Fabrikpersonal genommen werden, so daß eine Mehrbelastung des Werks durch Anschaffung dieser Stelle nicht entstehen wird.

- 8) Aufstellung eines alten Theerscheiders in der alten Fabrik incl. Rohrleitungen . . . . . 3500 M.

Dieser Theerscheider ist nur unter der Bedingung beantragt worden, daß der vor kurzem aufgestellte sich bewährt. Um nämlich für den Theer, der jetzt im Uebermaaß erzeugt wird und immermehr im Preise sinkt, Käufer zu finden, ist es nöthig, denselben so vollkommen wie irgend möglich herzustellen.

Die Ausgaben betragen insgesammt 118430 M.

Der Magistrat beantragt, diese Baulichkeiten und Einrichtungen zu genehmigen und die Kosten aus dem Reservefonds des Gaswerks zu bewilligen, welchem Antrage sich die Finanzcommission anschließt.

Die Deputation hat ferner für dringend angezeigt erachtet, alsbald einen, nicht lediglich zur Aufstellung eines Gasbehälters, vielmehr nöthigenfalls auch zur

Errichtung einer vollständigen zweiten Gasanstalt ausreichenden, im Norden der Stadt belegenen Grundstück-Complex im Umfange von etwa 2 ha stadtheilig zu erwerben. Sie geht dabei von folgenden Erwägungen aus: Um die in einzelnen Stadttheilen recht mißlich gewordenen Gasdruckverhältnisse auszugleichen und namentlich den Consumenten in dem nördlichen Stadttheile ihre Rechte zu wahren, sei es erforderlich, in jener Gegend mindestens einen Gasometer aufzustellen. Wenn dieses aber geschehen solle, dann müsse man vorsichtshalber auch gleichzeitig die Möglichkeit im Auge haben, daß die fortwährend steigende Erweiterung der Stadt trotz Einführung der electrischen Beleuchtung die Errichtung eines zweiten Gaswerks erforderlich machen könnte. Die Ansicht der Direction, daß das Gas seine Rolle auch nach Einführung der Electricität noch nicht ausgespielt habe, werde von Magistrat wie Deputation getheilt. Der Verbrauch des Gases werde späterhin allerdings nicht mehr zunehmen, es stehe aber auch kein Minderverbrauch zu befürchten, denn was es auf der einen Seite einbüße, werde es auf der anderen wieder gewinnen. Dem Gase sei noch ein weites Feld geboten in der Erwärmung von Zimmern, beim Kochen und im Verbrauch zu technischen Zwecken. Wenn es dann noch zu ermöglichen wäre, das Gas zur Tageszeit billiger zu liefern als in den Abendstunden, dann würde ein Minderverbrauch gewiß nicht zu befürchten sein.

Diesen Ansichten beitreten, ersucht der Magistrat ferner die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Deputation ermächtigt werde, einen zur Aufstellung eines Gasbehälters in nördlicher Stadtgegend geeigneten und nöthigenfalls auch zur Anlage einer selbstständigen Gasfabrik ausreichenden, mithin etwa 2 ha umfassenden, Complex von Grundstücken für die Stadt zu erwerben.

Bezüglich dieses Punktes ist aber die Commission der Meinung, daß eine bessere Garantie für eine zweckmäßige Lösung des Kaufgeschäfts geboten sei, wenn dasselbe vom Magistrat in Gemeinschaft mit der Finanzcommission besorgt werde. Letztere gebe deshalb die Genehmigung des Magistratsantrags mit der Modification anheim, daß nicht die Deputation sondern der Magistrat im Einverständnisse der Finanzcommission die nöthigen Grundstücke für die Stadt erwerbe.

Herr Günther erklärt sich, obwohl die angeforderten Mittel anscheinend sehr hoch gegriffen seien, für die Erweiterung der Gasanstalt, da er sich nach den Ausführungen des Herrn Referenten von der Nothwendigkeit dieser Baulichkeiten überzeugt hat. Die electrische Beleuchtung sei jetzt überall so stark im Anmarsche begriffen, daß man sie auch bald in unserer Stadt bekommen werde und es freue ihn, daß der Magistrat sich endlich mit der Sache befaßt habe, die man hoffentlich nicht auf die lange Bank schieben werde, damit sich nicht erst wieder Privatunternehmer dahinter stecken. Es würden sich eine Menge Leute finden, die von der electrischen Beleuchtung Gebrauch zu machen wünschen. Mit der Anlage eines

neuen zweiten Gaswerks kann sich Redner aber der ungemein hohen Opfer wegen für jetzt noch nicht einverstanden erklären, wenn er auch dem Ankauf eines Grundstückes zu gedachtem Zwecke nicht gerade unsympathisch gegenübersteht.

Nachdem Herr Halle noch empfohlen hat, bei dem Ankaufe des erforderlichen Platzes eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe von Angeboten zu erlassen, da auf dem Wege der Concurrenz der Preis jedenfalls bedeutend heruntergehen werde, gelangen die Magistratsanträge mit der von der Commission vorgeschlagenen Modification zur Annahme.

VII. Nach Artikel 5 des zwischen Staat und Stadt am 1./10. August 1858 abgeschlossenen Vertrags, sollen zu den Kosten der Straßenbeleuchtung, welche die städtische Verwaltung unter Mitwirkung der Herzoglichen Polizeidirection feststellt, vom Staate auf jede 1000 ₰ — 305 ₰ beigetragen werden. Die Auslegung dieser Bestimmung in Bezug auf die Frage, ob unter „Straßenbeleuchtung“ auch die Beleuchtung der Straßen des äußern Stadtgebiets mit zu verstehen und danach der Beitrag des Staats bemessen werden müsse, ist streitig geworden. Als nach der im Jahre 1877 stattgehabten Vermehrung der Straßenlaternen bei Herzoglichem Staatsministerium der Antrag gestellt wurde, den vertragsmäßigen Zuschuß zu den gesamten Beleuchtungskosten zu 45284 M in Höhe von 13811,62 M zu leisten und fortan bei Berechnung des Staatszuschusses im Verhältniß von 1000 zu 305 nicht nur die Anzahl der Laternen der Innenstadt, sondern auch diejenigen der Außenstadt mit zu Grunde zu legen, wurde der verlangte Zuschuß bis auf Weiteres gewährt, jedoch die Ansicht ausgesprochen, daß der Staat nur zu einem Zuschuß im gedachten Verhältniß zu den Beleuchtungskosten der Innenstadt verpflichtet sei. Verschiedene vom Magistrate unternommene Versuche, das Herzogliche Staatsministerium zur Anerkennung der Verpflichtung des Staats zur Leistung des vertragsmäßigen Zuschusses zu den gesamten Beleuchtungskosten zu bestimmen, sind ohne Erfolg geblieben und ist der staatsseitige Zuschuß bis zum Jahre 1886 unverändert geblieben. Nachdem inzwischen die Zahl der Laternen, zu deren Beleuchtung die Regierung nach ihrer eigenen Erklärung beizutragen hat, auf 809 gestiegen und der Zuschuß des Staats auf mindestens 14804,70 M zu erhöhen war, hat der Magistrat mit Zustimmung der Stadtverordneten die einstweilige Vereinbarung vom Jahre 1886 aufgerufen und hat darauf Herzogliches Staatsministerium zwar den staatsseitigen Zuschuß vom 1. Januar d. J. an auf den Betrag von jährlich 14804,70 M erhöht, den weitergehenden Antrag, den staatsseitigen Zuschuß um 7686 M, also auf jährlich 22490,70 M ( $\frac{305}{1000}$  von 73740 M), zu erhöhen, dagegen abgelehnt. Da nun aber die Straßenbeleuchtungskosten bei der raschen Entwicklung der Außenstadt immer bedeutender und somit die Differenz zwischen dem der Stadt — nach Ansicht der städtischen Behörden — vertragsmäßig zukommenden Staats-

Zuschüsse einerseits und dem thatsächlich gewährten Zuschüsse andererseits immer größer werden wird, so hält es der Magistrat für angezeigt, die gedachte Streitfrage im Wege des Processes zum Austrage zu bringen. Ein eingeholtes Rechtsgutachten spricht sich dahin aus, daß der Staat zu den gesamten Straßenbeleuchtungskosten beizutragen hat. Der Magistrat hält für angemessen, daß zunächst der für das laufende Jahr verweigerter Zuschuß von 7686 M. eingeklagt werde, und ersucht die Versammlung mittelst Schreibens vom 17. d. Mts., ihn hierzu zu ermächtigen.

Herr Heymann, welcher namens der Statutencommission über die Angelegenheit berichtet, glaubt von einer speciellen Erörterung der juristischen Frage, bei welcher auf die mehrere Jahrhunderte zurückreichende Entstehungsgeschichte zurückgegriffen werden müsse, Abstand nehmen und sich nur auf die Wiedergabe der in der Commission geäußerten Meinung, daß die von den städtischen Behörden dem Herzoglichen Staatsministerium gegenüber vertretene Ansicht sich sehr wohl begründen lasse, beschränken zu sollen. Der Kernpunkt liege darin, daß ein Beleg für die Ansicht des Herzoglichen Staatsministeriums, der Staat habe nur zu den Beleuchtungskosten der Innenstadt beizutragen, weder in der Vorgeschichte noch in den bei dem Zustandekommen des Vertrags gepflogenen Verhandlungen zu finden sei. Da nun auch, abgesehen von den Proceßkosten, ein Nachtheil aus einem Proceß für die Stadt nicht entstehen könne, während, wenn derselbe gewonnen werde, gegründete Aussicht vorhanden sei, daß der Staat den verweigeren Zuschuß in Zukunft auch ohne Proceß freiwillig tragen werde, so gebe die Commission die Annahme des Magistratsantrags anheim.

Der Herr Vorsitzende hebt noch hervor, daß nach Ansicht der Commission die Sache für die Stadt günstig liege und empfiehlt unter dem Bemerken, daß selbst eine längere juristische Erörterung des Für und Wider eine gründliche Prüfung für den Augenblick unmöglich machen würde, der Commission das Vertrauen zu schenken, daß sie die Interessen der Stadt im Auge habe, und ihrem Vorschlage zu entsprechen,

worauf der Magistratsantrag angenommen wird.

VIII. beschließt die Versammlung einem weiteren, von Herrn Heymann für die Statutencommission erstatteten Bericht gemäß, den Stadtmagistrat auf seinen Antrag vom 18. d. Mts. zur Führung eines Processes gegen die Wittwe Heyrath, geb. Pommer, welche, obwohl nicht unbemittelt, die Rückerstattung der stadtseitig zur Verpflegung ihres verstorbenen Sohnes, des Cigarrenmachers Wilhelm Heyrath, aufgewendeten Kosten im Betrage von 249 M. verweigert hat, zu ermächtigen.

IX. Zur Anlage der Ringstraße zwischen der Helmstedterstraße und der Raftanienallee ist der Ankauf des auf dem vorliegenden Situationsplane mit b c c<sup>1</sup> g<sup>1</sup> b umschriebenen, etwa 7 a 50 qm haltenden, Terrains erforderlich. Der Eigenthümer des an der Helmstedterstraße belegenen Grundstücks, zu welchem jenes Terrain gehört, verlangt für das ganze Grundstück 30 900 M und für das nur zur Straße erforderliche Terrain 12 M pro qm. Die Städtische Bauverwaltung schätzt aber den Werth des ganzen Grundstücks nur zu 19 000 M und den Werth des Grund und Bodens, entfernt von der Straße, nur zu 5 M pro qm, weshalb der Magistrat die Versammlung unterm 21. d. Mts. ersucht, sich mit der Expropriation des zur Straßenanlage erforderlichen Terrains einverstanden zu erklären.

Auf Befürwortung des Referenten der Finanzcommission, Herrn Sievers, wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

X. wird auf Grund eines Berichts des Herrn Lüderßen beschlossen, dem Antrage des Magistrats vom heutigen Tage gemäß die von dem Kunstgärtner Rick gegen die für die Westseite der Schuhstraße am Eingange vom Kohlmarkte festgesetzte Baulinie erhobene Einwendung als unbegründet zurückzuweisen.

### Schließlich

XI. nimmt Herr Reiche noch das Wort zur Begründung seines selbstständigen Antrags:

die Stadtverordnetenversammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, ein Statut zu entwerfen und ihr vorzulegen, durch welches geregelt werde, wo und unter welchen Umständen künftig die Anlage von Fabriken, speciell solcher mit Dampfbetrieb, zu gestatten ist.

Die jetzige Art und Weise, wie bei Gesuchen um Anlegung von Fabriken verfahren werde, enthalte eine Belästigung für den Erbauer sowohl, wie für die Anwohner und Behörden. Sobald die Erlaubniß zur Anlegung einer Fabrik nachgesucht werde, petitionirten sofort die betreffenden Anwohner, dem Gesuche nicht zu entsprechen. Auch hätten diejenigen, welche Wohnhäuser zu bauen beabsichtigen und neben ihrem zu bebauenden Grundstücke noch unbebautes Land liegen haben, immer zu befürchten, daß über kurz oder lang hart an ihrer Grenze eine Fabrik erbaut werde, was wiederum zu vielen Petitionen Veranlassung gebe. Aber auch nachdem die Fabrik hergestellt, beruhigten sich die Anwohner noch nicht, denn wenn sie durch Rauch oder sonst irgend wie belästigt würden, so bleibe ihnen immer noch übrig, den Weg der Klage zu beschreiten und je öfter gegen den Fabrikherrn Klage erhoben und zu seinen Ungunsten entschieden werde, desto größer gestalte sich die von demselben zu erlegendende Strafe. Der Chicane sei auf diese Weise Thür und Thor geöffnet. Da nun jetzt durch Anlage der Ringstraße feste Normen für die

Erweiterung der Stadt geschaffen seien, so halte er es für geboten, daß ein Regulativ in Kraft trete, durch welches die Anlage von Fabriken geregelt werde. Berlin habe z. B. ein solches Regulativ.

Nachdem der Antrag, genügend unterstützt, der Statuten-Commission überwiesen ist,

erfolgt Schluß der öffentlichen Sitzung.

In der nachfolgenden vertraulichen **gemeinschaftlichen Sitzung** werden Steuerreclamationen in der Recursinstanz erledigt.

---



# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 2. Juni 1887.

Öffentlich:

- I. Vertrag mit dem Fabrikanten von Boigtländer.
- II. Begräbnung der Grenze des katholischen Friedhofs.
- III. Baulinie im Hutfilzern.
- IV. Verträge mit dem Bauunternehmer Jung wegen der Okerstraße.
- V. Erweiterung der Befugniß der Canalbaudeputation.
- VI. Abtretung einer Straßengrundfläche. (Brennecke).
- VII. Nachverwilligung von Kosten für die Wiesenstraße.
- VIII. Verwilligung eines Hypothekendarlehns an Zimmermann Koch.
- IX. Nachverwilligung von Kosten für das Standesamtsgebäude.
- X. Abtretung einer Grundfläche am Damme zur Straße.
- XI. Kleinere Anschaffungen für die Realschule.
- XII. Parcellirung des Henneberg'schen Grundstücks.
- XIII. Erwerb des früher Graupner'schen Grundstücks in der Maschstraße.
- XIV. Zwangsenteignung von Grundstücken zwischen der Celler- und Hamburgerstraße.
- XV. Uebernahme eines Theils der Adolfsstraße seitens der Stadt.
- XVI. Erweiterung des Rohrnetzes für Gas und Wasser.
- XVII. Ausführung der projectirten Kreisaneihe.
- XVIII. Erwerb eines Terrainsstreifens zum Schulgrundstücke an der Maschstraße.
- XIX. Anlage der Hedwigstraße und der von derselben nach der Cammannstraße abzweigenden Straße durch Kaufmann Klie und Gärtner Ebeling.
- XX. Erwerb von Terrain zur Verbreiterung des Mittelweges, der Biewegstraße und der Kreuzstraße.
- XXI. Interpellation des Herrn Bültemann, Verbreiterung der Campestraße am Bieweg'schen Garten betreffend.
- XXII. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß, die Expropriation des Klusmann'schen Grundstücks an der Helmstedterstraße betreffend.

- XXIII. Desgl. desselben, die Einrichtung einer Revisionsinstanz beim städtischen Bauwesen und die Vergebung von Arbeiten im Gebiete der Stadtverwaltung betreffend.
- XXIV. Desgl. des Herrn Reiche, die Verbreiterung der Majdstraße am Wellmann'schen Grundstücke betreffend.
- XXV. Mittheilung des Herrn Wille, die etwaige polizeiseitige Beanstandung der Bleianschlußröhren der städtischen Wasserleitung betreffend.

Vertraulich:

Wahl eines Armenpflegers.  
Steuerreklamationen.

Entschuldigt die Herren Burcharb, Hollmann und Jasper. Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Gerichtsassessor Glindemann.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest Herr Oberbürgermeister Pockels das folgende von Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Albrecht eingegangene Schreiben:

„Der Stadtmagistrat und die Stadtverordneten der Residenzstadt Braunschweig haben Mich durch die Mir anlässlich Meines unter Gottes, des Allmächtigen, gnädigem Beistande am 8. dieses Monats vollendeten fünfzigsten Lebensjahres dargebrachten warmen Glück- und Segenswünsche, die Meinem Herzen wahrhaft wohl gethan haben, hoch erfreut.

Indem Ich den beiden Körperschaften für solche Wünsche und die in der bezüglichlichen kunstvollen Adresse dargelegten Gefinnungen Meinen aufrichtigen Dank sage, hoffe auch Ich zu Gott, daß es Mir als Regenten des Herzogthums Braunschweig vergönnt sein möge, unterstützt durch die treue Hingebung und Mitarbeit der Einwohner, neben der Wohlfahrt des ganzen Landes auch diejenige der Residenzstadt Braunschweig nach Thunlichkeit weiter zu fördern.

Hannover, den 19. Mai 1887.

(gez.) Albrecht, Prinz von Preußen.

An  
den Stadtmagistrat und die Stadtverordneten-Versammlung  
der Residenzstadt Braunschweig.“

Die Versammlung hörte die Verlesung stehend an.

Ferner bemerkte Herr Oberbürgermeister Pockels in Erwiederung der von Herrn Heymann in letzter Sitzung gestellten Anfrage wegen Heranziehung der Offiziere zur Communalsteuer, daß nach eingezogener Erkundigung die Landesregierung beabsichtige, unter Zustimmung des Ausschusses der Landes-Versammlung ein bezügliches Einführungsgezet so zeitig zu erlassen, daß dasselbe mit dem 1. Juli c. in Kraft treten könne.

Nachdem sodann die mit einer Einladung des hiesigen Gabelsberger Stenographenvereins zum Besuche des am 12. dies. Mts. stattfindenden 6. Braunschweig-Hannoverschen Stenographentages eingegangenen Programme vertheilt sind, werden die Protokolle *N.* 5 vom 14. April und *N.* 6 vom 28. April c. zur Genehmigung verstellt.

*N.* 5 wird ohne Weiteres genehmigt,

wogegen zu *N.* 6 zu bemerken ist, daß es auf S. 89 am Schlusse der Rede des Herrn Günther nicht „zu dem Stadtbauamte“ sondern „zu dem Stadtmagistrate“ heißen muß, und daß durch ein Versehen in der Druckerei unter den wegen Abwesenheit Entschuldigten der Name des Herrn Rieke fortgelassen ist. Unter Vorbehalt der hiernach nöthigen Berichtigung wird auch dieses Protokoll genehmigt.

Zu Deputirten zu dem am 17. und 18. dieses Monats in Holzminden stattfindenden 4. Braunschweigischen Städtetage werden die Herrn Blasius und Ramdohr bestimmt.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden die beiden ersten Punkte, selbstständige Anträge der Herren Blasius und Reiche auf Unterstützung der Klages'schen meteorologischen Station bezw. auf Regelung der Anlage von Fabriken, da es zur Verathung dieser Gegenstände noch der Beschaffung weiteren Materials bedarf.

Sodann

I. referirt Herr Sievers namens der Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 28 April c., den Erwerb von Terrain an der Campestraße betreffend.

In der Sitzung vom 18. October vorigen Jahrs ist auf Antrag des Magistrats beschlossen worden, vom Fabrikanten von Voigtländer eine zur Campestraße zu ziehende, auf dem vorliegenden Situationsplane mit *s<sup>1</sup> q s<sup>11</sup> s<sup>1</sup>* bezeichnete, 12 qm große Fläche im Wege der Expropriation zu erwerben. Da v. Voigtländer indeß seine früher gestellte Forderung von 16 M pro qm auf den angemessen erscheinenden Preis von 10 M ermäßigt hat, so ist mit demselben unterm 7. April c. ein notarieller Vertrag abgeschlossen, dessen Genehmigung der Magistrat anheim giebt.

Von der Commission empfohlen, wird der Magistratsantrag angenommen.

II. Ueber das Magistratschreiben vom 6. April c., die Begradigung der Grenze des katholischen Friedhofs betreffend, berichtet Herr Natalis für die Finanzcommission.

Der Kirchenvorstand zu St. Nicolai beabsichtigt, den Friedhof der katholischen Gemeinde mit einem neuen Stacket einfriedigen zu lassen. Da es wünschenswerth erscheint, bei dieser Gelegenheit eine Begradigung der Friedhofsgrenze vorzunehmen, so hat der Magistrat im Einverständnisse des Stadtbauamts mit dem genannten

Kirchenvorstande eine Vereinbarung dahin getroffen, daß der katholischen Gemeinde eine, auf dem betreffenden Lageplane mit a b c a umschriebene, 70 qm haltende Parcellen zu Eigenthum überlassen, dagegen von derselben die mit c e d c umschriebene, 11 qm große Fläche zur Straße abgetreten und der Betrag von 200 M an die Stadtcasse gezahlt wird. Außerdem hat der Kirchenvorstand sich verpflichtet, auf dem dem Friedhofe zuzulegenden Terrain keine Beerdigungen vorzunehmen, sondern dasselbe zu parkartigen Anlagen zu verwenden. Der Magistrat ersucht, die Vereinbarung zu genehmigen.

Es geschieht dies auf Befürwortung der Commission ohne Weiteres.

III. berichtet Herr Nieß über die Magistratsvorlage vom 25. April c., die Feststellung einer Baulinie im Gutfiltern betreffend.

Anlässlich der Neubebauung des Grundstücks des Uhrmachers Spohr im Gutfiltern N. 10 hatte das Stadtbauamt für den betreffenden Straßentheil eine Baulinie vorgeschlagen, welche ein Zurücktreten des Spohr'schen Hauses hinter die Nachbarhäuser um 2,6 m verlangt. Da jedoch die Ausführung dieser Baulinie voraussichtlich auf eine längere Reihe von Jahren die Bildung unschöner Winkel, späterhin aber die Zahlung sehr erheblicher Entschädigungen für zur Straße abzutretendes Terrain zur Folge haben würde, so hat sich der Magistrat für eine andere, auf dem vorliegenden Situationsplane mit a b bezeichnete Baulinie entschieden, durch welche eine Verbreiterung der Straße von 8 bez. 9 m auf 10 m erzielt werden wird, und beantragt derselbe, da das Stadtbauamt sich in Würdigung der vorgetragenen Gründe jetzt gleichfalls mit letztgedachter Baulinie einverstanden erklärt hat, dieselbe zu genehmigen.

Die Commission tritt dem Magistratsantrage bei.

Herr Halle empfiehlt, die weiter zurücktretende Baulinie zu wählen, weil die vom Magistrate vorgeschlagene nicht die Verbreiterung bringe, wie sie bei dem lebhaften Verkehre des Gutfiltern durchaus nothwendig sei. Da sich heute die Gelegenheit zur Verbreiterung dieser lebhaften Straße biete, so sollte man sie auch nach Möglichkeit wahrnehmen und nicht eine Baulinie wählen, welche wiederum auf über hundert Jahre eine Straßenbreite vorschreibe, die für den Verkehr unzureichend sei.

Herr Wille stimmt für die vom Magistrate vorgeschlagene Baulinie, weil, wenn man dem Wunsche des Herrn Vorredners gemäß die andere Linie wählte, durch das Vortreten der Nachbarhäuser ein Zustand geschaffen werden würde, wie man ihn über 50 Jahre auf dem Wohlwege habe ertragen müssen; denn die Häuser anzukaufen und zu beseitigen, dazu sei ja gar keine Aussicht vorhanden.

Herr Schwarzenberg ist gleichfalls für die magistratsseitig vorgeschlagene Baulinie.

Herr Reuter: Das Stadtbauamt sehe mehr von der finanziellen Seite ab und suche thunlichst rationell zu verfahren; es wisse sehr wohl, daß seine Beschlüsse nicht endgültig seien und schließe sich daher in der Regel den Ansichten des ersten städtischen Baubeamten an. Zu der heutigen Vorlage müsse noch erwähnt werden, daß bei der vom Magistrate vorgeschlagenen Verbreiterung der Straße auf nur 10 m die an der Straße zu erbauenden Häuser einer Bestimmung der Bauordnung zufolge die Höhe von 14,5 m nicht übersteigen dürften. Diese Höhe reiche aber für 4 Etagen nicht aus, man werde sich also mit 3 Etagen begnügen müssen, wodurch die Erträgnisse des Neubaus wesentlich vermindert würden. Nichts destoweniger sei er der Ansicht, daß wenn es der Verkehr nicht durchaus erfordere, man bei der Wahl von Baulinien nicht allzu tief in den Geldbeutel greifen solle. Aus finanziellen Rücksichten werde er daher für den Magistratsantrag stimmen.

Die vom Magistrate empfohlene Baulinie wird darauf genehmigt.

IV. Zufolge Magistratschreibens vom 23. April c., über welches namens der Statutencommission Herr Lüderßen berichtet, ist dem Tischlermeister Jung im Einverständnisse des Stadtbauamts gestattet worden, auf dem an der Osterstraße belegenen vormals Bewig'schen Grundstücke unter gewissen Bedingungen drei Wohnhäuser zu errichten. Ueber diese Bedingungen, zu deren Sicherstellung Cautionen in Höhe von 1500 M und 5100 M bestellt sind, sowie über die von der Stadt dabei zu übernehmenden Verpflichtungen, hat der Magistrat mit Jung unterm 9., 18. und 19. März c. notarielle Verträge abgeschlossen, welche der Versammlung heute zur Genehmigung vorliegen.

Referent unterzieht diese Verträge einer genaueren Besprechung und empfiehlt deren Genehmigung,

die sodann ohne Weiteres ausgesprochen wird.

V. Durch Beschluß der Versammlung vom 4. März v. J. ist eine aus einem Magistratsmitgliede und zwei Stadtverordneten bestehende Deputation zur Leitung und Ueberwachung der Canalisation der südöstlichen Außenstadt und der Schleinitzstraße mit der Neuen Promenade und Spielmannsstraße gebildet worden. Unter näherer Darlegung der Gründe beantragt nun der Magistrat in seinem Schreiben vom 30. April v. J., die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß der der Canalbaudeputation ertheilte Auftrag auf die Leitung der sämtlichen außerstädtischen öffentlichen Canalisationen erstreckt werde.

Gemäß des Vorschlags der Commission, für welche Herr Wolff berichtet, wird die beantragte Zustimmung ausgesprochen.

Wie

VI. Herr Nieß namens der Baucommission vorträgt, beabsichtigt Fräulein Brennecke auf ihrem Gliesmaroderstraße Nr. 24 belegenen Grundstücke neuzubauen und ist genöthigt, behufs Innehaltung der für diese Straße festgestellten Baulinie das auf dem betreffenden Lageplane mit f g h i f umschriebene, 4 qm haltende, Straßenterrain zu erwerben. Sie hat sich erboten, pro qm 15 M., im Ganzen mithin 60 M., zu zahlen und giebt der Magistrat, welcher diesen Kaufpreis für angemessen hält, mittelst Schreibens vom 5. v. Mts. anheim, den Verkauf des gedachten Straßenterrains unter dieser Bedingung zu genehmigen.

Gleich der Commission erklärt auch die Versammlung sich mit dem Verkaufe einverstanden.

VII. beschließt man auf Grund eines von Herrn Sievers für die Finanzcommission erstatteten Berichts, die bei Instandsetzung der Wiesenstraße dem Voranschlage gegenüber entstandene Mehrausgabe von 956,93 M., unter den in dem betreffenden Berichte der städtischen Bauverwaltung angeführten Umständen, nachzuverwilligen.

VIII. referirt Herr Natalis über ein Magistrats Schreiben vom 5. vor. Mts., welches Folgendes besagt:

Der Zimmermann Koch hat an der Bergstraße ein Wohnhaus erbaut und gebeten, ihm auf Grund des mit dem Particulier Halle abgeschlossenen Vertrages ein Darlehn von 12000 M. aus städtischen Mitteln zu gewähren. Da das Haus nach einem Berichte der städtischen Bauverwaltung einen Werth von 18400 M. hat, auch in der Landes-Brandversicherung zu 18375 M. versichert ist, für das erbotene Darlehn also ausreichende Sicherheit gewährt, so ersucht der Magistrat die Versammlung, das Darlehnsgeschäft unter den mit Halle vereinbarten Bedingungen zu genehmigen, auch ihn zu ermächtigen, die Mittel dazu, soweit erforderlich, durch den Verkauf von im Besitze der Stadt befindlichen Werthpapieren herbeizuschaffen.

Von der Finanzcommission empfohlen, wird dem Ersuchen des Stadtmagistrats debattelos entsprochen.

IX. Mittelst Handschreibens vom 13. v. Mts. übersendet der Stadtmagistrat die Rechnungsablage über den behufs Unterbringung des Standesamtes vorgenommenen Umbau des vormaligen zweiten Predigerhauses zu St. Martini, aus welcher sich ergibt, daß die verwilligte Summe von 10 950 M. um 2035,29 M. überschritten

ist. Wie der Magistrat unter Beantragung der Nachverwilligung letztgedachter Summe bemerkt, ist diese Mehrausgabe dadurch entstanden, daß verschiedene, erst nach Fortnahme der über die Baulinie hervortretenden Gebäudeecke sichtbar gewordene Mängel und Schäden beseitigt und einige bei Aufstellung des Dispositionsplans nicht zu erwarten gewesene Aenderungen vorgenommen werden mußten.

In Rücksicht darauf, daß es nicht gut möglich ist, einen inneren Umbau genau zu veranschlagen, empfiehlt der Referent, Herr Krahe, die Nachverwilligung der mehr verausgabten Gelder zu beschließen,  
was ohne Anstand geschieht.

X. berichtet Herr Natalis im Auftrage der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 10. v. Mts., die Abtretung von Terrain am Damme zur Straße betreffend.

Der Maurermeister Heise beabsichtigt auf seinem Damm Nris. 225 und 226 belegenen Grundstücke einen Neubau zu errichten und hat dabei behufs Innehaltung der vorgeschriebenen Fluchtlinie zwei, insgesamt 5,5 qm haltende, Parcellen zur Straße abzutreten, wofür er 150 M pro qm fordert. Der Magistrat hält diesen Preis für angemessen und ersucht die Versammlung, den über das Kaufgeschäft abgeschlossenen notariellen Vertrag vom 7. vor. Mts. zu genehmigen und die Zahlung aus dem Extraordinarium Cap. III M. 7 zu verwilligen.

Von der Commission empfohlen, gelangt der Magistratsantrag zur Annahme.

XI. wird gemäß des Magistratsantrags vom 17. vor. Mts., welcher von Herrn Schwarzenberg namens der Schulcommission zur Annahme empfohlen wird, beschlossen, zur Vergrößerung des kleinen Zeichenkaales in der städtischen Realschule und zur Anschaffung von Schulgeräthen 650 M aus etwaigen Ersparnissen oder Mehreinnahmen der Realschule event. bei Unzulänglichkeit der Mittel der letzteren, aus dem Dispositionsfonds der Stadtcasse zu verwilligen.

Sodann

XII. nimmt Herr Reuter das Wort, um im Auftrage der Baucommission über die Magistratsvorlage vom 17. vor. Mts., die Parcellirung des Henneberg'schen Grundstücks betreffend, zu berichten.

Um die Parcellirung vornehmen zu können, mußte zunächst die an der Nordseite des Grundstücks hinziehende, früher als Zugangsweg zur Holland'schen Bleiche benutzte Gasse erworben werden. Die Holland'sche Familie ist bereit, diese Gasse gegen Einräumung und Instandsetzung eines 10 m breiten Zufuhrweges von der neuanzulegenden Straße zur Bleiche unentgeltlich an die Stadtgemeinde abzutreten.

Dieser Zufuhrweg mußte im Wege des Austausches zwischen einem Theile des Henneberg'schen Gartens und der vorgedachten Gasse einerseits und dem Grundstücke des Particuliers Jürgens andererseits beschafft werden, auch empfahl es sich, bei dieser Gelegenheit eine neben der Obergstraße liegende, zur Zeit dem Particulier Jürgens verpachtete, Parcellen an die Anlieger abzutreten. Zur Regulirung dieser Verhältnisse hat der Magistrat mit dem Rechtsanwalt Holland und dem Particulier Jürgens am 4. Mai c. einen notariellen Vertrag nebst Nachtrag vom 16. Mai c. abgeschlossen. Soweit der Stadt aus den nach diesem Vertrage übernommenen Verpflichtungen Kosten erwachsen, sind dieselben von der Henneberg'schen Stiftung zu erstatten.

Die neu anzulegende Straße wird 9 Bauplätze erhalten, von denen der auf der vorliegenden Zeichnung mit IX bezeichnete auf Antrag der Städtischen Bauverwaltung einstweilen vom Verkauf ausgenommen ist, während die übrigen Bauplätze I—VIII öffentlich meistbietend versteigert sind. Die höchsten Gebote haben abgegeben:

- 1) Lotterie = Haupt = Collecteur Basilus auf die Bauplätze I und 2 (incl. Wohnhaus) . . . . . 57 000 M,
- 2) auf den Bauplatz III der Maurermeister L. Eicke mit . . . 16 230 M,
- 3) auf den Bauplatz IV der Maurermeister Emil Stege mit 12 200 M,
- 4) auf den Bauplatz V der Zimmermeister Johann Wilke mit 14 030 M,
- 5) auf den Bauplatz VI der Bauunternehmer Julius Klusmann mit 10 230 M,
- 6) auf die beiden Bauplätze VII und VIII zusammen der Tischlermeister August Wilkens mit . . . . . 22 330 M.

Der Magistrat hält sämtliche Höchstgebote für annehmbar und beantragt:

- 1) den notariellen Vertrag vom 4. Mai c. nebst dem Nachtrage vom 16. Mai c. gutzuheißen,
- 2) zu genehmigen, daß die Bauplätze I—VIII an die sub 1—6 aufgeführten Personen zu den daselbst gedachten Preisen und unter den im notariellen Protokolle vom 14. Mai c. enthaltenen resp. den diesem angeschlossenen Kaufbedingungen veräußert werden,
- 3) daß eventuell die neu anzulegende Straße auf den Namen des Rudolf-Stifts eingetragen werde.

Die Commission empfiehlt diese Anträge zur Genehmigung.

Herr Günther giebt zu erwägen, ob es sich nicht empfehle, auf dem Henneberg'schen Grundstücke ein Schulgebäude zu errichten, was doch in jener Gegend geschehen solle; er halte diesen Platz für den geeignetsten zu solchem Zwecke.

Herr Oberbürgermeister Pockels ist im Gegentheil der Ansicht, daß kaum ein Grundstück vor den Thoren sich so schlecht zur Anlage einer Schule eigne, als



grade das Henneberg'sche. Dem Herrn Vorredner sei offenbar die ganze Situation nicht gegenwärtig. Das Grundstück sei in der Straßenfront viel zu schmal, es habe eine bedeutende Tiefe, das Terrain sei aber auch wiederum sehr abschüssig. Die Magistratsanträge gelangen darauf zur Annahme.

XIII. Zur Verbreiterung der im Ortsbauplane in Aussicht genommenen Verbreiterung der Maschstraße ist die Hinzunahme des an der Ecke der Eulenstraße belegenen vormals Graupner'schen Grundstückes erforderlich. Die jetzigen Eigentümer dieses Grundstückes, Gebr. Löbbbecke und Co. haben dasselbe dem Magistrat für 10 000 M zum Kauf angeboten. Da diese Offerte annehmbar erscheint, so giebt der Magistrat der Versammlung anheim, sich mit dem Ankaufe des Grundstückes zu gedachtem Preise einverstanden zu erklären.

Durch den Referenten der Finanzcommission, Herrn Wolff, empfohlen, gelangt der Antrag nach kurzen Bemerkungen seitens des Herrn Niede und des Herrn Vorstehenden zur Annahme.

Darauf

XIV. referirt Herr Krahe, im Auftrage der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 11. v. Mts., die Zwangsenteignung von Grundstücken zwischen der Celler- und Hamburgerstraße betreffend.

Für die zur Anlage der Ringstraße zwischen den vorgedachten Straßen nöthigen Terrainstücke sind Forderungen gestellt, welche den Tagwerth mit wenigen Ausnahmen bedeutend übersteigen, und da auch keine Aussicht vorhanden, daß diese Forderungen ermäßigt werden, so giebt der Magistrat den Stadtverordneten anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß die in dem vorliegenden Verzeichnisse unter № 1—18 aufgeführten Terrainabschnitte expropriirt werden, und zu genehmigen, daß die von der Interessentschaft Hagen abzutretende Fläche (№ 19 des Verz.) zu 4,5 a zu dem angemessenen Preise von 1 M pro qm angekauft werde.

Die Commission schließt sich dem Magistratsantrage an, und wird derselbe, nachdem die Herren Schwarzenberg und Blasius erklärt haben, daß sie sich der Abstimmung enthalten werden, angenommen.

Weiter

XV. berichtet Herr Krahe im Namen der Baucommission, daß zufolge Magistratschreibens vom 16. v. Mts. der Architect Campe gebeten hat, den von ihm ausgebauten Theil der Abolfstraße als städtische Straße zu übernehmen. Nach einem Berichte der Städtischen Bauverwaltung würde diesem Ansuchen unter der Bedingung stattzugeben sein, daß Campe die Kosten der ordnungsmäßigen Wieder-

instandsetzung der fraglichen Straße zu 3600 M trägt. Campe ist hierzu bereit, hat aber gebeten, ihm mit Rücksicht darauf, daß die Straße zur Abfuhr von Schnee aus der Innenstadt und zur Anfuhr schwerer Steine zum Bau der Brücke an der Leonhardstraße erheblich abgenutzt sei, ein Drittel der Kosten zu erlassen. Die Städtische Bauverwaltung hält diese Forderung nicht für gerechtfertigt. Der Magistrat beantragt jedoch, einem Vorschlage des Kreisbaumeisters Lieff entsprechend, eine Entschädigung von 200 M zu verwilligen —

ein Antrag, welcher auf Befürwortung der Commission ohne Weiters genehmigt wird.

XVI. Der Gutmacher Wilhelm Sprung hat um Verlängerung des Wasserrohrs in der Eulenstraße nach seiner dort im Bau begriffenen Gutfabrik und um Zuführung von Gas dorthin gebeten. Ferner hat der Brauereibesitzer Balhorn, welcher auf seinem am Madamenwege belegenen Brauerei-Grundstücke eine zweite Gismaschine anzulegen beabsichtigt, um Legung eines weiteren Wasserrohrs im Madamenwege nachgesucht. Sodann ist vom Landwirth Wäse die Verlängerung des in der Helmstedterstraße belegenen Wasserrohrs bis zu seinem Grundstücke am Rautheimer Wege und von drei Anwohnern der Casernenstraße die Wasserzuführung zu ihren Grundstücken beantragt. Im Einverständnisse der Verwaltungsdeputation giebt der Magistrat anheim, die Mittel zu den vorgedachten Erweiterungen, und zwar zu 710,30 M aus dem Reservefonds des Gaswerks, und zu 5075,80 M aus dem Reservefonds des Wasserwerks, zu bewilligen.

Die Finanzcommission, für welche Herr Wolff referirt, tritt dem Antrage bei.

Herr Wilke bittet, bei dieser Gelegenheit doch endlich auch die Frankfurterstraße mit einer bessern Beleuchtung zu versehen,

wozu Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß er die Angelegenheit in der nächsten Sitzung der Deputation für die Verwaltung des Gaswerks zur Sprache bringen werde.

Der Magistratsantrag wird darauf genehmigt.

XVII. Die Versammlung hat am 14. April c. im Principe beschlossen, daß der hiesige Kreiscommunalverband 5 Millionen Mark zu Gunsten der Stadtgemeinde durch Ausgabe von  $3\frac{1}{2}$  procentigen Inhaberpapieren beschaffen, und daß diese Anleihe durch eine im Jahre 1891 beginnende Ausloosung von jährlich  $\frac{1}{2}$  0/0 und den ersparten Zinsen getilgt werden solle. Nachdem Herzogliches Staatsministerium diesem Beschlusse unter Vorbehalt der zu seiner Ausführung im Einzelnen noch erforderlichen staatlichen Genehmigungen die Zustimmung erteilt hat, beantragt der Magistrat nunmehr,

die Contrahirung dieser Anleihe nach Maßgabe des obigen principiellen Beschlusses Namens des Kreiscommunalverbandes und der Stadtgemeinde unter nachstehenden näheren Festsetzungen definitiv zu genehmigen:

- 1) der Stadt-Magistrat wird ermächtigt, mit der Finanz-Commission der Stadtverordneten diejenigen weiteren Bedingungen zu vereinbaren, auf deren Grundlage dem Kreiscommunalverbande die Landesherrliche Concession zur Ausstellung der Inhaberpapiere erwirkt werden soll;
- 2) die Anleihe wird successive in bedarfsmäßigen Theilen auf specielle diesbezügliche Beschlüsse der städtischen Behörden (mit jedesmaliger Genehmigung der Aufsichtsbehörde) unter gleichzeitiger Festsetzung des Ausgabecourses und bezw. unter Beachtung des dem Consortium hiesiger Bankhäuser rücksichtlich des Betrages von drei Millionen Mark zustehenden Vorkaufsrechts an den Markt gebracht;
- 3) im laufenden Jahre, und zwar zum 1. October, wird eine erste Quote der Anleihe im Nennwerthe von 2 Millionen Mark zur Deckung der etatmäßigen Fehlsomme des Extraordinarii der Stadt-Casse zu 1 636 300 M., sowie zur Bestreitung der Kosten der in der Ausführung begriffenen Stadtentwässerung mit rund 340 000 M. ausgegeben, die Feststellung des Ausgabecourses dieser Quote bleibt einstweilen ausgesetzt.

Der Referent der Finanz-Commission, Herr Wolff, unterzieht diese Anträge einer nähern Besprechung und giebt deren Genehmigung anheim, die alsdann ohne Debatte beschlossen wird.

#### Ferner

XVIII. trägt Herr Wolff namens der Finanzcommission vor, daß zur Abrundung des Schulgrundstücks in der Maschstraße der Erwerb eines 51 qm großen Terrainstreifens vom benachbarten Wellmann'schen Grundstücke erforderlich sei. Der Eigenthümer habe 10 M pro qm verlangt, welcher Preis der städtischen Bauverwaltung angemessen erscheine, weshalb der Magistrat unterm 26. v. Mts. anheimgebe, den Erwerb des fraglichen Terrainstreifens zu 510 M. zu beschließen.

In der Finanz-Commission sei man anfänglich der Ansicht gewesen, daß diese Ausgabe eigentlich unnötig sei, denn etwas Schönes werde, wie auch der Plan ausweise, dadurch doch nicht geschaffen. Die Maschstraße werde grade an der Stelle, welche die Schule aufnehmen solle, verbreitert und bekomme dort einen Knick, so daß der Vorraum der Schule ein unregelmäßiger werden werde. Man habe aber

schließlich diese Bedenken fallen lassen, denn es sei nicht zu verkennen, daß der Eingang zur Schule durch Zuziehung jenes Terrains weit besser und breiter hergestellt werden könne, was durchaus wünschenswerth sei, wenn man bedenke, daß der Verkehr in jener Gegend noch immermehr zunehmen und namentlich durch die Eulensstraße eine große Anzahl von Kindern zur Schule kommen werde. Aus diesen Zweckmäßigkeitsgründen könne man die angeforderte Summe um so eher verwilligen, als man doch noch immer weit billiger zu einem Schulgrundstücke gekommen sei, als wenn man die Schule, wie ursprünglich beabsichtigt, an der Promenade erbaut hätte. Die Commission gebe deshalb anheim, die gedachte Summe zu verwilligen.

Herr Reiche spricht den Wunsch aus, daß die Stadt noch einen weiteren Streifen vom Wellmann'schen Grundstücke zur Verbreiterung der Mäschstraße an der Einmündung der Gartenstraße ankaufe,

wozu Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß bei Bebauung des gedachten Grundstücks die vorspringende Ecke dem Ortsbauplane entsprechend coupirt werden werde; wenn aber der Herr Vorredner wünsche, daß dies sofort geschehen solle, so möge derselbe einen besonderen Antrag dieserhalb stellen.

Die Versammlung beschließt darauf dem Magistratsantrage gemäß.

Es folgt

XIX. die Vorlage des Stadtmagistrats vom 27. v. Mts., die vom Kaufmann Carl Klie und Gärtner Carl Ebeling beabsichtigte Anlegung zweier Straßen vor dem Wilhelmithore, der Hedwigstraße und der von derselben nach der Cammannstraße abzweigenden Straße betreffend, worüber Herr Reuter zu berichten hat.

Daß zur Straßenanlage erforderliche Terrain wollen die theilhaftigen Grundeigenthümer unentgeltlich an die Stadt abtreten und die gedachten Unternehmer haben sich verpflichtet, beide Straßen auf ihre Kosten durch die städtischen Baubeamten bezw. die Direction der Gas- und Wasserwerke canalisiren, chauffiren und mit Gas- und Wasserrohren versehen zu lassen. Da die an den fraglichen Straßen zu erbauenden Häuser voraussichtlich kleinere und billigere Wohnungen enthalten werden, so giebt der Magistrat anheim, sich mit den Straßenanlagen einverstanden zu erklären und den mit den Unternehmern abgeschlossenen notariellen Vertrag vom 25. Mai c. zu genehmigen.

Aus den vom Referenten näher ausgeführten Gründen schlägt die Commission vor, dem Vertrage mit der Abweichung zuzustimmen, daß die Rückgewähr der Aufwendungen für die in die Straße zu verlegenden Haupt-Gas- und Wasserrohren nach den Bestimmungen des §. 14 des Ortsbaustatuts vom 27. December 1883 erfolgt.

Es wird diesem Vorschlage entsprechend beschlossen.

XX. Zufolge Magistratschreibens vom 27 v. Mts., über welches namens der Statutencommission Herr Halle berichtet, beabsichtigen der Ingenieur Königsdorf, der Bauunternehmer Rosenthal und der Maurermeister Simberg am Mittelwege, an der Biewegstraße und an der Ecke der Kreuzstraße und der davon abzweigenden, im Ortsbauplane vorgesehenen Straße Wohnhäuser zu erbauen. Dieselben haben zu dem Ende die Verpflichtung zu übernehmen, zu den Kosten des demnächstigen ordnungsmäßigen Ausbaues der Straßen in Gemäßheit der statutarischen Bestimmungen beizutragen und zur Sicherstellung dieser Verpflichtung Caution zu bestellen. Die Unternehmer haben nun an Stelle der zu bestellenden Cautionen das zur Straßenverbreiterung erforderliche Terrain unentgeltlich an die Stadt abgetreten, und ersucht der Stadtmagistrat die Versammlung, sich hiermit einverstanden zu erklären.

Referent bezeichnet die gedachten Parcellen näher, läßt dabei die betreffenden Zeichnungen circuliren und giebt die Genehmigung des Magistratsantrags anheim, die ohne Weiteres erfolgt.

XXI. Eine von Herrn Bültemann eingebrachte Interpellation an den Stadtmagistrat:

weshalb bei Gelegenheit der Erneuerung der Stacketerie des Bieweg'schen Gartens an der Campestraße die seit langen Jahren angestrebte Verbreiterung der Campestraße gegenüber der Ottmerstraße nicht vorgenommen ist, zumal die Campestraße bei dem Grundstücke des Kaufmanns Grobe nur 13 m breit ist,

beantwortet Herr Bürgermeister Rittmeyer folgendermaßen:

Das alte Stacket sei in einem so schlechten Zustande gewesen, daß Herzogliche Polizei-Direction die Erneuerung desselben angeordnet habe. Allerdings wäre es wünschenswerth gewesen, bei der Gelegenheit die Straßengrenze anderweit festzustellen, es ständen solchem Vorgehen aber große Schwierigkeiten entgegen. Bieweg mache nämlich das Eigenthumsrecht an Graben und Böschung vor seinem Grundstücke geltend und sei auch schon in früheren Jahren hierüber processirt worden, was indeß zu keinem Resultate geführt habe. Es sei sehr wünschenswerth, daß die Sache im Wege des Vergleichs regulirt werde, was auch zu erwarten stehe, indem Bieweg sich bei den magistratsseitig mit ihm gepflogenen, noch nicht abgeschlossenen, Verhandlungen bereit erklärt habe, sein Eigenthumsrecht an Graben und Böschung aufzugeben, wenn die Stadt seinen Wünschen bei Feststellung der Baulinie soweit entgegenkomme, daß seine schönen alten Bäume geschont würden. Diese Wünsche seien gerechtfertigt und man müsse denselben thunlichst Rechnung zu tragen suchen. Das Stacket könne aber immerhin erneuert werden, bei der demnächstigen Feststellung der Baulinie werde dasselbe dann einfach verlegt.

XXII. Ein von Herrn Nieß gestellter selbstständiger Antrag:

den Stadtmagistrat um Stellung eines Antrags auf Expropriation des Grundstücks des Gärtners Klusmann an der Helmstedterstraße zu ersuchen,

zu welchem motivirend bemerkt wird, daß im Wege der Verhandlungen mit Klusmann nichts zu erzielen gewesen sei, so daß es zur Aufschließung des hinter dem Grundstücke liegenden Straßenterrains keinen anderen Weg als den der Expropriation gebe,

wird nach Erledigung der Unterstützungsfrage der Finanzcommission zur Vorprüfung überwiesen.

XXIII. Ferner hat Herr Nieß folgenden selbstständigen Antrag eingebracht:

- 1) den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei dem immerhin anwachsenden Umfange des Bauwesens der Stadt und bei den entsprechend größeren Summen, welche dabei zur Verwendung kommen, auf Einrichtung einer ordnungsmäßigen Revisionsinstanz Bedacht zu nehmen,
- 2) den Magistrat um Aufstellung von Normalbedingungen zu ersuchen, welche bei Vergebung von Arbeiten im Gebiete der Stadtverwaltung als Grundlage zu dienen haben.

Bekanntlich würden in der Regel jährlich über eine halbe Million Mark im städtischen Bauwesen verausgabt und Verwendung und Revision dieser Gelder liege in ein und derselben Instanz. Er habe dieses in der Baucommission zur Sprache gebracht und sei dort auch anerkannt worden, daß ein solcher Zustand auf die Dauer unhaltbar sei. Es sei darauf hingewiesen worden, daß durch die bevorstehende Revision der Städteordnung Abhülfe in dieser Beziehung zu erwarten sei; diese Revision könne sich aber noch auf Menschenalter hinausziehen und der Zustand bleibe immer noch derselbe. An anderen Stellen, wo derartige große Summen zur Verwendung kommen, existire ein derartiger Zustand nicht; er recurrirte dabei auf das Urtheil des Herrn Krahe. Wie Herr Stadtrath Metemeyer in der Commissionssitzung erklärt habe, solle eigentlich die Stadtverordnetenversammlung die Revisionsinstanz bilden, aber wer sei denn hier grade in der Lage, eine derartige Revision vorzunehmen? Dieselbe werde unter den jetzigen Verhältnissen immer nur auf dem Papiere stehen und eine rein formelle bleiben.

Zum zweiten Punkte des Antrags bemerkt Antragsteller, daß die Vergebung der Arbeiten seitens der städtischen Verwaltung keiner ihm irgendwie bekannten Bedingung unterliege und daß es sehr wünschenswerth sei, in dieser Beziehung Normalbedingungen, wenn sie auch noch so knapp gehalten seien, festzustellen.

Der Antrag, genügend unterstützt, wird der Statutencommission übergeben.

XXIV. liegt ein selbstständiger Antrag des Herrn Reiche vor:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, noch einen weiteren Streifen Terrain von dem Wellmann'schen Grundstücke an der Maschstraße zur Verbreiterung derselben anzukaufen.

Zur Begründung führt Antragsteller aus, fragliche Straßenstelle sei so schmal, daß zwei sich entgegenkommende Wagen einander nicht ausweichen könnten, was man täglich beobachten könne. Ebenso sei die Ecke für Fußgänger sehr gefährlich, weil man einen Wagen erst bemerke, wenn man dicht davor sei, namentlich aber könne leicht ein Unglück dort passiren, wenn erst noch mehr Baumaterialien über die Stelle gefahren würden. Da nun zur Abschneidung der vorstehenden Gartenecke ohnehin geschritten werden solle, so sei es ja im Kostenpunkte einerlei, ob das jetzt oder später geschehe.

Auch dieser Antrag findet die nöthige Unterstützung und wird der Baucom mission zur Vorprüfung überwiesen.

Schließlich

XXV. nimmt die Versammlung noch folgende Mittheilung des Herrn Wille entgegen:

Nachdem vor Kurzem im Reichstage die Gesetzesvorlage über den Verkehr mit bleihaltigen Gegenständen angenommen sei, wolle er nicht unterlassen, auf einen Umstand hinzuweisen, der der Stadt möglicherweise ganz bedeutende Nachtheile bringen könne. Die in die Gebäude führenden Anschlußröhren der städtischen Wasserleitung seien sämmtlich von Blei. Solange dieselben mit Wasser angefüllt und der nöthige Druck vorhanden, seien sie ja nicht schädlich, wenn aber im Winter der Frosthahn abgestellt, und die Leitung dadurch im Innern trocken werde, dann setze sich Oxid an, welches später, bei der Wiederaufstellung des Wassers, mit fortgerissen werde und möglicherweise Unglücksfälle herbeiführen könne. Wenn nun das fragliche Gesetz erst perfect geworden, dann werde aller Wahrscheinlichkeit nach polizeiseitig verlangt werden, daß sämmtliche Bleiröhren entfernt und durch Zinnröhren ersetzt würden und es frage sich, ob dann der Magistrat in der Lage sei, die Besitzer von Wasserleitungen in Schutz zu nehmen.

Die öffentliche Sitzung wird darauf geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wird der Hoffattler Weidlich zum Armenpfleger gewählt, auch kommen Steuerreklamationen zur Erledigung.





# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 30. Juni 1887.

**Öffentlich:**

- I. Selbstständiger Antrag der Herren Reiche und Genossen wegen Regelung der Anlage von Fabriken.
  - II. Desgl. des Herrn Reiß auf Errichtung einer Revisionsinstanz für städtische Bau Sachen und auf Veröffentlichung von Normalbestimmungen bei Vergebung städtischer Arbeiten.
  - III. Desgl. desselben auf Zwangsenteignung des Klusmann'schen Grundstücks an der Helmstedterstraße.
  - IV. Desgl. des Herrn Reiche auf Erwerb einer Grundfläche in der Maschstraße.
  - V. Städtische Haushaltsrechnungen von 1884.
  - VI. Verpachtung der Schlagwiese und Bleichwiese an den Eisbahnverein.
  - VII. Zwangsenteignung von Grundstücken zur Ringstraße zwischen Helmstedterstraße und Kastanienallee.
  - VIII. Verkauf früheren Ockerflußbetts zwischen Stecherstraße und Hagenbrücke.
  - IX. Straßenbau- und Canalisationskosten der Ringstraße zwischen Helmstedterstraße und Kastanienallee.
  - X. Aufhebung der Straße Kleiner Damm.
  - XI. Ueberweisung von Terrain zur projectirten Straße zwischen Hedwig- und Cammannstraße.
  - XII. Dringliche Reparaturarbeiten an Centralheizungen in Bürgererschulen.
  - XIII. Terrainerwerb für eine südlich von der Kastanienallee abzweigende Straße.
  - XIV. Desgl. für die projectirte Verbindungsstraße zwischen der Wolfenbüttler- und Salz-  
bahlumerstraße.
  - XV. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Herstellung eines gepflasterten Ueberganges zwischen Park- und Husarenstraße.
- Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.  
Wahl der Mitglieder des Ausschusses zur Auswahl der als Schöffen und Geschworene geeigneten Personen.

**Vertraulich:**

Sitzung der Stadtverordneten.  
Wahl eines Armenpflegers.  
Steuerreclamationen (Verzeichniß I von 1887).

Entschuldigt die Herren Jasper, Lüderßen, Natalis, Seele und Sievers. Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer sowie die Herren Stadträthe Haake, Ketemeyer und Grote.

Die Sitzung wird vom Herrn Vorsitzenden Semler mit einigen geschäftlichen Mittheilungen eröffnet.

Zunächst liegt ein Schreiben des Herrn Burchard vom 6. d. Mts. vor, in welchem derselbe anzeigt, daß er in Peine eine Stelle als Werksführer angenommen habe und sonach genöthigt sei, sein Mandat als Stadtverordneter niederzulegen.

Die Versammlung erachtet die Mandatsniederlegung des Herrn Burchard, da dieselbe durch einen Wohnortswechsel veranlaßt ist, für gerechtfertigt und ersucht den Stadtmagistrat, die danach erforderliche Neuwahl auszuschreiben.

Ferner ist ein Gesuch des Zimmermeisters Eggeling vom 16. d. Mts. um Unterstützung seines beim Stadtmagistrate gestellten Antrags wegen Ausbaues des sog. Broikemer Mühlenweges eingegangen, welches unter dem Bemerken des Herrn Vorsitzenden, daß die Versammlung eventuelle Vorschläge des Magistrats abzuwarten haben werde, zu den Acten genommen wird.

Nach einem der Versammlung vom Stadtmagistrate zur Kenntnißnahme mitgetheilten Rescripte des Herzoglichen Staatsministeriums vom 28. v. Mts. sind zur Beschaffung eines zweiten Filters für das städtische Wasserwerk 10 980 M. aus Staatsmitteln verwilligt.

Ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 24. d. Mts. die Heranziehung von Militairpersonen zur Communalsteuer betreffend, wird der Einschätzungscommission überwiesen, um nach Maßgabe der darin ausgesprochenen Principien bei den vorzunehmenden Einschätzungen zu verfahren.

### Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet Herr Heymann über den selbstständigen Antrag des Herrn Reiche: den Stadtmagistrat zu ersuchen, ein Statut zu entwerfen und den Stadtverordneten vorzulegen, durch welches geregelt wird, wo und unter welchen Umständen künftig die Anlage von Fabriken, speciell solcher mit Dampftrieb, zu gestatten ist.

Referent setzt zunächst auseinander, wie die Sache nach den gesetzlichen Bestimmungen liegt. In §. 16 der Reichsgewerbeordnung sei von denjenigen Anlagen die Rede, welche nachtheilig oder gefahrbringend für die Nachbarn werden können, und in §. 23 der Reichsgewerbeordnung sei es der Landesgesetzgebung überlassen, zu verfügen, wo derartige Anlagen zuzulassen seien. In §. 27 der Landesbauordnung sei denn auch bestimmt worden, die Gemeindebehörden könnten auf statutarischem Wege darüber Vorschrift treffen, daß einzelne Ortstheile vorzugsweise zu Anlagen der im §. 16 der Reichsgewerbeordnung erwähnten Art zu bestimmen, in anderen Orts-

theilen aber dergleichen Anlagen entweder gar nicht oder nur unter besonderen Beschränkungen zuzulassen seien. Die Annahme des Herrn Antragstellers, daß in Berlin ein Statut gedachter Art existire, habe sich als irrtümlich erwiesen. Auch sei nur noch in einem deutschen Staate, in Württemberg, ein derartiges Gesetz erlassen. Die städtische Bauverwaltung habe schon in einem früheren Berichte darauf hingewiesen, daß es wünschenswerth sei, die neuanzulegenden gewerblichen Etablissements auf einen bestimmten Theil der Feldmark zu verweisen; der Magistrat sei der Frage aber bislang noch nicht näher getreten. Auch die Commission sei der Meinung, daß die Angelegenheit augenblicklich noch zu wenig aufgeklärt sei, um ein Urtheil für oder wider die Einführung eines solchen Statuts abgeben zu können, und daß zu diesem Zwecke noch nähere Ermittlungen erforderlich sein würden; sie beantrage deshalb:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Frage in Erwägung zu nehmen, ob der Erlaß eines Statuts auf Grundlage des §. 27 Abj. 1 der Bauordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 15. Juni 1876 rathsam erscheine.

Herr Blasius hält es für sehr wünschenswerth, Schritte zu thun, durch welche verhindert werde, daß in allen Stadtgegenden Fabriken angelegt werden können; er schließt sich dem Commissionsantrage an und hofft, daß die Erwägungen des Magistrats zur Schaffung eines derartigen Statuts führen werden.

Herr Reiche bemerkt, daß allerdings ein Statut gedachter Art in Berlin nicht existire, daß aber specielle Vorschriften in der dortigen Bauordnung enthalten seien, durch welche die Sache geregelt werde.

Herr Günther stimmt dem Commissionsantrage aus gesundheitlichen Rücksichten zu, glaubt aber kaum, daß der Magistrat in der Lage sein werde, demselben stattzugeben. Wenn Hülfe in dieser Sache geschaffen werden solle, so könne es nur dadurch geschehen, daß die Fabriken nach außerhalb des Gebiets der Stadt verwiesen würden, und wenn das geschehe, dann dürften auch keine Wohnungen in der Nähe der Fabriken geduldet werden. Viele Fabriken würden aber für ihre Arbeiter Wohnungen in ihrer nächsten Umgebung erbauen müssen, und doch könne man auch von den Arbeitern nicht verlangen, daß sie im Dunstkreise der Fabriken leben, der für sie ebenso nachtheilig sei wie für andere Menschen.

Herr Buchler hält es nicht gerade für angenehm, sämmtliche Fabriken in einer Gegend beisammen zu haben; wenn sie an verschiedenen Stellen ständen, dann würden sich auch die mit denselben verbundenen Unannehmlichkeiten vertheilen.

Herr Reuter: Seines Wissens sei Düsseldorf die einzige Stadt, in welcher in dieser Beziehung Bestimmungen getroffen seien. Dort liegen die Fabriken in einem großen Umkreise um die Stadt herum; sie sind aus einer gewissen Nähe vom Centrum der Stadt entfernt, doch sind ihnen sonst erschwerende Bedingungen nicht

auferlegt. Unsere städtische Bauordnung basire auf der württembergischen; es würde also rathsam sein, in Württemberg anzufragen, ob man dort von der im §. 27 unserer Bauordnung erwähnten gesetzlichen Befugniß schon Gebrauch gemacht habe. Es empfehle sich deshalb, den Commissionsantrag, durch den man sich nicht die Hände binde, die Sache aber im Auge behalte, anzunehmen.

Herr Schwarzenberg ist gleichfalls der Ansicht, daß es große Bedenken habe, die Fabriken alle in eine Gegend zusammenzubringen, auch schon aus dem Grunde mit, weil sich dann die Grundstücke in jener Gegend schwer zu Privatbauten würden verwerthen lassen.

Der Commissionsantrag wird darauf angenommen.

Ferner

II. berichtet Herr Heymann über den selbstständigen Antrag des Herrn Nieß:

- 1) den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei dem jährlich mehr anwachsenden Umfange des Bauwesens der Stadt, und den entsprechend größeren Summen, welche aus städtischen Mitteln hierzu verwendet werden müssen, auf die Einrichtung einer ordnungsmäßigen Revisionsinstanz Bedacht zu nehmen;
- 2) den Stadtmagistrat zu ersuchen Normalbedingungen aufzustellen, welche bei der Vergebung der Arbeiten im Gebiete der Stadtverwaltung als Grundlage dienen und den Bedingnißheften bei Ausschreibung der Arbeiten voranzustellen oder sonst bekannt zu machen sind.

ad 1. Bei der städtischen Bauverwaltung finde allerdings eine solche Revision nicht statt, während sie bei Herzoglicher Baudirection vorhanden sei. Ob sie erforderlich, sei eine rein technische Frage; der Stadtbaurath Winter halte sie nicht für erforderlich, was auf anderen Seiten Widerspruch finde. Es komme noch in Betracht, daß nach der in Aussicht stehenden Revision der Städteordnung vielleicht ein bautechnisches Mitglied in den Magistrat komme, wodurch die Anstellung eines besondern Revisors überflüssig werden würde. Auch sei der Geldpunkt nicht unwichtig, denn ein technischer Beamter, dessen ganze Thätigkeit durch die Revision in Anspruch genommen werde, würde ein nicht unerhebliches Gehalt beziehen. Die Commission halte sonach auch diese Angelegenheit noch nicht für spruchreif und beantrage:

den Antrag abzulehnen, jedoch den Magistrat zu ersuchen, die Frage in Erwägung zu nehmen, ob die Einrichtung einer Revisionsinstanz in städtischen Bauangelegenheiten rathsam erscheine.

Dieser Antrag wird angenommen.

ad 2. Bei der städtischen Bauverwaltung komme eine beschränkte Submission zur Anwendung. Die Statutencommission habe weitläufig darüber verhandelt, ob eine unbeschränkte Submission gerechtfertigt sei, sie sei aber zu der Ansicht gekommen, daß kein Grund vorliege, die jetzt bestehenden Principien zu ändern, und daß es der Aufstellung von Normalbedingungen nicht bedürfte. Dagegen halte sie in ihrer Mehrzahl für zweckmäßig, daß die Bedingungen, nach denen jetzt tatsächlich allgemein verfahren werde, öffentlich bekannt gemacht würden, und sie beantrage mit Rücksicht hierauf:

den Antrag abzulehnen, zugleich aber den Magistrat zu ersuchen, die Grundzüge, nach denen bei Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen seitens der städtischen Verwaltung verfahren werde, bekannt zu machen.

Der Herr Antragsteller hat sich mit den Commissionsanträgen einverstanden erklärt.

Herr Halle hält ebenfalls für nöthig, daß die betreffenden Bestimmungen bekannt gemacht werden, aber auch für richtig, daß die städtischen Arbeiten in öffentlicher Submission vergeben werden, wobei man nach jeder Seite hin gerecht werde.

Herr Günther ist gegen die Submission, besonders wenn dabei dem Mindestfordernden der Zuschlag ertheilt werde, wobei der Arbeiter immer am meisten leiden müsse. Er stimme aber dem Commissionsantrage bei, damit man die Grundzüge, die bei der Vergebung von städtischen Arbeiten befolgt werden, einmal kennen lerne.

Herr Rieke. Dadurch, daß die Bedingungen bei der Submission und überhaupt bei der Vergebung der städtischen Arbeiten bekannt gemacht werden, sichere sich der Magistrat sowohl wie die Städtische Bauverwaltung gegen manchen wohlbegründeten Vorwurf; denn man höre jetzt vielfach in den Kreisen der kleinen Handwerker die Meinung, daß die städtischen Arbeiten nur an Bekannte weggegeben würden und daß auch verwandtschaftliche Beziehungen dabei zur Geltung kämen.

Darauf wird auch der 2. Theil des Commissionsantrags angenommen.

III. Bei der Commissions-Berathung des selbstständigen Antrags des Herrn Rieß: den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Expropriation desjenigen Theils des an der Helmstedterstraße belegenen Klufmann'schen Grundstücks zu beantragen, welcher erforderlich ist, um die im Ortsbauplane vorgesehene, rechtwinklich von der Helmstedterstraße abzweigende neue Straße herzustellen,

ist, wie der Referent, Herr Hollmann, vorträgt, der Einwand geltend gemacht worden, daß es kaum thunlich wäre, nur einen Theil der gedachten im Ortsbauplane vorgesehenen Straße auszuführen, um so weniger, als der Magistrat erklärt habe, daß, wenn auch nicht in diesem Sommer, so doch in nächster Zeit der

ganze Straßentractus hergestellt werden solle. Dagegen sei hervorgehoben, daß durch die Herstellung des im Antrage gedachten Straßentractus der Stadt in keiner Weise Opfer auferlegt würden und in Folge dessen habe die Finanzcommission beschlossen, den Antrag mit einer kleinen Abweichung zur Annahme zu empfehlen, so daß derselbe lauten würde:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, mit dem Landwirth Klußmann in Unterhandlung zu treten und der Versammlung eine Vorlage zu machen wegen Ankauf desjenigen Theils des an der Helmstedterstraße belegenen Klußmann'schen Grundstücks, welcher erforderlich ist, um die im Ortsbauplane vorgesehene, rechtwinklich von der Helmstedterstraße abzweigende neue Straße herzustellen.

Nachdem Herr Heymann bemerkt hat, daß man schon aus formellen Gründen nicht so ohne Weiteres mit der Expropriation vorgehen könne, weshalb der Antrag in gedachter Weise geändert sei,

wird dem Commissionsantrage entsprechend beschlossen.

#### IV. Der selbstständige Antrag des Herrn Reiche:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, noch einen weiteren Streifen Terrain vom Wellmann'schen Grundstücke an der Maschstraße zur Verbreiterung derselben anzukaufen,

wird auf Vorschlag der Baucommission, für welche Herr Reuter referirt, in der Voraussetzung, daß erhebliche Bedenken der sofortigen Verbreiterung der Maschstraße nicht entgegenstehen, dem Stadtmagistrate zur Berücksichtigung empfohlen.

Es folgen die Vorlagen des Stadtmagistrats.

V. Mittelfst Schreibens vom 29. November v. J. hat der Magistrat die Rechnungen des städtischen Haushalts v. J. 1884 zur Prüfung und Genehmigung übersandt.

Die Finanzcommission hat, wie Herr Hollmann namens derselben vorträgt, die Rechnungen geprüft und richtig befunden und giebt deren Genehmigung anheim,

die dann ohne Weiteres ausgesprochen wird.

#### Weiter

VI. berichtet Herr Hollmann im Auftrage der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 5. d. Mts.

Der Turninspector Hermann hat gebeten, mit ihm, als dem Vorsitzenden des Eisbahnvereins, einen Pachtvertrag wegen Verpachtung der vor dem Augnstthore

belegenen, nunmehr in städtisches Eigenthum übergegangenen Schlagwiese an den gedachten Verein zu jährlich 350 M abzuschließen, und beantragt der Magistrat die Genehmigung zu solchem Vertrage nach Maßgabe des vorgelegten Entwurfs.

Ferner ist an Hermann ein über 3 ha großer Theil der neben vorgedachter Wiese belegenen Bleicherwiese für 400 M jährlich verpachtet. In Folge der neuen Canalisationsanlagen hat dem p. Hermann eine Fläche von ca. 38 a entzogen werden müssen, weshalb derselbe um Ermäßigung der Pacht gebeten hat.

Der Magistrat hält unter den vorliegenden Umständen ein Pachtgeld von 360 M für angemessen und giebt anheim zu genehmigen, daß das Pachtgeld auf diese Summe herabgemindert werde.

Die Finanzcommission hat keine Bedenken gegen die Magistratsanträge und empfiehlt dieselben zur Annahme, die ohne Weiteres erfolgt.

VII. Zur Ausführung der Ringstraße zwischen Helmstedterstraße und Kastanienallee ist der fernerweite Erwerb von Ländereien nöthig. Die betreffenden Eigenthümer fordern 9 M und 20 M pro qm. Da die Städtische Bauverwaltung den Werth der fraglichen Grundstücke nur auf 5 M pro qm schätzt, an eine Ermäßigung der gestellten Forderung aber nicht zu denken ist, so ersucht der Magistrat die Versammlung, zur Expropriation der betreffenden (in einem der Versammlung vorliegenden Verzeichnisse zusammengestellten) Ländereien die Zustimmung zu ertheilen.

Herr Wolff, welcher namens der Finanzcommission über diesen Gegenstand referirt, setzt die zugehörige Zeichnung in Umlauf und giebt anheim, dem Magistratsantrage stattzugeben.

Nach einigen Bemerkungen des Herrn Blasius, des Referenten und Vorsitzenden, welchen zu entnehmen ist, daß der Erwerb der Klages'schen meteorologischen Versuchstation in die Debatte über die gegenwärtige Vorlage noch nicht mit hineingezogen werden kann, und nachdem die Herren Schwarzenberg und Hollmann erklärt haben, daß sie sich, ersterer wegen seiner amtlichen Stellung, letzterer wegen persönlichen Interesses, der Abstimmung enthalten werden, gelangt der Magistratsantrag zur Annahme.

Ferner

VIII berichtet Herr Wolff für die Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 9. dies. Mts., den Verkauf des frühern Okerflußbettes zwischen Stecherstraße und Hagenbrücke betreffend.

Nach Vorschrift des Wassergesetzes fällt das bei der Canalisation des Okergrabens von der Stecherstraße bis zum Hause N. ass. 1315 gewonnene Terrain den Besitzern der angrenzenden Ufergrundstücke zu; dieselben sind aber verpflichtet,

zu den Canalisationskosten beizutragen, wollen sie das nicht, so fällt das gewonnene Land an die Stadt. (Aus einem vom Referenten in Umlauf gesetzten Situationsplan ist ersichtlich, welches Terrain jedem Anlieger zufallen würde). Ein Theil des Terrains ist bereits zur Gradelegung und Verbreiterung der Stecherstraße verwandt worden; das übrige Terrain ist theils unbebaut, theils seit unvordenklichen Zeiten mit Gebäuden überbaut. Von dem unüberbauten Terrain hat sich bislang nur ein Anlieger Holland verpflichtet, 55 qm gegen Erstattung der entsprechenden Canalisationskosten zu übernehmen, während die übrigen Anwohner unüberbautes Terrain nicht übernehmen wollen; letzteres würde sonach an die Stadt fallen. Das überbaute Terrain wollen die betreffenden Hauseigenthümer zwar übernehmen, sie machen aber ein durch unvordenkliche Verjährung erworbenes dingliches Recht (superficies) an dem überbauten Terrain geltend und wollen für den Erwerb desselben nur 3 M pro qm zahlen. Mit Rücksicht auf dieses dingliche Recht und in Anbetracht, daß das Terrain für die Stadt nicht nutzbar ist, giebt der Magistrat der Versammlung anheim, sich mit dem Verkaufe des gedachten Terrains zu dem offerirten Preise einverstanden zu erklären —

ein Antrag, welcher auf Befürwortung der Commission ohne Debatte zur Annahme gelangt.

IX. Laut Magistratschreibens vom 20. dtes. Mts., über welches Herr Krahe im Auftrage der Baucommission berichtet, betragen die anschlagsmäßigen Kosten der Canalisirung der Ringstraße zwischen Helmstedterstraße und Kastanienallee 15 500 M, diejenigen des Ausbaues dieser Straßenstrecke 36 000 M. Die letztgedachten Kosten sind in den Neubauetat pro 1887 nur mit 33 000 M aufgenommen. Die Mehrkosten von 3 000 M erklären sich hauptsächlich dadurch, daß ursprünglich eine Fahrbahnbreite von 14 m und für die Fußwege eine Breite von 8 m vorgesehen ist, während nach dem jetzt vorliegenden Anschlag die Fahrbahn 16 m und die Fußwege 7 m breit werden sollen. Der Magistrat ersucht die Versammlung, für die Canalisation der Straße 15 500 M und für den Ausbau derselben 36 000 M zu verwilligen.

Die Baucommission, welche sich eingehend mit der Sache beschäftigt hat, empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Auf eine Anfrage des Herrn Günther, ob bei dieser Gelegenheit nicht auch die Helmstedterstraße von Markgrafs Garten bis zur Kurzenstraße mit canalisirt werden könne,

bemerkt Herr Oberbürgermeister Pockels, daß weitere Canalisationen, als sie von der Versammlung bis jetzt genehmigt seien, im laufenden Jahre nicht vorgenommen werden könnten, schon weil die vorhandenen technischen Kräfte dazu



nicht ausreichen würden. Es sei aber in Aussicht genommen, im nächsten Jahre möglichst den ganzen östlichen Stadttheil zur Canalisation zu bringen und werde der Versammlung eine bezügliche Vorlage noch in diesem Sommer zugehen.

Herr Halle fragt an, ob mit der Canalisation nicht auch zugleich die Legung von Gas- und Wasserröhren vorgenommen werden könne, damit die Straße später nicht wieder aufgerissen zu werden brauche.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Diese Frage sei auch vom Magistrate erwogen worden, sie müsse aber nach Anhörung der Techniker verneint werden. Es sei noch Niemand an der Straße vorhanden, der Gas und Wasser nehme, und wenn man Gas- und Wasserröhren legte, so würden sie zu der Zeit, wo sich der erste Consumant melde, wahrscheinlich schon so sehr vom Roste angefressen sein, daß sie erneuert werden müßten.

Herr Rieke fragt an, weshalb die Fasanenstraße noch nicht mit der Wasserleitung versehen sei.

Nachdem Herr Reuter hierzu bemerkt hat, daß die Straße noch nicht auf die richtige Breite gebracht worden sei und die Röhren grade in den Tractus zu liegen kommen würden, der erst noch zur Straße herangezogen werden müsse, werden die beantragten Mittel verwilligt.

X. berichtet Herr Krahe für die Baucommission über das Magistratsschreiben vom 23. d. Mts., die Aufhebung des Kleinen Dammes betreffend.

Zum Zweck der Erbauung des Feuerlöschgebäudes an der Münzstraße hat die Stadt seiner Zeit sämtliche am Kleinen Damme belegene Häuser mit Ausnahme des dem pens. Eisenbahnwerkführer Schaper zugehörigen Hauses Nr. 2138 angekauft. Der Magistrat beabsichtigt nun unter Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften den Kleinen Damm aufzuheben, wogegen Schaper, insofern sein Wohnhaus an dieser Straße liegt, protestirt hat, weil er glaubt, dadurch in gewissen Beziehungen in seinem Rechte geschädigt zu werden. Der Magistrat ist der Ansicht, daß dieser Protest nur theilweise berücksichtigt werden könne, und richtet an die Versammlung das Ersuchen, sich mit der Aufhebung des Kleinen Dammes unter den im Schreiben näher bezeichneten Modificationen, durch welche den berechtigten Interessen sowohl der Stadt wie Schaper's Rechnung getragen werde, einverstanden zu erklären.

Wie die Commission erklärt mit diesem Antrage auch die Versammlung sich einverstanden.

Danach

XI. berichtet Herr Bültemann im Namen der Baucommission über die Magistratsvorlage vom 24. d. Mts.

Zur Herstellung der zwischen der Hedwig- und Cammannstraße projectirten Straße ist der Erwerb einer kleineren Terrainfläche von dem dem Fuhrherrn Feuer und seiner Ehefrau gehörigen Grundstücke an der Cammannstraße erforderlich. Die gedachte Fläche wird unentgeltlich an die Stadt abgetreten, wogegen den Feuer'schen Eheleuten die Zusicherung ertheilt ist, zu den Kosten der Straßenanlage nicht herangezogen werden zu sollen. Da durch diese Zusicherung der Stadt ein Opfer nicht auferlegt wird, indem die sämmtlichen Kosten der Straßenanlage vertragsmäßig von den Unternehmern Klie und Ebeling bezw. Vosse zu tragen sind, so giebt der Magistrat anheim, den über den gedachten Terrainerwerb abgeschlossenen notariellen Vertrag vom 25. d. J. zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Commission debattelos geschieht.

XII. Der Stadtmagistrat beantragt unterm 25. dieß. Mts., ihn zur Ausführung verschiedener dringlicher Reparaturen an den Centralheizungen in den Bürgerschulen an der Sidonien- und Ottmerstraße durch Bewilligung der von der Städtischen Bauverwaltung angeforderten Summe von 200 M aus den etwaigen Mehreinnahmen bezw. Ersparnissen der Bürgerschulcasse event. aus dem Dispositionsfonds der Stadtcasse zu ermächtigen.

Die Baucommission, für welche Herr Reuter berichtet, empfiehlt dem Antrage zuzustimmen.

Herr Nieß bemerkt, daß er eine Notiz in einer technischen Zeitung gelesen habe, wonach die Stadt Berlin veranlaßt worden sei, für ihre Heiztechniker einen besondern Lehrkursus einzurichten, und giebt zu erwägen, ob es nicht angezeigt sei, auch den städtischen Oberheizer zur Absolvirung eines solchen Kursus nach Berlin zu schicken.

Herr Günther macht auf eine Notiz im hiesigen Tageblatte aufmerksam, in welcher die Perkins'sche Heizmethode empfohlen wird.

Herr Reuter verspricht sich wenig Nutzen davon, wenn man den städtischen Oberheizer nach Berlin schickte, weil die dortigen Heizmethoden sehr verschiedener Art seien. Die vom Herrn Vorredner erwähnte Notiz über die Perkins'sche Heizmethode sei ihm mehr als Reclame vorgekommen. Aus finanziellen Gründen halte er nicht für rathsam, noch weitere Versuche mit anderen Systemen zu machen, am allerwenigsten aber auf Artikel hin, die nur in der Absicht geschrieben seien, für das betreffende System Propaganda zu machen.

Herr Nieß giebt dem Stadtmagistrat anheim, bei dem Berliner Stadtmagistrate über die Tendenzen des erwähnten Lehrkursus nähere Erkundigung einzuziehen.

Herr Blasius glaubt, daß es der Stadt von wesentlichem Nutzen sein würde, wenn der städtische Oberheizer einen Lehrkursus in Berlin durchmache, derselbe

nehme sich ja seiner Sache sehr an, aber zuzulernen könne man immer noch. Der erwähnte Artikel habe auch auf ihn den Eindruck der Reclame gemacht, außerdem beruhe derselbe auf einem Mißverständnis. Die Versammlung habe in dem vorgeführten Falle überhaupt nicht die Anwendung des Perkins'schen Systems, sondern die Luftheizung, bei welcher die Luft durch heißes Wasser vorgewärmt werde, beschlossen; es liege also ein ganz anderer Beschluß vor, wie in dem Artikel erwähnt worden.

Herr Neuter: In Berlin mache die große Anzahl verschiedener Heizsysteme die Errichtung eines Lehrcursus für Heiztechniker außerordentlich wünschenswerth; hier in Braunschweig habe man nur wenig Heizmethoden, die Sache liege also hier ganz anders.

Herr Wilke hält für viel richtiger, wenn der Oberheizer von dem betreffenden Fabrikanten oder Lieferanten über das Wesen der Heizung genau instruiert wird, als daß er in Berlin einen Lehrcursus absolviert.

Herr Krahe bittet den Magistrat, sich in Berlin zu erkundigen, welche Ziele bei dem gedachten Lehrcursus verfolgt werden.

Die vom Magistrate angeforderten Mittel im Betrage von 200 Mk werden darauf verwilligt.

XIII. Im Ortsbauplane ist eine von der Kastanienallee in südlicher Richtung abzweigende Straße vorgesehen, zu deren Herstellung ein Theil des an der Kastanienallee belegenen, dem Maurer-Gnadt zugehörigen Grundstücks erforderlich ist. Da Gnadt, welcher auf seinem Grundstücke einen Neubau zu errichten beabsichtigt, zu den Kosten der projectirten Straße (Terrainerwerb und Straßenbaukosten) statutarischer Bestimmung zufolge beizutragen hat, so hat er an Stelle einer Cautionsbestellung für Terrainerwerb das auf dem vorliegenden Situationsplane mit a<sup>1</sup> b c d<sup>1</sup> a<sup>1</sup> umschriebene, 1 a 1 qm haltende Terrain unentgeltlich an die Stadt abgetreten, zugleich aber das mit a a<sup>1</sup> d<sup>1</sup> d a umschriebene etwa 32 qm haltende Terrain für 3 Mk pro qm an die Stadt verkauft. Den hierüber abgeschlossenen notariellen Vertrag vom 15. Juni c. beantragt der Magistrat in seinem Schreiben vom 29. d. Mts. zu genehmigen.

Dies geschieht auf Befürwortung des Commissionsreferenten, Herrn Heymann, ohne Debatte.

Wie

XIV. Herr Heymann weiter referirt, ist laut Magistratsschreibens vom 29. dies. Mts. nach dem kürzlich festgestellten Ortsbauplane zur Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen der Wolfenbüttler- und Salzdhumerstraße das auf dem vorliegenden Situationsplane mit a A C D B b a umschriebene, der Ehefrau des

Hoffchauspielers Oscar Fischer zugehörige Terrain erforderlich. Frau Fischer hat dieses Terrain an die Stadt unentgeltlich abgetreten, sich aber die Nutzung desselben bis dahin vorbehalten, daß zur Anlage der Straße geschritten werden wird. Es liegt hierüber ein notarieller Vertrag vom 28. dief. Mts. vor, welchen der Magistrat zu genehmigen ersucht.

Die Commission befürwortet den Magistratsantrag, worauf derselbe genehmigt wird.

### Schließlich

XV. liegt noch folgender selbstständiger Antrag des Herrn Günther vor:

Den Stadtmagistrat zu ersuchen, zur Herstellung eines gepflasterten Ueberganges zwischen der Parkstraße und der Husarenstraße seine Zustimmung zu geben.

Antragsteller bemerkt motivirend dazu, daß, nachdem der Stadtpark in Gang gekommen und die Husarenstraße stark bewohnt und noch weiter bebaut werde, auch die Frequenz auf der Park- und Husarenstraße eine weit größere geworden sei. Die Verbindungsstrecke zwischen beiden Straßen sei aber bei schlechtem Wetter so schwer passirbar, daß eine Abhülfe in dieser Beziehung dringend wünschenswerth erscheine.

Der Antrag findet die erforderliche Unterstützung und wird der Baucommission überwiesen,

damit aber die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten geschlossen.

Es übernimmt sodann Herr Oberbürgermeister Pockels den Vorsitz, um

### in gemeinschaftlicher Sitzung

die Wahl der Mitglieder des Ausschusses zur Auswahl der als Schöffen und Geschworene geeigneten Personen zu leiten.

Gewählt werden durch Stimmzettel die Herren

Particulier Otto Tellgmann,  
 Provisor Carl Schrader,  
 Provisor Heinrich Ahrens,  
 Provisor Otto Schrader,  
 Commerzienrath Rittmeyer,  
 Kaufmann Carl Adolf Müller,  
 Particulier Hermann Winter.

In der noch folgenden vertraulichen Sitzung der Stadtverordneten

- 1) wird Kaufmann August Günther zum Armenpfleger gewählt.
- 2) gelangt das Steuerreclamationsverzeichnis N. 1 von 1887 zur Erledigung.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 8. September 1887.

Öffentlich:

- I. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther, Herstellung eines gepflasterten Ueberanges von der Parkstraße zur Husarenstraße betreffend.
- II. Canalisirung des Eiermarkts.
- III. Instandsetzung des Platzes an der Andreaskirche.
- IV. Veränderung des Ortsbauplans zwischen Frankfurterstraße und Broigemer Weg.
- V. Verwilligung von Kosten zur Einfriedigungsmauer auf dem frühern Turnhallengrundstücke.
- VI. Herstellung von Holzpflaster neben dem Neustadtrathshause.
- VII. Anstellung eines Processus gegen den Gärtner Buchheister.
- VIII. Desgl. gegen den Schachtmeister Rüppers.
- IX. Canalisirung der Klausenstraße.
- X. Erwerb eines kleinen Grundstücks zur Helmstedterstraße.
- XI. Vertrag mit dem Architekten Zinkeisen, neue Straßenanlage betreffend.
- XII. Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Neue Promenade und Nebenstraße.
- XIII. Belegung verschiedener Straßen mit Gas- und Wasserröhren.
- XIV. Vertrag mit der Garnisonverwaltung wegen Erwerb der Husarenkaserne und Husarenställe an der Ballpromenade Seitens der Stadt.
- XV. Instandsetzung der Spinnerstraße.
- XVI. Aufhebung eines Weges in der Altpetrithorfeldmark.
- XVII. Ortsbauplan am Bülttenwege.
- XVIII. Reinigung des Osergrabens vom Bahnhofe zur Neustadtmühle.
- XIX. Grenzregulirungen am Schulgrundstücke an der Maichstraße.
- XX. Interpellationen der Herren Kiefe und Schwarzenberg, die Verschärfung der Controle-Maßregeln im Schlachthause, anlässlich der kürzlich hier aufgetretenen Trichinen-Epidemie betr.

XXI. Selbstständiger Antrag des Herrn Böjefrug, die Erweiterung des Pferdeisenbahnhofes betr.

Vertraulich:

Unterstützungsgeſuch eines ſtädtiſchen Beamten.  
Gehaltszuſage für einen ſtädtiſchen Beamten.  
Erlaßgeſuch, Teſtamentsabgabe betreffend.  
Wahl eines Armenpflegers.  
Steuerreklamationen.

Entſchuldigt die Herren Blaſius, Bollmann, Buchler, Nieß und Wolff.

Am Magiſtratsſtiſche die Herren Oberbürgermeiſter Pockels, Bürgermeiſter Rittmeyer, Stadtrath Haake und Aſſeſſor Glindemann.

Nach Eröffnung der Sitzung macht der Herr Vorſitzende einige geſchäftliche Mittheilungen.

Ein Geſuch von Anwohnern der Bieweg- und Klauſenſtraße wegen Canaliſirung der letztgedachten Straße findet bei N. IX. der Tagesordnung Erledigung.

Ein Schreiben der Direction der Braunſchweigischen Landes-Eiſenbahn-Gesellſchaft und ein Geſuch des Zimmermeiſters Eggeling, den Ausbaue des Broitzemer Mühlenweges betreffend, werden durch die Feſtſtellung des betreffenden Ortsbauplans erledigt werden.

Eine Steuerreklamation des Logenſchließers Nieß wird an den Magiſtrat als Recursreklamation für die vereinigte Sitzung abgegeben.

Die Protokolle ſub Nris. 1 und 2 vom 2. und 30. Juni c. werden genehmigt.

Zur Tagesordnung übergehend,

I berichtet Herr Wültemann namens der Baucommiſſion über den ſelbſtſtändigen Antrag des Herrn Günther, die Herſtellung eines gepflaſterten Ueberganges von der Parkſtraße zur Huſarenſtraße betreffend.

Die Commiſſion empfiehlt den Antrag, welchen ſie für vollkommen berechtigt hält, einſtimmig zur Annahme, unter dem Bemerken, daß es zweckmäßig ſein würde, die mit der bevorſtehenden Abänderung des Ortsbauplanes bezüglich der Oſtſeite der Stadt für den betreffenden Platz in Ausſicht genommene Aenderung baldigſt erfolgen zu laſſen, die Ausführung der beantragten Pflaſterung aber bis dahin, daß ſolches geſchehen, zu verſchieben.

Es wird darauf dem Antrage gemäß beſchloſſen, den Stadtmagiſtrat um demnächſtige Herſtellung der gedachten Pflaſterung zu erſuchen.

II. wird nach einem Berichte des Herrn Natalis beschlossen, zur Canalisierung des Eiermarkts, entsprechend dem Antrage des Magistrats vom 24. Juni c., 640 M aus dem Canalbaufonds zu verwilligen.

III. Der Kirchenvorstand zu St. Andreas hat wiederholt gebeten, den Platz an der Nordseite der Andreaskirche in Stand setzen und mit einem Rasenbeete versehen zu lassen, und ersucht der Magistrat, welcher eine derartige Instandsetzung des Platzes gleichfalls für sehr wünschenswerth hält, die Versammlung unterm 28. Juli c., die dazu anschlagsmäßig erforderlichen Mittel in Höhe von bis 2500 M aus dem Dispositionsfonds der Stadtcasse zu bewilligen.

Die Baucommission, für welche Herr Reuter berichtet, ist der Ansicht, daß der Platz unter den Bäumen der Jugend als Spielplatz nicht entzogen werden müsse und daß außerdem ein auf demselben angelegtes Rasenbeet, weil nach Norden zu liegend, wenig Aussicht auf Gedeihen haben würde; dagegen hält sie eine gründliche Instandsetzung des Platzes, namentlich aber eine ordnungsmäßige Entwässerung desselben für sehr wünschenswerth und giebt anheim, zu diesem Zwecke die angeforderten 2500 M zu verwilligen, sich mit der Anlegung eines Rasenbeetes aber nicht einverstanden zu erklären.

Herr Reiche kann die Ansicht der Commission nicht theilen und bittet dringend, sich für die Anlegung eines Rasenbeetes zu entscheiden, das den dortigen Anwohnern und allen Vorübergehenden stets einen erquickenden Anblick gewähre. Verschiedene größere Plätze in unmittelbarer Nähe böten ja auch Raum genug für die spielende Jugend. Die Bäume würden nicht lange mehr stehen bleiben und dann müsse doch etwas Neues und möglichst etwas Besseres geschaffen werden.

Herr Krahe stimmt dem Commissionsantrage zu. Der Platz hinter der Magnifikirche gewähre einen widerlichen Anblick, er möchte deshalb nicht, daß bei der Andreaskirche ein ähnlicher Zustand geschaffen würde. Die Kinder würden das Rasenbeet nicht achten und sich nach wie vor auf dem Platze umhertummeln, denn derselbe sei bei ihnen viel zu beliebt. Der Wollmarkt sei aber für die Kinder zum Spielen nicht geeignet, weil sie bei dem dortigen großen Wagenverkehr leicht in Gefahr kommen könnten.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann die Bedenken der Commission gegen die Anlegung eines Rasenplatzes nicht für gerechtfertigt erachten. Der Platz an der Andreaskirche sei mit demjenigen hinter der Magnifikirche nicht zu vergleichen; letzterer sei verkommen, weil die Kirche, welcher er angehöre, nichts für denselben habe thun können; wenn erst ordentliche Mittel aufgewandt würden, dann werde auch dieser Platz bald besser aussehen. Er sei wahrhaftig nicht dafür, daß den Kindern die Spielplätze entzogen würden und sehe gern, wenn sie sich frisch und derb auf der Straße bewegen. Es fehle ja aber

auch nicht an Spielplätzen in der Nähe der Andreaskirche, und er bitte dem Wunsche des Kirchenvorstandes zu entsprechen und die Anlegung eines Rasenplatzes zu genehmigen. Daß die Plätze bei den Kirchen bislang in einem schlechten Zustande gewesen, habe seinen Grund darin, weil sie mit Ausnahme der Uebergänge von den Kirchen unterhalten werden mußten, welche die nöthigen Mittel zu ihrer Instandsetzung nicht besaßen. Erst seit Jahresfrist seien die Kirchhofsplätze dem öffentlichen Verkehr frei gegeben und demnach von der politischen Gemeinde in Stand zu setzen und zu erhalten.

Herr Bültmann hält es nicht für zweckmäßig, grade an der Nordseite der Andreaskirche ein Rasenbeet mit Blumen anzulegen, denn man könne nicht darauf rechnen, daß dort die Vegetation sich gut entwickle. Außerdem würden der Stadt aus der Erhaltung eines solchen Beetes nicht unbedeutende Kosten erwachsen.

Nachdem noch die Herren Kieße und Hollmann sich im Sinne der Commission ausgesprochen haben,

wird dem Commissionsantrage gemäß beschlossen, die beantragten 2500 M zu bewilligen, und den Stadtmagistrat zu ersuchen, diese Summe zur bestmöglichen Instandsetzung des Platzes, wenn thunlich, auch zur Herrichtung einer unterirdischen Entwässerung zu verwenden, von der Herrichtung eines Rasenplatzes aber im Interesse der spielenden Jugend Abstand zu nehmen.

IV. erklärt sich die Versammlung nach einem Berichte des Herrn Krahe, dem Schreiben des Stadtmagistrats vom 7. Juli c. entsprechend, mit den von der städtischen Bauverwaltung vorgeschlagenen, vom Stadtbauamte gutgeheißenen Veränderungen des Ortsbauplans zwischen der Frankfurter Straße und dem Broißemer Wege, welche theils durch den Bau der Landes-Eisenbahn, theils durch das von letzterer nach der Lutter'schen Maschinenfabrik gelegte Anschlußgleis nothwendig geworden sind, einverstanden.

V. wird auf Grund eines Referats des Herrn Seele beschlossen, den vom Magistrate unterm 27. Juli c. beantragten Beitrag von 350 M zur Herrichtung einer Einfriedigungsmauer auf der neuen Grenze zwischen dem früheren städtischen Turnhallengrundstücke und dem Grundstücke des Directors Lupprian aus der Stadtcasse zu verwilligen.

VI. Die Versammlung hat unterm 2. December v. J. beschlossen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, auf Herstellung eines Holz- oder Asphaltpflasters auf dem neben dem Stadtrathhause belegenen Theile der Küchenstraße behufs Abschwächung des die Stadtverordneten-Sitzungen störenden Wagengerassels, Bedacht zu nehmen. Herzogliche Baudirection hat sich mit dieser Maßregel unter der Voraussetzung



einverstanden erklärt, daß die durch solche Pflasterung entstehenden Mehrkosten, imgleichen die Reparaturkosten von der Stadt allein getragen werden. Da Asphaltpflaster aus verschiedenen Gründen nicht empfehlenswerth erscheint, so spricht sich der Magistrat für Holzpflaster aus und genügt es seines Erachtens, nur den nördlich des Rathhauses belegenen Straßentheil damit zu versehen, weil die westlich belegene Straße nur selten befahren wird. Eine derartige Pflasterung würde kosten für die Stadt 1596 M., für den Pflasterfonds 7404 M. und für die Anlieger 1300 M. Im Einverständnisse mit Herzoglicher Polizeidirection ersucht der Magistrat die Versammlung, sich mit der gedachten Holzpflasterung einverstanden zu erklären.

Die Finanzcommission, namens welcher Herr Sievers berichtet, hat sich mit dem Antrage eingehend beschäftigt, sie ist aber der Meinung, daß sehr wohl von der geplanten Einrichtung Abstand genommen werden könne. Wenn man das Opfer der Herstellungskosten, die grade nicht sehr hoch zu nennen seien, auch bringen könne, so empfehle die Commission doch mit Rücksicht auf die fortlaufenden Unterhaltungskosten wie auch mit Rücksicht darauf, daß die Versammlung aller Wahrscheinlichkeit nach über kurz oder lang ihr Sitzungslocal verlegen werde, da doch die Erbauung eines neuen Stadthauses in Aussicht stehe, den Magistratsantrag abzulehnen.

Es geschieht dies ohne Weiteres.

#### Darauf

berichtet Herr Heymann über zwei Proceßangelegenheiten und wird in dieser Beziehung beschlossen:

VII. sich mit der vom Magistrate mittelst Schreibens vom 21. Juli c. empfohlenen Aufstellung eines Anfechtungsprocesses gegen den Gärtner Buchheister wegen Herausgabe des Nachlasses der verstorbenen, in den Jahren 1877 bis 1886 von der städtischen Armenverwaltung unterstützten Dorette Thiele einverstanden zu erklären;

VIII. den Stadtmagistrat auf seinen Antrag vom 21. Juli c. zu ermächtigen, gegen den Schachtmeister Klüppers wegen Rückerstattung von, der Gemeindefrankenversicherung durch die Krankheit des bei demselben beschäftigt gewesenem, nicht rechtzeitig zur Krankenkasse angemeldeten Arbeiters Schwier erwachsenen Kosten im Betrage von 34 M. gerichtlich Klage zu erheben.

IX. wird auf Empfehlung des Referenten der Finanzcommission, Herrn Natalis, beschlossen, die vom Magistrate unterm 27. Juli c. zur Canalisirung der Klausenstraße beantragte Summe von 800 M. zu verwilligen.

X. genehmigt die Versammlung auf Grund eines Berichts des Herrn Seele einen mit dem Victualienhändler Michels an der Helmstedterstraße abgeschlossenen notariellen Kaufcontract wegen Ankaufs einer 18 qm großen, auf dem vorliegenden Situationsplane mit i k k<sup>1</sup> i bezeichneten Parcellle vom Michels'schen Grundstücke zum Preise von 5 M pro qm.

### Wie

XI. Herr Bültmann namens der Baucommission vorträgt, beabsichtigt der Architect Zinkeisen auf dem zwischen der Campestraße, Vertramstraße und Kleinen Vertramstraße belegenen, vormal's Gärtner Wolters zugehörigen Terrain verschiedene, im Magistratschreiben vom 15. v. Mts. näher bezeichnete, theils im Ortsbauplane vorgesehene, theils daselbst noch nicht aufgenommene Straßen auszubauen. Der Magistrat hat mit Zinkeisen dieserhalb einen notariellen Vertrag vom 20. Juli c. abgeschlossen, in welchem die Interessen der Stadt nach jeder Richtung hin gewahrt sind, und ersucht die Versammlung

- 1) sich damit einverstanden zu erklären, daß die auf dem vorliegenden Lageplane mit A B C D umschriebenen Straßen in den Ortsbauplan aufgenommen werden,
- 2) den mit Zinkeisen abgeschlossenen Vertrag mit der Modification zu genehmigen, daß die Canalanlage nicht durch die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke, sondern durch die Canalbaudeputation angeordnet und ausgeführt werde.

Auf Empfehlung der Commission werden diese Anträge ohne Debatte genehmigt.

XII. berichtet Herr Krahe über die Magistratsvorlage vom 25. v. Mts., den Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Neue Promenade und Nebenstraße betreffend.

Zum Ausbau der gedachten Verbindungsstraße ist in dem Neubauetat der Wegebaucaße pro 1887 die Summe von 9720 M in der Voraussetzung eingestellt, daß die Straße zwar in einer Breite von 20 m angelegt, daß jedoch das zur Erlangung dieser Breite erforderliche Areal des angrenzenden Friedhofs der St. Andreas-Kirchengemeinde einstweilen, mit Rücksicht auf die noch nicht abgelaufene Verschonungszeit der Gräber, unberührt bleiben solle. Mit Erlaubniß der Betheiligten und des Kirchenvorstandes hat der Magistrat die Gräber (76 an der Zahl) an anderen Stellen des Friedhofs beisehen lassen, und mit dem Kirchenvorstande das Uebereinkommen getroffen, daß die Kirche als Entschädigung für die abgetretene Fläche, sowie als Ersatz für ein neues Holzstaket den Betrag von 2430 M ausbezahlt erhalte. Der Kirchenvorstand hat sich jetzt aber bereit erklärt, die neue Grenze nicht mit einem hölzernen, sondern mit einem auf Quadersockeln ruhenden eisernen Staket einfriedigen zu lassen, was mindestens 2430 M kosten wird, und

beantragt der Magistrat, die gedachte Summe zur sofortigen definitiven Herstellung der Straße zu verwilligen.

Die Commission empfiehlt, im Interesse der Herstellung der Straße, die angeforderte Summe für das Mal zu verwilligen, sie spricht aber die Ansicht aus, daß nach Eröffnung des Centrafriedhofs zu städtischen Zwecken von den alten Kirchhöfen etwa erforderlich werdendes Terrain nicht mehr bezahlt zu werden brauche.

Nach kurzer Debatte zwischen dem Herrn Oberbürgermeister Pockels, dem Herrn Vorstehenden und Herrn Lüderßen über die Frage, ob die Stadt auch nach Eröffnung des Centrafriedhofes noch verpflichtet sei, bei etwaigen Grundabtretungen von den alten Friedhöfen an die Kirche Entschädigungen zu zahlen, werden die angeforderten 2430 M. verwilligt.

### Wie sodann

XIII. Herr Sievers namens der Finanzcommission berichtet, beantragt der Magistrat mittelst Schreibens vom 29. v. Mts. die Kosten für Belegung der Hildesheimer Straße, der Verbindungsstraße zwischen Neue Promenade und Nebenstraße, der Bieweg-, Limbecker- und Klausenstraße mit Gas- und Wasserröhren, sowie für Belegung der Roßstraße, eines Theils der Eichthalsstraße, der Kramer- und Friedrichstraße und eines Theils der Goslarschenstraße mit Wasserröhren, und für Verlängerung des Wasserrohrs in der Salzdhallumerstraße, im Gesamtbetrage von 22 293,95 M. zu bewilligen.

Die Commission befürwortet den Antrag, worauf derselbe genehmigt wird.

### Hiernach

XIV. folgt, von Herrn Schwarzenberg erstattet, der Bericht der vereinigten Statuten- und Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 29. August c., den Erwerb der Husarenkaserne und Husarenpferdeställe an der Wallpromenade betreffend. Die Grundstücke, um welche es sich dabei handelt, sind: die Kaserne am Monumentsplatz zu 1 ha 39 a 10 qm, die Kaserne am Siegesplatz zu 35 a 30 qm, die Pferdeställe am Augustplatz zu 33 a und die Pferdeställe am Magnithore und am Sandwege zu 26 a 15 qm, insgesamt 2 ha 33 a 55 qm.

Referent theilt zunächst in Kürze die Vorverhandlungen über diese Angelegenheit mit. Danach ist die Erbanung einer neuen Husarenkaserne auf dem Giersberge bereits im Jahre 1882 zur Sprache gekommen, wo die hiesige Garnisonverwaltung angefragt hat, zu welchem Preise das dazu benöthigte Terrain sowie die am Giersberge belegenen Stallungen erworben werden könnten. Auf Antrag des Magistrats beschloß die Versammlung in der Sitzung am 8. Juni 1882 unter gewissen Bedingungen, namentlich der der Beseitigung sämmtlicher militair-fiscalischen Grundstücke an der Wallpromenade, eine Forderung von 265 000 M. zu stellen.

Die Angelegenheit wurde aber seitens des Militairfiscus nicht weiter verfolgt, auch blieben fernere Verhandlungen zwischen dem Magistrate und dem Militairfiscus sowie zwischen letzterem und einem Finanzconsortium in den Jahren 1883 und 1884 resultatlos.

Im Frühjahr dieses Jahrs hat nun der Magistrat einen erneuerten Versuch gemacht, das fragliche Project zur Ausführung gelangen zu lassen, wobei er sich der Unterstützung Sr. Königlichen Hoheit, des Prinzen Albrecht zu erfreuen gehabt hat.

Vom General-Commando des 10. Armeecorps zu Hannover wurde dem Magistrate im März d. J. ein Vorschlag gemacht, wonach die hiesige Stadt auf dem Giersberge unter Hinzunahme der dajelbst bereits vorhandenen städtischen Stallungen u., ein Kasernement mit allem Zubehör an Stallungen, Reitbahnen und sonstigen reglementsmäßigen Nebenanlagen für den Stab und sämtliche 5 Escadrons des Braunschweigischen Husaren-Regiments Nr. 17 auf ihre Kosten herzurichten und solches Kasernement incl. Grund und Boden der Militair-Verwaltung als unbeschränktes Eigenthum zu überweisen haben, wogegen gleichzeitig sämtliche in hiesiger Stadt vorhandenen, zum Dienstgebrauche des fragl. Regiments bestimmten militairfiscalischen Gebäude und Grundstücke in das Eigenthum der Stadt überzugehen, die Stadt aber auf alle und jede Zahlung von Servis, Miethen oder sonstige Entschädigungen zu verzichten haben würde. Der Magistrat hat diese Vorschläge als für die Stadt zu kostspielig ablehnen zu müssen geglaubt, dagegen im Einverständniß mit der vereinigten Statuten- und Finanz-Commission in seinem Schreiben vom 16. März d. Js. folgende Gegenvorschläge gemacht:

- 1) Die Stadt überweist der Militair-Verwaltung die am Giersberge erbauten städtischen Ställe sammt Reitbahnen und sonstigem Zubehör, welche einschließlich des Grund und Bodens einen Selbstkostenpreis von 236 360 M repräsentiren, unentgeltlich zu Eigenthum;
- 2) Die Stadt überweist der Militair-Verwaltung fernerweit unentgeltlich zu Eigenthum das zum Bau eines vollständigen Regiments-Kasernements erforderliche Baulterrain am Giersberge im bedarfsmäßigen Maximalumfange von 4 ha, welches nach dem jetzigen Preise der Länderei in dortiger Gegend einen Werth von 200 000 M hat.
- 3) Die Stadt verzichtet auf Zahlung von Beiträgen zu den Erwerbs- und Herstellungskosten der an die sub 2 bezeichnete Länderei grenzenden Straßen, welche Beiträge sich auf pptr. 40 000 M beziffern und zahlt
- 4) an die Militair-Verwaltung die Summe von 400 000 M, wogegen die Militair-Verwaltung den Bau eines vollständigen Kasernements für das Herzogliche Husaren-Regiment Nr. 17 selbst auszuführen und als Aequivalent für die vorstehend sub 1—4 gedachten Leistungen die sämtlichen

in hiesiger Stadt vorhandenen, zur Unterbringung und zum ausschließlichen Dienstgebrauche des Braunschweigischen Husaren-Regiments *Nr.* 17 bestimmten militairfiscalischen Grundstücke und Gebäude der hiesigen Stadt zu Eigenthum zu überweisen haben würde.

Obwohl diese Gegenvorschläge der Stadt ein namhaftes Opfer auferlegt haben würden, für die Militair-Verwaltung aber als durchaus günstig bezeichnet werden dürfen, hat die Letztere dennoch das Anerbieten nur unter der Voraussetzung als annehmbar bezeichnet, daß der offerirte Baarbetrag von 400 000 *M* auf 550 000 *M* erhöht werde und der zustimmende Beschluß der städtischen Behörden spätestens bis 15. September d. Js. bei dem Königl. Kriegs-Ministerium zu Berlin eingeht. Die Königl. Garnison-Verwaltung hat dabei den Werth des der Stadt zu überweisenden Grund und Bodens zu 672 510 *M* und den Gebäudewerth zu 501 030 *M*, den Gesamtwertb sonach zu 1 173 540 *M* berechnet. Es liegt auf der Hand, daß diese Werthberechnung unzutreffend ist, da das der Stadt zu überweisende 23 355 qm haltende, theils überbaute, theils unbebaute Terrain ohne Unterschied, ob dasselbe an der Promenade belegen und zu Baupläzen geeignet ist, oder nicht, durchweg zum Preise von nahezu 29 *M* pro qm berechnet ist, für die Gebäude aber anscheinend die Herstellungskosten zu Grunde gelegt sind, während dieselben zum Theil, z. B. die Ställe neben der katholischen Kirche, sehr baufällig und nahezu werthlos sind, zum Theil aber für die Stadt nur einen geringen Abbruchs- bezw. Nutzungswertb haben. Von der städtischen Bauverwaltung sind nämlich die fragl. Grundstücke und Gebäude nur zu 481 000 *M* geschätzt worden, wonach sich in der beiderseitigen Werthschätzung eine Differenz von 692 540 *M* zu Ungunsten der Stadt herausstellt. Nichts destoweniger glaubt der Magistrat sich für die Annahme der von der Militair-Verwaltung gestellten Forderung aussprechen zu sollen. Zwar wird nach der vorliegenden Berechnung die Stadt 1) bei Zugrundelegung der jetzigen Werthe einen jährlichen Zinsverlust von 21 056 *M* zu erleiden und 7028 *M* mehr als bisher zu opfern, 2) bei Annahme des Selbstkostenpreises des Grund und Bodens zc. aber einen Zinsverlust von jährlich 17 116 *M* zu erleiden und jährlich pp. 3088 *M* mehr als bei dem gegenwärtigen Zustande zuzuschießen haben, allein ein solches Opfer wird nicht zu groß erscheinen, wenn man erwägt, daß durch die Ausführung des geplanten Projectes ein Zustand geschaffen wird, welcher nicht allein dem Interesse der Militairverwaltung entspricht, sondern auch für die hiesige Stadt dringend wünschenswerth erscheint, indem der ersteren dadurch erheblich verbesserte Kasernementverhältnisse gewährt werden würden, der letzteren aber, ganz abgesehen von schwer wiegenden aesthetischen Rücksichten, die mit großen Vortheilen für die städtische Bevölkerung verbundene Belassung eines ganzen Cavallerie-Regiments in hiesiger Stadt für alle Zeiten gewährleistet werden dürfte. Mit Rücksicht hierauf und in der Ueberzeugung, daß, ungeachtet der stadtseitig zu

bringenden Opfer, die Durchführung des Project's von der ganzen städtischen Bevölkerung freudig begrüßt werden wird, richtet der Magistrat an die Versammlung das Ersuchen, die obgedachten, an die Militairverwaltung unterm 16. März d. Js. gerichteten Vorschläge mit der Modification, daß statt des Baarzuschusses von 400 000 M ein solcher von 550 000 M gezahlt werde, zu genehmigen und ihn auf dieser Grundlage zum Abschlusse eines Vertrages mit der Königlichen Garnisonverwaltung zu ermächtigen.

Die Statutencommission ist, wie Referent weiter ausführt, einstimmig der Ansicht, daß es höchst wünschenswerth sei, dieses alte Militair-Etablissement seitens der Stadt zu erwerben. Es sei ja dies auch, wie schon aus einer Eingabe des Bürgervereins an Herzogliches Staatsministerium hervorgehe, allgemeiner Wunsch, und wenn die Commission sich auch habe sagen müssen, daß die Opfer, welche die Stadt zu bringen habe, unverhältnißmäßig hoch seien, so empfehle sie doch in ihrer Mehrheit den Vorschlag des Magistrats anzunehmen. Es spreche hierbei wesentlich die Kürze der Zeit mit, denn es könne jeden Tag mit der Erbauung der neuen Husarencaferne begonnen werden, wodurch die Promenade für immer geschädigt werden würde.

In der Commission sei ferner zur Sprache gekommen, daß die Acquisition des alten Officiercasinos, für welches die Stadt seiner Zeit 33 500 M geboten habe und welches zur Hälfte von den Husaren-Officieren mitbenutzt werde, in hohem Grade wünschenswerth sei; sie beantrage daher:

die Vorlage des Stadtmagistrats, insbesondere die Erhöhung des dem Militairfiscus offerirten Baarzuschusses von 400 000 M auf 550 000 M zu genehmigen,

zugleich jedoch die Erwartung auszusprechen, daß die Abtretung des am Wilhelmsplatz Nr. 1 belegenen, als Officiercasino vom Husaren-Regimente mit benutzten Gebäudes an die Stadt gegen den von derselben angebotenen Kaufpreis von 33 500 M erfolgen werde.

Herr Wilke ist der Ansicht, daß die zu erwerbenden Baulichkeiten nicht allein einen Abbruchswerth für die Stadt hätten; so würde sich die Husarencaferne ganz vorzüglich zu einer Gewerbeschule einrichten lassen. Man könne von den Baulichkeiten so manches für die Stadt verwerthen. Wenn die Stadt erst die Straßenreinigung und das Abfuhrwesen übernommen habe, brauche man ein Depot zur Unterbringung von Wagen und Pferden, wozu sich wiederum die Pferdeställe, soweit sie nicht an der Promenade liegen, verwenden ließen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer giebt anheim, von dem Zusatzantrage der Commission wegen Erwerbs des Officier-Casinos abzustehen, weil derselbe keine Aussicht auf Erfolg habe. Die Taxation zu 33 500 M datire aus dem Jahre 1879 und es sei nicht anzunehmen, daß die Militairverwaltung auf solch einen niedrigen

Preis eingehen werde. Wenn man aber eine höhere Summe, vielleicht 55 000 M., welche die neue Taxation ergebe, biete, dann würden wieder weitere Verhandlungen nöthig sein, zu denen keine Zeit mehr übrig sei, da das Antwortschreiben des Magistrats bereits übermorgen bei der Garnisonverwaltung erwartet werde, um sie am 15. dieses nach Berlin zu expediren. Nun gehe aber auch nach Ansicht des Magistrats nichts verloren, wenn jener Wunsch nicht mit zum Ausdruck gebracht werde, denn es sei mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Stadt bei einem öffentlich meistbietenden Verkaufe weit billiger in den Besitz des Kasinos gelange, als wenn man sich auf die jetzige Forderung der Militairverwaltung von 55 000 M. einlasse.

Herr Reuter bemerkt, daß der Zusatzantrag ja nur einen Wunsch ausdrücken solle, an den der Magistrat nicht gebunden sei. Es habe sich die Ansicht geltend gemacht, daß die Militairverwaltung keine höhere Forderung stellen würde, auch wenn das Kasino mit hineingerechnet würde, weil nach den Bedingungen sämtliche vom Militair benutzten Gebäude an die Stadt übergehen sollen, zu denen das Kasino doch mit gehöre. Die Commission habe geglaubt, daß die Sache auf diese Weise zu einem für die Stadt günstigen Arrangement geführt werden würde.

Herr Günther kann sich mit der Vorlage nicht einverstanden erklären. Jedem werde beim Anhören derselben ein eigenthümliches Gefühl überkommen sein, denn der Preis von 400 000 M. sei schon ein ziemlich hoher gewesen, über die jetzige Forderung des Militairfiscus von 550 000 M. müsse man aber wirklich staunen. Die heutige Vorlage sei wiederum ein harte Nuß, welche die Versammlung zu knacken habe, um so härter, als ihr keine Zeit zur Ueberlegung gelassen sei. Er könne auch der Ansicht des Herrn Wille, daß die Husarencaferne sich gut zu einer Gewerbeschule einrichten lassen werde, nicht beitreten, und halte für richtiger, den Zusatzantrag der Commission im Falle der Billigung des Magistratsantrags fortzulassen, denn nützen werde er doch nicht.

Herr Oberbürgermeister Pockels warnt, bei Annahme der heutigen Vorlage den Wunsch auszudrücken, daß die Stadt das Militair-Kasino zu einem bestimmten mäßigen Preise erwerben möchte. Zunächst sei ihm nicht bekannt, ob im Kriegsministerium in Berlin die Deconomie-Angelegenheiten, zu denen die Verwerthung des Kasinos doch wohl gehöre, und die Kasernenbauten in einer Abtheilung liegen oder zu verschiedenen Ressorts gehören, dann aber vermisse er auch die Angabe des Zweckes, wozu das Kasino erworben werden solle. Der Magistrat hätte dasselbe vor 7 oder 8 Jahren gern zu einem mäßigen Preise angekauft, weil schon damals in Aussicht genommen war, den Zugang zum Langenhofe von der Ostseite des Domes her zu verbreitern; dies sei aber inzwischen durch Feststellung des Ortsbauplans an jener Stelle erledigt. Wenn man also jetzt den Wunsch ausspreche,

das Kasino nach der neueren Taxation der städtischen Bauverwaltung zu 55 000 M anzukaufen, so frage es sich doch erst, ob denn das Grundstück diese Summe auch heute noch werth sei. Man wolle ja mit dem Erwerb des Kasinos nichts weiter bezwecken, als daß man einem Besohnachfolger das zur Straßenverbreiterung benötigte Terrain nicht über Kopf bezahlen müsse. Diese Befürchtung liege jetzt nicht mehr vor, denn Jeder, der das Kasino kaufe, wisse, daß er einen Theil des Grundstücks nach dem Langenhofe zu und einen anderen Theil nach dem Dome zu an die Stadt abtreten müsse. — Die Hauptbedenken des Zusatzantrages lägen aber noch auf anderm Gebiete. Heute handle es sich nur um Fixirung allgemeiner Grundzüge für den abzuschließenden Vertrag. Wenn es erst zur Ausführung der Detailbestimmungen komme, dann werde noch gehandelt werden, und dann sei es viel eher an der Zeit, mit dem Kasino als einem Compensationsobjecte hervorzutreten als heute, weil es die Militärverwaltung schon als ein besonderes Entgegenkommen ansehen würde, wenn sie der Stadt das Kasino zu 55 000 M überließe. Dagegen werde man im Verlaufe der späteren Verhandlungen mit großem Vortheil für die Stadt auf die Sache zurückkommen können. — Was nun die Geldseite der heutigen Vorlage anlange, so würde eine Operation in der Richtung zu beschließen sein, daß man einen selbständigen Fonds bildete, in welchen in erster Linie der Erlös aus dem Verkaufe der jetzt militairfiscalischen Grundstücke, dann aber auch der Nutzungswerth derjenigen Grundstücke fließe, die solchen städtischen Zwecken dienlich gemacht werden könnten, für welche Summen in der allgemeinen Anleihe zurückgestellt seien, so vielleicht die Ausgaben für einen Bauvorrathshof, eine Gewerbeschule, je nachdem die Baulichkeiten und Plätze Verwendung finden. Der finanzielle Schaden, den die Stadt erleiden müsse, werde sich, wenn man nicht gezwungen werde, sämmtliche Grundstücke zu verkaufen, wesentlich herabmindern. Opfer müßten allerdings gebracht werden, und nur, wenn man einen Theil der Grundstücke unmittelbar zu städtischen Zwecken würde verwenden können, würde man sich leidlich schadlos halten. Wenn man nun aber auch ein Opfer von 100—150 000 M gegenüber den jetzt zu machenden Aufwendungen bringen müsse, so sei das für uns und unsere Nachkommen, nicht allein aus Schönheitsrückichten, sondern auch für die ganze Entwicklung unserer Stadt von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Von diesem Fonds würden 550 000 M Baarkosten und dann die Kosten für den Arealerwerb zu bezahlen sein. Dazu sei natürlicherweise der Fonds nicht im Stande und um diese Leistungen erfüllen zu können, müsse er Vorschüsse haben, die entweder aus der Anleihe selbst geleistet oder bei dem Leihhause oder sonst einem Creditinstitute unter billigen Bedingungen argeliehen werden könnten. Nach 5 bis 10 Jahren werde man im Stande sein, die 550 000 M durch die Einnahmen aus der Werwerthung der jetzt militairfiscalischen Grundstücke zu tilgen. Das Waisenhaus werde aber die benötigten Ländereien gern abtreten, ohne sofortige



Bezahlung zu verlangen. Der Fonds müsse solange fortbestehen, bis sämtliche Lasten getragen und sämtliche Grundstücke verkauft resp. zu städtischen Zwecken verwandt seien; dann würde der Abschluß zu machen und das Deficit definitiv zu begleichen sein. Darüber würden aber noch mehrere Jahre nach Errichtung der Militärbauten verstreichen.

Herr Reuter: Ueber die Aufbringung der Geldmittel habe man in der Commission nicht sprechen können, weil man nicht gewußt habe, wann das Geld gezahlt werden solle. Die Commission habe geglaubt, daß vorläufig die Ueberweisung des Terrains statfinde und die Stadt die Gegenleistung in den jetzt vorhandenen Gebäuden empfinde, wenn der Neubau fertig und die alten Gebäude geräumt werden können, und daß eine besondere Vorlage über die Regulirung der Geldfrage noch zu erwarten sei. Den Antrag der Commission könne diese nicht ohne Weiteres zurücknehmen und müsse der Versammlung überlassen bleiben, wie sie darüber beschließen wolle. Unschädlich sei der Antrag auf alle Fälle, denn der Magistrat könne ja damit machen, was er wolle.

Es wird darauf zur Abstimmung geschritten und beschlossen:

- 1) die an die Militärverwaltung unterm 16. März d. J. gerichteten Vorschläge mit der Seitens des Militärfiscus verlangten Modification, daß statt des Baarzuschusses von 400 000 M ein solcher von 550 000 M gezahlt werde, zu genehmigen und den Stadtmagistrat auf dieser Grundlage zum Abschlusse eines Vertrages mit der Königlichen Garnison-Verwaltung zu ermächtigen,
- 2) dagegen den Zusatzantrag der Commission, zugleich die Erwartung auszusprechen, daß die Abtretung des als Officier-Kasino vom Husarenregimente mit benutzten Gebäudes gegen den von derselben angebotenen Kaufpreis von 33 500 M erfolgen werde, abzulehnen.

Im Anschluß an vorstehende Angelegenheit trägt Herr Schwarzenberg dann noch vor, daß laut Magistratschreibens vom 3. dieses Monats für den zur Erbauung einer neuen Husarenkaserne erforderlichen Ankauf der am Giersberge gelegenen 27,66 a haltenden Länderei des Gärtners Clahes nicht, wie in der Berechnung angegeben, 10 000 M sondern 15 000 M zu zahlen sein werden. Es beruht diese Preiserhöhung auf einer Nachforderung, die nach den vom Referenten näher dargelegten Ausführungen des Magistrats gerechtfertigt erscheinen. Die gedachte Berechnung würde sich danach (wie in dem betreffenden Referate schon berücksichtigt worden) um 5000 M ungünstiger für die Stadt gestalten. Den mit Clahes abgeschlossenen Kaufcontract ersucht der Magistrat zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Commission ohne Weiteres geschieht.

XV. referirt Herr Reuter im Auftrage der Baucommission über die Magistratsvorlage vom 1. d. Mts., die Instandsetzung der Spinnerstraße betreffend.

Der Magistrat hat bereits seit längerer Zeit mit der Direction der Braunschweigischen Actien-Gesellschaft für Zute- und Flachindustrie wegen Instandsetzung der Spinnerstraße, wie solche im Ortsbauplan vorgesehen, Verhandlungen gepflogen. Dieselben haben dahin geführt, daß der Magistrat, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten, sich bereits erklärt hat, die Instandsetzung vorzunehmen, wenn von der gedachten Direction zu den auf 30 000 M veranschlagten Kosten ein Beitrag von rund 10 000 M und zwar à fonds perdu geleistet wird. Die Direction hat sich dieser Bedingung unterworfen, und ersucht nun der Magistrat die Versammlung, die anschlagsmäßigen erforderlichen Gelder zu bewilligen.

Ferner überreicht der Magistrat einen mit den Anliegern der alten bezw. neuen Spinnerstraße wegen Abtretung des zum Straßenbau erforderlichen Terrains abgeschlossenen notariellen Contract vom 3. November 1886 zur Genehmigung. In dieser Beziehung ist zu erwähnen, daß die unverheiratete Marie Drewes, welche Miteigenthümerin einer 5 a 28 qm großen Fläche ist, sich geweigert hat, dem mit ihrer Mutter bezüglich dieser Fläche abgeschlossenen Contracte, in welchem ein Preis von 2 M pro qm stipulirt ist, beizutreten, und den unverhältnißmäßig hohen Preis von 6 M pro qm gefordert hat, weshalb der Magistrat anheimgiebt, zur Beantragung der Expropriation der Miteigenthumsrechte der Marie Drewes die Zustimmung zu ertheilen.

Die Commission ersucht, die Magistratsanträge zu genehmigen, außerdem aber 2200 M zur Verlegung von Gas- und Wasserröhren in der Spinnerstraße zu bewilligen,

welchem Ersuchen nach kurzen Bemerkungen der Herren Reiche und Assessor Glindemann entsprochen wird.

## Wie

XVI. Herr Lüderßen namens der Statutencommission berichtet, hat die Verwaltungsdeputation der Feldmark Alt-Petritthor unter alleinigem Widerspruch des Deconomen Kößing zu Lehn Dorf und des Gärtners Honemann von hier beschlossen, den unmittelbar neben der Thongrube der Actiengesellschaft für Ziegelfabrikation belegenen Weg weiter nach Westen zu verlegen und das bisherige Wegeterrain an die fragliche Actiengesellschaft gegen Uebernahme der Verpflichtung abzutreten, auf dem ihr zugehörigen Terrain einen neuen Weg auf ihre Kosten ordnungsmäßig herzustellen, denselben an die Petritthor-Interessentschaft abzutreten, und der letzteren eine Entschädigung von 3000 M zu zahlen. Der hierüber abgeschlossene Vertrag ist vom Herzoglichen Staatsministerium genehmigt worden. Nachdem nun Kößing nachträglich wegen der beschlossenen Wegeverlegung bei Herzog-

lichem Staatsministerium vorstellig geworden ist, hat letzteres die Einleitung bezw. Durchführung des in §. 4 Absatz 4 der neuen Wegeordnung vom 5. Juni 1871 vorgeschriebenen Verfahrens angeordnet und der Magistrat dementsprechend eine öffentliche Bekanntmachung erlassen. Während nun der Gärtner Honemann seinen Widerspruch gegen die erfolgte Wegeverlegung nicht weiter geltend gemacht hat, hat der Deconom Kößing gegen die beabsichtigte Wegeaufhebung protestirt. Die Gründe des Protestes erscheinen dem Magistrate, wie er in seinem Schreiben näher nachzuweisen sucht, hinfällig, weshalb er in Gemäßheit der einschlägigen, gesetzlichen bezw. statutarischen Bestimmungen der Versammlung anheim giebt, sich mit der beabsichtigten bezw. beschlossenen Wegeverlegung einverstanden zu erklären.

Die Commission schließt sich dem Magistratsantrage an, worauf derselbe genehmigt wird.

XVII. beschließt die Versammlung auf Grund eines von Herrn Reuter namens der Baucommission erstatteten Berichts, den vom Stadtbauamte anlässlich der Erbauung eines Wohn- und Wirthschaftsgebäudes seitens des Deconom Meyer für den vom Bülttenweg nach dem Dovensee führenden Feldweg zc. entworfenen mittelst Magistrats Schreibens vom 2. dieses Monats vorgelegten Ortsbauplan zu genehmigen.

XVIII. Laut Magistrats Schreibens vom 30. August c. ist die gründliche Reinigung des vom Bahnhofe nach der Neustadtmühle sich hinziehenden Okergrabens im Interesse des Betriebes der genannten Mühle dringend wünschenswerth. Die Kosten dieser Reinigung, welche der Stadt vertragsmäßig obliegen, belaufen sich auf 1800 M. Nachdem von verschiedenen Anwohnern 430 M an freiwilligen Beiträgen zu den Reinigungskosten eingezahlt sind, giebt der Magistrat anheim, den Rest der aufzuwendenden Kosten im Betrage von 1370 M aus dem Reservefonds der Neustadtmühle zu verwilligen —

ein Antrag, welchem auf Empfehlung des Commissionsreferenten, Herrn Seele, ohne Debatte entsprochen wird.

XIX. In der Sitzung vom 2. Juni c. hat die Versammlung einem Antrage des Stadtmagistrats gemäß beschlossen, zur Vergrößerung des Schulgrundstücks an der Maschstraße vom Grundstücke des Bauunternehmers Wellmann 51 qm anzukaufen. Bei der notariellen Verlautbarung des bezüglichlichen Kaufcontracts hat Wellmann den Wunsch ausgesprochen, daß ihm stadtseitig der auf dem vorliegenden Situationsplane mit b<sup>1</sup>c a bb<sup>1</sup> umschriebene, 3,5 qm haltende städtische Terrainstreifen käuflich überlassen werde und den Abschluß des Vertrags über die obigen 51 qm von dem gleichzeitigen Verkaufe der gedachten 3,5 qm abhängig gemacht. Da die

bereits festgestellte Baulinie auf den privaten Erwerb der letztgedachten Fläche hinweist, so giebt der Magistrat anheim, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß dieselbe zum Preise von 10 M pro qm an Wellmann verkauft werde.

Sodann hat der Magistrat mit Wellmann Verhandlungen über den in der Sitzung vom 30. Juni c. beschlossenen Erwerb der auf dem Situationsplane mit den Buchstaben e f g e und g h i g umschriebenen Parcellen des Wellmann'schen Grundstücks zu resp. 3 a 63 qm und 1,5 qm gepflogen. Wellmann fordert aber den unverhältnißmäßig hohen Preis von 15 M pro qm. Da nach einem Berichte der städtischen Bauverwaltung einerseits der Einheitspreis von 10 bis höchstens 12 M als angemessen zu bezeichnen ist, auch die Zahlung des geforderten Preises bei den nach Maßgabe der festgestellten Straßenfluchtlinie noch erforderlichen zahlreichen sonstigen Erwerbungen ohne Zweifel zu unliebsamen Berufungen Anlaß geben würde, andererseits aber die Nothwendigkeit des stadtsseitigen Erwerbes der fraglichen Parcellen nicht zu verkennen ist, so ersucht der Magistrat die Versammlung, ihn zur Beantragung der Expropriation rücksichtlich der gedachten Terrainstreifen zu ermächtigen.

Die Baucommission, für welche Herr Reuter berichtet, hat die Magistratsanträge geprüft und giebt deren Genehmigung anheim.

Auf eine Anfrage des Herrn Günther, weshalb die specielle Kostenveranschlagung über den Schulhausbau an der Maschstraße heute nicht zur Vorlage gekommen sei, wie solches seitens des Magistrats in der letzten Sitzung zugefagt sei,

erwiedert Herr Oberbürgermeister Bockels, daß die speciellen Kostenanschläge über die gedachte Schule wie über die Schule an der Heinenstraße von der städtischen Bauverwaltung nicht so rechtzeitig eingesandt seien, wie es zugesichert war. Die Anschläge seien aber neuerdings eingegangen, sie würden zunächst vom Magistrat geprüft und alsdann der Versammlung so zeitig zugesandt werden, daß sie in der nächsten Sitzung berathen werden könnten.

Die darauf erfolgende Abstimmung, an welcher sich die Herren Schwarzenberg und Lüderßen aus Rücksicht auf ihre dienstliche Stellung nicht betheiligen, ergiebt die Annahme der Magistratsanträge.

XX. Von Herrn Schwarzenberg ist folgende Interpellation an den Stadtmagistrat eingebracht:

Hat der Magistrat sich nicht veranlaßt gesehen, die Ursache der kürzlich hier aufgetretenen Trichinen-Epidemie genau festzustellen, um eintretenden Falls Maßregeln zur Verbesserung der Controle durch die Trichinen-Untersuchungen im Schlachthause zu ergreifen?

Eine dem Sinne nach gleichlautende Interpellation ist von Herrn Kiefe gestellt.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt hierzu, daß die Angelegenheit vorläufig noch in der Hand der Polizei liege, welche Untersuchungen darüber anstelle, ob ein Versehen auf der einen oder anderen Seite vorliege. Wenn das Verfahren erledigt sei und sich herausstellen sollte, was er sehr bezweifle, daß die Schuld einem Beamten des Schlachthauses treffe, dann würden auch Vorkehrungen getroffen werden, die Kontrolle zu verschärfen. Bei der jetzigen Lage der Sache sei es noch nicht möglich gewesen, nach irgend einer Richtung hin Schritte zu thun.

Schließlich

XXI. Lag noch ein selbstständiger Antrag des Herrn Vösek rug vor:

die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Erweiterungsbauten des hiesigen Pferdebahnnetzes, welche durch den Antrag vom 18. März 1885 vom Vorstande der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft projectirt sind, als:

- 1) von der Luisenstraße bis in die Nähe des Wilhelmthorbahnhofes,
- 2) von der Fallerdeleberstraße bis zur Bindestraße,
- 3) vom Steinthore bis zum Centralfriedhofe,

von den städtischen Behörden für erforderlich erachtet werden, und ferner

den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft aufzufordern, diese Linien sofort auszubauen und in Betrieb zu nehmen.

Antragsteller bemerkt hierzu, daß im Anfange des Jahres 1885 die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft darum eingekommen sei, die ihr ertheilte Erlaubniß zur Anlage einer Güterbahn bis zum 1. Juli desselben Jahres zu prolongiren. Sie hatte jedoch nicht beabsichtigt, die Bahn selbst zu erbauen, sondern sie wollte auf das Recht dazu zu Gunsten der Landes-Eisenbahn-Gesellschaft gegen eine Entschädigung von 100 000 M verzichten, und erklärte, daß sie dieses Geld zur Erweiterung des Straßenbahnnetzes verwenden würde, wobei sie die im Antrage bezeichneten Linien in Vorschlag brachte. Die dieserhalb vom Magistrate gestellten Anträge seien in der Sitzung vom 26. März 1885 genehmigt und habe der Vorstand der Straßenbahn-Gesellschaft sich darauf verpflichtet, die gedachten Linien auszubauen, sobald das Bedürfniß vorliege und er dazu aufgefordert würde. Daß es durchaus nothwendig sei, die bereits vor 2½ Jahren in Aussicht gestellten Linien herzurichten, sei selbstverständlich und bedürfe weiter keiner Motivirung. So müsse die Landes-Eisenbahn-Gesellschaft, um den Verkehr nach dem Wilhelmthor-Bahnhofe, der doch eine größere Frequenz aufzuweisen habe als der Nordbahnhof, zu vermitteln, sich mit einem Omnibus behelfen, was viel Kosten verursache und nicht zweck-

entsprechend und für das Publicum unbequem sei. Die Verlängerung der Steinthorlinie werde aber durch die nahe bevorstehende Eröffnung des Centralfriedhofes erforderlich, auch könne man nicht mehr umhin, dem Drängen des Publicums nach Fertigstellung der Fallersleberthorlinie bis zur Bindestraße nachzugeben.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

In der nachfolgenden vertraulichen Sitzung wird der Assessor Schwarzenberg zum Armenpfleger gewählt;

ferner wird Beschluß gefaßt über ein Unterstützungsgeſuch eines städtischen Beamten und über ein Erlaßgeſuch, Testamentsabgabe betreffend.

Zum Schlusse werden Steuerreclamationen erledigt.

---

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 22. September 1887.

---

Öffentlich:

- I. Selbständiger Antrag des Stadtverordneten Bösekrug, Erweiterung des Pferde-  
bahngleises betreffend.
- II. Abkommen mit dem Bauunternehmer Fr. Wilkens wegen Straßenterrain an der  
Friedrich-Wilhelmstraße.
- III. Einrichtung einer neuen Parallelklasse IX b für die höhere Mädchenschule.
- IV. Plan und Kostenanschlag für die neue Bürgerschule an der Maschstraße.
- V. Bauzeichnungen und Kostenanschläge für die städtische Mädchenschule.
- VI. Anschaffung neuer Foppen für die Turnerfeuerwehr.
- VII. Bewilligung von Kosten für das 25jährige Stiftungsfest der Turnerfeuerwehr.
- VIII. Abgabe von 2 Millionen Stadtsobligationen zum Course von 97 $\frac{1}{2}$ .
- IX. Mittheilung des Etats für den Centralfriedhof.
- X. Ankauf von Straßenterrain an der Zimmerstraße.

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung.  
Erledigung von Steuerreklamationen.

---

Entschuldigt die Herren Blasius und Buchler.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadtrath  
Haake, Stadtrath Ketemeyer und Assessor Glindemann, später auch Herr  
Stadtrath Götte.

### Nach Eröffnung der Sitzung

heißt der Herr Vorsitzende Herrn Bruno Lange, welcher heute zum ersten Male anwesend ist, willkommen und fügt den Wunsch hinzu, daß derselbe an den Geschäften der Versammlung Gefallen finde, und dem Vertrauen, welches seine Wähler in ihn gesetzt haben, entsprechen möge.

Durch ein Schreiben der Friedhofs-Deputation des Kirchenconvents vom 19. September c. werden die Stadtverordneten eingeladen, an der am 1. künftigen Monats stattfindenden feierlichen Einweihung des Centralfriedhofes theilzunehmen.

### Der Tagesordnung gemäß

I. schreitet die Versammlung zur Berathung des selbstständigen Antrags des Herrn Bösebrug:

die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, daß die Erweiterungsbauten des hiesigen Pferdebahnnetzes, welche durch den Antrag vom 18. März 1885 vom Vorstande der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft projectirt sind, als:

- 1) von der Luisenstraße bis in die Nähe des Wilhelmithorbahnhofes,
- 2) von der Fallersleberstraße bis zur Windefstraße,
- 3) vom Steinhore bis zum Centralfriedhofe,

von den städtischen Behörden für erforderlich erachtet werden, und ferner

den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft aufzufordern, diese Linien sofort auszubauen und in Betrieb zu nehmen.

Es liegt in dieser Angelegenheit auch ein Gesuch von Anwohnern der Frankfurterstraße vor, in welchem die Versammlung gebeten wird, bei der Direction der Braunschweigischen Straßenbahn-Gesellschaft zu bewirken, daß die Verlängerung der Pferdebahnlinie von der Kreuzung der Luisenstraße bis zur Einmündung der Wolfscampstraße in die Frankfurterstraße noch diesen Herbst zur Ausführung gebracht werde.

Beides ist der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen und hat Herr Reuter namens derselben zu berichten.

Die Commission hat nach Einsicht der Acten zunächst folgendes Material zu unterbreiten: Die Direction der Pferdebahn-Gesellschaft hat in ihrem Schreiben vom 18. März 1885 den Stadtmagistrat gebeten, die ihr zustehenden Concessionsrechte bezüglich der Erbauung einer Güterbahn bis zum 1. Juli 1885 zu prolongiren, und gleichzeitig versprochen, die ihr für Uebertragung der Concessionsrechte an die Landes-Eisenbahn-Gesellschaft zu gewährende Entschädigung von 100 000 M. zu Erweiterungsbauten des Pferdebahnnetzes zu verwenden. In dem Schlusse dieses



Schreibens (welchen Referent verliest) heißt es: „Die Gesellschaft werde durch die Zahlung von 100 000 M in den Stand gesetzt, diejenigen Erweiterungen ihres Unternehmens ausführen zu können, die der Verkehr der hiesigen Stadt schon in nicht ferner Zeit gebieterisch von ihr fordern werde. Dahin gehörten zunächst 1) eine Verlängerung der Wendenthorstrecke bis nach dem demnächstigen Nordbahnhofe und dem projectirten Viehhofe, 2) eine Verlängerung der Wilhelmithorstrecke nach dem vor diesem Thore anzulegenden Derneburger Bahnhofe, 3) bei der zweifellos bevorstehenden Verlegung des hiesigen Staatsbahnhofes die Anlegung einer Verbindung mit demselben. Vielleicht werde ferner auch seitens der Stadt demnächst die Anforderung an die Gesellschaft gestellt werden, die Steinhorstrecke bis nach dem künftigen Central-Friedhofe zu verlängern, um einestheils in besonders dazu eingerichteten auslenkbaren Wagen, die überall fahren können, den Transport der Leichen, wie dies beispielsweise in Hamburg angestrebt wird, zu besorgen, anderntheils den Verkehr mit dem in erheblicher Entfernung von der Stadt belegenen Friedhofe zu erleichtern, und endlich werde die Gesellschaft auch dem Drängen des Publicums, die Fallersleberthorstrecke durch die Gliesmaroderstraße bis in die Nähe des Militär-Lazareths zu verlängern, über kurz oder lang Folge geben müssen. Die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft beabsichtige daher auch keineswegs von der Entschädigungssumme irgend etwas an ihre Actionaire zu vertheilen, sondern die ganze Summe zu Erweiterungsanlagen in Reserve zu behalten, wozu sie sich den städtischen Behörden gegenüber ausdrücklich hiermit verpflichte mit dem Zufuge, solche Erweiterungsbauten je nach Bedürfniß auf Anfordern der städtischen Behörden auszuführen.“

Am 26. März 1885 hat die Versammlung über dieses Schreiben verhandelt, die Prolongation für die Concession der Güterbahn ist erfolgt, und unterm 21. April desselben Jahrs ist ein notarieller Vertrag seitens des Magistrats mit der Direction der Pferdebahn-Gesellschaft abgeschlossen, wonach letztere sich verpflichtet hat, diejenigen 100 000 M, welche sie von der Landes-Eisenbahn-Gesellschaft gegen Verzicht auf das Recht der Erbauung einer Güterbahn zu empfangen hat, lediglich zu Erweiterungsbauten für das hiesige Pferdebahnnetz zu verwenden und die nach Ansicht der städtischen Behörden erforderlichen Erweiterungsbauten, soweit sich dieselben mit einem Kostenaufwande von in maximo 100 000 M beschaffen lassen, vorzunehmen und zu dem vom Stadtmagistrate zu bestimmenden Zeitpunkte zur Ausführung zu bringen.

Die Angelegenheit hat nun folgenden Verlauf genommen: Schon unterm 15. December 1885 hat der Magistrat auf Veranlassung der städtischen Bauverwaltung bei der Direction der Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft angefragt, wie sie die Strecke nach dem Centralfriedhofe auszubauen gedenke. Der Magistrat hatte nämlich die Absicht, falls diese Strecke über die Leonhardstraße ge-

führt werden sollte, die Gleisanlage gemeinschaftlich mit der Instandsetzung dieser Straße auszuführen, damit letztere nicht binnen kurzer Zeit wieder aufgebrochen zu werden brauche. Auf dieses Schreiben ist eine Antwort der Gesellschaft nicht eingegangen. Am 17. Juni hat der Magistrat erinnert, aber auch darauf ist keine Antwort erfolgt. Dagegen ist von der Gesellschaft unterm 26. Mai 1886 ein Schreiben eingegangen, in welchem proponirt wird, die Strecke nach dem Nordbahnhofe (welche sie in ihrem Schreiben vom 18. März 1885 bereits genannt hat) zu bauen. Ueber diesen Vorschlag hat die Versammlung am 1. Juli 1886 berathen, sie hat sich mit der Herstellung der Linie einverstanden erklärt, auch die dafür in Vorschlag gebrachten Tariffätze genehmigt.

Am 20. März 1887 hat der Magistrat auf Veranlassung der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft das Ersuchen an die Pferdebahn-Gesellschaft gestellt, die Strecke von der Luisenstraße bis zum Wilhelmthor-Bahnhofe zu bauen. Die Gesellschaft hat sich am 30. März dazu bereit erklärt unter der Bedingung, daß die Strecke als eine provisorische behandelt werde und daß dieselbe zwischen und neben dem Gleise nicht gepflastert, sondern mit dem aufzunehmenden Chausseematerial wiederhergestellt werde. Herzogliche Baudirection, deren Genehmigung hierzu erforderlich war, hat sich aber dagegen ausgesprochen, weil die Straße durch eine solche Behandlung in schlechten Zustand kommen würde und das wird der Grund sein, weshalb diese Strecke bislang nicht ausgeführt worden ist. Den Acten nach ist man also in dieser Beziehung zu keinem bestimmten Resultate gekommen.

In den Acten sind alsdann noch Verhandlungen vorhanden über die Verwendung von Grauwacke bei den Pflasterungen zwischen und neben den Gleisen statt des leicht glatt werdenden Basalts; ferner eine Beschwerde des Droschkenbesitzervereins darüber, daß die Pferdebahnschienen stellenweise nicht im Niveau des Pflasters liegen, wodurch der Verkehr für andere Fuhrwerke erschwert werde.

Unterm 2. Juli 1887 hat der Magistrat die Ausführung der Strecke nach dem Centrafriedhofe verlangt, wozu sich die Gesellschaft auch unterm 28. Juli bereit erklärt hat, jedoch unter der Bedingung, daß ihr für die ersten drei Betriebsjahre eine jährliche Subvention von 3000 M. aus städtischen Mitteln bewilligt werde; sie hat dabei in Erwägung gegeben, daß der Verkehr außerhalb des Steinthors im Vergleich zur Innenstadt ein noch sehr schwacher sei, daß die Chaussee von St. Leonhard bis zum Centrafriedhofe von Getreidefeldern, aber nicht von bewohnten Häusern begrenzt werde und der Besuch des Centrafriedhofs anfänglich noch ein sehr unbedeutender sein würde. Der Magistrat hat jedoch unterm 2. August die Zahlung einer Subvention abgelehnt und bedingungslose Ausführung der fraglichen Strecke verlangt. Da hierauf keine Antwort einging, erinnerte der

Magistrat und ersuchte um eine Erklärung binnen 8 Tagen auf die Schreiben vom 2. Juli und 2. August c. Diese Erklärung ist denn auch unterm 14. September c. eingegangen. Es heißt darin, „daß das Straßenbahn=Unternehmen laut §. 1 des Hauptvertrags vom 11. Juni 1881 sich lediglich auf die Stadt Braunschweig beziehe und aus demselben weder Rechte noch Pflichten entstünden, das Bahnnetz über die Stadtgrenzen hinaus zu erweitern. Der Vertrag vom 21. April 1885 lege der Gesellschaft wohl die Verpflichtung auf, das Bahnnetz und den Bahnbetrieb für die erhaltenen 100 000 M zu erweitern, aber selbstredend auf Grund der Bestimmungen des Hauptvertrags nur in der Stadt resp. innerhalb der städtischen Grenzen, in mit Häusern bebauten und bewohnten Straßen. Die Anlage einer Straßenbahn auf einer nicht mit Häusern besetzten, nicht bewohnten Chaussee in Riddagshäuser Feldmark, auf der jeder regelmäßige städtische Verkehr fehle, könne der Gesellschaft auf Grund der geschlossenen Verträge nicht zugemuthet werden. Auf Verlangen des Stadtmagistrats sei sie bereit, die Steinhorlinie über die Adolfsstraße, Leonhardstraße bis zum Leonhardsplaz zu verlängern, eine weitergehende Verlängerung müsse sie dagegen, da sie mit ihrem Subventionsgesuche abgewiesen sei, ablehnen. Auf der Helmstedterstraße fehlten alle zur Anlage einer Straßenbahn nöthigen Grundbedingungen, insbesondere die polizeiliche Aufsicht und der polizeiliche Schutz, ohne welche sich selbst in den städtischen Straßen kein regelmäßiger Betrieb würde aufrecht erhalten lassen. Auch sei eine Verlängerung der Steinhorlinie bis zum Centrafriedhofe in dem Schreiben der Gesellschaft vom 18. März 1885 nicht in Aussicht genommen“.

Die Commission beantragt bei dieser Sachlage:

Die Stadtverordneten-Versammlung hält wie der Stadtmagistrat in Gemäßheit des Vertrages vom 21. April 1885 die Verlängerung des Pferdebahnnetzes vom Steinhore bis zum Centrafriedhofe und von der Luifenstraße bis zum Wilhelmithorbahnhofe für durchaus erforderlich und ersucht den Stadtmagistrat, der Straßeneisenbahn-Gesellschaft einen entsprechenden Zeitpunkt zu bestimmen, bis zu welchem diese Strecken zur Ausführung zu bringen sind. Zugleich ersucht dieselbe den Stadtmagistrat, die Straßeneisenbahn-Gesellschaft anzuhalten, den Rest der betreffenden 100 000 M baldigst zu ferneren Erweiterungsbauten zu verwenden.

Der Herr Antragsteller hat sich mit diesem Antrage, durch welchen auch die eingangs erwähnte Petition ihre Erledigung gefunden hat, einverstanden erklärt.

Die Discussion eröffnet

Herr Halle, welcher zwar mit dem Commissionsantrage einverstanden ist, aber wünscht, daß in demselben auch die Ausführung der Fallerleberthorlinie bis

zur Bindestraße verlangt werde, welche durchaus nothwendig sei und vollständig auf städtisches, bebautes Terrain zu liegen kommen würde. Die Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft habe sich bisher noch in keiner Weise coulant weder gegen den Magistrat noch gegen das Publicum gezeigt, man möge deshalb auch fordern, was man eigentlich verlangen könne.

Referent giebt anheim, es bei dem Commissionsantrage bewenden zu lassen, welcher am Schlusse das ausdrücke, was Herr Halle im Principe wünsche. Verhandlungen zwischen dem Magistrat und der Gesellschaft würden das Weitere ergeben. Es ständen übrigens noch verschiedene Aufgaben im Interesse der Pferdebahn bevor, man dürfe sich deshalb mit der Verausgabung der 100 000 M nicht allzu sehr beeilen. Mit der Ausführung der im Antrage bezeichneten beiden Linien sei auch der Magistrat einverstanden, und es liege, nachdem dem Vertrage dadurch genügt sei, daß die städtischen Behörden sich für die Nothwendigkeit der Herstellung der beiden Linien ausgesprochen haben, nur am Magistrat, die Zeit zu bestimmen, wann dieselben zur Ausführung kommen sollen.

Auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Heymann erwidert Herr Oberbürgermeister Pockels, daß bis hinter den Streitberg auf beiden Seiten der Helmstedterstraße städtisches Gebiet sei, daß also auch eine Bahnanlage bis zum Centralfriedhofe vollständig auf städtisches Gebiet zu liegen kommen würde. Ueber die Verlegung des Terrains des Centralfriedhofs selbst in den Gemeindeverband der Stadt Braunschweig sei eine Entschliebung noch nicht erfolgt.

Herr Rieke: Die Gesellschaft scheine zur Erweiterung des Bahnnetzes wenig Neigung zu haben und es werde deshalb auch der Antrag wenig nützen. Im Contracte seien Verkläufelungen enthalten, welche die Gesellschaft in ihrem Interesse ausbeuten wolle, so daß es ohne Proceß nicht abgehen werde. Es müßte der Gesellschaft gesagt werden, daß man die nothwendigen Strecken auf ihre Kosten stadtseitig würde herrichten lassen, wenn dies nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkte seitens der Gesellschaft geschehen sein sollte.

Herr Wilke befürchtet, daß man bei Anlegung der Strecke nach dem Centralfriedhofe auf besondere Schwierigkeiten stoßen würde, indem man schwerlich die Erlaubniß zur Ueberschreitung der Eisenbahn erlangen würde. Was die Verlängerung der Pferdebahn bis zum Wilhelmithor-Bahnhofe anlange, so würde die Gesellschaft in ihrem eigenen Interesse gern dazu schreiten, die Stadt müsse nur erst damit vorgehen, die betreffenden Straßenstrecken so herzurichten, daß Gleisanlagen darauf gemacht werden könnten. Auf dem Wilhelmithorbahnhofe concentrirte sich ja aller Verkehr, wie denn überhaupt die Anlage des Nordbahnhofes ein vollständig verfehltes Unternehmen sei. Redner fragt dann noch beim Magistrate an, ob Aussicht zur Herstellung einer directen Verbindungsstraße nach dem Wilhelmithorbahnhofe vorhanden sei und bittet denselben gleichzeitig, sich doch der Bergfeld-

und Kramerstraße einmal anzunehmen, um deren Instandsetzung so vielseitig gedrängt werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß schon seit Anlegung des Wilhelmithorbahnhofes Verhandlungen wegen Herstellung einer bequemen Verbindung dorthin schwebten, daß genaue Mittheilungen aber über den jetzigen Stand der Sache seitens des Magistrats augenblicklich nicht gemacht werden könnten, da der Referent in dieser Angelegenheit, Herr Bürgermeister Rittmeyer, auf Urlaub abwesend sei.

Der Herr Referent tritt den Bedenken der Herren Wilke und Rieke entgegen. Die Schwierigkeiten wegen des Ueberganges über die Eisenbahn auf der Helmstedterstraße würden sich beseitigen lassen, und was die Verlängerung der Bahnlinie bis zum Wilhelmithorbahnhofe anlange, so sei auch die Gesellschaft damit einverstanden, denn es heiße in ihrem jüngsten Jahresberichte, daß sie nächstes Jahr die gedachte Verlängerung zu bauen beabsichtige und aus der Verbindung dreier Bahnhöfe einen Gewinn für ihr Unternehmen zu erzielen hoffe. Allerdings müsse ja die neue Straße zum Wilhelmithorbahnhofe erst fertig sein; die Gesellschaft habe aber auch schon ein Project zur provisorischen Anlage dieser Bahnstrecke bis zum Wolfstampe eingereicht. — Die Erweiterungsbauten könnten auch nur von der jetzigen Pferdebahn-Gesellschaft ausgeführt werden, denn wie sollte es anderenfalls mit den Anschlüssen gehandhabt werden? — Ferner spricht sich Redner dagegen aus, daß die von Herrn Halle erwähnte Verlängerung der Fallersleberthorlinie, welche wirklich kein hervorragendes Interesse biete, und von welcher die Gesellschaft nur gesagt habe, daß sie zur Herstellung der Linie bis zum Militärlazareth wohl gedrängt werden werde, als nothwendig besonders im Antrage mit hervorgehoben werde.

Herr Krahe bemerkt zu den Ausführungen des Herrn Wilke, daß die Ueberschreitung der Eisenbahn auf der Helmstedterstraße kein Hinderniß zur Anlage einer Pferdebahn biete. Selbstverständlich werde man nicht gestatten, daß das Pferdebahngleis das Eisenbahngleis durchschneide. Das sei aber auch nicht nöthig, man könne ja einen auslenkbaren Wagen anwenden, wie man deren in Hamburg habe, der über das Eisenbahngleis wie andere Wagen wegfahre und auf der gegenüberliegenden Seite wieder in die Schienen einsetze. Redner bittet, doch gerade auf die Herstellung der Strecke nach dem Centralfriedhofe den größten Nachdruck zu legen; man werde in große Verlegenheiten kommen, wenn man keine Bahnverbindung dorthin habe.

Herr Halle kann nicht finden, daß es schaden würde, wenn die Verlängerung der Fallersleberthorlinie, welche sich schon lange als ein dringendes Bedürfniß für die Anwohner der Carlstraße wie der übrigen in jener Gegend liegenden Straßen herausgestellt habe, mit in den Commissionsantrag aufgenommen würde und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Nachdem Herr Lösekrug noch bemerkt hat, daß auch in seinem Antrage die Verlängerung der Fallersleberthorlinie mit vorgesehen sei, daß er aber, um möglichst eine einstimmige Annahme zu erzielen, sich mit dem Commissionsantrage einverstanden erklärt habe,

wird zur Abstimmung geschritten, wobei der Commissionsantrag einstimmig angenommen,

der Zusatzantrag des Herrn Halle aber abgelehnt wird.

Die Versammlung wendet sich nun zu den Magistratsvorlagen.

II. Das neben dem Wohnhause des Bauunternehmers Fr. Wilkens an der Ecke der Bruchstraße und Friedrich-Wilhelmsstraße belegene 28 qm große städtische Terrain ist seiner Zeit zur Straßenverbreiterung nicht mit herangezogen, sondern Wilkens pachtweise für 40 M jährlich unter der Bedingung überlassen, daß er dasselbe einem Vorgarten gleich mit Blumen und Gesträuch bepflanzt. Wilkens hat nun gebeten, ihm in Anbetracht, daß ihm dieses Terrain keinen Nutzen gewähre, auch das Wohnhaus wegen der Nähe der Bruchstraße unzureichende Mietherträge abwerfe, die Pacht für die Zukunft zu erlassen und an deren Stelle ein jährliches Recognitionsgeld von 1 M treten zu lassen. Der Magistrat billigt die von Wilkens vorgebrachten Gründe und giebt, da außerdem die Hinzuziehung des fraglichen Terrains zur Straße 518 M kosten würde, mittelst Schreibens vom 2. dieses Monats anheim, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß Wilkens für die Folge nur ein jährliches Recognitionsgeld von 1 M bezahle.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Hollmann berichtet, beschließt die Versammlung den Magistratsantrag zu genehmigen, ferner den Stadtmagistrat zu ersuchen, Wilkens dazu anzuhalten, daß er seiner contractlichen Verpflichtung, wonach das fragliche Terrain als Vorgarten zu behandeln ist, in Zukunft besser nachkomme, damit dasselbe einen freundlicheren Anblick gewähre als bisher.

Wie

III. Herr Schwarzenberg namens der Schulcommission berichtet, ist laut Magistratsschreibens vom 5. dieses Monats die Einrichtung einer neuen Parallellasse IX b für die städtische höhere Mädchenschule erforderlich. Diese neue Einrichtung ist bereits im Principe genehmigt, indem der diesjährige Etat der Schule (cap. 1 w) eine Dispositionssumme von 300 M behuf Besoldung einer Lehrerin vorgesehen hat. Bei Vornahme einiger baulichen Veränderungen kann die neue Klasse mit einem Kostenaufwande von 300 M im alten Museumsgebäude untergebracht werden, und beantragt der Magistrat

- 1) die Verausgabung der zur Disposition gestellten Summe von 300 M zur Besoldung einer Lehrerin bezw. Honorirung von Zeichen- und Handarbeitsunterricht zu genehmigen,
  - 2) die obgedachten Baukosten zu 300 M aus dem Schuletat zu bewilligen.
- Die Commission tritt diesen Anträgen bei, worauf dieselben genehmigt werden.

IV. Mittelfst Magistratschreibens vom 6. dieses Monats sind der Versammlung Plan und Kostenanschlag über die Erbauung einer neuen Bürgerschule auf dem Fentisch'schen Grundstücke an der Maschstraße überandt worden. Die Kosten des Baues stellen sich folgendermaßen zusammen:

Hauptgebäude (1001 qm bebaute Fläche à 275,7 M)	2 76 000 M
Turnhalle (270 qm à 107,4 M)	29 000 "
Abortsgebäude (123 qm à 127,6 M)	15 700 "
Spielflaz, Gas- und Wasserleitung zc.	29 800 "
Mobiliar und Tarngeräthe	29 700 "

insgesamt 380 200 M

Schul- und Baucommission haben, wie Herr Krahe als Referent vorträgt, die Vorlage gemeinschaftlich geprüft und gegen dieselbe nichts zu erinnern gefunden. Die angeforderte Summe erscheine allerdings sehr hoch, sie lasse sich aber nicht herabmindern; der Bau verlange außergewöhnliche Aufwendungen. Der Form des Grundstücks entsprechend, dehne sich das Hauptgebäude in zwei langen Frontseiten aus und das Bauterrain sei sehr tiefgründig, so daß besonders starke Fundamentirungen nöthig seien. Außerdem sei für diese Schule eine theuerere Heizungsanlage (Heißwasserluftheizung) beschlossen, als man sie in den anderen Schulen habe. Ferner solle in dieser Schule zum ersten Male der Versuch mit einer zu 3500 M veranschlagten Douche-Badeeinrichtung gemacht und das Hauptgebäude mit der Turnhalle durch einen verdeckten Gang verbunden werden, welcher Lehrer und Schüler vor Erkältungen schütze. Referent läßt das Project, welches er als ein sehr schön ausgearbeitetes bezeichnet, circuliren und giebt dessen Genehmigung anheim.

Herr Halle giebt zu erwägen, ob es sich nicht empfehle, den Spielflaz statt mit Grand, mit Pochkies zu bestreuen. Letzteres sei wohl etwas kostspieliger, es sei aber dem Grande vorzuziehen, weil es weniger Staub verursache und nicht so leicht am Schuhwerk haften bleibe. Er gebe dem Grande auf den Spielplätzen mit Schuld, daß die Fußböden in den Schultuben in so erstaunlich kurzer Zeit abgenutzt würden.

Herr Nieß hält aus gleichen Gründen die Anwendung von Pochkies für empfehlenswerth.

Herr Wolff kann die erwähnten Vorzüge des Pochtiefes nicht anerkennen, dasselbe bewähre sich, wie er aus eigener Anschauung constatiren könne, namentlich bei feuchtem Wetter, noch weit weniger als Grand.

Es wird darauf die Genehmigung des vorgelegten Bauprojectes beschlossen.

### Weiter

V. berichtet Herr Krahe namens der vereinigten Schul- und Baucommission über die Magistratsvorlage vom 6. dieses Monats, Bauzeichnungen und Kostenanschläge für die städtische Mädchenschule in der Heinenstraße betreffend.

Es sind im Anschlage vorgesehen

für das Hauptgebäude (875 qm à 254 M) . . . . .	222 000 M
die Turnhalle mit darauf befindlicher Aula (342 qm à 155 M) . . . . .	53 000 "
Turnhalle (298 qm à 91,60 M) 27 300 M . . . . .	—
Abortgebäude (48,70 qm à 127,3 M) . . . . .	6 200 "
Verbindungsgang . . . . .	7 500 "
Spielflaz, Gas- und Wasserleitung u. . . . .	13 300 "
Mobiliar und Turngeräthe. . . . .	25 400 "

zusammen 327 400 M.

Der Magistrat ist mit dieser von der städtischen Bauverwaltung aufgestellten Veranschlagung einverstanden; die Herstellung einer Aula kann er jedoch nicht empfehlen, weil dieselbe einen Kostenaufwand von 25 700 M erfordert und außerdem bei Schulfeierlichkeiten wohl die Turnhalle benutzt werden kann; er giebt deshalb anheim, die Kosten für die Aula abzusetzen und nur eine Summe von 301 700 M zu verwilligen.

Die Commissionen sind mit dem Antrage des Magistrats einverstanden, sie empfehlen aber, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Turnhalle so construiren zu lassen, daß event. später einmal ohne große Schwierigkeiten ein Stockwerk zur Einrichtung einer Aula aufgebaut werden könne.

Persönlich bittet Referent noch dringend, auf spätere Herstellung einer Aula Bedacht zu nehmen; er sehe nicht ein, weshalb diese Schule hinter der höheren Mädchenschule, die eine opulente Aula besitze, zurückstehen solle. Möglich sei ja auch, daß an der veranschlagten Summe die Kosten dafür erspart würden, so daß die Aula später ohne Nachverwilligung von Mitteln erbaut werden könnte.

Herr Halle kann sich für die Herstellung einer Aula nicht sehr erwärmen. Die Kinder hielten sich jede Woche etwa eine Viertelstunde in derselben auf, um einen Choral zu singen, und zu solchem Zwecke die bedeutende Summe von 25 700 M zu opfern, halte er nicht für angemessen. Er theile die Ansicht des Magistrats, daß



bei Schulfeierlichkeiten sehr wohl die Turnhalle benutzt werden könne. Außerdem habe man alle Ursache, zu sparen, und mit Rücksicht hierauf gebe er anheim, von dem Luxus einer Aula Abstand zu nehmen.

Herr Reuter: Für unsere Schulen werde viel gethan, sie würden ja auch überall als Musteranstalten angesehen, was sie denn auch in Wirklichkeit seien. Wenn nun aber einmal die finanzielle Seite in den Vordergrund trete, so müsse man solches auch als gerechtfertigt erachten. Sollte übrigens die Aula von den vom Magistrate beantragten Kosten mit bestritten werden können, so würde gegen deren Herstellung nichts zu erinnern sein; es brauchten Fundament und Umfangswände der Turnhalle nur so stark hergerichtet zu werden, daß später noch eine Aula darauf gebaut werden könne. Er würde für eine Aula eingetreten sein, wenn die Schule bereits eine solche gehabt hätte; dies sei aber nicht der Fall, es trete also kein anderer Zustand ein als bisher.

Herr Günther ist gleich Herrn Halle der Meinung, daß man die Aula, da sie nicht gerade nothwendig, aber sehr theuer sei, wohl weglassen könne. Redner fragt an, ob auch in dieser Schule eine Badeeinrichtung vorgesehen sei; dieselbe sei wohl in einer Mädchenschule nicht so sehr nöthig, man könne aber nicht wissen, wozu die Schule später noch einmal benutzt werden solle.

Referent bemerkt hierzu, daß, wenn die Badeeinrichtung in der Schule an der Maschstraße sich bewähren sollte, auch in allen übrigen Schulen in dieser Beziehung vorgegangen werden werde, was nach Aussage der städtischen Bauverwaltung keine großen Schwierigkeiten biete.

Herr Ramdohr glaubt die Bemerkung des Herrn Reuter, daß die städtische Mädchenschule bisher überhaupt keine Aula gehabt habe, dahin richtig stellen zu sollen, daß dieser Schule bei feierlichen Handlungen und Festlichkeiten, wie zu Neujahr und Sedan, stets die Aula der höheren Mädchenschule zur Verfügung gestanden habe. Die städtische Mädchenschule sei also nicht lediglich auf die Turnhalle angewiesen gewesen. Er persönlich hätte sehr gewünscht, daß der Schule eine Aula nicht vorenthalten würde.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Auch der Magistrat hätte sehr gern gesehen, daß die Schule mit einer Aula versehen würde und lediglich finanzielle Gründe hätten ihn abgehalten, die Herstellung derselben zu empfehlen. Sollten indeß hinreichende Ersparungen an der angeforderten Bauumme gemacht werden, so würde der Magistrat nicht unterlassen, später mit einer bezüglichen Vorlage zu kommen. Bei Aufstellung von Bauanschlägen sei man über die Einheitspreise immer noch nicht vollständig im Klaren, diese richteten sich dann später nach den Submissionsofferten. An den Zimmerarbeiten werde, wie sich jetzt schon übersehen lasse, nicht unbedeutend erspart werden, und wenn dieser Fall sich auch bei anderen

Positionen wiederhole, dann könne es sehr wohl sein, daß man die Kosten für die Aula erübrige. An der Schule am Büldenwege seien ja auch etwa 30000 M erspart worden.

Herr Schwarzenberg ist der Ansicht, daß die Aula der höheren Mädchenschule auch ferner bei außerordentlichen Anlässen seitens der städtischen Mädchenschule benutzt werden könne.

Herr Kieke spricht sich gegen den Bau einer Aula aus. Wenn die Aufschlagssumme nicht ganz gebraucht werden sollte, so schlage er vor, das ersparte Geld im Interesse der Allgemeinheit zu verwenden und einen Fonds damit zu gründen, welcher die Erbauung billiger und gesunder Arbeiterwohnungen zum Zweck habe. Die Ständeschulen hätten überhaupt schon Vorzüge genug. Unsere Schulen seien so gut eingerichtet, wie man sie in den größten Städten Deutschlands nicht besser habe. Damit solle man sich genügen lassen; es würden sonst immer noch mehr Aufwendungen nöthig und die Folge sei, daß auch wieder mehr Steuern aufgebracht werden müßten. Die 5 Millionen würden so sehr lange nicht ausreichen, denn es gebe noch viel zu beschaffen.

Es wird darauf der Magistratsantrag mit dem Zusatzantrage der Commission genehmigt.

VI. werden auf Grund eines Berichts des Herrn Natalis durch den nächstjährigen Etat 609 M 50 S verwilligt, welche der Magistrat unterm 12. dieses Monats zur sofortigen Anschaffung von Dienstjoppen für die Turnerfeuerwehr beantragt hat.

VII. Die Turnerfeuerwehr feiert am 3. und 4. December dieses Jahres ihr 25 jähriges Stiftungsfest und ist bei dem Magistrate um Gewährung einer Beihilfe eingekommen. Der Magistrat hält eine Beihilfe von 1000 M für angemessen und ersucht die Versammlung mittelst Schreibens vom 12. dieses Monats, gedachte Summe aus dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden zu verwilligen.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Natalis berichtet, wird diesem Ersuchen entsprochen.

Wie

VIII. Herr Sievers namens der Finanzcommission vorträgt, handelt es sich laut Magistratschreibens vom 15. dieses Monats um Ausführung des Beschlusses der Versammlung vom 2. Juni cr., wonach der Magistrat ermächtigt wurde, eine 3 1/2-%ige Kreisanleihe im Nennwerthe von 5 Millionen Mark aufzunehmen. An jenen Beschluß wurden damals die Bestimmungen geknüpft, daß

- 1) die Anleihe successive in bedarfsmäßigen Theilen auf besondere diesbezügliche Beschlüsse der städtischen Behörden unter gleichmäßiger Festsetzung des Ausgabecourses und bezw. unter Beachtung des dem Consortium hiesiger Bankhäuser rücksichtlich des Betrages von 3 Millionen Mark zustehenden Vorkaufsrechts an den Markt gebracht,
- 2) im laufenden Jahre und zwar vom 1. October, eine erste Quote der Anleihe im Nennwerthe von 2 Millionen Mark zur Deckung der etatmäßigen Fehlsomme des Extraordinarii der Stadtkasse zu 1 636 300 M., sowie zur Bestreitung der Kosten der in der Ausführung begriffenen Stadtentwässerung mit rund 340 000 M. ausgegeben werde,
- 3) die Festsetzung des Ausgabecourses dieses Theilbetrages der Anleihe einstweilen ausgesetzt bleibe.

Der Magistrat hat nun neuerdings dem gedachten Consortium den Nennwerth von 1 900 000 M. dieser Quote mit Vorbehalt der Zustimmung der Versammlung unter der Bedingung angeboten, daß die über den gedachten Betrag lautende Schuldverschreibung zum 30. dieses oder zum 1. künftigen Monats für den Preis von  $97\frac{1}{2}$  abgenommen werde, wohingegen der Magistrat den Rest von nominell 100 000 M. behuf eigenen Verkaufs an hiesige milde Stiftungen zu demselben Preise reserviren will. Der Magistrat ersucht die Versammlung um Ertheilung der Zustimmung dazu, daß der Preis des zu verkaufenden Nennwerths von 2 Millionen Mark auf  $97\frac{1}{2}$  festgesetzt werde.

Die Commission habe, wie Referent weiter ausführt, den Antrag geprüft und könne es scheinen, als ob der Cours von  $97\frac{1}{2}$  ein wenig niedrig wäre, weil die neuerdings erfolgte Hamburger Staatsanleihe mit 99,15 aufgelegt sei. Dies sei aber nur scheinbar, denn 99,15 sei nicht der Preis, den der Hamburger Staat bekomme, sondern den der Banquier auflege. Auch hier in Braunschweig würde der Ausgabecours anders als  $97\frac{1}{2}$  lauten. Die Stadt habe aber bis jetzt des Vorkaufsrechts wegen ohne Mitwirkung des Consortiums eine Anleihe nicht gut begeben können, es würde dies wenigstens große Schwierigkeiten haben und so habe die Commission den Preis von  $97\frac{1}{2}$  für angemessen gehalten. Das Consortium habe auch bereits seine Zustimmung erklärt.

Der Herr Vorsitzende fragt an, ob nicht der Versuch gemacht sei, die Anleihe anderweit unterzubringen, oder ob nur mit dem Consortium verhandelt sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Es sei nur mit dem Consortium verhandelt worden und zwar aus dem Grunde, weil frühere in dieser Beziehung gemachte Versuche, auswärtige Firmen zur Concurrenz heranzuziehen, sich als vollständig ergebnislos herausgestellt hätten. Die auswärtigen Firmen hätten geantwortet, daß sie dem Consortium, welches das Vorkaufsrecht habe, die Preise nicht in die Höhe treiben wollten.

Herr Hollmann erklärt, daß er sich der Abstimmung enthalten werde, da er persönlich bei der Sache interessirt sei.

Herr Halle kommt es etwas sonderbar vor, daß zu derselben Zeit, wo in Hamburg eine Anleihe zu 99,15 aufgelegt werde, die Stadt Braunschweig ihre Anleihe mit 97½ fortgebe. Er habe immer geglaubt, daß unsere Stadt die Anleihe selbst und nicht erst durch ein Consortium auflegen werde, wodurch man eine nicht unbedeutende Summe ersparen würde. Redner fragt beim Stadtmagistrate an, ob es sich nicht bewerkstelligen lasse, daß die Anleihe seitens der Stadt selbst aufgelegt werde?

Herr Oberbürgermeister Pockels: Falls der Magistrat die Zustimmung der Versammlung zum Verkaufe der Anleihe zum Preise von 97,5 nicht bekommen sollte und in Folge davon die Vereinbarung mit den betreffenden Banthäusern nicht zu Stande kommen würde, würde es demselben frei stehen müssen, die Anleihe selbst aufzulegen. Redner möchte indeß nicht dazu rathen, er sei der festen Ueberzeugung, daß der Cours von 97,5 ein vollständig entsprechender sei. Ein Vergleich mit der Hamburger Staatsanleihe sei nicht zutreffend. Hamburg sei Weltmarkt und könne seine Papiere überall loswerden, wogegen die Braunschweiger Papiere nicht einmal an der Berliner Börse gehandelt würden. Ein Vergleich mit Halle, welches ähnliche Verhältnisse wie Braunschweig habe — nur etwas mehr Steuern würden dort gezahlt — sei eher am Platze, und die Haller Anleihe stehe augenblicklich 98,25 Brief. Wenn nun das Consortium auch wirklich  $\frac{3}{4}$  oder 1 % verdiene, so müsse man ihm das gönnen, denn wenn die Stadt die Anleihe selbst auflegte, würde sie mit bedeutenden Schwierigkeiten und großer Arbeitslast zu kämpfen haben.

Die nun folgende Abstimmung ergiebt Annahme des Magistratsantrags.

IX. Der Magistrat hat der Versammlung unterm 15. dieses Monats den vom Kirchencassen-Collegium aufgestellten Etat der Central-Friedhofskasse für die Zeit vom 1. October 1887 bis ultimo December 1888 zur Kenntnißnahme mitgetheilt.

Der Etat, über welchen namens der Finanzcommission Herr Hollmann berichtet, gestaltet sich folgendermaßen:

#### G i n n a h m e :

Anfertigung der Gräber . . . . .	9 725 M
Für Leichenbeförderung . . . . .	16 950 "
Für Nummersteine . . . . .	2 075 "
Abgabe an die Schule . . . . .	7 025 "
Latus . . . . .	35 775 M

Transport . . . . .	35 775	M
Für Anweisung und Verleihung von Grabstellen . . . . .	1 600	"
Für Benutzung der Leichenhalle . . . . .	2 100	"
Für Benutzung der Kapelle . . . . .	2 500	"
Für Erdarbeiten zur Fundamentirung von Denkmälern, Einfriedigungen etc. . . . .	1 000	"
Für die erste Einrichtung von Grabhügeln . . . . .	10 450	"
Für Unterhaltung von Gräbern . . . . .	4 400	"
Sonstige Einnahmen . . . . .	175	"
Verzinsliche Vorschüsse der Gemeinde-Kirchenkasse zur ersten Einrichtung des Friedhofs mit Mobiliargegenständen . . . . .	4 000	"
<hr/> Insgesammt Einnahme		62 000 M

### Ausgabe:

Gehälter und Remunerationen . . . . .	13 000	M
Büreaubedürfnisse . . . . .	500	"
Heizung . . . . .	500	"
Wasser . . . . .	1 000	"
Aufwand für die Gebäude . . . . .	1 800	"
Aufwand für Mobiliargegenstände . . . . .	3 200	"
Sachliche Ausgaben der Gärtnerei, einschließlich der Land= pacht, und zur Erhaltung der Friedhofsanlagen . . . . .	3 300	"
Nummersteine . . . . .	1 600	"
Leichenbeförderung . . . . .	17 600	"
Abgabe an die Schule . . . . .	6 750	"
Zinsen . . . . .	10 620	"
Unbestimmbare kleinere Ausgaben . . . . .	430	"
<hr/> Insgesammt Ausgabe		60 300 M

Nachdem Redner bemerkt hat, daß der Magistrat wie auch die Finanzcommission gegen den Etat nichts einzuwenden haben, wird der Gegenstand verlassen und sodann

X. auf Grund eines von Herrn Reuter im Auftrage der Baucommission erstatteten Berichts, dem Magistratsantrage vom 15. dieses Monats entsprechend, beschlossen, daß das zur Verbreiterung der Zimmerstraße vom Grundstücke des Steueraufsichters Peters erforderliche 20 qm große Terrain für 3 M pro qm angekauft werde.

Eine von den Herren Nieß und Natalis eingebrachte Anfrage über den Stand der Angelegenheit wegen Erwerbung von Terrain vom Klusmann'schen Grundstücke an der Helmstedterstraße zur Straßenverbreiterung, kann heute nicht beantwortet werden, weil der betreffende Magistratsdecernent nicht zugegen ist;

es wird deshalb, und da weitere Gegenstände zur Berathung nicht vorliegen, die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich werden in

### **gemeinschaftlicher Sitzung**

Steuerreklamationen in der Recursinstanz erledigt.

---

1887.

(Fortsetzung der Beilage zu No. 238 de 1887  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

*Oh  
des Raths  
Lieber*  
12 11.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 27. October 1887.

Öeffentlich:

- I. Vertrag mit der Wittive Gellertshof wegen der Civil-Badeanstalt.
- II. Gesuch des Rentiers Klemme, Bau eines Hauses an der Wabestraße betreffend.
- III. Eventuelle Ueberlassung von Straßenterrain an einen Anlieger der Brabantstraße zum Neubau.
- IV. Vergleich mit dem Gärtner Buchheister.
- V. Verwendung von Ueberschüssen der Kreis-Communalcasse.
- VI. Vertrag mit dem Zimmermann Hardenberg wegen Ueberlassung von Straßenterrain an der Kreuzstraße.
- VII. Gesuch von Anwohnern des Miints wegen Aenderung des Namens ihrer Straße.
- VIII. Bau der Brücke an der Ferdinandstraße.
- IX. Verkauf von Raffinerie-Actien.
- X. Verkauf von Terrain der Limbederstraße.
- XI. Erwerb von Terrain zur Biemwegstraße.
- XII. Benützung von städtischer Länderei am Giersberge zu militärischen Zwecken.
- XIII. Aenderung des Ortsbaustatuts.
- XIV. Anstellung des Malers Herje.
- XV. Anstellung eines vierten Magistratsdieners.
- XVI. Interpellation der Herren Nieß und Natalis, die Erwerbung des Klusmann'schen Grundstücks an der Helmstedterstraße betr.
- XVII. Desgl. desgl., die Einrichtung einer städtischen Sparcasse betreffend.
- XVIII. Desgl. des Herrn Halle, die Uebernahme der Straßenreinigung seitens der Stadt betreffend.
- XIX. Desgl. desgl., den Abbruch des Wollermann'schen Hauses am Bohlwege betreffend.

XX. Selbstständiger Antrag der Herren Wille und Nieß, die Revision des Ortsbau=statuts betreffend.

XXI. Desgl. des Herrn Nieß, die Expropriation des Rhusmann'schen Grundstücks an der Helmstedterstraße betreffend.

Vertraulich:

- 1) Anstellung des Heizcontroleurs Steckhan.
- 2) Steuereinschätzung.
- 3) Gehaltsaufbesserung für einen städtischen Beamten.
- 4) Wahl eines Magistratsdieners.
- 5) Steuerreclamationen (Verzeichniß III von 1887).

Entschuldigt die Herren Hollmann und Siewers.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Götte, Haake, Kete= mayer und Grote.

Nach Genehmigung der Protocolle N. 9 vom 8. September c. und N. 10 vom 22. September c.

theilt der Herr Vorsitzende verschiedene eingegangene Anträge und Anfragen mit, welche nach Erledigung der Tagesordnung zur Sprache kommen. Eine Anfrage des Herrn Lange an den Stadtmagistrat, wieweit die Angelegenheit wegen Ueberbrückung der Oker zwischen der Ferdinand- und Sophienstraße gediehen, wird bei N. VIII mit berücksichtigt.

Dem Herrn Vorsitzenden ist eine Abschrift der Petition zugegangen, welche der Vorstand der Fleischer-Innung anlässlich der lezthin hier aufgetretenen Trichinose unterm 30. September c. gleichzeitig an den Stadtmagistrat und Herzogliche Polizei= Direction gerichtet hat, auch liegt eine Anfrage des Herrn Wolff an den Stadt= magistrat vor: ob die Ursachen der erwähnten Trichinose aufgeklärt und welche Schritte zur Verschärfung der Untersuchungen auf Trichinen geschehen seien?

In der Petition der Fleischer-Innung wird auf die Gefahren hingewiesen, welche durch die neulichen Vorkommnisse der Gesundheit der Bewohner sowohl wie auch dem Gewerbebetriebe der Fleischer-Innung drohen. Es wird sodann darin hervorgehoben, daß die Untersuchungen im Schlachthause nicht ganz den Anforderungen entsprächen, die man daran stellen müsse. Die Untersuchung liege lediglich in den Händen von Aerzten und Thierärzten, ohne daß dieselben in Bezug auf ihre Sehkraft geprüft seien. Es möchten event. auch Laien, deren Sehkraft man vorher geprüft habe, zu den Untersuchungen mit herangezogen werden. Ferner sei es zweckmäßig, Maßregeln zu treffen, durch welche nachzuweisen sei, wer von den Untersuchenden eine etwaige Trichinose verschuldet habe, um dadurch das Gefühl der Verantwortlichkeit zu verschärfen und event. mit Strafe vorgehen zu können.



Entsprechend einem Ersuchen des Herrn V o r s i t z e n d e n um Auskunfterteilung darüber, welche Resultate die bezüglich der letzten Trichinose angestellten Untersuchungen ergeben haben, und ob und event. welche Maßregeln in dieser Beziehung getroffen seien,

theilt Herr Bürgermeister R i t t m e y e r sodann Folgendes mit:

Die Herzogliche Polizeidirection habe sofort nach dem Auftreten der Trichinose, welche neuerdings unsere Stadt leider wieder heimgesucht habe, die nöthigen Untersuchungen vornehmen lassen, um zu ermitteln, wen die Schuld treffe. Es habe sich aber nicht mit Bestimmtheit herausgestellt, ob die Schuld dem betreffenden Schlächter oder dem Schlachthause zuzumessen sei.

Das Publicum und die Schlächterinnung hätten allerdings den Verdacht ausgesprochen, daß ein Versehen im Schlachthause vorliegen müsse. Damit die Versammlung selbst beurtheilen könne, ob behördlicherseits etwas versäumt sei, theilt Redner mit, wie bei den Untersuchungen im Schlachthause verfahren wird. Als Trichinenschauer seien von Herzoglicher Polizei-Direction zur Zeit 20 Personen angenommen: 7 approbirte Aerzte, 7 approbirte Thierärzte und 6 geprüfte Apotheker. Dieselben seien gehörig instruiert und beeidigt, und hätten alle ihre eigenen, nach Vorschrift des Herzoglichen Ober-Sanitäts-Collegiums angeschafften Mikroskope. Bei den Untersuchungen selbst werde folgendes Verfahren beobachtet: Nachdem das Schwein geschlachtet sei, werde es im Schlachthause an einen mit einer Nummer versehenen Haken aufgehängt. Der betreffende Sachverständige entnehme im Beisein des Controleurs der Vorschrift gemäß dem Thiere diejenigen Theile, die der Untersuchung zu unterstellen seien, als Theile des Zwergfells, der Bauch- und Halsmuskel u. s. w. Er lege die abgeschnittenen Theile auf einen Teller, welcher dieselbe Nummer trage, die das betreffende Schwein habe und sofort nach der Entnahme der Fleischstücke werde das geschlachtete Schwein vom Controlleur mit einem Stempel versehen. Nun begeben sich der Sachverständige in das Untersuchungslocal und prüfe mittelst Mikroskops die Präparate; von jedem Stücke würden mehrere, namentlich vom Zwergfell 5 Präparate genommen. Allerdings sei der Sachverständige berechtigt, 4 Teller zugleich mit in's Untersuchungslocal zu nehmen, und sei wohl die Vermuthung ausgesprochen, daß hierbei ein Versehen stattfinden könne. Anzunehmen sei das aber nicht bei der Art und Weise, wie die Sache gehandhabt werde. Wenn der Trichinenschauer nämlich in einem Stücke Trichinen finde, so habe er dem Director sofort davon Anzeige zu machen. Es fände alsdann eine zweite Untersuchung des betreffenden Schweines statt und wenn es sich dann bestätige, daß dasselbe mit Trichinen behaftet sei, werde es auf Anordnung des Directors sofort, in der Regel durch Einkochen, vernichtet. Seien keine Trichinen gefunden, so habe der Sachverständige den Teller von den untersuchten Fleischstücken zu entleeren, Teller und Präparate zurückzustellen, und die stattgehabte Untersuchung unter genauer Bezeichnung des

Schweines, des Eigenthümers desselben, der Untersuchungszeit und des Befundes in ein Register einzutragen und die fragliche Eintragung mit seiner Unterschrift zu versehen. Ebenso habe derselbe dem Eigenthümer des Thieres eine Bescheinigung über das Resultat der Untersuchung auszustellen und nur gegen Vorzeigung der Bescheinigung über die Gesundheit des Schweines werde dasselbe vom Hallenmeister herausgegeben, wobei sich derselbe noch davon zu überzeugen habe, daß das Thier gestempelt sei. Ferner werde bemerkt, daß die untersuchenden Sachverständigen angewiesen seien, nicht mehr als 4 bis 5 Untersuchungen in einer Stunde, durchaus aber nicht mehr als 20 an einem Tage vorzunehmen. Auch dürften dieselben nur 3 höchstens 3½ Stunden hintereinander untersuchen. Der Zutritt zum Untersuchungslocal sei nur den Sachverständigen und dem Schlachthausdirector gestattet. Dies seien die Vorschriften, die im Jahre 1882 von Herzoglicher Polizei-Direction im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate erlassen seien und nach denen verfahren werde.

Die Innung schiebe in ihrem Gesuche nun freilich von vornherein den Verdacht auf das Schlachthaus und hebe hervor, daß anderwärts viel bessere Anordnungen getroffen seien als hier. Dort untersuchten Laien, die geprüft und beeidigt, auch in Bezug auf ihr Sehvermögen untersucht würden und unter Controle ständen. In Braunschweig würden dagegen die Untersuchungen von Ärzten und Thierärzten, welche nicht auf ihr Sehvermögen geprüft und keiner Controle unterstellt seien, vorgenommen.

Es sei indeß darauf zu erwiedern, daß das Herzogliche Ober-Sanitäts-Collegium, die Polizei-Direction und der Magistrat stets ein großes Gewicht gerade darauf gelegt hätten, daß die Untersuchungen hierorts von geprüften Ärzten u. s. w. vorgenommen würden. Man werde doch den geprüften Ärzten, Thierärzten und Apothekern mindestens eine gleiche Gewissenhaftigkeit zutrauen, wie beliebigen Laien, die gegen Remuneration angenommen seien; dagegen werde man den hiesigen Sachverständigen unzweifelhaft eine größere Gewandtheit in der Handhabung des Mikroskops zutrauen müssen. Auf das Sehvermögen würden die hiesigen Sachverständigen allerdings nicht untersucht, aber ein gewissenhafter Mann werde sich nicht zum Trichinenschauer melden, wenn er unzuverlässige Augen habe.

Die Behörden seien darüber aus, soweit thunlich, noch Verbesserungen in dem Untersuchungsverfahren eintreten zu lassen; wie bei allen menschlichen Institutionen, so könnten auch hier möglicherweise noch Verbesserungen eintreten. Die Herzogliche Polizei-Direction habe an verschiedene Städte geschrieben und Erkundigung über das dortige Verfahren eingezogen, und zwar nach Berlin, Magdeburg, Hannover, Köln, Grefeld, Cassel und anderen. Zum Theil seien schon Antworten eingelaufen, aber abgeschlossen sei die Angelegenheit noch nicht; eine definitive Vervollständigung der Instruction sei noch nicht beschlossen, wohl aber sei einstweilen verfügt, daß der

Sachverständige stets nur einen Teller mit zu untersuchenden Fleischtheilen in das Untersuchungslocal nehmen dürfe und daß von dem Nierenzapfen des Zwergsells noch Präparate genommen werden und damit eine zweite Untersuchung stattfinde.

Die Versammlung werde aus dem Vorgetragenen entnehmen, daß behördlicherseits alles geschehen sei, um solche Unglücksfälle in Zukunft zu vermeiden. Von weiteren Beschlüssen werde der Versammlung demnächst Mittheilung zugehen.

### Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Heymann über das Magistratschreiben vom 24. vor. Mts., den Vertrag mit der Wittve Gellertshof über die Civil-Badeanstalt betreffend.

Nachdem der Bademeister Mylius vor Kurzem verstorben ist, würde die Wittve Gellertshof auf Grund des mit ihrem Ehemanne im Jahre 1862 abgeschlossenen Vertrages berechtigt sein, die gedachte Badeanstalt anderweit zu verpachten oder administrieren zu lassen. Der Magistrat hält es im Interesse der Stadt, daß die Verwaltung der Badeanstalt nicht ferner in Privathänden verbleibe, sondern schon jetzt auf die Stadt übergehe. Frau Gellertshof ist hiermit unter der Bedingung einverstanden, daß ihr zeitlebens eine jährliche Rente von 1500 M., d. i. der von ihr erzielte Pachtzins, stadtseitig gezahlt werde. Da diese Forderung dem Magistrate nicht unbillig erscheint, so ersucht er die Versammlung, der stadtseitigen Uebernahme der Anstalt zuzustimmen und ihn zum Abschlusse eines bezüglichen, vom 1. Januar 1888 beginnenden Abkommens mit der Wittve Gellertshof zu ermächtigen. Die städtische Bauverwaltung ist beauftragt, wegen ordnungsmäßiger Instandsetzung der Anstalt Vorschläge zu machen, welche der Magistrat demnächst in einer besonderen Vorlage unterbreiten wird.

Die Finanzcommission hat gegen den Magistratsantrag nichts einzuwenden, giebt vielmehr dessen Genehmigung anheim.

Herr Günther empfiehlt die Vorlage zur Annahme und verstellt dabei Folgendes zur Erwägung: Vorausichtlich werde für die in Rede stehende, wie für die Freibadeanstalt ein mit der Leitung der Anstalten beauftragter Beamter, vielleicht ein Oberbademeister, angestellt werden, und um diesem auch während der Winterzeit Beschäftigung zu verschaffen, gebe er dem Magistrate anheim, den Eisport, der sich jetzt in Privathänden befinde, in städtische Verwaltung zu übernehmen und unter die Oberleitung jenes Beamten zu stellen.

Der Magistratsantrag wird darauf angenommen.

II. nimmt Herr Krahe das Wort, um namens der Baucommission über ein Gefuch des Rentiers Klemme vom 24. vor. Mts. zu berichten.

Unterm 2. Juni c. hat Klemme bei dem Stadtbauamte den Antrag auf Ertheilung der polizeilichen Erlaubniß zur Erbauung eines Wohnhauses auf seinem an der Wabestraße Nr. 9 belegenen Grundstücke gestellt. Er ist aber, weil das Grundstück nicht an einer befestigten Straße gelegen ist, auf Grund des §. 6 des Ortsbaustatuts abschlägig beschieden worden. Antragsteller bittet nun die Stadtverordneten-Versammlung, ihm den geplanten Neubau zu gestatten. In dem gedachten Paragraphen sei auch die Bestimmung enthalten, daß das Bauen an einer noch nicht fest ausgebauten, in den Ortsbauplan aufgenommenen Straße von den städtischen Behörden im Einzelfalle gestattet werden könne, wenn der Bauherr sich verpflichte, zu den Kosten der demnächstigen Herstellung der Straße vorher beizutragen. Dieser Bestimmung wolle Petent sofort nachkommen, indem er das zur Straße erforderliche Terrain unentgeltlich an die Stadt abzutreten bereit sei. An der Wabestraße seien selbst bis vor einigen Jahren Neubauten ausgeführt und auch am Madamentwege, an der Kreuzstraße, Bienenstraße u. a. seien unter ähnlichen Verhältnissen Neubauten errichtet worden. Es sei aber eine Härte, dem einen Bürger zu verweigern, was dem anderen gestattet sei. Außerdem sollten in seinem Neubau nur kleine Wohnungen eingerichtet werden, wodurch dem recht fühlbaren Bedürfnisse an billigen Arbeiterwohnungen in etwas abgeholfen werde.

Die Commission hält die Versammlung nicht für competent, in der Angelegenheit zu entscheiden und beantragt Zurückweisung des Gesuchs.

Herr Heymann giebt anheim, die Petition dem Magistrate zur Prüfung und eventuellen Veranlassung des Weiteren zu überreichen.

Herr Reuter: Im Großen und Ganzen stehe jetzt als erster Grundsatz fest, daß das Bauen an noch nicht befestigten Straßen thunlichst verhindert werden solle. Da aber verschiedene nicht befestigte Straßen bereits vor Erlaß der jetzigen Bestimmungen stark bebaut gewesen, so würde es eine große Härte sein, jetzt fernere Neubauten an denselben nicht zu genehmigen. Zu diesen Straßen gehöre aber die Wabestraße nicht und habe es daher das Stadtbauamt für richtig befunden, den Neubau nicht zu gestatten; in der Baucommission sei die Ansicht vertreten, daß, da die Wabestraße einmal zu denjenigen Straßen gerechnet werde, an welchen in Zukunft gebaut werden dürfe, der geplante Neubau zu genehmigen sei.

Herr Riecke hält eine Zurückweisung Klemmes, da bereits einem Anderen an derselben Straße die Erlaubniß zum Bauen ertheilt worden sei, nicht für gerechtfertigt, um so weniger, als grade jetzt die Zeit für denselben gekommen zu sein scheine sein Grundstück gut zu verwerthen.

Herr Rieß stimmt dem Antrage des Herrn Heymann zu und bemerkt, daß die Baucommission sich im vorliegenden Falle in einer eigenthümlichen Lage befinde. Die Baucommission, in Vertretung der Stadtverordneten-Versammlung, könne nach der jetzigen Praxis immer nur Anträge genehmigen, zu welchen das Stadt-

bauamt schon seine Zustimmung gegeben habe. So laute aber der Auftrag der Baucommission offenbar nicht. Es müßte der letzteren auch erlaubt sein, anders zu beschließen, wie es das Stadtbauamt gethan habe.

Herr Reuter bemerkt, daß es erst einem einzigen Grundbesitzer an der Wabe-straße gestattet sei, neu zu bauen, und sei diese Erlaubniß nur deshalb erteilt worden, weil das betreffende Haus so baufällig gewesen sei, daß es auf polizeiliche Verfügung habe abgebrochen werden müssen. Was den vorliegenden Fall anlange, so habe das Stadtbauamt nur nach einem Beschlusse der Versammlung gehandelt, welcher verbiete, daß an unbefestigten Straßen, wenn auch schon einzelne Häuser an denselben vorhanden seien, noch ferner Häuser erbaut werden. Es sei also nicht richtig, wenn die Baucommission da nein sage, wo das Stadtbauamt ja gesagt habe.

Nachdem Herr Niefz noch betont hat, daß es sehr wünschenswerth wäre, wenn Licht darüber verbreitet würde, wie weit die Befugniß des Stadtbauamtes, Privaten die Erlaubniß zur Erbauung von Wohnhäusern an unausgebauten Straßen zu versagen, gehe, damit die Bauenden sich danach richten könnten,

wird dem Antrage des Herrn Heymann gemäß beschloffen, die vorliegende Petition dem Magistrate zur näheren Erwägung zu überweisen.

### Darauf

III. berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission über das Magistrats-schreiben vom 30. vor. Mts., die Ueberlassung von Straßenterrain an den Barbier Bock, behufs Neubaus betreffend.

Zwischen den an der Nordseite der Garfküche belegenen Grundstücken und dem Gewandhause befindet sich der sog. Magistratsweg, der in früheren Zeiten den vor dem dortigen Scharrnleben verkehrenden Käufern zum Ab- und Zugang gedient hat und als öffentlicher Weg der Verfügung des Rathes unterstellt gewesen ist. Mit dem Wegfall der Lede ist dies Rechtsverhältniß indessen verdunkelt, der eine (östliche) Ausgang ist verbaut und der Weg, da er für den öffentlichen Verkehr ohne Bedeutung war, lediglich noch von den Anliegern gemeinsam benutzt. Grade diese gemeinsame Benutzung ist nun aber seit Jahrzehnten eine Quelle von Streitigkeiten und Processen zwischen den Anliegern gewesen und alle Versuche, einen Ausgleich zwischen den Betheiligten zu Stande zu bringen, sind bisher stets gescheitert. Der Barbier Bock, welcher jetzt schon Eigenthümer der Häuser Brabantstraße 10 und Garfküche 2 und 3 ist, beabsichtigt nun, das Grundstück des Viehhändlers Behrens zu erwerben, die fraglichen vier Häuser niederzulegen und an deren Stelle einen Neubau aufzuführen, und hat an den Stadtmagistrat das Ersuchen gerichtet, ihm die unentgeltliche Ueberlassung desjenigen Straßenterrains zuzusichern, welches vor seinen Häusern liegen und nach dem Ortsbauplane im Fall der Ausföhrung eines Neubaus mit zu bebauen ist. Das Terrain hält etwa

46 qm im Werthe von 1840 M. Der Magistrat ersucht nun die *Versammlung*, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Barbier Bock, im Fall derselbe zum Neubau schreiten sollte, das fragliche Terrain unentgeltlich überlassen werde, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß es demselben gelingt, den Magistratsweg gänzlich aufzuheben und die Eigenthumsverhältnisse der sämmtlichen an denselben grenzenden Grundstücke definitiv zu ordnen, selbstverständlich ohne daß der Stadt aus dieser Maßregel Kosten erwachsen.

Auf Vorschlag der Commission wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

IV. beschließt die *Versammlung* auf Grund eines Berichts des Herrn Heymann, dem Magistratsantrage vom 7. dieses Monats gemäß, einem Vergleiche mit dem Gärtner Buchheister, wonach dieser unter gewissen Bedingungen eine Hypothek von 300 M an dem Hause Mauernstraße Nr. 34 dem Magistrate abtritt, zuzustimmen.

V. Die Rechnung der Kreiscommunal-Kasse vom Jahre 1886 hat noch einen disponibeln Vorrath von 15294,22 M und beantragt der Magistrat unterm 4. dieses Monats, denselben wie folgt zu verwenden:

- 1) zum Ankauf des vom Eisenbahn-Expediten Meyer hieselbst angefertigten plastischen Modells der Stadt Braunschweig im Jahre 1671 für das städtische Museum 3000 M,
- 2) zur Verstärkung des Vorrathsvermögens für parkartige Instandsetzung der Wiesen im Gänsewinkel 9000 M,
- 3) zur Uebertragung des Restes von 3294,22 M in die diesjährige Rechnung der Kreiscommunal-casse.

Zur Begründung des unter 1 gedachten Antrages bezieht sich der Magistrat auf ein Gutachten der Conservatoren des städtischen Museums vom 5. August, dessen Anschauungen auch vom Stadtbaurath Winter getheilt werden. Es wird darin das Meyer'sche Werk als ein sehr verdienstliches bezeichnet, welches wohl werth sei, der Verborgenheit und den Gefahren des Privatbesizes entzogen zu werden. Bei Beurtheilung des Preises sei die Zeitdauer der Herstellung in Anschlag zu bringen. M. habe zur Fertigstellung der Arbeit über 8000 Stunden verwandt und außerdem noch das Material, Drechsler- und Malerarbeiten für einige Hundert Mark geliefert. Das Werk könne einstweilen, bis ein passenderer Raum vorhanden, im alten Collegium Carolinum untergebracht werden.

Zur Ausführung des unter 2 gedachten Projectes der Herstellung eines Stadtparks sind im Ganzen 53300 M erforderlich, es sind aber erst 31814,72 M dazu angesammelt, und der unter 3 gedachte Antrag ist mit Rücksicht darauf gestellt, daß

die im diesjährigen Etat unter Cap. V. vorgesehenen Kosten für Unterhaltung von Geisteskranken in Heil- und Pflegeanstalten hinter dem wirklichen Bedarfe um etwa 3000 M zurückbleiben dürften.

Der Referent der Finanzcommission, Herr Wolff, bemerkt zunächst, daß die vorhandenen Ueberschüsse von den eingegangenen, bedeutenden Testamentsabgaben herrührten — er erinnere nur an diejenige des Königs von Sachsen — und wendet sich dann den einzelnen Anträgen zu.

Anlangend das Modell der Stadt Braunschweig, so hege auch die Commission die Ansicht, daß dasselbe eine äußerst schätzbare Erwerbung für die Stadt sei. Wenn auch augenblicklich noch kein angemessener Raum dafür vorhanden sei, so habe man doch nach Mittheilungen des Herrn Oberbürgermeisters gegründete Aussicht, daß derselbe baldigst geschaffen werde, indem die Verhandlungen mit Herzoglichem Staatsministerium wegen miethweiser Ueberlassung der Süd- und Westseite des alten Museumsgebäudes behuf anderweiter Unterbringung der städtischen Museums=schätze ihrem Abschlusse nahe seien.

Nachdem auch noch die Anträge sub 2 und 3 vom Herrn Referenten befürwortet sind,

gelangt die Magistratsvorlage in ihrem ganzen Umfange zur Annahme.

VI. Der Zimmermann Hardenberg hat auf seinem Grundstücke an der Ecke der Kreuzstraße und der Verbindungsstraße zwischen dieser Straße und dem Madamenwege ein Wohnhaus erbaut. Er wünscht nun, die von ihm für Grunderwerb bestellte Caution zurückzuerhalten und hat zu dem Ende das von seinem Grundstücke zur Verbreiterung der Kreuzstraße erforderliche, auf dem vorliegenden Situationsplane mit a h i k umschriebene, 81 qm große Terrain unentgeltlich an die Stadt abgetreten. Den hierüber abgeschlossenen notariellen Vertrag vom 6. September c. ersucht der Magistrat unterm 6. d. Monats zu genehmigen.

Gleich der Commission, in deren Auftrage Herr Krahe referirt, erklärt mit dem Antrage auch die Versammlung sich einverstanden.

VII. referirt Herr Halle im Namen der Statutencommission über ein Gesuch der Anwohner des Alintz vom 15. October c. um Aenderung des Namens dieser Straße.

Zur Motivirung ist in dem Gesuche hervorgehoben, daß der Name „Alint“, welcher nach der nieder-sächsischen Sprache soviel wie Sammelplatz für die ritterlichen bez. waffenfähigen Bürger der Stadt bedeute, in früheren Jahrhunderten wohl berechtigt gewesen, daß derselbe jetzt aber, nachdem die Verhältnisse sich vollständig umgestaltet haben, nicht mehr am Platze sei. Der Ausdruck „Alinter“ sei im Volksmunde von einem unangenehmen Beigeschmack begleitet und es herrsche ein Vorurtheil gegen alle Leute dieser Straße, welches dieselben oft in bitterster

Weise empfinden müßten. Den Hausbesitzern werde es schwer, ihre Wohnungen zu vermieten, selbst wenn dieselben gut eingerichtet seien. In vielen anderen Städten gelte der Ausdruck „Klinte“ als ein grobes Schimpfwort allen Braunschweigern gegenüber. Die Schuljugend vom Klinte habe namentlich unter dieser Straßenbenennung zu leiden. Bei Streitigkeiten unter den Schulkindern würde stets denjenigen vom Klinte Schuld gegeben, — weil sie eben auf dem Klinte wohnten, und die übrigen Kinder scheuten sich mit denen vom Klinte zu verkehren. Auch die Ferkensstraße sei in Magnifikirchstraße und die Mühlenstraße in Egidienstraße umgewandelt worden. Die Petenten bitten aus vorstehenden Gründen die Versammlung, in Gemeinschaft mit dem Magistrate zu beschließen, daß die Straßenbezeichnung „Klint“ beseitigt werde und die Straße einen anderen Namen bekomme.

Die Commission empfiehlt über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen und sind derselben dabei diejenigen Gründe maßgebend, welche der Stadtarchivar Hänßelmann in seinem über eine frühere gleiche Bitte der Klintbewohner abgegebenen Gutachten vom 17. Februar 1882 niedergelegt hat.

Das Gutachten, welches vom Herrn Referent theilweise zur Verlesung gebracht wird, spricht sich im Wesentlichen folgendermaßen aus: „Althergebrachte Straßennamen ohne dringende Nothwendigkeit umzubilden und gegen neue zu vertauschen, könne heutigen Tags nicht mehr als zeitgemäß gelten. Allerorten komme in den competenten und maßgebenden Kreisen die Einsicht mehr und mehr zu Ehren, daß die meisten dieser Namen historische Reminiscenzen bergen, welche, richtig verstanden, der Forschung werthvolle Fingerzeige geben könnten, die rückwärts weit über die urkundliche Ueberlieferung hinausweisen. Ueberall lehne sich demnach auch der wiedererwachte historische Sinn gegen die pietätlose Willkür auf, welche dergleichen, ohne dringenden Anlaß, lediglich aus Gründen eingebildeter Opportunität oder einem subjectiven Geschmack zu Liebe, der Vergessenheit überliefern möchte. Der Klint zähle unstreitig zu den merkwürdigsten Straßennamen unserer Stadt. Ursprünglich Appellativum für jeden steilen Uferabhang, sei das Wort, soweit es nicht eben wie hier als Localname haften geblieben, ebenso wie das gleich uralte „Wiek“, aus dem Niederdeutsch im Mittelalter geschwunden, wogegen es im Dänischen mit der Bedeutung „Klippe“ noch heute fortlebe. Bei uns hier liefere es ziemlich das älteste Zeugniß für die ursprüngliche Bodengestaltung des jetzigen Stadtareals, die zur Entstehung Braunschweigs entscheidend mitgewirkt habe. Es weise rechts, und im Bächer-, Süd- und Radeklinte auch links der Oker, einige der natürlichen, aller Wahrscheinlichkeit nach die vor der städtischen Besiedelung des Orts augenfälligsten Uferhöhen aus, welche die zwischen zahlreichen Verzweigungen des Flußlaufs versumpfte Okermulde hier verhältnißmäßig einengten und so den Flußübergang und die Anlage von Rast- und Stapelplätzen für den Kaufmann er-



leichterten. Es wäre zu bedauern, wenn dieser Straßenname getilgt werden sollte. Selbst wenn es anginge, den Gebrauch des Namens bei Strafe zu verbieten, von Stund an würde der neue Name in demselben Sinne umlaufen und bei den Controversen der Interessenten ausgegeben werden, wie vordem „Klint“ und „Klinter“. Vorurtheile, welche auf einem Orte seit Jahrhunderten ruhten, könnten nicht via decreti auf einen Schlag getilgt werden. Daß andererseits aber die Zeit sie nach veränderten Umständen, langsam zwar, doch unfehlbar beseitige, dafür liege grade vom Klint ein redendes Zeugniß vor. Während man vor Jahren sich gescheut habe, den Klint zu passiren, werde die Straße jetzt von Angehörigen aller Stände begangen, um auf dem nächsten Wege vom Magni- zum Augustthore zu kommen.“

Die Discussion wird eröffnet von Herrn Reiche, welcher sich dem Votum der Commission nicht anschließen kann. Nach dem Hänselmann'schen Gutachten solle man althergebrachte Straßennamen nicht ohne dringende Nothwendigkeit ändern. Diese Nothwendigkeit liege aber nach den Gründen der Petition, welche, wie er aus eigener Erfahrung bezeugen könne, auf Wahrheit beruhten, thatsächlich vor, und er könne es nur billigen, daß die Klintanwohner nicht ferner mehr eine abgesonderte Klasse von Menschen bilden und gern unter den übrigen Bürgern als ebenbürtig gelten möchten. Auf der anderen Seite könne er auch nicht zugeben, daß durch Ausmerzung des Namens für die Forschung etwas verloren ginge; derselbe stehe ja in den Acten, die den Forschern noch nach 1000 Jahren sagen könnten, daß die Straße vormals Klint geheißen habe. Er bitte, das Gesuch dem Magistrate zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Die Herren Nieß und Natalis schließen sich dieser Bitte an, imgleichen Herr Krahe, welcher noch bemerkt, daß es sich empfehle, der Straße nach Analogie von Bäcker-, Süß- und Radeklint den Namen „Ritterklint“ oder „Ostklint“ beizulegen. Man könne den Wunsch der Petenten nur als einen berechtigten bezeichnen, denn sie hätten wirklich pecuniäre Nachtheile durch den Straßennamen, indem sie in ihrem Grundbesitz geschädigt würden; sie könnten ihre Wohnungen nur schwer vermietthen und ihre Häuser nicht entsprechend verkaufen, weil Niemand nach dem Klinte ziehen wolle.

Herr Stadtrath Ketemeyer: Gesuche um Aenderung von Straßennamen gingen in großer Anzahl beim Magistrate ein, sie würden aber, weil keine triftigen Gründe beigebracht werden könnten, immer abgelehnt. Aus gleichen Gründen und mit gleichem Rechte könnten auch die Anwohner der Mauerstraße eine Aenderung des Straßennamens beanspruchen. Er sei überzeugt, daß, wenn man den Klint anders benenne, auch der neue Name binnen Kurzem in derselben Weise wie der alte gemißbraucht werden würde. — Ferner sei zu berücksichtigen, mit welchen Mühen und Schwierigkeiten eine Namensänderung ver-

bunden sei: in den Acten, in den Rechnungen der Geschäftsleute, im Grundbuche u. s. w. stehe der Name „Klint“, der alsdann überall geändert werden müßte.

Herr Günther spricht sich für den Commissionsantrag aus. Die Verhältnisse hätten sich auf dem Klinte bedeutend gebessert und heute gebrauche man den Ausdruck „Klinter“ nicht mehr für einen Klintanwohner, sondern für einen ungebildeten Menschen. Er wohne seit 10 Jahren auf der Mauernstraße, Widerwärtigkeiten seien ihm aber daraus, daß diese Straße so heiße, noch niemals erwachsen. Die Anwohner sollten nur ferner bestrebt sein, ihrem Straßennamen Ehre zu machen, dann würde auch der üble Ruf bald schwinden. Im Volksmunde würde der Klint, auch wenn der Name einmal amtlich geändert werden sollte, doch immer bestehen bleiben.

Herr Wolff schließt sich diesen Ausführungen an; er kann sich mit dem Gedanken, daß der altehrwürdige historische Name „Klint“, der auch in der Literatur Eingang gefunden habe, so ohne Weiteres ausgewischt werden solle, nicht befreunden. Der Klint sei eine sehr schöne und gesunde Straße geworden. Es gebe in der Altstadt Straßen mit wohlklingenderen Namen, die den Klint um seine Pflasterung beneiden können, so die Scharrnstraße und die Straße am alten Petritthore. Der Klint habe auch, wie er aus eigener Wahrnehmung wisse, im Allgemeinen eine sehr anständige Bewohnerschaft, und nur bei höchst ungebildeten, vorurtheilswollen Leuten könne die Bezeichnung „Klint“ eine Wirkung haben, wie sie von den Petenten geschildert werde. Er möchte aber den Klintanwohnern anheim geben, erst selbst aufzuhören, sich untereinander Klinter zu schimpfen, wie er solches beim Passiren der Straße neulich habe mit anhören müssen. Am Besten kämen dieselben zum Ziele, wenn sie immermehr zeigten, daß sie mit der beschimpfenden Bedeutung des Namens ihrer Straße nichts mehr zu thun haben und wirklich anständige Leute geworden seien. Und was die Wohnungsverhältnisse anlange, so glaube er, daß sich Niemand geniren würde, nach dem Klinte zu ziehen, wenn er dort eine anständige Wohnung bekommen könne. Die Klagen in der Petition seien übertrieben. Braunschweig büße immer mehr an seiner mittelalterlichen Gestalt ein, was ja allerdings auch in mancher Beziehung wieder Vorzüge habe, man möge also doch — und dies wünsche er herzlich, wenngleich er kein „Kleiderfeller“ sei — wenigstens in den Braunschweigischen Straßennamen noch etwas Mittelalterliches zu erhalten suchen. Würden auch diese noch beseitigt, dann verliere die Stadt immermehr an Interesse bei den Fremden. Was für einen guten Eindruck mache es in Hamburg auf den Reisenden, wenn er dort die uralten Straßennamen lese. Das verleihe der Stadt einen gewissen Reiz, und Jeder, der Interesse dafür habe, werde sich sagen müssen, daß eine solche Stadt in dieser Beziehung Vorzüge vor den neueren Städten habe. Er möchte nicht, daß Braunschweig auch noch des

letzten Schimmers von Mittelalterlichkeit, den es durch seine alten Straßennamen habe, entkleidet würde.

Referent bemerkt, daß in der Commission auch er erst anderer Ansicht gewesen sei und geglaubt habe, den Gründen der Petenten eine gewisse Berechtigung zusprechen zu müssen, daß er schließlich aber nicht habe umhinkönnen, sich den Anschauungen des Hänselmann'schen Gutachtens anzuschließen. Wohin sollte es denn auch führen, wenn man jedem Wunsche nach Aenderung von Straßennamen Folge geben wollte? Die Anwohner der Kuhstraße, der Mauernstraße und vieler anderer Straßen würden bald nachkommen. Daß die Ferkensstraße in „Magnifikstraße“ umgetauft sei, werde in dem gedachten Gutachten auch sehr bedauert.

Herr Nieß ist nicht der Ansicht, daß man auf das Alterthümliche eines Namens immer das Hauptgewicht legen müsse. Auch die Eigennamen „Schiedendüfel“ und „Bornesett“ seien alterthümlich und doch machten sie einen absonderlichen Eindruck. Solche Namen paßten nicht mehr in's heutige Zeitalter und die Träger derselben würden gewiß danach aus sein, sie abzulegen, wenn das so leicht ginge, wie bei Straßennamen. Die Petenten aber deshalb abzuweisen, weil man befürchtet, daß auch noch Anwohner anderer Straßen mit gleichen Anliegen kommen könnten, halte er nicht für gerechtfertigt. Derartige Wünsche würden geprüft und je nachdem man sie für berechtigt halte oder nicht, berücksichtigt oder abgelehnt. Daß aber die Anwohner des Klints im Volksmunde doch stets Klinten genannt werden würden, wie solches als Grund zur Zurückweisung mit hervorgehoben sei, müsse er entschieden bestreiten. Sobald der Name aufgegeben sei, verbänden sich auch andere Ideen mit der Straße, und die früher daran geknüpften Beziehungen gingen baldigst verloren. Er bitte dringend, das Gesuch dem Magistrate zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Herr Günther: Der schimpfliche Ausdruck „Klinten“ habe allerdings mit den Anwohnern des Klints nichts gemein; dennoch könne man den Petenten, namentlich den Hausbesitzern, eine gewisse Berechtigung zu ihrem Vorgehen nicht absprechen. Es sei ihm hinlänglich bekannt, daß die Leute sich scheuen, nach der Mauernstraße, dem Werder und Klinte zu ziehen. Wer rufe denn aber solche Anschauungen hervor? Die Anwohner selbst. Auf den genannten Straßen wohnten Leute, die sich wahrhaftig nicht zu schämen brauchten. Wenn der Schimpf-name „Klinten“ nicht mehr gebraucht werden könne, dann werde ein beliebiger anderer genommen. Was aber die Beschimpfung der Kinder der Petenten seitens anderer Kinder betreffe, so sollten die Herren Lehrer nur darauf halten, daß solches, besonders auf den Spielplätzen, unterbliebe.

Es wird darauf zur Abstimmung geschritten, welche die Annahme des Commissionsantrags, zur Tagesordnung überzugehen, ergibt.

## Sodann

VIII. nimmt die Versammlung von Herrn Reuter den Bericht der Baucommission über die Magistratsvorlage vom 17. dieses Monats, den Bau der Brücke an der Ferdinandstraße betreffend, entgegen.

In der Sitzung am 28. April d. Js. hat die Versammlung beschlossen, den Stadt-Magistrat ungeachtet der von demselben in dem Schreiben vom 7. April d. Js. erhobenen Bedenken zu ersuchen, der Frage wegen Herstellung der fraglichen Brücke ernstlich näher zu treten und ihr eine dahin gehende Vorlage zukommen zu lassen. Nachdem die Statuten-Commission die Frage, ob den Eigenthümern der an der Ferdinandstraße belegenen Grundstücke ein begründeter Rechtsanspruch auf die in dem Termine von 6. November 1886 geforderten Entschädigungen zustehe, in nochmalige, reifliche Erwägung gezogen hat, ist sie zu der Ansicht gelangt, daß die im öffentlichen Interesse dringend wünschenswerthe Ueberbrückung der Oker ohne Rücksicht auf die erhobenen Entschädigungsansprüche auszuführen sei. Bei dieser Sachlage glaubt der Magistrat dem Antrage der Versammlung stattgeben zu sollen.

Nach den stattgehabten Ermittlungen würden die Kosten, soweit sich dieselben zur Zeit übersehen lassen, jedoch ausschließlich der eventuell an die Anlieger der Ferdinandstraße zu zahlenden Entschädigungen,

a. für die feste Brücke für Fuhrwerk und Fußgänger . . .	73 270 M
b. für die hölzerne Fußgängerbrücke . . . . .	15 270 M

betragen.

Bei diesem sehr erheblichen Kostenunterschiede glaubt der Magistrat sich für die Erbauung einer Fußgängerbrücke um so mehr aussprechen zu sollen, als eine solche zur Zeit dem Bedürfnisse vollständig Genüge leisten und auch den Wünschen aller Betheiligten entsprechen würde; in der Voraussetzung, daß die Stadtverordneten dieser Ansicht beitreten werden, richtet er an dieselben das Ersuchen, zu beschließen:

- 1) daß an der auf dem vorgelegten Situationsplane bezeichneten Stelle zwischen der Ferdinand- und Sophienstraße eine hölzerne Fußgängerbrücke in der in dem betreffenden Kostenanschlage näher angegebenen Weise hergerichtet werde und zu dem Ende die veranschlagten Kosten zu 3200 M aus städtischen Mitteln verwandt werden;
- 2) daß der von der Firma Selwig & Lange in dem Schreiben vom 21. December 1886 offerirte Zuschuß zu den Brückenbaukosten im Betrage von 6313 M 15 S stadtseitig angenommen werde;
- 3) daß mit den Eigenthümern des an der Sophienstraße belegenen, als Zugang zu der zu erbauenden Brücke erforderlichen Terrains eine Vereinbarung, wonach das fragliche Terrain der Stadt unentgeltlich zu überlassen, getroffen werde;

- 4) daß das zum Brückenbau bezw. Straßenanschlüsse an der Ferdinandstraße erforderliche, im Privateigenthum befindliche Terrain zu einem mit der Finanz-Commission zu vereinbarenden Preise angekauft, event. im Wege der Expropriation erworben werde;  
daß dagegen
- 5) die von den Anliegern der Ferdinandstraße laut der Registratur vom 6. November 1886 geforderten Entschädigungsansprüche abgelehnt werden.

Referent erklärt sich bereit, auf eventuelle Anfragen weitere Mittheilungen aus den Acten zu machen, und schlägt sodann im Namen der Commission vor, an Stelle des unter 1 gedachten Magistratsantrags, zu beschließen:

daß an der auf dem vorgelegten Lageplan bezeichneten Stelle zwischen der Ferdinand- und Sophienstraße eine hölzerne Fußgängerbrücke, welche jedoch den Transport bespannter Feuerlöschgeräte gestattet, hergestellt werde, daß zu dem Ende erwogen werde, ob dazu die hinter dem Herzogl. Hoftheater befindliche Brücke, welche im nächsten Frühjahr zum Abbruch gelangt, nicht zu verwenden sei, event. daß die Brücke in der in dem betr. Kostenanschlage näher angegebenen Weise, jedoch die Fochpfähle aus Eichenholz, hergerichtet werde und zu dem Ende die Kosten bis 5000 M. aus städtischen Mitteln verwandt werden;

den Antrag unter 2 mit der Modification zu genehmigen, daß hinter „angenommen“ die Worte „und vor Beginn der Ausführung eingezogen“ eingeschaltet werden;

die Anträge sub 3, 4 und 5 aber unverändert anzunehmen.

Herr Rieke kann nicht begreifen, daß die städtische Bauverwaltung, welche doch sonst soviel auf gediegene Ausführungen gebe, bei den heutigen niedrigen Eisenpreisen noch eine hölzerne Brücke in Vorschlag bringe; er gebe anheim, statt einer hölzernen Brücke eine eiserne herzustellen, und zwar gleich so breit, daß sie auch von Fuhrwerk passiert werden könne. Es scheine, als wenn man es in Braunschweig gewohnt geworden sei, immer erst ein Provisorium zu schaffen, ehe man zum Definitivum übergehe.

Herr Lange begrüßt die Vorlage, durch welche dem Wunsche von Tausenden entgegengekommen werde, mit großer Freude. Den Anliegern liege im Wesentlichen nur daran, eine Fußgängerbrücke zu bekommen, wenn es jedoch sein könne, eine solche, über welche bespannte Feuerspritzen hinwegfahren können, weil es bei der rapiden Zunahme der großen Bauten auf der anderen Seite der Oster von großer Bedeutung sei, im Falle einer Feuergefährdung möglichst schnell Hülfe zu bekommen. Eine feste Fahrbrücke halte er an jener Stelle für völlig überflüssig. Lastwagen würden auch doch nach wie vor den alten Weg über die Wilhelmthorbrücke wählen. Im Uebrigen glaubt auch Redner, daß es das Richtige sei, an Stelle einer

hölzernen Brücke eine eiserne herzurichten, da die Kosten sich nicht wesentlich dadurch vermehren würden, und stellt einen diesbezüglichen Zusatzantrag.

Herr Günther schließt sich den Ausführungen des Herrn Niese an. Wenn einmal etwas geschaffen werden solle, dann müsse es auch etwas Ordentliches für die Zukunft sein, was nicht gleich wieder nach fünf Jahren geändert zu werden brauche.

Herr Wülke empfiehlt, es bei einer hölzernen Fußgängerbrücke bewenden zu lassen. Entschlüsse man sich zu einer dauerhaften, eisernen, so würde sich der ganze Stadttheil jenseits der Oker auf viele Jahre hindurch mit einer Fußgängerbrücke behelfen müssen und lange von der Wohlthat, eine Brücke für den vollständigen Verkehr zu bekommen, ausgeschlossen sein. Stelle man aber eine hölzerne Fußgängerbrücke her und die werde einmal abgängig, dann habe sich auch inzwischen herausgestellt, daß eine vollständige Fahrbrücke erforderlich sei. Er halte es deshalb für das Wichtigste, jetzt erst das Nothwendigste zu beschaffen und für das Weitere später zu sorgen. Redner empfiehlt, die Commissionsanträge in der eingebrachten Fassung anzunehmen.

Nachdem auch noch Herr Buchler sich für Herstellung einer hölzernen Fußgängerbrücke ausgesprochen hat,

werden die Commissionsanträge unverändert angenommen, das Amendement des Herrn Lange aber abgelehnt.

IX. beschließt die Versammlung nach einem von Herrn Wolff für die Finanzcommission erstatteten Berichte, den Stadtmagistrat auf seinen Antrag vom 10. dieses Monats zu ermächtigen, die im Besitze der Stadt befindlichen Actien der hiesigen Zuckerraffinerie im Betrage von 5400 A zum Course von 60 % und event. höher zu verkaufen, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet.

Nachdem sodann ein Gesuch von Sigberechtigten im Schützenetablissement der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen ist,

X. berichtet Herr Wülkemann namens der Baucommission über ein Magistratsschreiben vom 19. dieses Monats, laut dessen dem Grundstücke des Maurermeisters Koloff an der Ecke der Limbecker- und Biewegstraße nach dem für die erstgedachte Straße festgestellten Ortsbauplane die auf dem vorgelegten Situationsplane mit den Buchstaben g. h. i. g. umschriebene, zu 19 qm vermessene Parzelle zuzulegen ist. Um die Stadtgemeinde wegen künftigen Erwerbes dieses Terrains sicher zu stellen, hat der Vorbesitzer des Grundstücks bereits im Mai d. J. eine Caution von 150 A hinterlegt, und es ist jetzt, nachdem inzwischen das Grundstück einschließlich der gedachten 19 qm durch Koloff bebaut ist, diesem auf sein Ansuchen die fragliche Parzelle für 150 A mit der Maßgabe verkauft, daß nach

der demnächst erfolgenden Ermittlung des Einheitspreises für das Terrain der Limbeckerstraße entweder entsprechende Ermäßigung oder Erhöhung dieses Preises stattfinden soll. Den hierüber abgeschlossenen notariellen Vertrag vom 17. dieses Monats ersucht der Magistrat zu genehmigen.

Die Versammlung entspricht diesem Ersuchen auf Empfehlung der Commission ohne Weiteres.

XI. Nach einem ferneren Berichte des Herrn Bültmann beschließt die Versammlung, den unentgeltlichen Erwerb des auf dem betreffenden Lageplane mit den Buchstaben a. b. c. d. a. umschriebenen, 2 a 88 qm haltenden Terrains von dem an der Biewegstraße belegenen Grundstücke des Bäckermeisters Langenheim auf Grund des hierüber abgeschlossenen notariellen Vertrags vom 13. Juli d. J. zu genehmigen.

Der folgende Gegenstand, die Anstellung eines Processus gegen die Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft wird abgesetzt, da letztere sich entgegenkommend gezeigt hat und ein gerichtliches Vorgehen vermuthlich vermieden werden wird.

### Wie

XII. Herr Heymann für die Finanz-Commission referirt, hat die Garnisonverwaltung das Ersuchen an den Magistrat gerichtet, ihr von der an der Husarenstraße belegenen, z. B. an den Gärtner Hinkelmann und die Fuhrherren Ahrens und Hoffmann verpachteten, städtischen Länderei einen 60 a großen, längst der Ostseite der Husarenställe hinziehenden Streifen zum Zwecke der Einrichtung von Reit- und Übungsplätzen pachtweise zu überlassen. Laut des hierüber von der Garnisonverwaltung vorgelegten Contractsentwurfs erbietet sich dieselbe, einen dem jetzigen Pachtpreise entsprechenden Pachtzins von 108 M p. a. zu entrichten, auch die z. B. im Boden stekende Gail und Gaare mit 54 M 35 S zu vergüten. Die jetzigen Pächter sind bereit, in eine sofortige Aufhebung des Pachtverhältnisses zu willigen, wenn ihnen die Gail und Gaare mit insgesammt 176 M 65 S vergütet wird.

Der Magistrat giebt nun der Versammlung anheim:

- 1) den seitens der Garnisonverwaltung vorgelegten Entwurf eines Pachtvertrags zu genehmigen,
- 2) der sofortigen Aufhebung der mit den Pächtern Hinkelmann, Hoffmann und Ahrens abgeschlossenen Pachtverträge zuzustimmen,
- 3) zum Zwecke der Entschädigung der Pächter die Summe von 122 M 30 S, d. i. abzüglich des von der Garnisonverwaltung übernommenen Betrages, zu verwilligen.

Die Commission schließt sich den Ausführungen des Magistrats an und empfiehlt die Genehmigung der Anträge,  
die sodann ohne Debatte ausgesprochen wird.

XIII. Die Bestimmung in §. 76 unter b des Ortsbaustatuts vom 21. December 1883 ist seiner Zeit von den städtischen Behörden dahin geändert, daß in dem Satze „und kann sich derselbe dabei durch die ihm unterstellten Bautechniker (geprüfte Baumeister) vertreten lassen“ die eingeklammerten Worte „geprüfte Baumeister“ gestrichen sind. Herzogliches Staatsministerium hat sich zwar mittelst Rescripts vom 11. October 1887 A2 6863 mit dieser Aenderung einverstanden erklärt, sieht aber vor der Genehmigung der Einsendung eines speciellen Statutenentwurfs entgegen. Der Magistrat hat der Versammlung unterm 17. dieses Monats einen bezüglichen Entwurf mit dem Ersuchen übersandt, demselben zuzustimmen, und giebt Herr Heymann als Referent der Statutencommission anheim, dem Ersuchen zu entsprechen.

Herr Nieß faßt die Aenderung so auf: wenn der aufsichtübende Techniker gegen die vorgenommenen Arbeiten nichts zu erinnern finde, habe es dabei sein Bewenden, wenn aber bei dem ersten städtischen Baubeamten die Siftirung der Arbeiten beantragt werde, dann sollte die Prüfung noch einmal stattfinden. Bei anderer Auffassung würde die Aenderung ernste Bedenken haben und er würde sich alsdann dagegen erklären. Redner fragt sodann an, ob der Magistrat überhaupt nicht eine Revision des Ortsbaustatuts beabsichtige.

Nachdem der Herr Referent bemerkt hat, daß es sich heute nur um die von Herzoglichem Staatsministerium verlangte formelle Ausführung eines früheren Beschlusses handle,

und die Herren Nieß und Wilke darauf die Einbringung eines selbstständigen Antrags auf Revision des Ortsbaustatuts in Aussicht gestellt haben,  
wird der gedachte Statuten-Entwurf von der Versammlung gutgeheißen.

XIV. wird nach einem von Herrn Schwarzenberg für die Schulcommission erstatteten Berichte dem Antrage des Magistrats vom 12. dieses Monats entsprechend beschloffen, die definitive Anstellung des Malers Herse als Zeichenlehrer auf Grund des vorgelegten Dienstvertrages zu genehmigen.

XV. In seinem Schreiben vom 10. dieses Monats legt der Magistrat des Näheren dar, daß es zur ordnungsmäßigen Abwicklung der immer umfangreicher werdenden Pedellen- und Botengeschäfte beim Stadtmagistrat schon seit längerer Zeit erforderlich gewesen sei, die angestellten drei Magistratsdiener durch vorüber-



gehende Heranziehung von Hilfskräften und durch sonstige Maßnahmen zu entlasten, daß es aber jetzt unumgänglich nöthig sei, die Zahl der Magistratsdiener auf vier zu erhöhen. Der Magistrat beantragt danach, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß ein vierter Magistratsdiener angestellt werde, und präsentirt zu solcher Dienststelle drei Candidaten mit dem Ersuchen, die Wahl in vertraulicher Sitzung vorzunehmen.

Die Statutencommission, für welche Herr Lüderßen referirt, schließt sich den vom Magistrate angegebenen Gründen an und schlägt der Versammlung vor, sich mit der Anstellung eines vierten Magistratsdieners einverstanden zu erklären.

Es geschieht dies ohne Weiteres.

Die Magistratsvorlagen sind damit erledigt, und man geht über zu den eingegangenen Anfragen und Anträgen.

### Zunächst

XVI. liegt eine Anfrage der Herren Nieß und Natalis an den Stadtmagistrat vor:

Wieweit ist die Verhandlung des Stadtmagistrats mit dem Gärtner Klusmann betreffs Erwerbung des Vorlandes der Bienenstraße an der Helmstedterstraße gediehen, bez. gedenkt der Magistrat baldigt das Enteignungsverfahren einzuleiten?

Nachdem Herr Nieß hierzu bemerkt hat, daß es sich jetzt nicht mehr allein um Aufschluß der Bienenstraße handle, sondern daß es jetzt auch nöthig sei, das gesamte hinter dem Klusmann'schen Grundstücke liegende Terrain zugänglich zu machen,

erwiedert Herr Bürgermeister Rittmeyer, daß die mit Klusmann stattgefundene Unterhandlung resultatlos gewesen sei, indem derselbe eine Forderung gestellt habe, auf welche nicht eingegangen werden könne. Klusmann habe erklärt, daß er sich die Sache nochmals überlegen und Nachricht sagen wolle; letztere sei aber bislang nicht eingegangen. Ueber eine etwaige Expropriation sei im Magistrate noch kein Beschluß gefaßt worden.

XVII. stellt Herr Nieß folgende Anfrage:

Hält der Magistrat den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet, seitens der Stadtverwaltung eine städtische Sparcasse mit zahlreichen über das städtische Gebiet verbreiteten Zahlstellen einzurichten?

und bittet den Magistrat, sich dieser bereits in der Sitzung am 8. Januar 1885 von Herrn von Seckendorff angeregten Angelegenheit, nachdem das Project der Einführung von Postsparcassen von der Reichsregierung verworfen sei, anzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Sobald der Magistrat Kenntniß davon bekommen habe, daß die verbündeten Regierungen nicht beabsichtigten, einen erneuerten Antrag auf Herstellung von Postsparcassen einzubringen, habe der Magistrat einen vollständigen Plan über Errichtung einer städtischen Sparcasse ausgearbeitet. Bevor aber auf Grund dieses Planes, welcher die wesentlichsten Grundzüge für ein Sparcassen-Statut enthalte, das Statut selbst in seinen einzelnen Theilen ausgearbeitet werden könne, müsse man sich vergewissern, wie sich die Regierung zu der Angelegenheit stelle, denn nach den gesetzlichen Bestimmungen könne eine derartige Sparcasse nicht ohne Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums errichtet werden. Der Magistrat habe, auch in der Rücksicht auf eventuelle Aufhebung des mit der Herzoglichen Leihhausanstalt verbundenen Sparcassen-Instituts, an Herzogliches Staatsministerium unter Ueberreichung des Planes berichtet und werde im Falle einer günstigen Entscheidung das bereits vorbereitete Statut binnen kurzer Zeit fertig stellen.

XVIII. Seitens des Herrn Halle wird sodann beim Stadtmagistrat angefragt:

Was für Gründe haben den Magistrat bewogen, bislang von der Einführung einer Straßenreinigung auf Kosten der Stadt Abstand zu nehmen?

Der Herr Fragesteller bemerkt dabei, daß die Angelegenheit bereits seit zwei Jahren im Gange sei, und er sich zu der Anfrage umsomehr veranlaßt fühle, als in Vereinen der lebhafte Wunsch zum Ausdruck gekommen sei, daß die Stadt die Straßenreinigung baldigst übernehmen möchte.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn der Herr Fragesteller seine Frage in einen gewissen Ton des Vorwurfs kleide, dahingehend, daß in der Sache noch nichts geschehen sei, so werde derselbe die Freundlichkeit haben, diesen Vorwurf, wenigstens stillschweigend, zurückzunehmen, wenn er ihn (Redner) angehört habe. Vor etwa Jahresfrist seien die Grundsätze vereinbart worden, nach welchen die Uebernahme der Straßenreinigung seitens der Stadt bewerkstelligt werden sollte, und schon damals sei darauf hingewiesen worden, daß es nothwendig sei, die Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Stadt auf einer anderen Grundlage zu ordnen. Bekanntlich habe der Staat zu den Kosten der Straßenreinigung, Schneeabfuhr u. s. w. im Verhältnisse von 305 zu 1000 beizusteuern. Wolle also die Stadt die Straßenreinigung jetzt auf ihre Kosten übernehmen und die Anlieger von ihrer Reinigungspflicht vollständig entbinden, so bedürfe es zuvor einer Auseinandersetzung mit dem Staate, weil dieser nach dem Vertrage von 1858 nur bezüglich derjenigen Straßenreinigung beitragspflichtig sei, welche nicht, wie die

Reinhaltung der Trottoirs und Gassen, den Anliegern herkömmlich zur Last liege. Herzogliches Staatsministerium, mit welchem dieserhalb Verhandlungen gepflogen seien, habe sich im Principe einverstanden erklärt und Herzogliche Bau-direction beauftragt, auf Grund der vom Magistrat mit eingereichten genauen Berechnungen über die Auseinandersetzung zwischen Staat und Stadt zunächst das in Frage kommende Material zu prüfen und die nöthigen Vermessungen vorzunehmen. Es seien dabei schwierige Verhältnisse zu beleuchten, auch sei man bei einzelnen Straßenpunkten nicht im Klaren, wer zu deren Reinigung verpflichtet sei. Vor etwa 8 Tagen sei, wie er erfahren habe, die Arbeit vollendet worden, so daß der Magistrat wahrscheinlich in nächster Zeit in der Lage sein werde, bezügliche Anträge zu stellen.

XIX. Eine fernere Anfrage des Herrn Halle lautet:

Ist der Magistrat mit dem Buchhändler Wollermann wegen Abbruchs dessen Hauses in Unterhandlung getreten und ist der Magistrat in der Lage, der Versammlung Mittheilung darüber zu machen, wieweit diese Verhandlungen gediehen sind?

Fragesteller erklärt, daß weder in dieser noch in der vorhergehenden Anfrage irgend welcher Vorwurf für den Magistrat liegen solle und daß er letzterem nur Gelegenheit geben wolle, Auskunft über Angelegenheiten zu erteilen, welche die gesammte Bürgerschaft in hohem Grade interessiren.

Herr Stadtrath R e t e m e y e r entgegnet, daß Verhandlungen über die Angelegenheit im Gange seien und der Versammlung, wie er hoffe, demnächst eine Vorlage zugehen werde.

Es folgt

XX. der selbstständige Antrag der Herren Wilke und Nieß:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, das Ortsbaustatut einer Revision zu unterziehen.

Herr Wilke, die Motivirung übernehmend, bemerkt, daß das Baustatut eine Bestimmung enthalte, wonach Grundstücke nur zu dreiviertel ihres Raumes bebaut werden dürfen. Ihm sei ein Fall bekannt, wo Jemandem die Erlaubniß zur Anlegung einer Bäckerei auf einem in sehr guter Stadtgegend belegenen Grundstücke versagt sei, weil der Raum des letzteren zu klein gewesen sei. Dagegen scheine bei dem Mumme'schen und Sievers'schen Hause auf dem Bohlwege der gedachten Bestimmung nicht Rechnung getragen zu sein. Es sei aber nicht recht, dem Einen zu gestatten, was dem Andern verboten sei. Da noch mehreres vorliege, was die Revision des Ortsbaustatuts wünschenswerth erscheinen lasse, so sei dieser Antrag gestellt worden.

Der Antrag, genügend unterstützt, wird der Statuten- und Baucommission zur Vorprüfung überwiesen.

### Schließlich

XXI. stellt Herr Nieß den Antrag:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, das Enteignungsverfahren bezüglich des Klusmann'schen Grundstücks an der Helmstedter-Straße baldmöglichst einzuleiten,

und fügt einige motivirende Worte hinzu.

Auch dieser Antrag findet die nöthige Unterstützung.

Der Herr Vorsitzende, welcher annehmen zu können glaubt, daß die Versammlung über den schon wiederholt beleuchteten Gegenstand hinreichend orientirt sei, ist willens, über den Antrag sofort die Berathung zu eröffnen. Da aber Herr Günther gegen dieses Vorgehen Widerspruch erhebt, so überweist er — jedoch nicht etwa, weil er nicht befugt wäre, einen soeben eingebrachten Antrag sofort zur Debatte zu verstellen, denn nach der Geschäftsordnung liege es in dem Ermessen des Vorsitzenden, ob in gedachter Weise vorgegangen werden solle — den Antrag der Statutencommission zur Vorprüfung

und schließt darauf die öffentliche Sitzung.

### In vertraulicher Sitzung

wird die definitive Anstellung des Heizcontroleurs Steckhan beschlossen, eine Steuereinschätzung erledigt, und

für einen städtischen Beamten Gehaltsaufbesserung bewilligt.

Die Wahl eines vierten Magistratsdieners fällt auf den städtischen Schulpedell Vogel.

Zum Schluß kommen Steuerreklamationen (Verzeichniß III von 1887) zur Erledigung.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 24. November 1887.

---

Öeffentlich:

- I. Selbständiger Antrag der Herren Nieß und Wille wegen Abänderung des Ortsbaustatuts.
- II. Desgl. des Herrn Nieß wegen Zwangsenteignung des Klusmann'schen Grundstücks.
- III. Verwilligung eines Darlehns an Tischlermeister Aug. Willems.
- IV. Abänderung des mit dem Architekten Zinkeisen geschlossenen Contracts.
- V. Miethvertrag über Räume im alten Museum.
- VI. Anstellung eines städtischen Executor's.
- VII. Canalisirung einiger Straßen der Innenstadt.
- VIII. Erweiterung des Wasser- und Gasleitungsrohrnetzes.
- IX. Vertrag mit der General-Hof-Intendantur wegen des Küchengartens u.
- X. Abänderung des Entwässerungsstatuts.
- XI. Neuverpachtung der Restauration im Stadtparke.
- XII. Hinausschiebung der Revision des Wasserregulativs.
- XIII. Verpachtung eines kleinen Grundstücks an der Carlstraße.
- XIV. Uebernahme eines Canals in der Nebenstraße Seitens der Stadt.
- XV. Vermehrung der Straßenlaternen.
- XVI. Besuch von Sieberechtigten im alten Schützenhause.
- XVII. Selbständiger Antrag des Herrn Nieß, die Prüfung von Bauanträgen durch die Baucommission betreffend.
- XVIII. Desgl. desselben die Erbitung eines Fonds von der Landes-Versammlung zur Erbauung kleinerer Wohnungen betreffend.
- XIX. Interpellation des Herrn Heymann, die Veranlagung der Braunschweigischen Eisenbahngesellschaft zur Gemeindesteuer i. J. 1887 betreffend.

- XX. Interpellation des Herrn Blasius, die Einführung der electrischen Beleuchtung in Braunschweig betreffend.
- XXI. Desgl. des Herrn Lange, die Reinigung der Abwässer der Bierbrauereien von Wolters und Feldschlösschen betreffend.

Vertraulich:

Anstellung des Magistratschreibers Gustav Hausmann.  
 Anstellung des Magistratschreibers Hermann Vock.  
 Wahl eines Armenpflegers.

Entschuldigt Herr Lösekrug. Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Götte, Haake, Schöttler und Metemeyer.

Das Protokoll A 11 vom 27. October c. wird genehmigt, nachdem Herr Buchler dazu bemerkt hat, daß er bei der Verhandlung über die Erbauung einer Brücke an der Ferdinandstraße sich nicht, wie auf S. 176 angegeben, für eine hölzerne Fußgängerbrücke, sondern für eine eiserne ausgesprochen habe.

Der Herr Vorsitzende macht sodann Mittheilung von den ihm zugegangenen Eingaben. Dieselben sind:

Abchrift einer Petition des Bürgervereins an die Herzogliche Polizei-Direction und den Stadtmagistrat vom 4. November c., die lezhin hier aufgetretene Trichinosis betreffend, und eine Eingabe des Gastwirths Roßmann zu Uhry.

Ferner ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 28. vorigen Monats, in welchem derselbe mittheilt, daß er Anstand nehme, dem in der Sitzung am 17. December 1885 gefaßten Beschlusse wegen Herstellung von Zwischenwänden in den städtischen Pissoirs beizutreten, da die Städtische Bauverwaltung sich gegen eine derartige Einrichtung ausgesprochen habe, und er dieser Ansicht nur zustimmen könne.

Abchrift eines Wittgesuchs von Anwohnern der Frankfurterstraße vom 11. dieses Monats um Verlängerung der Pferde-Eisenbahnlinie von der Louisenstraße bis zur Einmündung der sog. Wolfscampstraße in die Frankfurterstraße.

Die eingegangenen Anträge und Interpellationen werden vom Herrn Vorsitzenden verlesen und dann bis zur Erledigung der Tagesordnung zurückgestellt.

Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Heymann im Auftrage der Statutencommission über den selbständigen Antrag der Herren Nieß und Wilke:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, das Ortsbaustatut einer Revision zu unterwerfen.

Die Commission theile die Ansicht der Herren Antragsteller, daß das im Jahre 1883 erlassene Baustatut, wie sich mit der Zeit herausgestellt habe, verschiedene Mißstände enthalte, welche eine Revision desselben nothwendig machten. Da aber das Stadtbauamt sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt habe und eine Vorlage darüber vom Magistrat binnen Kurzem zu erwarten sei, so liege keine Veranlassung vor, ein bezügliches Ersuchen an den Magistrat zu richten. Es empfehle sich indeß, besondere Wünsche in dieser Richtung dem Magistrat oder der städtischen Bauverwaltung so frühzeitig mitzutheilen, daß dieselben vor Einbringung der Vorlage noch berücksichtigt werden könnten.

Herr Nieß bittet, namentlich §. 52 bei der Revision zu berücksichtigen. Wenn dieser Paragraph, welcher die Verwendung von 19 cm breiten und 24 cm hohen Balken in den Decken vorschreibe, genau befolgt werden sollte, so wären fast sämtliche Eigenthümer der in den letzten vier Jahren erbauten Häuser straffällig. Sodann wünscht Redner, daß das revidirte Statut vor der Beschlußfassung in der Versammlung dem Architekten- und Ingenieurvereine sowie der Baugewerksinnung zur Prüfung und Einbringung etwaiger Vorschläge zugefertigt werden möchte.

Damit ist der Antrag für heute erledigt.

II. Ueber den ferneren Antrag des Herrn Nieß, die Zwangsenteignung des Klusmann'schen Grundstücks an der Helmstedterstraße betreffend, hat Herr Bültemann namens der Baucommission zu berichten. Derselbe führt aus, daß, wie bei der Commissionsberathung sich herausgestellt habe, einer Expropriation so bedeutende Schwierigkeiten entgegenständen, daß der Herr Antragsteller seinen Antrag zurückgezogen habe.

Die Versammlung tritt darauf in die Berathung der Magistratsvorlagen ein.

III. Unterm 24. vorigen Monats beantragt der Magistrat, dem Tischlermeister Willens auf zwei an der Bergstraße erbaute, zu kleineren Wohnungen eingerichtete, Häuser ein hypothekarisches Darlehn im Gesamtbetrage von 30 000 M zu 4 % und unter den sonstigen, in dem mit dem Particulier Halle seinerzeit abgeschlossenen Verträge stipulirten Bedingungen aus der Kreiscommunalcasse zu gewähren.

Herr H o l l m a n n empfiehlt als Berichterstatter der Finanzcommission diesen Antrag zur Annahme.

Herr G ü n t h e r erklärt sich gegen die Gewährung eines Darlehns, weil er, wie er schon bei früherer Gelegenheit bemerkt habe, nicht wünsche, daß die Speculation der Privatunternehmer seitens der Stadt unterstützt werde. Auch der Tischlermeister Jung sei stadtseitig unterstützt worden in der Voraussetzung, daß derselbe Häuser mit billigen Wohnungen erbauen würde. Diese Voraussetzung sei

aber nicht eingetroffen, indem für die geschaffenen Wohnungen Miethpreise gefordert würden, welche für die geringeren Leute viel zu hoch seien.

Nachdem der Herr Vorsitzende bemerkt hat, daß die Versammlung durch einen Contract an die Bewilligung eines Darlehns gebunden sei, und nachdem Herr Nieß betont hat, daß es sich weder in dem vorliegenden noch in dem Jung'schen Falle um Bewilligung einer Unterstützung, sondern um Gewährung eines durch die betreffenden Grundstücke sicher gestellten Hypothekendarlehns handle, wird dem Magistratsantrage gemäß beschloffen.

IV. Der Architect Zinkeisen hat sich durch notariellen Vertrag vom 20. Juli c. verpflichtet, die Häuser an den von ihm herzustellenden beiden Privatstraßen zwischen der Bertramstraße, Kleinen Bertramstraße und Campestraße ohne Vorgärten zu erbauen. Auf Wunsch der sämmtlichen Anlieger hat nun Zinkeisen darauf angetragen, die Anlegung von Vorgärten von 2 Meter Tiefe mit der Modification zu gestatten, daß einzelne Theile der Häuser nach dem Ermessen des Stadtbauamts in die Vorgärten vorspringen dürfen, und ersucht der Magistrat die Versammlung unterm 24. vorigen Monats, sich mit dieser auch vom Stadtbauamte gutgeheißenen Abänderung einverstanden zu erklären und den darüber abgeschlossenen Nachtragsvertrag vom 15. October c. zu genehmigen.

Herr Bültmann giebt namens der Baucommission anheim, diesem Ersuchen zu entsprechen, was ohne Debatte geschieht.

V. genehmigt die Versammlung nach einem Berichte des Herrn Seele einen vom Magistrate unterm 1. dieses Monats übersandten Miethvertrag vom 10. October c., laut dessen der Berufsfeuerwehr im Westflügel des ehemaligen Museumsgebäudes drei zu ebener Erde nach dem Ruhfäutchenplatze zu belegene Räume behufs Unterbringung von Spritzen und Feuerlöschgeräthschaften für einen jährlichen Miethpreis von 300 M. eingeräumt werden.

Der nun folgende Gegenstand, Umbau der Centralheizung in der städtischen Realschule betreffend, wird auf Antrag der Baucommission, für welche Herr Krahe berichtet, in Rücksicht darauf, daß der Umbau den bedeutenden Kostenaufwand von 20260 M. erfordern würde, von der Tagesordnung abgesetzt, um der Commission Zeit zu lassen, die Angelegenheit nochmals zu prüfen und möglicherweise Vorschläge zu einem billigeren Umbau zu machen.

VI. wird auf Grund eines Berichts des Herrn Föderßen dem Magistratsantrage vom 31. vorigen Monats gemäß beschloffen, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß zum 1. Januar f. J. noch ein städtischer Executor angestellt werde.



## Wie

VII. Herr Hollmann referirt, hat der Magistrat unterm 4. d. Monats beantragt, ihm zu der im nächsten Jahre vorzunehmenden Canalisirung der neuen Knochenhauerstraße, der Beckenwerperstraße, des Südklins mit den nördlichen Tracten der Echternstraße, der Gildenstraße und der Malertwete, wie des nördlichen Theils der Schützenstraße, einen Credit in Höhe von 17400 M aus dem Canalbaufonds zu gewähren, auch zu gestatten, daß derjenige Herrschaftliche Unterbeamten, welcher die betreffenden Arbeiten unter Leitung des Kreisbauinspectors Lieff ausführen wird, eine entsprechende Vergütung aus dem Canalbaufonds erhalte.

Die Finanzcommission hat gegen die Magistratsanträge nichts einzuwenden und giebt deren Genehmigung anheim,

die ohne Weiteres ausgesprochen wird.

## Ferner

VIII. berichtet Herr Wolff, daß der Magistrat mittelst Schreibens vom 3. d. Monats beantragt habe, zur Verlängerung der Wasserleitungsrohre auf der Hamburgerstraße bis zur Jürgens'schen Bierbrauerei und in der Okerstraße 859 M 30 S aus dem Reservefonds des Wasserwerks, sowie zur Verlängerung des Gasleitungsrohrs in die Roßstraße 841 M 80 S aus dem Reservefonds des Gaswerks zu bewilligen.

Die Finanzcommission schließt sich dem Antrage an, worauf derselbe genehmigt wird.

IX. Laut Magistratsschreibens vom 4. dieses Monats hat die Herzogliche General-Hof-Intendantur beim Stadtmagistrate angefragt, ob und unter welchen Bedingungen die Stadtgemeinde geneigt sei, formell als Unternehmerin für Ausführung der zur Aufschließung des Herzoglichen Küchengartens zu Baupläzen erforderlichen Anlagen aufzutreten. Der Magistrat hat sich dazu bereit erklärt und der Versammlung einen bezüglichen Vertragsentwurf zur Genehmigung unterbreitet.

Die Statuten-Commission, für welche Herr Reuter referirt, findet es sehr zweckmäßig, daß die Stadt die Ausführung dieser Anlagen übernimmt, weil dabei eine Menge angrenzender, im Ortsbauplane vorgesehener Straßen mit in Frage kommen, deren entsprechende Anschlüsse und Herstellung auf diese Weise gesichert sei.

Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Entwurfs, der vom Referenten vorgelesen wird, sind folgende:

Die Stadtgemeinde verpflichtet sich, den Massivbau der Fahrbrücke hinter dem Herzoglichen Hoftheater mit Einschluß der Verlegung der Oker und die zur Verbindung der Wallpromenade mit der Brücke erforderlichen Straßenbauten auszuführen, ferner die im Gebiete des Herzoglichen Küchengartens vorgesehenen Straßen in der durch den Ortsbauplan bestimmten Lage und Breite als Ortsstraßen herzustellen, so zwar, daß dieselben mit unterirdischen Entwässerungscanälen, sowie mit Gas- und Wasser-Zuleitungsröhren versehen und in der für Herstellung frequenter außenstädtischer Straßen üblichen Weise chaussirt und mit beiderseitigen durch Bordquader eingefassten und grandirten Fußwegen versehen, auch, insoweit mit Rücksicht auf ihre Breite thunlich, mit Bäumen bepflanzt werden. — Nachdem die Genehmigung der Verlegung und Ueberbrückung der Oker erfolgt sein wird, soll der Brückenbau, sowie die Canalisirung und oberirdische Herstellung der Straßen sobald als irgend thunlich in Angriff genommen und vollendet werden. — Die Stadtgemeinde überträgt auf die Herzogliche General-Hof-Intendantur unentgeltlich das Eigenthum an den im Gebiete des Küchengartens belegenen durch Verlegung der Straßen entbehrlieh werdenden Flächen, trägt ferner die Kosten der Anlegung von Entwässerungscanälen und von Gas- und Wasserröhren, und leistet zu den Kosten der Brückenanlage und der oberirdischen Herstellung der Straßen eine Beihilfe von 100000 M. Die Stadtgemeinde verzichtet ferner auf den Erwerb derjenigen Grundfläche, welche durch die Verlegung des Okerbettes am linken Okerufer gewonnen und zu Straßenzwecken nicht erforderlich werden wird. — Die Herzogliche General-Hof-Intendantur überläßt der Stadtgemeinde ohne Entgelt das Eigenthum an dem zur Anlegung der Brücke und der neuen Straßen erforderlichen Terrain des Küchengartens und erstattet derselben diejenigen Kosten, welche aus dem Erwerbe der zur Anlegung der Straßen erforderlichen, im Eigenthume Dritter befindlichen Grundstücke erwachsen werden; sie erstattet ferner die Kosten des Brückenbaues und der Straßenanlagen mit Einschluß des Aufwandes für Bauleitung und Bauführung, insofern dieselben nicht durch den stadtseitigen Zuschuß von 100000 M gedeckt werden und trägt die sämmtlichen Kosten, welche aus dem erforderlichen Anschluß der herzustellenden Straßen an bereits bestehende Ortsstraßen und an die Wallpromenade erwachsen werden. — Zur Bestreitung der Kosten des Brückenbaues, des Arealerwerbes und der oberirdischen Herstellung der Straßen und ihrer Anschlüsse wird ein besonderer Fonds gebildet, welchen der Stadtmagistrat verwaltet. Diesem Fonds werden die erforderlichen Mittel je nach Bedarf und zwar bis zum Betrage von 450000 M in dem Verhältnisse zugeführt, daß zu jedem aus der Stadtcasse erfolgenden 1000 M die Herzogliche General-Hof-Intendantur 3500 M einzahlt, wohingegen für den diese Summe etwa übersteigenden Bedarf die Herzogliche General-Hof-Intendantur ausschließlich aufkommen wird.

Referent bemerkt noch, daß die Commission mit dem Entwurfe, in welchem sie einige Aenderungen veranlaßt habe, einverstanden sei und die Genehmigung desselben anheimgabe,

worauf auch die Versammlung den Entwurf genehmigt.

#### Danach

X. referirt Herr Heymann über die Magistratsvorlage vom 31. October d. J., die Abänderung des Entwässerungsstatuts betreffend.

Das Herzogliche Staatsministerium hatte die Vornahme einer Prüfung des von den städtischen Behörden im Jahre 1881 beschlossenen Entwurfs zu dem Statute, die Entwässerung der Stadt Braunschweig betreffend, davon abhängig gemacht, daß vorgängig der hiesigen Stadt die landespolizeiliche Erlaubniß zur Einleitung der Schmutzwässer in die Oker ertheilt sein werde. Nachdem die zu letzterem Zwecke gepflogenen Verhandlungen zur Erlangung der landespolizeilichen Zusicherung geführt hatten, daß der Stadt das erbetene Wasserrecht alsdann ertheilt werden solle, wenn und sobald dieselbe sich verpflichte, geeignete Vorkehrungen für Klärung und Reinigung der Abwässer zu treffen und zu unterhalten, und nachdem die auf Grund solcher Zusicherung stadtseitig beschlossene Einrichtung einer Versuchstation zur Reinigung der Abwässer nach Rothe-Rückner'schem System nahezu fertig gestellt war, wandte sich der Magistrat an Herzogliches Staatsministerium mit dem Ersuchen, nunmehr in die Prüfung des Statutsentwurfs einzutreten. Herzogliches Staatsministerium hat diesem Ersuchen Folge gegeben und zu dem Statutsentwurfe verschiedene Bemerkungen gemacht, auch darauf hingewiesen, daß, nachdem seit der ersten Berathung über den Entwurf 6 Jahre verflossen seien, es sich empfehlen werde, denselben seitens der städtischen Behörden einer Revision zu unterziehen. Der Magistrat hat solche Revision vorgenommen und das Ergebnis derselben zusammenge stellt, wie es der Versammlung heute im Druck vorliegt.

Gegen die Abänderungsanträge des Magistrats zu den §§. 1 und 2 hat die Commission, abgesehen von einer geringfügigen, redactionellen Aenderung, nichts einzumenden.

§. 3 lautet in der ursprünglichen Fassung:

„Die Legung und Unterhaltung der Hausröhren (§. 2) vom Straßencanale bis an das Grundstück geschieht durch die Stadtgemeinde“,

in der Abänderung des Magistrats:

„Die Legung der Hausröhren (§. 2) vom Straßencanal bis an das Grundstück geschieht durch die Stadtgemeinde für Rechnung des Eigenthümers (bzw. des erblich Nutzungsberechtigten) des Grundstücks nach Maßgabe des für diese Arbeiten bestehenden Tarifs. Die Unterhaltung der auf öffentlichem Gebiete liegenden Hausröhren wird auf städtische

Kosten besorgt. Wird ein bestehender Straßencanal erneuert oder baulich verändert, so ist der Anschluß der Hausentwässerungsanlage an den neuen bzw. veränderten Canal auf städtische Kosten herzustellen".

Der Herr Referent führt aus, daß nach Ansicht der Commission in diesem Paragraphen eine unangenehme Mehrbelastung der Hauseigenthümer dem ursprünglichen Entwurfe gegenüber vorliege. Trotzdem glaube die Commission, daß die Versammlung nicht umhin könne, dem Magistratsantrage zuzustimmen, und zwar mit Rücksicht auf die Vergangenheit. Die sämmtlichen vorhandenen Anlagen in der Innen- und Außenstadt seien auf Kosten der betreffenden Anlieger ausgeführt, in der Innenstadt nach Maßgabe des Straßenpflasterungsstatuts, in der Außenstadt nach Maßgabe des Stadterweiterungsstatuts. Nun würde es, wie der Magistrat in seinen Erläuterungen hervorgehoben habe, unmöglich sein, diesen einzelnen Leuten die betreffenden Kosten zu ersetzen, es würde also, wenn es bei der ursprünglichen Fassung bliebe, eine ganz bedeutende Ungleichheit gegenüber den bereits angeschlossenen und den noch hinzukommenden Grundstücken eintreten. Nach Ansicht der Commission sei dieser Grund so wichtig, daß er die Versammlung zwingt, dem jetzigen Vorschlage des Magistrats zuzustimmen. Die Commission gebe deshalb anheim, den Abänderungsantrag des Magistrats zu §. 3 zu genehmigen, mit der Modification jedoch, daß an Stelle der eingeklammerten Worte „bzw. des erblich Nutzungsberechtigten“ gesetzt werde: „welchem im Sinne dieses Statuts der erblich Nutzungsberechtigte gleichzuachten ist“.

Herr Günther bemerkt, daß ihm gerade dieser Abänderungsvorschlag des Magistrats nicht gefalle, und giebt anheim, es bei der ursprünglichen Fassung bewenden zu lassen, weil die Hausbesitzer sonst Veranlassung nehmen würden, die Miethpreise zu erhöhen. Die Kosten würden auch stellenweise ganz bedeutend sein, z. B. wenn das Hauptrohr an der anderen Seite der Straße liege, oder wenn ein Haus tief im Garten zurück belegen sei, so daß die Rohrleitung länger als gewöhnlich sein müsse. Bei Uebernahme der Kosten auf die Stadtcasse würde die Vertheilung eine gleichmäßigere sein.

§. 3 wird darauf in der Fassung der Commission angenommen.

Die Abänderungsvorschläge zu §§. 4 — 7 und 9 werden ohne Weiteres genehmigt.

Zu §§. 8 und 10 liegen keine Abänderungsanträge vor.

§. 10 lautet in seiner frühern Fassung:

„Gewerbliche Etablissements, insofern das Maaß oder die Art ihrer Abwässer die Herstellung oder Unterhaltung der Canäle unverhältnißmäßig vertheuert oder die Benutzung der letzteren in einem bedeutenden Grade erforderlich macht, sind in dieser Hinsicht zu besonderen Beiträgen verpflichtet. Ob und zu welchem Betrage ein solcher außerordentlicher Beitrag zu leisten ist, wird alljährlich durch den Stadtmagistrat festgestellt.“

§. 11 lautet in der ursprünglichen Fassung:

„Derjenige Theil der durch den Voranschlag festgestellten Beitragssummen, welcher nach Absatz der in §. 10 gedachten besonderen Beiträge übrig bleibt, wird auf die Anlieger nach dem Verhältnisse des Grundsteuer-capitals ihrer Wohnhäuser vertheilt“,

§. 12 lautet in der frühern Fassung:

„Die von den Reichs-, Staats- und Cammergrundstücken zu entrichtenden Beiträge werden nach demjenigen Ertrage bestimmt, welchen diese Grundstücke nach Schätzung des Stadtmagistrats durch Vermietzung im Durchschnitt liefern oder nach dem Stande der zeitigen Miethpreise liefern können. — Die Hälfte des so geschätzten Miethertrages soll das bei der Veranlagung zu den Beiträgen zu berücksichtigende Steuercapital bilden.“

An Stelle dieser beiden Paragraphen beantragt der Magistrat, zu setzen:

§. 11 „Die Gesamtheit der nach Absatz der besonderen Beiträge (§. 10) erübrigenden Kosten wird auf die Grundstückseigenthümer vertheilt, wie folgt: Die Beiträge der grundsteuerpflichtigen Wohnhäuser bemessen sich nach dem Verhältnisse ihres Grundsteuerkapitals; für diejenigen Gebäude, welche weder an sich, noch als Zubehör von Wohnhäusern grundsteuerpflichtig sind, setzt der Stadtmagistrat ein Steuerkapital nach dem Verhältnisse der Hälfte ihres Miethwerths bezw. nach dem, nicht etwa schon auf Grund des §. 10 berücksichtigten, Maße der Benutzung ihrer Entwässerungsanlage fest; die Beiträge werden nach Zehnteln einer Mark ausgeschrieben, geringere Beiträge aber nicht berechnet.“

Herr Halle: Die Bestimmung des Statuts, daß  $\frac{2}{3}$  der Canalkosten nach Verhältniß der Grundsteuer von den Hauseigenthümern zu bestreiten sind, mache für ihn das Statut unannehmbar, und wenn er schon vor 6 Jahren die Ehre gehabt hätte, der Versammlung anzugehören, so würde er sich schon bei der ersten Verathung gegen diese Bestimmung aufgelehnt haben. Man möge doch endlich einmal daran denken, die Grundbesitzer zu entlasten, statt ihnen noch immer mehr Lasten aufzubürden, wie jetzt wieder eine Steuer, die 50 % der Grundsteuer betrage. Die Canalisation komme doch nicht allein den Grundbesitzern zu Gute, sie bringe der ganzen Einwohnerschaft Nutzen, und es sei deshalb nicht mehr als gerechtfertigt, daß auch die entstehenden Kosten auf die gesammte Bürgerschaft vertheilt würden. Wenn die zu 2 Millionen Mark veranschlagten Kosten mit 5 % verzinst und mit 1 % amortisirt werden sollten, so ergebe das 120 000 M. pro Jahr, wovon die Grundbesitzer  $\frac{2}{3}$ , also 80 000 M., zusammenzubringen hätten. Hierin liege eine Härte, die man nicht verantworten könne, und er beantrage deshalb, die gesammten Canalisationskosten, entgegen der Bestimmung des Statuts, auf die Communalcasse zu übernehmen.

Herr Wolff erinnert daran, daß die Bestimmung über die Kostenvertheilung bei der ersten Berathung des Statuts große Schwierigkeiten bereitet habe. Der Magistrat hatte ursprünglich beantragt, daß sämmtliche Kosten den Grundbesitzern auferlegt werden sollten, und erst nach langen Debatten sei im Wege des Compromisses beschlossen worden,  $\frac{1}{3}$  der Kosten auf die Communkasse zu übernehmen. Redner bittet, an dem einmal festgesetzten Principe nicht mehr zu rütteln. Man könne auch nicht unbedingt sagen, daß die Canalisation sämmtlichen Bewohnern der Stadt in gleichem Maße zu Gute komme, denn es würden auch in Zukunft eine Menge Häuser von der Canalisation ausgeschlossen bleiben. Ferner sei zu berücksichtigen, daß viele Häuser von ihren Besitzern allein bewohnt würden. Solche Hausbesitzer hätten doch aber nicht das geringste moralische Anrecht darauf, daß die Stadt ihnen eine Einrichtung vergüte, die ihnen allein zu Gute komme. Er halte das seinerzeit angenommene Princip, wonach die Hausbesitzer, da sie die Wohlthat der Canalisation in erster Reihe genießen, auch in erster Reihe für die Kosten aufkommen müssen, für das richtigere. Uebrigens gestalte sich auch die Kostenberechnung anders als der Herr Vorredner vorgetragen habe. Einmal habe derselbe außer Acht gelassen, daß die gewerblichen Etablissements zu besonderen Beiträgen herangezogen werden, und dann könne man auch keine 5 procentige Verzinsung annehmen. Im Statute sei nur gesagt, daß nicht über 5 % hinaus gegangen werden solle. Der Canalhaufonds könne aber doch unmöglich höher belastet werden als die Stadt selbst und ersterer werde deshalb auch nur eine Verzinsung von  $3\frac{1}{2}$  % und eine Amortisation von  $\frac{1}{2}$  % zu zahlen haben. Die Besorgnisse des Herrn Halle seien also in keiner Weise begründet.

Herr Nieß stimmt für die Vorlage, wiewohl er die Ausführung des Herrn Wolff bezüglich des Standpunktes der Hausbesitzer zur Canalisation nicht theilen kann. Grundbesitzer in der Lage des Herrn Wolff könnten jederzeit ihr Grundstück verkaufen und zur Miete wohnen, das könne aber nicht jeder. Werde ein Grundstück mit Steuern belastet, so sei das einer Entwerthung desselben im nämlichen Maße gleichzuachten, weil man zur Aufbringung der Steuern einen bestimmten Kapitalatz verwenden müsse. Damit aber das Project nicht scheitere, bitte er, dem Magistratsvorschlage zuzustimmen.

Herr Reiche ist mit der beabsichtigten Kostenvertheilung einverstanden. Bei der ersten Berathung des Statuts habe er allerdings für die Entnahme der gesamten Kosten aus der Stadtkasse und gegen jede Belastung der Hausbesitzer gesprochen; er habe aber, hauptsächlich aus dem Grunde, weil es gesetzlich nicht zulässig sein würde, die gewerblichen Etablissements zu außerordentlichen Abgaben heranzuziehen, sobald die sämmtlichen Kosten der Canalisation aus der Stadtkasse bestritten würden, und auch, weil viele Steuerzahler dann schon lange Zeit vorher, ehe ihre

Straßen canalisirt würden, für die Canalisation zu zahlen hätten, seinen Widerspruch aufgegeben.

Herr Halle: Die von den Grundbesitzern aufzubringenden Kosten würden um so bedeutender sein, als eine Menge Häuser existirten, die überhaupt nicht verpflichtet seien, ihre Abwässer in den Canal einzuleiten, wenigstens solange nicht, bis die canalisirten Okerarme an die Stadt übergegangen seien, so die Langedammstraße, Mauernstraße, Friesenstraße und Theaterpromenade, die ihre Abwässer in die Okerarme hineinleiteten. Ob man auch diese Straßen mit zur Canalsteuer werde heranziehen können, wisse er nicht; jedenfalls werde es schwierig sein, einen Modus zu finden, durch welchen eine gerechte Vertheilung der Kosten bewirkt werde.

Herr Blasius steht principiell auf dem Standpunkte des Herrn Halle; durch die Canalisation würden der ganzen Stadt Vortheile gewährt, zu denen alle gleichmäßig beitragen müßten, und es wäre eine Ungerechtigkeit, wenn man dauernd nur die Hausbesitzer belasten wollte. Da aber eine Menge Straßen noch nicht sogleich canalisirt würden, und es deshalb ungerecht wäre, deren Bewohner zur Canalsteuer heranzuziehen, so würde es sich empfehlen, das Statut solange in Kraft treten zu lassen, bis die Canalisation vollständig durchgeführt sei. Alsdann müßten aber die entstehenden Kosten für Betrieb, Reparaturen u. s. w. von der Stadtcasse getragen werden.

Herr Wolff hebt noch hervor, daß die Belastung der Grundbesitzer nur eine scheinbare sein werde, denn dieselben würden, wenn sonst normale Verhältnisse vorhanden wären und keine Ueberspeculation im Bauen stattfände, die Last auf ihre Miether abwälzen. Nachdem Redner noch die Ansicht des Herrn Nieß, daß die Auflage einer Canalsteuer gleichbedeutend sei mit einer Entwerthung des Grundstücks, zu widerlegen gesucht hat, bittet er nochmals, es bei dem angenommenen Principe bewenden zu lassen, damit man endlich weiter komme.

Herr Günther ist im Principe dafür, daß Einrichtungen, die der Allgemeinheit zu Gute kommen, auch von der Allgemeinheit bezahlt werden müssen. Besitzer von Häusern mit theuerern Wohnungen würden die Canalsteuer vielleicht ohne Weiteres auf sich nehmen, aber die Eigenthümer sog. Miethscasernen, in denen lauter kleine Leute wohnen, würden die Last auf ihre Miether abwälzen und stellenweise mehr verlangen, als sie selbst hergeben müssen. Auch die Grundsteuer müßten bei kleineren Wohnungen die Miether zahlen, die lieber ein Geringes mehr geben, als daß sie ausziehen müssen. Nur bei größeren Wohnungen von 200 bis 300 Thalern und darüber trage der Wirth derartige Unkosten allein, weil er sie nicht zur Miete schlagen dürfe.

Herr Halle bemerkt, daß er durchaus nicht im Interesse einer besonderen Gesellschaftsklasse spreche; er nehme sich weder der Hausbesitzer noch der Miether im Speciellen an; aber auch er vertrete den Standpunkt, daß für Einrichtungen, welche der Gesamtheit zu Gute kommen, auch die Gesamtheit die Kosten trage. Herr

Wolff sage, daß es den Hausbesitzern unter normalen Verhältnissen leicht werden würde, die Last auf ihre Miether abzuwälzen. Man habe aber augenblicklich keine normalen Verhältnisse und der Miethpreis der Wohnungen richte sich nach Angebot und Nachfrage. Es würde also den Hausbesitzern, namentlich im Innern der Stadt, sehr schwer werden, die nicht unbedeutende Canalsteuer von den Mietnern wieder einzuziehen.

Herr Nieß stellt darauf den Antrag, die betreffende Bestimmung dahin abzuändern, daß die Kosten von der Communkasse und den Hauseigenthümern je zur Hälfte getragen werden.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Pockels hervorgehoben hat, daß nach Hinzurechnung der von den gewerblichen Etablissements zu tragenden besonderen Beiträge kaum die Hälfte der Gesamtkosten auf die Hausbesitzer entfallen würde, dem Wunsche des Herrn Nieß also durch das Statut selbst schon Rechnung getragen sei,

gelangt §. 11 in der neuen Fassung zur Annahme.

Die Anträge zu §§. 12 bis 21 werden mit einigen geringfügigen (im heutigen Schreiben an den Stadtmagistrat näher bezeichneten), Aenderungen genehmigt, worauf die Abstimmung über das ganze Statut erfolgt, welche dessen Annahme in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung ergibt.

XI. Ueber die Magistratsvorlage vom 3. dieses Monats, die Neuverpachtung der Restauration im Stadtpark betreffend, hat Herr Seele im Auftrage der Finanzcommission zu berichten.

Durch den Tod des Restaurateurs Dinus erlischt der mit demselben abgeschlossene Pachtvertrag mit Ende April nächsten Jahrs. Der Magistrat hat deshalb Veranlassung genommen, die fragliche Restauration in einem dazu anberaumten Termine meistbietend anderweit zu verpachten. Unter den Personen, welche die höchsten Gebote abgegeben haben, hält der Magistrat den Restaurateur Ernst Jäger für die geeignetste. Derselbe hat ein Gebot von 3030 M gestellt, während die bisherige Pacht 1850 M betrug. Der Magistrat ersucht nun die Versammlung, zu genehmigen, daß dem p. Jäger die Wirthschaft im Stadtpark unter den im notariellen Protokolle vom 22. October cr. angefügten Bedingungen gegen Zahlung von jährlich 3030 M auf die Zeit vom 1. Mai 1888 bis 30. April 1894 verpachtet werde.

Die Commission ist mit diesem Antrage einverstanden.

Herr Rieke macht gegen die Wahl des vorgeschlagenen Pächters Bedenken geltend und fragt an, weshalb man der Wittwe Dinus die Wirthschaft nicht belassen wolle.



Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt hierzu, daß die Wittwe Dinus im Termine weder selbst erschienen sei, noch sich habe vertreten lassen und daß sie sich nur schriftlich erboten habe, 2000 M zu geben. Die Bedenken des Herrn Rieke gegen die Wahl des Restaurateurs Jäger werden vom Herrn Redner zu entkräften gesucht,

worauf der Magistratsantrag Annahme findet.

XII.. Bei Feststellung des neuen Regulativs über die Abgabe von Wasser aus dem städtischen Wasserwerke wurde beschlossen, daß zum 1. Januar 1888 eine Revision des Regulativs stattfinden solle; man wollte für die richtige Bemessung des Wasserpreises noch Erfahrungen sammeln, und hatte geglaubt, daß schon im Jahre 1886 die sämtlichen Zweigleitungen mit Wassermessern würden versehen werden können, was indeß nicht zugetragen ist. Die Deputation für Verwaltung des Wasserwerks hält deshalb für geboten, die fragliche Revision noch ein Jahr hinauszuschieben und, dieser Ansicht zustimmend, ersucht der Magistrat die Versammlung unterm 8. dieses Monats, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Revision für jetzt nicht stattfinde, vielmehr — etwa auf Grund der Betriebsergebnisse vom 1. October 1887/88 — so vorgenommen werde, daß die danach eventuell zu beschließenden Änderungen zum 1. Januar 1889 würden in Geltung treten können.

Der Referent der Finanzcommission, Herr Wolff, befürwortet den Magistratsantrag, dabei bemerkend, daß der Wasserverbrauch in diesem Jahre nach Einführung der Wassermesser fast auf die Hälfte des Consums im Vorjahre heruntergegangen sei, daß derselbe sich aber wieder heben würde, sobald die Hausbesitzer aus den Rechnungen erfahren, wie wenig sie gegen früher zu bezahlen hätten.

Nachdem Herr Rieß bemerkt hat, daß die Unkosten der Hausbesitzer für Leitungswasser nach Einführung der Wassermesser, auch wenn in dem bisherigen Consum keine Beschränkung eingetreten sei, sich nicht unbedeutend verringert hätten, wird die beantragte Hinausschiebung der Revision beschlossen.

XIII. erklärt sich die Versammlung nach einem von Herrn Seele für die Finanzcommission erstatteten Berichte damit einverstanden, daß dem Antrage des Magistrats vom 10. dieses Monats gemäß zwei seinerzeit zur Verbreiterung der Carlstraße vom Maurer Rose angekaufte, bislang aber nicht zur Verwendung gekommene Terrainflächen zu  $10\frac{1}{2}$  □ Ruthen und 24 □ Ruthen vom 1. Januar 1888 ab für 12 M jährlich an den Schänkwirth Klauenberg verpachtet werden.

Darauf

XIV. nimmt Herr Hollmann das Wort, um namens der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 14. dieses Monats, Uebernahme eines Canals in der Nebenstraße seitens der Stadt betreffend, zu berichten.

Der an der Nordseite der Nebenstraße befindliche Abzugsgraben hat keinen Abfluß und wird durch das in demselben stagnirende Wasser das daselbst belegene Haus des Ingenieurs Königsdorf beschädigt. Die städtische Bauverwaltung hat zur Abhülfe dieses Uebelstandes vorgeschlagen, daß der Graben zugeschüttet, eine chaussirte Gasse hergerichtet und das Tagewasser in den in der Nebenstraße liegenden Canal abgeleitet werde, wodurch 240 M Kosten entstehen würden. Der gedachte Canal ist Privateigenthum der Nationalactienbrauerei. Bei Gestattung der Anlage desselben ist aber eine Bestimmung getroffen, wonach die Stadt verlangen kann, daß ihr der Canal gegen Erstattung der aufgewandten Kosten abgetreten wird, die Brauerei dagegen die nicht im öffentlichen Interesse verwendbare Strecke desselben auf ihre Kosten beseitigen muß. Der Magistrat hält mit Rücksicht auf das allgemeine Canalisationsproject für zweckdienlich, schon jetzt von dieser Bestimmung Gebrauch zu machen. Mit Ausnahme einer 94 m langen Strecke kann der ganze Canal beibehalten werden und würden der genannten Brauerei dafür 3899 M zu vergüten sein, wogegen zur Umlegung der gedachten 94 m langen Strecke 2000 M erforderlich werden würden. Der Magistrat ersucht nun die Versammlung, sowohl diese Kosten im Gesamtbetrage von 5899 M aus den Mitteln des Canalbaufonds, als auch die oben gedachten 240 M zu verwilligen.

Die Commission giebt anheim, dem Magistratsantrage gemäß zu beschließen.

Nach einigen Bemerkungen der Herren Reuter und Stadtrath Netemeyer, sowie des Herrn Referenten, in welchen hervorgehoben wird, daß der gedachte Canal noch von verschiedenen Anliegern mitbenutzt werde, daß es aber Sache der letzteren sei, sich mit der Brauerei auseinanderzusetzen, da diese Mitbenutzung sich auf ein zwischen beiden Theilen seinerzeit getroffenes Uebereinkommen stütze, gelangt der Magistratsantrag zur Annahme.

Wie sodann

XV. Herr Wolff für die Finanzcommission vorträgt, hat der Magistrat unterm 16. dieses Monats auf Vorschlag der Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke und in Uebereinstimmung mit Herzoglicher Polizei-Direction die Aufstellung von ferneren 111 Straßenlaternen, und zwar 92 für Gas und 19 für Petroleum, für erforderlich erachtet und die Stadtverordneten ersucht, die daraus erwachsenden Einrichtungskosten im Betrage von 12 528 M 80 S aus dem Reservefonds des Gaswerks zu bewilligen. Die Vertheilung der Laternen über das ganze städtische Gebiet ist unter Zuhülfsnahme des Stadtplans und auf Vorschläge der Deputation und Commission sowie unter Berücksichtigung der Bittgesuche verschiedener Straßenanwohner erfolgt. (Auf dem im Sitzungssaale angehefteten Plane sind die alten Laternen durch rothe Punkte, die neuanzulegenden durch Kreuze bezeichnet). Die Laternen sollen theils noch im laufenden Herbst theils im kommenden

Frühjahr zur Aufstellung gelangen und vertheilen sich wie folgt: Adolfsstraße 2, Augustplatz 1, Auguststraße 1, Burgstraße 3, Bruchthorpromenade 1, Carlstraße 5, Eichthalstraße 3 (Petroleum), Eulenstraße 2, Exercierplatz 1, am Fällersleberthore 2, Fällersleberthorpromenade 2, Fällersleberstraße 2, Frankfurterstraße 2, am Gaußberge 2, Gaußstraße 2, Hagenstraße 3 (Petroleum), Hamburgerstraße 3, Helmstedterstraße 8, Hennebergstraße 6, Hildesheimerstraße bis Roßstraße 3, Rondel am Hohenthore 2, Hohestieg 4 (Petroleum), Jerusalemstraße 2, Kastanienallee 3, Klausenstraße 1, Kurzestraße 1, Küchenstraße 1, Kramerstraße 1, Leonhardstraße 2, Limbeckerstraße 6, Madamenweg 8 (Petroleum), hinter der Magnifikirche 1, Marthastraße 2, an der Martinikirche 1, Parkstraße 1, Ribbaggshäuserweg 1 (Petroleum), Roßstraße 3, Sophienstraße 3, am Steinhore 1, Steinhorpromenade 1, Viewegstraße 3, Wilhelmithorpromenade 4, Wolfenbüttlerstraße 2, Zimmerstraße 3. Es entfallen hiernach 20 Laternen auf die Innenstadt, 91 auf die Außenstadt. Außerdem werden noch versetzt 1 Randelaber auf der Adolfsstraße und 1 Wandlaterne auf der Parkstraße. Die große Anzahl von Gaslaternen auf der Helmstedterstraße erklärt sich, wie der Herr Referent ausführt, dadurch, daß der Weg nach dem Friedhofe genügend beleuchtet werden solle, weil die meisten Leichen des Abends dorthin befördert würden, und Petroleumlaternen auf der betreffenden Strecke der Helmstedterstraße völlig ohne Controle sein, auch leicht vom Winde ausgelöscht werden würden.

Referent empfiehlt namens der Finanzcommission die Vorschläge zur Annahme und fordert sodann zur Äußerung fernerer Wünsche auf, die von der Deputation erwogen und event. noch berücksichtigt werden würden. Er selbst schlägt vor, an der Nordseite der Petrikirche noch eine Laterne aufstellen zu lassen.

Es werden nun noch verschiedene Wünsche laut, und zwar:

des Herrn Bültmann auf Anbringung von 4 Laternen, wenn nicht anders thunlich für Petroleum, in der Kleinen Bertramstraße,

des Herrn Buchler auf Verbesserung der Beleuchtung am Rondel an der Hohenthorpromenade und an der Wilhelmithorbrücke.

Herr Hollmann bittet, die bei der Fußgängerbrücke zum Rosenthale befindliche Laterne um etwa 5 m vorzurücken, so zwar, daß die ganze Brücke dadurch beleuchtet werde,

Herr Lange um bessere Einrichtung der Beleuchtung in der Gammannstraße, auf der Seite der Chininfabrik.

Herr Rieke beantragt 2 Laternen für die Wabestraße,

während Herr Günther eine bessere Beleuchtung für die Kastanienallee und Aufstellung einiger Laternen, wenn auch nur zu Petroleum, für die dort gelegene Strecke der Ringstraße wünscht.

Herr Halle macht auf die ungenügende Beleuchtung des Steinwegs bei seiner Einmündung in den Bohlweg aufmerksam und wünscht Abhülfe.

Herr Blasius bittet die Laterne auf der vom Wollmarke nach der Petri-thorpromenade führenden Treppe so umzustellen, daß sie von den dort spielenden Kindern nicht ausgelöscht werden könne.

Schließlich empfiehlt Herr Nieß noch die Anbringung von Laternen an der Nordseite der Giesmaroderstraße sowie an der Ecke von Schleinigstraße und Neuepromenade.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

Hiernächst theilt der Herr Vorsitzende mit, daß ein Magistratschreiben, die Expropriation des Wollermann'schen Grundstücks am Bohlwege betreffend, eingegangen sei, welches er der Commission zur Vorprüfung übergeben werde.

XVI. liegt ein Gesuch von Sigberechtigten im alten Schützenhause von 21 September c. vor, in welchem dieselben um eine Entschädigung von 500 M für die Aufgabe ihrer Sigberechtigung bitten.

Der Referent der Statutencommission, Herr Heymann, theilt mit, daß den Acten nach die Stadt im Allgemeinen verpflichtet sei, etwaige Entschädigungsansprüche zu befriedigen. Außer den Petenten hätten noch Anspruch auf Entschädigung die Sigberechtigten „zur Sonne“, „zum Engel“, „zum Monde“, und event. auch noch die „zum Stern“.

Commission wie Magistrat, an welchen letztern die Petenten eine gleiche Eingabe gerichtet haben, sind der Meinung, daß die geforderte Entschädigung zu hoch sei; die Commission glaubt aber doch, daß es sich zur Vermeidung eines Processess empfehle, mit den sämtlichen Sigberechtigten ein Arrangement zu treffen, und giebt anheim, den Stadtmagistrat um nochmalige Prüfung und event. Berücksichtigung der Petition zu ersuchen und demselben zur Abfindung der sämtlichen Sigberechtigten eine Summe von 600 M. aus städtischen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich müßten sich die Sigberechtigten vor Empfangnahme der Entschädigungen erst ordnungsmäßig legitimiren.

Herr Günther ist der Meinung, daß man den Sigberechtigten überhaupt nichts zu zahlen brauche; es werde ihnen auch schwer werden, ein Recht auf Entschädigung nachzuweisen. Dieselben hätten doch nur Sigberechtigung während der Schützenfeste, es könnte also der Magistrat sich mit der Schützengilde dahin verständigen, daß den Sigberechtigten ein Platz in dem demnächst zu erbauenden neuen Schützenhause angewiesen würde.

Herr Wollmann empfiehlt, aus den alten Documenten zu ermitteln, was seinerzeit für die Sigberechtigungen gezahlt sei, um danach die Höhe der Forderungen bemessen zu können.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß der Magistrat sich der Petition gegenüber nicht vollständig ablehnend verhalten habe, derselbe habe nur auf eine

Forderung von 600 M nicht eingehen wollen, sondern eine Entschädigung von 450 M geboten, womit die Petenten nicht zufrieden gewesen wären. Was die seinerzeit von den Sitzberechtigten gezahlten Sätze anlange, so könne man diese für die zu gewährenden Entschädigungen wohl nicht als maßgebend erachten, weil mit der Bedeutung des Schützenfestes im Laufe der Zeit selbstverständlich auch der Werth der Sätze gesunken sei.

Der Herr Referent tritt der Ansicht des Herrn Günther, daß die Sitzberechtigten überhaupt keinen Anspruch auf Entschädigung hätten, entgegen. Die Sache habe immer einen vermögensrechtlichen Character und daß den Leuten für die Entziehung ihres Rechts irgend ein Ersatz geleistet werden müsse, lasse sich vom Standpunkte des Juristen aus nicht bestreiten.

Die Versammlung beschließt darauf dem Commissionsantrage gemäß.

Es folgt

XVII. der selbständige Antrag des Herrn Nieß:

die Versammlung wolle beschließen, daß in Zukunft Bauanträge, welche die Erbauung von Wohnhäusern an noch nicht befestigten Straßen betreffen, vor Abgabe an das Stadtbauamt der Baucommission zur Prüfung und Beschlußfassung überwiesen werden.

Der jetzt befolgte Weg sei ein umgekehrter. Die Anträge würden erst seitens des Stadtbauamts berathen und nach eventueller Genehmigung der Baucommission zur Weiterberathung überwiesen. Daher rühre denn auch der Uebelstand, daß die Anträge zuweilen duzendweise für die Baucommission eingingen, und danach nicht immer prompt erledigt werden könnten. Im Frühjahr oder Sommer hätten der Commission über 40 Anträge vorgelegen, von denen ein großer Theil sich auf bereits ausgeführte Bauten bezog. Er halte es aber als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung nicht für richtig, daß er eine Sache gutheißen müsse, ohne sie vorher gehörig geprüft zu haben.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

XVIII. Zu dem ferneren Antrage des Herrn Nieß:

die Versammlung wolle in Gemeinschaft mit dem Stadtmagistrate ein Gesuch an die Landesversammlung richten, daß der städtischen Verwaltung aus den Ueberschüssen der Finanzperiode ein Fonds überwiesen werde, welcher die Erbauung kleinerer Wohnung erleichtere, bemerkt Antragsteller, daß er denselben auf Anregung eines Beamten eingebracht habe, und eine etwa nöthig werdende anderweite Formulirung dem Ermessen der Versammlung überlasse. Bekanntlich werde die diesmalige Finanzperiode mit einem

recht hohen Ueberschüsse abschließen, so daß man immerhin einen Versuch wagen dürfe, die Landesversammlung zur Erfüllung des im Antrage enthaltenen Wunsches zu bestimmen. Wenn die Stadt durch einen staatlichen Zuschuß in die Lage gebracht würde, die Kosten für Anlegung von Straßen und Herrichtung von Canal- und Wasseranlagen u. an Stelle der Anlieger selbst zu bestreiten, so würde dadurch das Bestreben der Baugesellschaften, welche sich die Errichtung billiger Wohnungen zur Aufgabe gemacht haben, eine wesentliche Unterstützung erfahren. An der Beschaffung kleinerer Wohnungen habe ja nicht allein die Stadt, sondern auch das Land Interesse.

Auch dieser Antrag wird nach Erledigung der Unterstützungsfrage der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

#### XIX. Die Interpellation des Herrn Heymann:

aus welchen Gründen die Braunschweigische Eisenbahn-Gesellschaft pro 1887 nicht zur Gemeindesteuer herangezogen sei,

beantwortet Herr Stadtrath Netemeyer dahin, daß, als im vorigen Jahre der Magistrat die Braunschweigische Eisenbahngesellschaft zur Gemeindesteuer habe veranlassen wollen und dieselbe zu dem Ende um Mittheilung ihrer Betriebsergebnisse ersucht habe, dem Magistrat erwidert worden sei, daß die Gesellschaft nach Art. 7 des im Jahre 1884 zwischen der braunschweigischen und preussischen Regierung wegen Verstaatlichung der Braunschweigischen Eisenbahnen abgeschlossenen Vertrages nicht ferner zur Zahlung der Gemeindesteuer verpflichtet sei und daß Herzogliches Staatsministerium solches auf desfallige Anfrage bestätigen würde. Der Magistrat habe sich infolgedessen an Herzogliches Staatsministerium mit der Bitte gewandt, ihm in der Angelegenheit Auskunft zu ertheilen. Der Magistrat habe aber keine Auskunft erhalten, auch sei eine in diesem Jahre wiederholte dringende Bitte ohne Antwort geblieben, so daß der Magistrat nicht wisse, was er in der Sache thun solle.

#### XX. fragt Herr Blasius beim Stadtmagistrate an,

wie weit das Project der Einführung der electrischen Beleuchtung unserer Stadt gediehen sei?

Man lese hin und wieder Notizen über diese Angelegenheit in den Zeitungen und es wäre interessant, von autoritativer Seite etwas Näheres darüber zu erfahren. Die baldige Ausführung des Projects erscheine um so dringender, als ein Privat-Institut nach dem anderen für electrische Beleuchtung hier entstehe, wodurch dem geplanten stadtseitigen Unternehmen immer mehr Schwierigkeiten entgegengesetzt würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels theilt in Erwiderung hierauf mit, daß dem Magistrat in den nächsten 8 Tagen ein von der Deputation für Gas- und Wasserwerke vorberathener, ausführlicher Bericht über die electrische Beleuchtung der Stadt zugehen werde. Uebrigens werde man von der Privatthätigkeit auf diesem Gebiete nicht allzusehr zu leiden haben. Er glaube überhaupt nicht, daß das städtische Gaswerk durch das Vorgehen der Privaten irgendwie alterirt werden würde, umsoweniger, als es denselben nicht gestattet werde, den electrischen Strom über die öffentlichen Straßen zu führen

### Zum Schluß

XXI. stellt Herr Lange die Anfrage an den Stadtmagistrat, weshalb die Abwässer der Brauereien Wolters und Feldschlößchen der städtischen Reinigungsstation nicht mit zugeführt würden?

Diese Abwässer seien von außerordentlicher Bedeutung und es würde zur Bestätigung der Tauglichkeit und Brauchbarkeit der Reinigungsstation nicht unwesentlich beitragen, wenn die fraglichen Abwässer mit hindurchgingen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwiedert darauf, daß in dieser Station einstweilen nur Versuche mit der Röckner-Rother'schen Reinigungsmethode gemacht würden, um auf Grund derselben die landespolizeiliche Genehmigung zur Abführung der städtischen Abwässer in die Oker zu erwirken. Diese Versuche würden aber bedenklich alterirt werden, wenn die Abwässer der Station in zu großen Mengen zugeführt würden. Jetzt seien aber die Versuche abgeschlossen, das angesammelte Material werde in den nächsten Tagen bearbeitet werden und der Magistrat alsdann in der Lage sein, die vorgedachte Genehmigung zu erlangen, worauf dann auch die Abwässer der bezeichneten Brauereien sofort zugelassen werden würden.

### Schluß der öffentlichen Sitzung.

In der nachfolgenden vertraulichen Sitzung wurde die definitive Anstellung der Magistratschreiber Gustav Hausmann und Hermann Bock beschloffen und der Particulier Fleißmann zum Armenpfleger des 8. Quartiers im 6. Bezirke gewählt.

1  
2  
3  
4



*Das Publ. Bureau*  
*Linn*

1887.

(Fortsetzung der Beilage zu No. 293 de 1887.  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 13.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 30. December 1887.

### Öffentlich:

- I. Stadthaushaltsplan für 1888.
- II. Zwangsenteignung des Wollermann'schen Hauses auf dem Bohlwege.
- III. Gefuch wegen Ankaufs einer kleinen Fläche an der Ringstraße seitens der Stadt.
- IV. Einleitung der Abwässer von Thiederhall in die städtischen Kanäle.
- V. Feststellung einer Baulinie an der Schuhstraße.
- VI. Zwangsenteignung einer Fläche am Hufiltern.

### Vertraulich:

- Anstellung des Technikers Vertram.
- Wahl eines Executor's.
- Desgl. eines Mitgliedes der Armandirection.
- Desgl. von Bezirksvorstehern und Armenpflegern.
- Desgl. von Schiedsmännern bei Viehscheunen.

Entschuldigt die Herren Lüderßen, Ramdohr und Reiche. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Götte, Stadtrath Haake, Stadtrath Ketemeyer und Assessor Glindemann.

Nach Genehmigung des Protokolls № 12 vom 24. November d. J.

bringt der Herr Vorsitzende ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 22. November c. zur Kenntniß der Versammlung, in welchem Folgendes ausgeführt wird: Bevor die Frage wegen Einrichtung von Badezimmer in den hiesigen

Schulen definitiv entschieden werde, empfehle es sich, zunächst abzuwarten, ob sich die beim Neubau der unteren Bürgerschule in der Maschstraße anzulegende Badeeinrichtung bewähre. Für die Errichtung einer Badeanstalt für kalte und warme Bannen- und Douchebäder in Verbindung mit einem Schwimmbassin für Frauen, sowie für die Einführung des Schwimmunterrichts für die Kinder der hiesigen Schulen, kann der Magistrat sich nicht entscheiden. Die Versammlung habe auch schon im Jahre 1879 die Verwilligung eines Zuschusses von 3000 M für eine Anstalt, in der auch dem weiblichen Geschlechte Gelegenheit zum Schwimmen gegeben werden sollte, abgelehnt. Durch die beiden jetzt vorhandenen Privatbadeanstalten werde dem Bedürfnisse Genüge geleistet, auch würde demselben in empfindlicher und unberechtigter Weise Concurrenz gemacht werden, wenn die Stadt jetzt ihrerseits noch eine gleiche Anstalt ins Leben rufe. Die fragliche Anstalt aber ausschließlich für die unbemittelten Klassen der Bevölkerung herzurichten, müsse der Magistrat mit Rücksicht auf das fortwährende Wachsen der Aufgaben der Stadtgemeinde und die dadurch verursachte Vermehrung der Lasten Bedenken tragen. Auch sei zu bezweifeln, daß eine derartige Anstalt, abgesehen von der heißen Jahreszeit, durch die Arbeiterbevölkerung stark benutzt werden würde. Was die Einführung des Schwimmunterrichts für Schulen betreffe, so seien schon jetzt auf der Civil- wie auf der Freibadeanstalt Einrichtungen zur Ertheilung des Schwimmunterrichts vorhanden, welche aber ohne bedeutende Ausgaben nicht erweitert werden können. Der Magistrat vermöge schließlich der Fertigkeit des Schwimmens nicht die Bedeutung beizumessen, daß die Stadtverwaltung sich veranlaßt sehen oder gar aus Rücksichten auf das Gemeindewohl für verpflichtet erachten müßte, für Ertheilung des Schwimmunterrichts besondere kostspielige Aufwendungen zu machen.

Ein Gesuch von Anwohnern der Biewegstraße wegen Instandsetzung dieser Straße wird der Bau-Commission zur Vorberathung überwiesen.

Nachdem die selbstständigen Anträge des Herrn Nieß, die Erbauung von Wohnhäusern an noch nicht befestigten Straßen und die Inanspruchnahme von Staatsmitteln für den Bau von kleinen Wohnungen betreffend, von der Tagesordnung unter dem Bemerken des Herrn Vorsitzenden, daß man später auf dieselben zurückkommen werde, abgesetzt sind,

nimmt Herr Wolff als Referent der Finanz-Commission das Wort, um über den mittelfst Magistratschreibens vom 1. December c. übersandten Stadthaushaltsplan für 1888 zu berichten. Derselbe enthält:

- 1) den Hauptetat der Stadtkasse, bestehend in den ordentlichen und außerordentlichen Etat, nebst den mit der letzteren durch Zuschuß oder Ueber- schuß in Verbindung stehenden Nebenetats: der Realschule, der höheren Mädchenschule, des Lehrerinnen-Seminars, der Mädchenschule, der Bürger- schulen, der vormalig Lüttge-Harder'schen Mädchenschule, der Turnhalle,

- der Fortbildungs- und Gewerbeschule, für die Armenpflege, für die Begebefferung, des Gaswerks, des Wasserwerks und der Neustadtmühle;
- 2) den Hauptabluß des Stadthaushalts einschließlich der mit demselben in Verbindung stehenden Specialverwaltungen,
  - 3) dem Stadthaushaltsplane sind angehängt die selbstständigen Etats des Schlachthaus, der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde und des Kreisfonds.

In dem Begleitschreiben vom 8. November 1887 sind die einzelnen Ansätze der verschiedenen Etats näher erläutert bezw. begründet.

Der Haushaltsplan wird dem früheren Brauch gemäß seitenweise durchgenommen. Am Schlusse eines Capitels bezw. Etats wird eine kurze Pause gelassen, um abzuwarten, ob Niemand das Wort zu nehmen wünscht. Werden keine Bemerkungen gemacht, so gelten die durchgenommenen Capitel zc. allemal stillschweigend als genehmigt.

### **Ordentlicher Etat der Stadtkasse.**

Der ordentliche Etat schließt mit einer Fehlsomme von 50 000 M ab und beantragt der Magistrat, zu genehmigen, daß diese Fehlsomme, insoweit dieselbe nicht durch Ersparnisse oder Mehreinnahmen sollte gedeckt werden können, dem seinerzeit aus Ueberschüssen der laufenden Verwaltung gebildeten eisernen Betriebsfonds von 69 500 M entnommen werde.

#### **Cap. I. Cämmereivermögen.**

Einnahme 107 119,95 M, Ausgabe 247 761,65 M.

Bei Berathung dieses Capitels hat die Commission, wie der Herr Referent bemerkt, Veranlassung genommen, beim Stadtmagistrate anzufragen, wie er die der Stadt gehörenden Häuser in der Kleinen Burg zu verwerthen gedenke, worauf die befriedigende Antwort erfolgt ist, daß man diese Häuser möglicherweise später zur Anlage einer Centralstation für elektrische Beleuchtung oder aber auch zum Anschlusse an die nahe dabei liegenden Schulgrundstücke verwenden könne. Bezüglich der pos. 9 sei zu bemerken, daß das Project der neuen Straßenanlage, zu welcher das gegenwärtig an die Thomä-Stiftung vermiethte Huch'sche Haus am Hagenmarkte den Schlüssel bildet, gegenwärtig bearbeitet werde und hoffentlich bald zur Ausführung kommen werde.

#### **Cap. II. Kirchliche Zwecke:**

Einnahme —. Ausgabe 3438,50 M.

#### **Cap. III. Unterrichtswesen:**

Einnahme 289582,91 M. Ausgabe 436185,00 M.

Hier sind nachträglich noch Zuschüsse von 5120 M erforderlich geworden, worauf bei Berathung des Specialetats über die Fortbildungs- und Gewerbeschule zurückgekommen werden wird.

## Cap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme —. Ausgabe 6789,90 M.

## Cap. V. Armenpflege:

Einnahme —. Ausgabe 162600,00 M.

Die Beschlußfassung über den Fehlbetrag erfolgt nach geschehener Durchnahme des Etats.

## Cap. VI. Medicinalwesen:

Einnahme —. Ausgabe 1070,00 M.

## Cap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:

Einnahme 616,67 M. Ausgabe 2117,17 M.

In dem Begleitschreiben ist hervorgehoben, daß die seit dem Jahre 1841 zum Unterhalte des Schützenwesens alljährlich bewilligten 600 M in den vorliegenden Etat nicht wieder aufgenommen sind. Das Motiv hierfür liege einerseits in der Verhandlung der Stadtverordneten am 4. Juni 1885 und in den geringen Stimmenmehrheiten, mit welchen dieselben die diesbezüglichen Anforderungen für die Jahre 1886 und 1887 bewilligt hätten, andererseits in der Erinnerung daran, daß die das Schützenwesen vertretende Schafferei in einer — in der Stadtverordnetenversammlung vom 14. April d. J. zur Sprache gebrachten — Eingabe dem Magistrate bezw. dessen Referenten unbegründete und durch nichts gerechtfertigte Vorwürfe in unziemlicher, auch hinterdrein und bislang nicht einmal entschuldigter Form zu machen beliebt hätte.

Die Commission ist mit dem Wegfall der fraglichen 600 M einverstanden.

Herr Blasius ist der Ansicht, daß die vom Magistrate hervorgehobenen beiden Gründe doch wohl bestritten werden könnten. Was die geringe Stimmenmehrheit anlange, mit welcher die fragliche Position in den Vorjahren bewilligt sei, so könne das Stimmverhältniß sich ändern, denn auch die Versammlung habe sich geändert und es sei sehr wohl möglich, daß heute mehr Sympathien für das Schützenwesen in der Versammlung vorhanden wären als vormals. Auch den zweiten Grund könne er nicht anerkennen. Allerdings sei der erwähnte Brief der Schafferei vom 14. April d. J. in einem Tone geschrieben, der im Verkehr mit einer Behörde wie dem Stadtmagistrate besser anders gewählt wäre. Es handle sich dabei aber um Persönlichkeiten, den augenblicklichen Vorstand der Schützengilde, und wenn man den bisherigen Beitrag nicht ferner bewillige, so bereite man nicht nur dem Vorstande etwas Unangenehmes, sondern schade auch entschieden der Sache selbst. Wenn das Schützenwesen, wie er hoffe, auch ohne jene 600 M weiter bestehen werde, so füge man demselben doch durch die Entziehung einer seit langen Jahren gewährten Subvention einen empfindlichen Schaden zu, was um so bedauerlicher wäre, als das Schützenfest seines Daseins ein wahres Volksfest ohne irgend welchen politischen oder socialen Beigeschmack, ein Volksfest edelster

Bebedeutung sei. Er beantrage, den Magistrat um Wiedereinstellung der 600 M zu ersuchen.

Herr Nieß: Wenn das mehrerwähnte Gesuch der Schafferei nicht in einer angemessenen Form abgefaßt sei, so müsse man das einem Mangel an Gewandtheit in Anfertigung derartiger Schriftstücke zuschreiben, nicht aber durch Entziehung der seit langen Jahren bewilligten Beihilfe antworten; er halte dies sogar für gefährlich, weil es den Eindruck mache, als ob der Bürger sich nur durch devote Unterwerfung des Wohlwollens des Magistrats versichert halten könne. Das Schützenwesen habe ja augenblicklich keine großen Sympathien in der Versammlung; das sei aber Stimmungssache, früher sei es anders gewesen. In Stuttgart und München habe er hohe fürstliche Personen mit den Schützen sich im Schießstande bewegen sehen, und so könne sich auch hier die Sache einmal wieder ändern; es könne sogar sein, daß das Schützenwesen einmal ganz aufhöre, Sport zu sein, und zur Nothwendigkeit werde. Wie ferner der Magistrat die Beitragsentziehung beantragt habe, halte er grade nicht für fein, und er könne nicht umhin, diese Art und Weise bitter zu tadeln.

Der Herr Vorsitzende bemerkt hier, daß es dem Herrn Vorredner nicht zustehe, das Schreiben des Magistrats für unfein zu erklären,

worauf Herr Nieß noch erwidert, daß er geglaubt habe, den im Magistratschreiben enthaltenen Ausdruck „unziemlich“ nicht so ohne Weiteres passiren lassen zu können. Wenn der Versammlung der Gang der Verhandlungen genauer bekannt wäre, dann würde bei derselben auch eine andere Stimmung Platz gegriffen haben.

Herr Oberbürgermeister Pockels verliest das mehrerwähnte Schreiben der Schafferei und bemerkt dazu, daß die im Begleitschreiben zum Etat enthaltene Motivirung genau dem betreffenden Referate der Statutencommission entnommen sei. Allerdings werde durch die Subventionsentziehung nicht nur der Vorstand, sondern die ganze Schützengesellschaft getroffen; letztere könne aber den Vorstand veranlassen, dem Magistrate gegenüber die Erklärung abzugeben, daß er denselben nicht habe verletzen wollen; und wenn der Vorstand solches verweigere, dann könne die Gesellschaft einen andern wählen. Solange nicht eine befriedigende Erklärung in der gedachten Richtung abgegeben sei, könne der Magistrat sich nicht für die fernere Bewilligung der Subvention entscheiden.

Herr Günther kann gleichfalls das Schreiben der Schafferei, wie es abgefaßt, nicht billigen, wenngleich ihm der Vorwurf der Devotion am allerwenigsten gemacht werden könne. Hätten Arbeiter ein solches Schriftstück an den Magistrat erlassen, so würde man über die Rohheit der Arbeiter klagen. Wenn der Magistrat sich einmal Derartiges bieten lasse, dann werde er sich bald noch Schlimmeres gefallen

lassen müssen. Habe doch erst kürzlich die Pferdebahn-Gesellschaft es nicht einmal der Mühe werth gehalten, auf ein Schreiben des Magistrats zu antworten, ein Benehmen, welches jedenfalls zu tadeln sei. Auch das Schreiben eines höheren Hofbeamten in Steuerangelegenheiten habe bei den Commissionsmitgliedern allgemeine Mißbilligung gefunden. Er halte es für gerathen, daß der Magistrat seiner Würde als Behörde nichts vergebe. Was die Bedeutung des Schützenwesens anlange, so sei gar nicht daran zu denken, daß dieselbe jemals wieder steigen werde. Das Schützenfest sei kein Volksfest mehr, sondern ein Krammarkt, der den Leuten nur Gelegenheit gebe, in den Buden Bier zu trinken und der auch ohne Schützenfest abgehalten werden könne. Er wüßte nicht, was dem Volke auf dem Schützenfeste geboten würde.

Herr Blasius bemerkt nochmals, daß auch er den Ton des gedachten Schreibens einer Behörde gegenüber durchaus nicht für geeignet erachte, daß man aber streng zwischen der Sache und der Persönlichkeit, dem jetzigen Vorstande der Schützengesellschaft, unterscheiden müsse.

Herr Heymann: Ueber die Bedeutung des Schützenwesens könne man streiten, daß dasselbe aber gegen früher in hohem Grade an Bedeutung verloren habe, stehe unzweifelhaft fest. Die städtischen Beiträge rührten aus einer Zeit her — die letzte Summe von 600 M. sei durch Beschluß der Versammlung vom Jahre 1841 verwilligt — wo die öffentliche Bedeutung des Schützenwesens ohne allen Zweifel erheblich höher war als heute. Hieraus ergäbe sich die Consequenz, daß man conform dem erheblichen Rückgange des Schützenwesens auch die fraglichen Summen verkleinern müsse, zumal noch immer erhebliche Summen übrig blieben. Es würden zur Zeit so große Anforderungen an die Stadtkasse zu mildthätigen und nothwendigen Zwecken gestellt, daß es sich nicht empfehle, die Schützengesellschaft noch ferner in der bisherigen Höhe zu subventioniren. Möglicherweise könne auch an den Ausgaben beim Schützenfeste gespart werden. Hinzukomme noch, daß es sehr zweifelhaft erscheine, ob überhaupt das Schützenfest in diesem Jahre gefeiert werden könne. Diese und die vom Magistrate hervorgehobenen Gründe veranlaßten ihn, gegen die Bewilligung der Beihilfe zu stimmen.

Herr Nieß: Dadurch, daß man die Beiträge nicht mit der Zeit erhöht habe, sei schon von selbst eine Herabminderung derselben herbeigeführt worden, denn eine Summe von 600 M. repräsentire doch heute nicht mehr denselben Werth wie früher.

Nachdem Herr Günther noch auf seinen früheren Standpunkt in dieser Angelegenheit, der ihn zur Beistimmung der Ansicht des Magistrats veranlasse, hingewiesen hat,

wird der Antrag des Herrn Blasius auf Wiedereinstellung der gedachten 600 M. abgelehnt.

#### Cap. VIII. Feuerlöschwesen.

Einnahme 19172,50 M.

Ausgabe 68660,00 M.

## Cap. IX. Ortspolizei.

Einnahme 22335,70 M.

Ausgabe 170827,45 M.

Referent erinnert daran, daß bei der vorjährigen Berathung des Haushaltsplans verschiedene Uebelstände zur Sprache gebracht wurden, welche durch eine Aenderung der Straßenpolizeiordnung zu beseitigen sein würden. Diese Uebelstände waren: die nachlässige Handhabung der Kehrichtwagen, das Hinausragen von Schildern in die Straßen, die mangelhafte Befestigung von Leitern an den Kollwagen, die Bedienung von Fuhrwerken durch Kinder und das lästige Peitschenknallen. Bei der diesmaligen Berathung sei noch als Uebelstand hervorgehoben worden, daß viele Fuhrwerksbesitzer den Platz vor ihren Häusern zur Aufstellung von Wagen benutzten, wodurch eine Belästigung des Verkehrs herbeigeführt werde. Ferner habe die Commission die Vorschläge des Bahndirectors Clausz zur Hebung des Fremdenverkehrs in Erwägung gezogen. Es sei aber der Commission gesagt worden, daß eine Neuverathung der Straßenpolizeiordnung schon wegen der beabsichtigten vollständigen Umänderung des Abfuhrwesens, unzweifelhaft im Laufe des kommenden Jahres erfolgen müsse und dann für Beseitigung der beregten Uebelstände werde Sorge getragen werden. Ein bezüglicher Antrag sei deshalb diesmal von der Commission nicht gestellt worden.

Herr Lange empfiehlt, in Zukunft bei Neubeschaffung von Pissoirs einer billigern, aber dem Zwecke vollkommen entsprechenden Form der bisherigen den Vorzug zu geben. (Hedner läßt die Skizze einer Bedürfnisanstalt circuliren). Diese Form werde in größeren Städten, wie Antwerpen, Brüssel, Paris u. s. w. durchweg angewandt und erfordere nur ein Drittheil des Preises der hier üblichen Pissoirs. Man könne deren also weit mehr aufstellen und darauf komme es ja hauptsächlich an.

Herr Günther wünscht, daß an der Magnithorbrücke oder auf dem Leonhard-Platz ein Pissoir aufgestellt werde.

## Cap. X. Straßenbau.

Einnahme 2500,00 M. Ausgabe 9129,00 M.

Hierzu liegt ein Antrag der Finanzcommission vor:

den Magistrat zu ersuchen, die Neupflasterung der Straße am alten Petriithore, soweit dieselbe den Südklink mit der Promenade verbindet, insbesondere die Verbreiterung der beiden Bürgersteige baldthunlichst zur Ausführung zu bringen.

Wie der Herr Referent bemerkt, sind die Bürgersteige dieser Straße, welche durch den Verkehr der Fabrikarbeiter mit zu den lebhaftesten der Stadt gehört, so schmal, daß auf denselben nicht zwei Personen nebeneinander hergehen können. Zur Hebung dieses Uebelstandes seien schon früher mit den Anliegern Verhandlungen gepflogen, um dieselben zu bewegen, zur Verbreiterung der Bürgersteige

beizutragen; die Fahrbahn könne ja bedeutend schmaler werden, weil der durchgehende Wagenverkehr dort verboten sei. Das Vorhaben sei aber an dem Widerstande einzelner Hausbesitzer gescheitert. Inzwischen sei die gedachte Verbreiterung ein effectives Verkehrsbedürfnis geworden und erfordere außerdem nur wenige hundert Mark. Es wäre also eine Ungerechtigkeit, wenn einiger renitenter Hausbesitzer halber die große Anzahl von Passanten diese Störung noch ferner ertragen sollte. Er bitte den Antrag der Finanzcommission, der einem schon lange vielfach empfundenen Bedürfnisse abhelfen werde, anzunehmen.

Nachdem auf eine Bitte des Herrn Lange an den Stadtmagistrat, ihm einen Ortsbauplan zukommen zu lassen,

Herr Oberbürgermeister Bockels die Berücksichtigung dieser Bitte nach erfolgter Neuauflage des Ortsbauplans zugesagt hat,

wird der Antrag der Finanzcommission genehmigt.

#### Cap. XI. Gemeindesteuern und sonstige Abgaben:

Einnahme 957750 M.      Ausgabe 4380 M.

Auf dieses Capitel wird wegen der Magistratsanträge, die Erhebung der Gemeindesteuer pro 1888 betreffend, am Schluß der Staatsberatung zurückgegriffen.

#### Cap. XII. Staatsbedürfnis:

Einnahme 95600 M.      Ausgabe 18750 M.

#### Cap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 25100 M.      Ausgabe 144917,83 M.

Durch nachträgliche Erhöhung des Gehalts des Baumeisters Menadier für 11 Monate ist die Ausgabe dieses Capitels um 275 M gestiegen.

#### Cap. XIV. Insgemein:

Einnahme 8780,18 M.      Ausgabe 12348,50 M.

Durch Herabminderung des Dispositionsquantums, über welches nur mit Zustimmung der Stadtverordneten verfügt werden kann, von 15000 M auf 9880 M beträgt die Ausgabe dieses Capitels der ursprünglichen Summe gegenüber 5120 M weniger.

Die Summe der Wiederholung beträgt nach den Aenderungen:

Einnahme 1238975 M.      Ausgabe 1288975 M.

Fehlsumme 50000 M.

Auch die Beschlußfassung über die Deckung dieser Fehlsumme erfolgt nach geschehener Durchberatung des Etats.

**Der außerordentliche Etat der Stadtkasse** wird ohne Aenderung genehmigt; er stellt sich zusammen, wie folgt:



Cap. I. Aus der Bewegung des Stammvermögens.

Einnahme 818124,58 M.      Ausgabe 1124,58 M.

Cap. II. Vorrathsvermögen:

Einnahme 261745,50 M.      Ausgabe —.

Cap. III. Verkauf und Ankauf von Grundstücken:

Einnahme 56000 M.      Ausgabe 312582,26 M.

Cap. IV. Erstattete Vorschüsse und Bauten:

Einnahme 349,76 M.      Ausgabe 822513,00 M.

Cap. V. Insgemein:

Einnahme —.      Ausgabe —.

Die Summe der Wiederholung  
beträgt in Einnahme und Ausgabe 1136219,84 M.

**Etat der mit der Stadtcasse in Verbindung stehenden Verwaltungen.**

1. Etat der städtischen Realschule:

Einnahme und Ausgabe 73319,41 M.

2. Etat der städtischen höheren Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 60672 M.

3. Etat der städtischen Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 45622 M.

4. Etat des Lehrerinnen-Seminars:

Einnahme und Ausgabe 5100 M.

5. Etat der Bürger Schul-Casse.

Einnahme und Ausgabe 493853 M.

Für die Lehrerin Bosse unter a der Ausgaben ist nachträglich eine Gehaltszulage von 150 M. eingestellt, welche Summe in der letzten Ausgabeposition „Dispositionsquantum“, wieder in Abzug gebracht ist.

Als Zuschuß aus der Klosterreinertragskasse sind 25000 M. eingestellt. Daß nur diese Summe von der Regierung bewilligt werde, bezeichnet Referent als eine große Ungerechtigkeit, da die Einwohnerzahl der Stadt Braunschweig  $\frac{1}{4}$  der gesamten Einwohnerschaft des Herzogthums repräsentire und die Stadt nicht  $\frac{1}{10}$  von den Geldern bekomme, welche von der Regierung zu Schulzwecken hergegeben werden. Noch komme in Betracht, daß viele unserer städtischen Schulen einer großen Anzahl von Kindern aus den übrigen Ortshaften des Herzogthums zur Bildungsstätte dienen. Wie aber augenblicklich der Landtag zusammengesetzt sei, müsse man sagen, daß keine Aussicht vorhanden sei, ein Mehreres zu erwarten. Die Commission könne es jedoch nicht unerwähnt lassen, daß der verhältnißmäßig geringe Zuschuß der Regierung zu den großen Ausgaben unserer städtischen Schulen (40,38 % der Gesamtausgaben) eine gewisse Härte in sich schließe.

Referent bemerkt ferner, daß die Heizungsanlagen in den Schulen ganz bedeutende Kosten verursachten und deshalb die Frage aufzuwerfen sei, ob denn auch immer das beste und billigste System gewählt sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Mehranforderungen für Verbesserung der Centralheizung bezw. für Verbesserung der Handhabung derselben sei eine Folge der Anstellung des Heizcontroleurs. Durch die jetzt sehr sorgfältig angestellte Controle über die Heizapparate zeigten sich leichte Mängel sowohl in Bezug auf die Construction wie auf die Handhabung. Die Anforderungen durch den Etat bezögen sich aber nicht allein auf Aenderungen der constructiven Theile der Heizapparate sondern auch auf Anschaffungen zur Erleichterung und Sicherung der Controle.

Herr Halle hält es für auffallend, daß noch neue Heizungsanlagen, wie die der städtischen Realschule, schon wieder total ersetzt werden müssen. Daraus müsse man doch schließen, daß das hier angewandte System nicht das practischste sei und es empfehle sich, Erkundigungen darüber einzuziehen, welche Systeme sich anderwärts bewährt haben.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wo in den Etat Summen zur Aenderung von Apparaten eingestellt seien, handle es sich um diejenigen Schulen, wo zuerst die Centralheizung eingeführt sei und nicht um Anlage von Heizapparaten in den neueren Schulen. Die Centralheizung in der städtischen Realschule sei schon über 16 Jahr alt, sie stamme also aus einer Zeit, wo die Heizsysteme noch sehr unvollkommen waren.

Herr Reuter bemerkt noch, daß die Mehrausgaben nöthig seien, weil die Handhabung der Apparate vor der Anstellung des Heizcontroleurs eine mangelhafte gewesen sei. Man werde aber noch in einer späteren Versammlung bei der Berathung der Magistratsvorlage über den Umbau der Centralheizung Gelegenheit haben, sich über diesen Punkt auszusprechen.

6) Etat der Lüttge-Harder'schen Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 8327 M.

7) Etat der städtischen Turnhalle:

Einnahme und Ausgabe 1620 M.

8) Etat der Fortbildungs- und Gewerbeschule.

Zu diesem Etat, welcher ursprünglich 27399,50 M in Einnahme und Ausgabe zeigte, ist mittelst Magistratschreibens vom 16. November c. noch ein Nachtragsetat übersandt worden. Der Magistrat beantragt, diesen Nachtragsetat zu genehmigen und dessen Fehlsomme mit 5120 M auf den nächstjährigen Dispositionsfonds der Stadtcasse anzuweisen. Der Schuletat pro 1888 hat zwar wiederum die Kosten der Heizung und Beleuchtung der Schullocale in der Kuhstraße in Betracht gezogen, dagegen einen Ansaß für Heizung und Beleuchtung der ihr in den

städtischen Schulgebäuden eingeräumten Locale nicht vorgeehen. Um den finanziellen Aufwand der Stadt für die Fortbildungs- und Gewerbeschule klar zu stellen, hält es der Magistrat für geboten, denselben die zur Zeit den dritten Schulclassen obliegenden baaren Auslagen für Heizung und Beleuchtung ihrer Locale zuzuweisen. Der Magistrat wird deshalb, das Einverständniß der Versammlung vorausgesetzt, den Betrag solcher Anlagen annähernd ermitteln und bei Aufstellung des Schuletats pro 1889 berücksichtigen lassen.

Die Versammlung erklärt sich auf Befürwortung der Commission hiermit einverstanden und genehmigt auch den Nachtragsetat.

Der Etat der Fortbildungs- und Gewerbeschule stellt sich danach in Einnahme und Ausgabe auf 33299,50 M.

#### 9. Etat der Armencaffe:

Einnahme und Ausgabe 273000 M.

Durch Berichtigung des letzten Seitenübertrags ist die Herabminderung der letzten Position um 310 M erforderlich geworden.

#### Anhang zum Etat der Armencaffe:

Einnahme und Ausgabe 84000 M.

#### 10) Etat der Wegebaucaffe:

##### a. Unterhaltungsetat:

Einnahme und Ausgabe 64900 M.

##### b. Neubauetat (Stadterweiterungsfonds):

Einnahme und Ausgabe 511206 M.

In pos. 1 der Einnahme „Beiträge von Anliegern der neuen Straßen zur ersten Einrichtung auf Grund des Ortsbaustatuts“ und in pos. 9 der Ausgabe „Baukosten für die Oberbrücke an der Ferdinandstraße“ sind je 1800 M zugelegt, so daß für diese Brücke statt 15200 M 17000 M zum Ansatz kommen.

Diese Menderung ist, wie Herr Oberbürgermeister *Pockels* bemerkt, in Folge eines Beschlusses der Versammlung, die gedachte Brücke breiter herzustellen, als die städtische Bauverwaltung vorgeschlagen hatte, geschehen.

Ein von Herrn *Nieß* eingebrachter Antrag, zur Verbreiterung des *Madamenswegs* und Herstellung einer directen Verbindung desselben mit dem *Hohenthore* 50000 M einzustellen, wird der Baucommission zur Vorprüfung überwiesen.

#### 11) Voranschlag für das städtische Gaswerk:

Einnahme 674110 M      Ausgabe 549258,50 M

Ueberschuß 124851,50 M,

welcher bestimmungsgemäß an die Stadt-Hauptcasse im Rechnungsjahre 1889 abzuliefern ist.

In der Commission ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht in Anbetracht des gesteigerten Gasverbrauchs und der bedeutenden Ueberschüsse auf eine Herab-

setzung des Gaspreises Bedacht genommen werden könne. Im Hinblick auf die bereits gehalten und noch bevorstehenden großen Ausgaben habe man aber davon Abstand nehmen zu müssen geglaubt. Auch sei noch nicht abzusehen, welche großen Ausgaben der Stadt aus einer eventuellen Einführung der electrischen Beleuchtung erwachsen könnten.

12. Voranschlag für das städtische Wasserwerk:

Einnahme 176430,70 M.      Ausgabe 187912,05 M.

Fehlsumme 11481,35 M.,

welche, insoweit erforderlich, an der Rückstellung für den Erneuerungsfonds zu kürzen sein wird.

13. Etat der Neustadtmühle:

Einnahme 38000 M.      Ausgabe 37670 M.

Ueberschuß 330 M.

welcher bestimmungsgemäß an die Stadtcasse abzuliefern ist.

Den für außerordentliche Ausgaben zurückgestellten Reservefonds von 5000 M. hält die Commission, wie Referent bemerkt, für etwas zu hoch gegriffen, sie nimmt aber von Stellung eines Antrags auf Herabsetzung Abstand, weil der Magistrat die Frage, ob diese Rückstellung nicht herabgemindert werden könne, für den nächstjährigen Etat in ernstliche Erwägung zu ziehen zugesichert habe.

An diese Bemerkung knüpft sich eine kurze Debatte zwischen Herrn Meyer, dem Herrn Referenten und Herrn Buchler.

**Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushalts,**

einschließlich der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Verwaltungen:

	Einnahme M	Ausgabe M
I. Cämmereivermögen (im engeren Sinne) . . . . .	107119,95	247761,65
II. Kirchenwesen . . . . .	—	3438,50
III. Unterrichtswesen . . . . .	—	456185,00
IV. Kunst und Wissenschaft . . . . .	—	6789,00
V. Armenpflege . . . . .	—	162600,00
VI. Medicinalwesen . . . . .	—	1070,00
VII. Vereinswesen und Volksfeste . . . . .	616,67	2117,17
VIII. Feuerlöschwesen . . . . .	19172,50	68660,00
IX. Ortspolizei . . . . .	22335,70	170827,45
X. Straßenbau . . . . .	2500,00	9129,00
XI. Gemeindesteuern . . . . .	957750,00	4380,00
	<b>Latus 1109494,90</b>	<b>1112958,67</b>

	Einnahme M	Ausgabe M
Transport	1109494,90	1112958,67
XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse	95600,00	18750,00
XIII. Stadtverwaltung	25100,00	144917,83
XIV. Insgemein	8780,10	12348,50
Zusammen	1238975 M	1288975 M

### Procentuales Verhältniß

der Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushalts:

	Einnahme:	1888	1887
Gemeindesteuern	88,26	0/0	85,85 0/0
Staatszuschüsse	7,11	"	7,87 "
Insgemein	—	"	2,61 "
Fehlsumme	4,63	"	3,67 "
	Ausgabe:		
Gämmereivermögen	13,02	0/0	11,10 0/0
Kirchenwesen	0,32	"	0,36 "
Unterrichtswesen	40,38	"	40,78 "
Kunst und Wissenschaft	0,63	"	0,58 "
Armenpflege	15,10	"	16,40 "
Medicinalwesen	0,10	"	0,10 "
Bereinswesen	0,15	"	0,18 "
Feuerlöschwesen	4,58	"	3,50 "
Ortspolizei	13,74	"	14,61 "
Straßenbau	0,61	"	0,44 "
Stadtverwaltung	11,09	"	11,95 "
Insgemein	0,28	"	— "

Nachdem sodann

zu Cap. III, Unterrichtswesen,

die durch Genehmigung des Nachtragsetats der Fortbildungs- und Gewerbeschule erforderlich gewordene Vermehrung der Ausgaben um 5120 M,

zu Cap. V, Armenpflege,

die Genehmigung des Fehlbetrages zu 162600 M

beigefloßen ist, wird über die Anträge des Magistrats:

- a. die von den Steuerpflichtigen der beiden untersten Klassen zu entrichtende Gemeindesteuer, wie solches auch pro 1886 und 1887 geschehen, für das Jahr 1888 außer Hebung zu lassen,

- b. für 1888 die Communalsteuer mit 11 Simplen auszuscheiden

berathen.

Referent weist mit einigen Worten auf die Wichtigkeit des Beschlusses hin, welcher die Erhöhung der Gemeindesteuer von 10 auf 11 Simplen zum Zweck habe, die aber zur Herstellung des Gleichgewichts im Stadthaushalte unabweislich sei. Für jeden Einzelnen sei es eine große Unannehmlichkeit, wenn die Steuern erhöht werden sollen; sie treffe aber jeden in gleicher Weise; wie die Gesamtheit der Bürgerschaft mehr Steuern zahlen müsse, so müßten es auch die Magistratsmitglieder, die die Erhöhung beantragen, und die Stadtverordneten, die sie zu genehmigen haben; man müsse deshalb ohne jegliche Voreingenommenheit an den Vorschlag herantreten. Es handle sich um das Gemeinwohl und der Antrag sei vom Magistrate wohl überlegt worden. Selbstverständlich habe man in der Commission reiflich erwogen, ob eine Erhöhung der Steuer unbedingt erforderlich sei. Es könne aber kein Zweifel bestehen, daß wenn die beabsichtigten neuen Anlagen der Verschönerung und Erweiterung erst ausgeführt seien, die Steuererhöhung unumgänglich nothwendig sei. Einmal, und zwar in ganz kurzer Zeit, müsse dieser unangenehme Schritt gethan werden; ob das nun ein Jahr früher oder später geschehe, sei gerade nicht so sehr wichtig. Die großen Einnahmen der Gas- und Wasserwerke seien immer, soweit man sie nicht für die Werke selbst angewandt habe, nur zu einem geringen Bruchtheile in den laufenden ordentlichen Etat der Stadtcasse eingestellt, der überwiegend größere Theil der Ueberschüsse sei zu außerordentlichen Ausgaben verwandt. Es lasse sich ja darüber streiten, ob es durchaus richtig sei, daß nur ein geringer Bruchtheil jener Einnahmen in den laufenden Etat eingestellt werde, da doch andere Städte, wie z. B. Berlin, es anders machen und die ganze Einnahme in den laufenden Etat ziehen. Man habe sich denn auch in der Commission gesagt, daß unter allen Umständen, vielleicht schon im nächsten Jahre, darauf Bedacht genommen werden müsse, nicht soviel zu außerordentlichen Ausgaben zu verwenden und mehr in den ordentlichen Etat einzustellen. Wieweit dies aber gehen solle, sei keine leichte Frage, die um so schwerer zu entscheiden sei, als gerade für die Gas- und Wasserwerke wieder bedeutende Ausgaben bevorständen und nur mit großer Vorsicht daran gegangen werden könne, den Ueberschüssen des Gaswerks größere Summen für den ordentlichen Etat zu entnehmen. Da derartige vorsichtige Erwägungen nicht in so kurzer Berathung vorgenommen werden könnten, so habe die Finanzcommission Abstand genommen, einen bestimmten Antrag in dieser Richtung zu stellen. Es sei vielmehr nur darauf hingewiesen worden, daß nach Ansicht der Finanzcommission, welcher sich, wie wohl fest anzunehmen sei, auch der Magistrat nicht ganz verschlossen habe, für die Zukunft eine stärkere Inanspruchnahme der gedachten Ueberschüsse für das laufende Jahr in Aussicht genommen werden müsse, damit eine möglichst weitere Erhöhung der Steuern vermieden werde. Für 1888 empfehle es sich jedoch noch nicht, die gedachten Ueberschüsse stärker in Anspruch zu nehmen, vielmehr sei es

gerathen, sich dem Magistratsantrage anzuschließen und die Steuern um ein Simplum zu erhöhen.

Herr Rieke giebt anheim, es nochmals bei 10 Simplen bewenden zu lassen. Mit den geringen Ueberschüssen, welche die Neustadtmühle, dieses große Etablissement, liefere, lasse sich allerdings nichts anfangen, wohl aber könne man die Fehlsomme mit den Ueberschüssen des Gaswerks decken; erst wenn diese nicht mehr vorhanden, dann solle man zur Aufnahme einer neuen Anleihe oder zur Erhöhung der Steuern schreiten. Dem Magistrate würde man alsdann keine Vorwürfe machen können, der werde in diesem wie in jedem anderen Falle die Interessen der Bürgerschaft zu vertreten wissen. Vielleicht lasse sich auch ein höherer staatsseitiger Zuschuß erzielen, es sei ja immer auf eine größere Zurückzahlung der Matricularbeiträge hingewiesen worden.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn die Ausschreibung von 11 Simplen nicht genehmigt werde, dann wisse der Magistrat nicht, aus welcher Quelle eine Fehlsomme von 130000 M gedeckt werden solle. Was den geringen Ertrag der Neustadtmühle anlange, so wolle er bemerken, daß die Einnahme derselben sich in der Execution um etwa 3500 M höher stelle, als im Etat. Immerhin sei das nicht von Erheblichkeit. Auf eine Verwendung der Ueberschüsse des Gaswerks werde man aber bei Ansicht der Zusammenstellung derjenigen Aufwendungen, welche in den letzten Jahren für Erweiterung und Erneuerung des Gaswerks gemacht worden, wahrscheinlich überhaupt in einem Jahre verzichten müssen. Regulativmäßig sei bestimmt worden, daß die Ueberschüsse, also die Erträge, welche sich nach Dotirung des Reservefonds und des Erneuerungsfonds ergeben, zunächst zu Gunsten der Werke, und erst wenn sie dort entbehrt werden könnten, zu Gunsten städtischer Zwecke in den Hauptetat eingestellt werden sollen. Nun habe der Reservefonds augenblicklich einen Bestand von 170000 M, während die Forderungen an das Werk 400000 M betrügen. Zur Entlastung der Steuerzahler lasse sich also im nächsten Jahre dem Werke kein Pfennig entnehmen.

Nachdem der Herr Referent nochmals die Nothwendigkeit der Steuererhöhung betont, dabei aber auch hervorgehoben hat, daß nöthigenfalls ja auch eine Aenderung des Regulativs der Gas- und Wasserwerke vorgenommen werden könne,

eröffnet der Herr Vorsitzende über den ordentlichen Etat die Generaldebatte.

Herr Gänther erklärt, daß er mit dem Etat der Fortbildungs- und Gewerbeschule nicht einverstanden sein könne, weil dieselbe nicht nach seinem Wunsche eingerichtet sei und vollständig umgeformt werden müsse. Weitere Ausführungen des Herrn Redner

werden vom Herrn Vorsitzenden mit dem Bemerken unterbrochen, daß dieselben nicht in die Generaldebatte, sondern in die Debatte über die einzelnen Etats gehörten.

Unter ausdrücklicher Genehmigung der Magistratsanträge wegen Erhebung von 11 Steuerfimplen und Befreiung der beiden untersten Steuerclassen von der Steuerzahlung, sowie wegen Deckung der Fehlsomme zu 50000 M vom eisernen Betriebsfonds,

wird sodann der Etat im Ganzen genehmigt.

Hierauf wird zur Berathung des Anhangs geschritten.

Der Etat des Schlachthauses gelangt mit 110000 M in Einnahme und Ausgabe unverändert zur Annahme.

Der Etat für die Casse der polizeilichen Abgaben für Hunde schließt in Einnahme und Ausgabe mit 15030,27 M.

Der für die öffentliche Badeanstalt ausgeworfene Anjaß von 800 M giebt Herrn Günther Veranlassung, die Gründe des eingangs besprochenen Magistratschreibens über die Errichtung eines Volksbades zu widerlegen zu suchen. Er betont, daß er heute auf den Schwimmunterricht keinen allzugroßen Werth lege. Wenn aber der Magistrat einer Volksbadeanstalt nur eine geringe Bedeutung in Bezug auf Volkswohlfahrt beilege, so sei das bei ihm und vielleicht auch bei der Versammlung nicht der Fall. Die Privatbadeanstalten genügten dem Zwecke durchaus nicht, und wenn man gar vermeiden wolle, denselben Concurrnz zu bereiten, so sei ihm das, da es sich doch um das öffentliche Interesse handle, nicht erklärlich. Man kenne doch keine Rücksichten, wenn durch Anlegung neuer Maschinen viele tausend Arbeiter brotlos würden, wenn die Privatschulen durch Errichtung von Gemeindeschulen, die Droschkenbesitzer durch die Pferdeisenbahn geschädigt würden. Unrichtig sei ferner, die Benutzung der Freibadeanstalt als Maßstab für die beantragte Volksbadeanstalt anzuführen. Hinsichtlich des Kostenpunktes handle es sich nur um eine einmalige Ausgabe, da die Verwaltungskosten durch die Aufkünfte gedeckt werden würden. Er bedaure sehr, daß seine Anträge vom Magistrate so ohne Weiteres abgewiesen seien, und bitte nunmehr Herrn Blasius, seinen Standpunkt darzulegen. Die gesellschaftliche Stellung der meisten Mitglieder des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege lasse gegenwärtig leider nicht allzuviel erhoffen

Herr Blasius bedauert gleichfalls, daß der Magistrat die Anlegung eines Volksbades abgelehnt habe; der Grund dafür werde in der Aufwendung nothwendigerer Ausgaben zu suchen sein. Er hoffe aber, daß der Magistrat seine Ansicht über diesen Punkt noch ändern werde. Ferner tadelt Redner das Verfahren, welches seitens der von Herzoglicher Polizei-Direction angestellten Hundefänger bei Ausübung ihres Dienstes angewandt werde. Statt die eingefangenen Hunde in einem Wagen wegzufahren, wie das in anderen Städten üblich, würden sie hier an dünnen Drahtschlingen auf den Straßen herumgezerrt. Es müsse dafür gesorgt werden, daß derartige Thierquälereien unterblieben.



Herr Oberbürgermeister P o d e l s giebt dem Herrn Vorredner, wenn derselbe seine Aussagen auf eigene Wahrnehmungen gründen könne, anheim, sich zur Abstellung des Uebelstandes direct an Herzogliche Polizei-Direction zu wenden.

Herr R i e k e: Zum Einfangen der Hunde seien jetzt zwei Nachtwächter engagirt worden und scheine es ihm sehr zweifelhaft, ob Herzogliche Polizei-Direction recht thue, zu solchem Geschäfte Personen zu wählen, welche von der Stadt Gehalt beziehen.

Der Etat für die Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde wird sodann genehmigt;

ingleichen der Etat der Kreis-Communal-Casse mit 1631797,21 M in Einnahme und Ausgabe,

womit die Berathung des Haushaltsplanes zu Ende ist.

Der nun folgende Punkt über den Umbau der Centralheizung in der städtischen Realschule wird abgesetzt, weil ihn die Commission noch nicht genügend vorberathen hat.

Es folgt demnach,

II. von Herrn H a l l e erstattet, der Bericht der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 17. November c., die Zwangsenteignung des Wollermann'schen Hauses am Bohlwege betreffend.

Nachdem die Häuser sub Nris. 14—17 am Bohlwege niedergelegt, und die an ihrer Stelle errichteten Neubauten in die Baulinie zurückgerückt sind, ragt allein noch das Haus des Buchhändlers Wollermann um nahezu 5 m über die Baulinie in die Straßensucht hinein. Aus ästhetischen Rücksichten, besonders aber im Interesse des öffentlichen Verkehrs ist die Beseitigung des vorpringenden Gebäudetheils dringend geboten und ist deshalb der Magistrat mit dem Eigenthümer des Gebäudes in Unterhandlung getreten. Das ganze Grundstück ist zu 3 a 55 qm vermessen, wovon 37 qm zur Straße abzutreten sind; dasselbe ist von Wollermann im vorigen Jahre für 55000 M käuflich erworben. Derselbe verlangt, nachdem der Magistrat bereits eine frühere Forderung zurückgewiesen hat, eine Entschädigung von 30 000 M (12000 M für das abzutretende Terrain und 18 000 M für die zu beseitigenden Gebäude) und hat sich event. auch bereit erklärt, der Stadt das ganze Grundstück für 90 000 M zu überlassen. Der Magistrat glaubt hierauf nicht eingehen zu können, weil nach einer Schätzung der städtischen Bauverwaltung das ganze Grundstück nur 63 000 M, das abzutretende Terrain 184 M pro qm werth ist; er hat deshalb, um eine gütliche Vereinbarung zu erzielen, für das ganze Grundstück 70 000 M, und falls W. geneigt sein sollte, einen Neubau im nächsten Jahre auszuführen und die obgedachten 37 qm an die Stadt abzutreten, eine baare Entschädigung von 20 000 M geboten. Der Genannte hat indeß beide Offerten abgelehnt. Unter diesen Umständen hält der Magistrat für empfehlenswerth, daß die Expro-

priation des ganzen Wollermann'schen Grundstücks beantragt werde und ersucht die Versammlung sich damit einverstanden zu erklären.

Die Commission ist, wie Referent hinzufügt, zu der Ueberzeugung gekommen, daß es zweckmäßig sei, dem Antrage des Magistrats zu entsprechen. Auch bezüglich der von den benachbarten Röper'schen und Till'schen Grundstücken zur Straße abzutretenden Flächen sei die Expropriation beantragt worden. Außerdem sei zu hoffen, daß der Staat auch in diesem Falle, wie er solches bisher bei der Verbreiterung des Bohlwegs gethan habe, einen Zuschuß verwilligen werde. Immerhin schließe die Expropriation eine Härte gegen Wollermann in sich. Wenn derselbe behaupte, daß er durch den Abbruch seines Hauses erheblich geschädigt werde, da er eine solche gute Geschäftslage nicht wieder bekommen werde, so könne man dem nur beistimmen. Referent hätte persönlich gern gesehen, daß durch beiderseitiges Entgegenkommen eine Vereinbarung erzielt worden wäre, die Commission habe sich aber den vom Magistrate geltend gemachten Ansichten nicht verschließen können und empfehle deshalb den Magistratsantrag zur Annahme.

Nachdem Herr Schwarzenberg erklärt hat, daß er sich seiner Stellung wegen des Votums enthalten werde,

beschließt die Versammlung dem Magistratsantrage gemäß.

III. liegt eine Eingabe der Wittwe Clahes & Sohn vom 22. November c. vor. Dieselbe ist in der Commission nicht vorberathen, gelangt aber ihrer Geringfügigkeit wegen dennoch schon heute zur Besprechung.

Bei Erbauung der Ringstraße zwischen der Helmstedterstraße und Kastanienallee ist die Einmündung in die Grünstraße durch die ausgeführten Bauten derart verlegt worden, daß der Wagen- und Fußgängerverkehr sich dort nicht mehr in der ursprünglichen Weise, sondern über eine den Petenten gehörende, etwa 35 qm große Dreiecksfläche bewegt. Die Unannehmlichkeit, daß ihr Eigenthum von fremden Fuhrwerken passirt wird, hat die Petenten seinerzeit veranlaßt, den Magistrat zu bitten, ihnen die fragliche Fläche abzukaufen. Sie sind aber abschlägig beschieden worden und wiederholen deshalb ihre Bitte bei der Stadtverordneten-Versammlung.

Herr Hollmann, welcher über die Angelegenheit referirt, fügt hinzu, daß dieselbe die Stadt nichts angehe, da die Grünstraße der Gemeinde gehöre. Er habe deshalb den Bittstellern vorgeschlagen, sich mit der Gemeindeverwaltung in Verbindung zu setzen, um die Verlegung der Straße zu erwirken. Da auf diese Weise die Sache regulirt werden werde, so gebe er anheim, zur Tagesordnung überzugehen,

mit welchem Vorschlage sich die Versammlung einverstanden erklärt.

Wie sodann

IV. Herr Heymann berichtet, hat die Gewerkschaft Thiederhall bei dem Stadtmagistrate um die Erlaubniß gebeten, ihre Abwässer durch die Frankfurter-,

Luisen-, Julius- und Goslar'sche Straße in den städtischen Canal leiten zu dürfen, und der Magistrat die Versammlung ersucht, die Verlegung der projectirten Röhrenleitung unter denjenigen Bedingungen zu genehmigen, welche in dem vorgelegten Vertrage zum Ausdruck gekommen sind.

Nach Verlesung des Vertrags bemerkt Referent, daß nach Ansicht der Commission das städtische Interesse durch die vereinbarten Bedingungen in jeder Beziehung gewahrt erscheine, und befürwortet den Magistratsantrag.

Herr Lange spricht sich dagegen aus, daß die Röhrenleitung durch die gedachten, bereits stark bebauten Straßen geführt werde. Es könnten Brüche oder sonstige Schädigungen an den Röhren vorkommen und wochen- ja monatelang unentdeckt bleiben, bis das ganze Terrain von salzigen Mengen durchzogen sei, die ihre schädliche Wirkung auf die umliegenden Häuser, Brunnen u. s. w. fühlbar machten, und ein derartig durchtränktes Erdreich sei schwer wieder von den schädlichen Substanzen zu befreien. Sowohl für die Anwohner als auch für die städtischen Behörden und die Thierhaller Gewerkschaft könnten aus der Anlage, wie sie jetzt projectirt sei, große Unannehmlichkeiten, ja langwierige Prozesse entstehen. Alle diese Unannehmlichkeiten würden aber vermieden werden, wenn die Röhrenleitung auf dem Terrain der Landeseisenbahn entlang geführt würde. Aus den Acten habe er ersehen, daß die Canalbaudeputation bereits denselben Gedanken gehabt habe. Er gebe deshalb anheim, die Vorlage mit der Abänderung zu genehmigen, daß der fragliche Röhrenstrang in der von ihm angedeuteten Weise verlegt werde; es würde dadurch den städtischen Interessen, namentlich aber denjenigen der in Frage kommenden Straßen besser entsprochen werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann die Befürchtungen des Herrn Vorredners nicht theilen, da die Röhrenleitung nach dem Vertrage nicht unter Druck gestellt werden dürfe, auch nur eine Weite von 18 Centimeter habe. Es sei ja immerhin nicht angenehm, die Anlagen eines Fremden in seinem Eigenthume zu haben, der Magistrat habe sich aber verpflichtet gefühlt, der Industrie gebührend Rechnung zu tragen und nach allem, was derselbe von unbetheiligten Sachverständigen gehört habe, sei anzunehmen, daß durch die Genehmigung der Straßenbenutzung eine Industrie von bedeutender Zukunft unterstützt werde. Er habe schon früher darauf hinzuwirken gesucht, daß zur Verlegung der Röhrenleitung der Körper der Landeseisenbahn benutzt würde. Die Direction der Landeseisenbahn sei auch damit einverstanden. Ob aber das Herzogliche Eisenbahn-Commissariat seine Zustimmung gebe, sei eine andere Frage, denn wenn dies der Fall wäre, würde die Gewerkschaft nicht nöthig haben, sich an den Stadtmagistrat zu wenden. Da nun auch ein anderer Tract nicht habe gefunden werden können, so bitte er, der Vorlage die Zustimmung zu erteilen. Auch die Canalbaudeputation habe sich unter den stipulirten Bedingungen jetzt mit dem Vorschlage des Magistrats einverstanden erklärt.

Herr Lange weist darauf hin, daß Röhrenbrüche nicht allein durch höheren Druck, sondern auch durch Senkungen des Erdreichs entstehen können. Dann habe er auch erfahren, daß nöthigenfalls vermittelt einer anzulegenden Dampfmaschine ein geringer Druck angewandt, auch der Strang noch etwas weiter gemacht werden solle. Uebrigens liege es ihm fern, einer aufblühenden Industrie irgendwie hindernd in den Weg zu treten; er halte sich nur für verpflichtet dahin zu wirken, daß bewohnte Straßen von einem solchen, immerhin Gefahren mit sich bringenden Röhrenstrange frei gehalten werden.

Herr Wolff bemerkt, daß seines Wissens das Herzogliche Eisenbahn-Commissariat seine Zustimmung bereits versagt habe. Es sei auch ein Unterschied, ob man eine Röhrenleitung in aufgeschüttetes Terrain oder in den gewachsenen Boden der Straße lege. Wenn Schäden an im Eisenbahnkörper liegenden Röhren entstünden, könnten nachts leicht große Gefährdungen für die Bahnzüge entstehen, während Schäden an Röhren in den Straßen eher entdeckt würden und schneller beseitigt werden könnten. Redner hält sich als Vertreter der Stadt und somit auch als Vertreter der Industrie für verpflichtet, der letztern nach Möglichkeit zu helfen. Es frage sich nur, ob die Nachtheile, die möglicherweise entstehen können, so groß seien, daß sie die Vortheile überwiegen, und das glaube er nach reiflicher Ueberlegung in Abrede stellen zu müssen. Seines Erachtens sehe Herr Lange etwas zu schwarz in dieser Sache. Die Bedingungen des Vertrags seien so scharf gehalten, daß so leicht keine schlimmen Folgen zu befürchten seien. Er bitte, die Anlage zu gestatten.

Herr Blasius tritt den Bedenken des Herrn Lange bei. Bei einem etwaigen Röhrenbruche sei es unmöglich, den Erdboden wieder zu reinigen und die Brunnen in der ganzen Umgegend könnten dadurch verdorben werden. Auch lasse sich ein Röhrenbruch sehr schwer constatiren. Es sei entschieden besser, wenn der Röhrenstrang außerhalb der bewohnten Stadt zu liegen käme. Zu empfehlen wäre, wenn erst einmal in Staßfurth, Halle u. s. w., wo sich ähnliche Etablissemments befinden, Erkundigungen eingezo gen würden, welche Erfahrungen man dort in dieser Beziehung gemacht habe.

Herr Nieß warnt gleichfalls der Vorlage die Zustimmung zu geben. Jetzt könne man noch nein sagen, wenn die Röhren aber erst in den Straßen liegen, dann könne man sie nicht wieder los werden; wenn man dann die Anlage wieder beseitigen wollte, dann werde die Stadt die Vernichterin der Industrie genannt. Solange nicht nachgewiesen sei, daß kein anderer Weg möglich, werde er seine Zustimmung nicht geben.

Herr Wille beantragt den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen und dem Magistrate zur nochmaligen Prüfung zurückzugeben.

Herr Reuter bemerkt den Ausführungen des Herrn Wolff gegenüber, daß in den Straßen wohl größtentheils gewachsener Boden sei, daß aber in der Nähe der Gas- und Wasserröhren das Erdreich häufig frisch aufgegraben und wieder zugeschüttet sei. Für gefährlich halte er, wenn, wie Herr Lange vernommen habe, Druck angewandt werden solle. Dabei könne leicht etwas passiren, und ehe der Schaden entdeckt sei, schon eine Imprägnirung des ganzen umliegenden Erdreichs stattgefunden haben. Ferner hält Redner die Anwendung von Thonröhrenleitungen für bedenklich, weil bei denselben Undichtigkeiten fast unvermeidlich seien. Habe man doch sogar bei den hiesigen Gasröhren 6 bis 7 % Verlust, anderwärts sogar 12 bis 15 %, welcher von den Undichtigkeiten der Rohrleitungen im Erdboden herrühre.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann keinen Grund einsehen, weshalb der Magistrat anderwärts Erkundigungen einziehen solle, da in den Bedingungen alles vorgesehen sei, was vorgesehen werden müsse. Auch habe Herzogliche Baudirection bereits die Verlegung des Rohrstranges in der Frankfurterstraße gestattet. Redner bittet, nach der einen oder andern Richtung hin sofort Entschließung zu treffen.

Herr Lange kann trotz der Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters von seinen Bedenken nicht abstehen, beantragt vielmehr die Vorlage mit der Abänderung zu genehmigen, daß die Röhrenleitung nicht die Frankfurterstraße entlang, sondern auf dem Terrain der Landeseisenbahn entlang gelegt werde.

Herr Schwarzenberg schließt sich den Bedenken der Herren Lange und Reuter an, unter dem Bemerken, daß für den Röhrenstrang auch ein beliebiger anderer Weg, vielleicht durch das Feld, gewählt werden könne.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch bemerkt hat, daß der Lange'sche Antrag in seiner jetzigen Form nicht annehmbar sei, da der Stadt eine Entschließung über das Terrain der Landeseisenbahn nicht zustehe,

wird dem Antrage des Herrn Wilke gemäß beschloffen, die Vorlage an den Magistrat zurückzuverweisen behufs Prüfung der in der Versammlung laut gewordenen Bedenken.

V. beschließt die Versammlung nach einem von Herrn Krahe für die Baucommission erstatteten Berichte, die vom Magistrate mittelst Schreibens vom 21. vorigen Monats für die Schuhstraße anlässlich des von Kaufmann Lohmann beabsichtigten Neubaus vorgeschlagene Linie x y des vorgelegten Bauplanes A zu genehmigen, auch sich damit einverstanden zu erklären, daß dem p. Lohmann für die zur Straße abzutretenden 2,2 qm das auf dem Situationsplane B mit r s t u v umschriebene Terrain vom vormals Barges'schen, jetzt städtischen, Grundstücke zu Eigenthum überwiesen werde.

VI. Ueber die Zwangsenteignung des benötigten Straßenterrains vom Grundstücke der Buchdruckereibesitzer Limbach und Damm am Gutfiltern liegt ein Schreiben des Magistrats vom 20. November c. vor, über welches gleichfalls Herr Krahe namens der Baucommission berichtet.

Die genannten Buchdruckereibesitzer haben auf ihrem Grundstücke einen Neubau errichtet und zur Innehaltung der beschlossenen Baulinie 18 qm von der area des abgebrochenen Hauses und 18,5 qm von dem vormaligen Oferbette, im Ganzen 36,5 qm zur Straße abzutreten. Der Magistrat hat für dieses Terrain eine Entschädigung geboten, welche dem für das ganze Grundstück aufgewandten Kaufpreise entspricht, nämlich 84,25 M pro qm, also 3075 M 12 S, im Ganzen. Diese Offerte ist nicht angenommen, vielmehr eine Forderung von 140 M pro qm, also 5110 M im Ganzen gestellt. Der Magistrat hält diese Forderung für zu hoch und da die genannten Eigenthümer auf das Anerbieten des Magistrats nicht einzugehen geneigt sind, ersucht er die Versammlung, ihn zur Einleitung des Expropriationsverfahrens zu ermächtigen.

Die Commission giebt anheim, zu beschließen, daß für das abzutretende Terrain ein Preis von 87 M pro qm geboten werde, welcher sich als Durchschnittspreis ergebe, wenn das minderwerthige, entfernt von der Straße liegende Terrain außer Betracht gelassen und nur der Preis gerechnet werde, welcher für den vorderen Theil des Grundstücks gezahlt sei; und falls diese Offerte nicht angenommen werden sollte, den Magistrat seinem Antrage entsprechend zur Beantragung der Expropriation zu ermächtigen.

Herr Schwarzenberg erklärt, daß er sich auch in dieser Angelegenheit der Abstimmung enthalten werde.

Herr Halle kann sich für die Expropriation nicht aussprechen und empfiehlt, den geforderten Preis von 140 M zu geben, der nicht zu hoch erscheine, wenn man bedenke, daß für Terrain an der Ecke von Damm und Bohlweg 150 M pro qm gezahlt seien.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Der in Rede stehende Terrainerwerb sei mit dem an der Ecke von Bohlweg und Damm nicht zu vergleichen; die Sache liege hier anders. Von dem abzutretenden Terrain gehörten nur 18 qm zu der area des abgebrochenen Hauses, wogegen 18,5 qm von dem vormaligen Oferbette abzutreten seien, und letzteres Terrain sei bei Gelegenheit der Canalisation des Oferbettes mit 9 M pro qm von den Anliegern bezahlt worden. Das Oferterrain sei kein Bauland und dürfe ohne besondere Genehmigung der Herzoglichen Kreisdirection nicht bebaut werden; es liege also auf der Hand, daß dieses Terrain weit weniger Werth habe als die area des früheren Hauses, auf welcher Jeder hätte bauen dürfen. Ferner sei zu berücksichtigen, daß das Grundstück eine bedeutende Tiefe habe und man den Eigenthümern schon dadurch sehr entgegengekommen

sei, daß Herzogliche Kreisdirection die Bebauung bis tief in's Grundstück hinein geduldet habe. Ein weiterer Vortheil sei den Eigenthümern dadurch geworden, daß die Straße 1 m breiter geworden sei, als ursprünglich beabsichtigt, wodurch es ihnen möglich gewesen sei, höher zu bauen. Alle diese Gesichtspunkte sprächen dafür, daß eine Expropriation nur zu Gunsten der Stadt ausfallen könne und er bitte, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Nachdem Herr Reuter nochmals die Gründe dargelegt hat, welche die Commission zur Stellung ihres Antrags bewogen haben,

bemerkt Herr Natalis, daß für ihn die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Rittmeyer maßgebend seien. Die Nothlage der Stadt dürfe von den Betheiligten nicht als ein Erwerbsmoment betrachtet werden; dieselben müßten dem Gemeinwohl Rechnung tragen und sich nicht auf Kosten der Stadt Vortheile zu verschaffen suchen.

Herr Wolff erachtet den geforderten Preis durchaus nicht für zu hoch; außerdem handele es sich ja auch nur um eine ziemlich unbedeutende Summe, um welche man auseinander sei. Was die Betreffenden seinerzeit für das Grundstück gegeben, könne bei einer eventuellen Zwangsenteignung unmöglich maßgebend sein, denn dieselben hätten das Grundstück erst zu einem werthvollen gemacht. Daß die Straße eine größere Verbreiterung erfahren und danach ein höheres Gebäude habe aufgeführt werden können, sei eine natürliche Folge der gesetzlichen Vorschriften, nicht aber eine besondere Vergünstigung seitens der Stadt. Man dürfe nicht danach fragen, was das Grundstück gekostet habe, sondern was es heute werth sei. Wenn man bedenke, daß der Hutfiltern die erste Geschäftslage von Braunschweig sei, so könne man einen Preis von 140 M pro qm nur als einen höchst billigen bezeichnen. Eine Zwangsenteignung sei deshalb keines Erachtens nicht gerechtfertigt.

Herr Nieß kann sich gleichfalls nicht für die Expropriation entscheiden und hält den von der Commission vorgeschlagenen Preis für zu gering. Die Canalüberbauung gereiche auch den Bauenden nicht zum Vortheil, sondern bereite ihnen im Gegentheil bedeutende Schwierigkeiten.

Herr Hollmann empfiehlt, einen Mittelweg einzuschlagen und 110 M für das qm zu bieten.

Herr Natalis beharrt bei seiner vorhin geäußerten Ansicht. Das Grundstück sei von den Bauherren angekauft, um es neu zu bebauen, sie hätten also gewußt, daß sie in die Baulinie zurückbauen mußten und konnten sich sagen, daß sie das abzutretende Terrain zum Ankaufspreise wiederherzugeben hätten. Die Stadt brauche nicht einen Preis zu zahlen, der für den Grund und Boden an der Straße maßgebend sei. Er halte 87 M pro qm für völlig genügend.

Dem Commissionsantrage gemäß wird sodann beschlossen, den Buchdruckereibesitzern Limbach und Damm für das abzutretende Straßenterrain 87 M pro qm zu bieten und, im Falle diese Offerte nicht angenommen werden sollte, den Magistrat zur Beantragung des Expropriationsverfahrens zu ermächtigen.

Es liegen noch verschiedene Magistratsvorlagen und zwei selbständige Anträge der Herren Heymann und Nieß vor. Wegen vorgerückter Zeit wird indeß die Sitzung geschlossen.

In der nachfolgenden vertraulichen Sitzung wird die definitive Anstellung des Technikers Bertram als Hülfssbeamter der städtischen Bauverwaltung beschlossen.

Ferner wird der Magistratsdiener Brennecke zum städtischen Executor gewählt, auch erfolgt die Wiederwahl des mit Schluß dieses Jahres aus der Armendirection ausscheidenden Particuliers Hasenbalg.

Darauf folgte die Neuwahl von 6 Bezirksvorstehern und 60 Armenpflegern, wobei diejenigen, welche sich zur Annahme ihres Amtes bereit erklärt hatten, wiedergewählt, und der Sparherdfabrikant Albrecht, Tapezierer Niedmann, Kaufmann Karl Mathy, Handschuhfabrikant Schüssler, Kaufmann Ahrens, neu gewählt wurden; auch erklärte sich die Versammlung mit der Niederlegung des Armenpflegeramts seitens des Baumaterialienhändlers Lachmann und des Finanzassessors von Rauchenplat auf deren Ansuchen einverstanden.

Schließlich wurde noch die Wahl von Schiedsmännern in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880 wegen Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vorgenommen, wobei die bisherigen Schiedsmänner, Amtmann Pott, Amtmann Hoffmann, Oberamtmann Krug und Partikulier Rimpau wiedergewählt wurden.